

Der Anti-Migrations-Kurs der Briten hat eine große Schwäche; Das Versprechen der Brexiteers war: "Take back control" - auch in Migrationsfragen. Jetzt ist die Zahl illegaler Einreisen so hoch wie nie

Die Welt

Dienstag 25. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 80

Length: 954 words

Byline: Mandoline Rutkowski

Body

London

Wir werden die Kontrolle über unsere Grenzen zurückgewinnen." Mit Parolen wie diesen schmückte der spätere britische Premier Boris Johnson im Jahr 2019 seinen Wahlkampf und gab das Versprechen eines harten **Migrationskurses**.

Doch die Zahlen der **Migranten**, die in Booten in der Umgebung der Hafenstadt Dover ankommen, steigen. Rund 45.000 Menschen haben allein im vergangenen Jahr den Weg von Frankreich über den Ärmelkanal gewagt - eine gefährliche Route, die regelmäßig Menschenleben fordert. Großbritannien ist heillos überfordert mit der Bearbeitung der Fälle und der Unterbringung der Menschen. Nach Angaben der britischen Times sind von den 76.134 Menschen, die seit Beginn des Jahres 2018 Antrag auf **Asyl** gestellt haben, nur 10.188 bearbeitet worden - das sind gerade einmal 13 Prozent.

Das "Take back control"-Versprechen scheint gebrochen. Wie konnte es so weit kommen? Großbritannien sei schlecht auf den Brexit vorbereitet gewesen, meinen Experten. "Wir holten uns zwar die Kontrolle zurück, entdeckten aber unter dem Teppich eine Vielzahl komplexer Probleme", sagt Patrick McGovern, außerordentlicher Professor am Institut für Soziologie der London School for Economics, WELT. So bestehe etwa seit dem Brexit ein akuter Arbeitskräftemangel aufgrund der erschwerten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse, während die Zahl der **Migranten** an der Küste steigt.

Thom Brooks, Rechtswissenschaftler mit Schwerpunkt auf Einwanderungsrecht an der Durham Law School und Mitglied der Labour-Partei, glaubt, dass die Regierung die Auswirkungen des wegfallenden Dublin-Verfahrens unterschätzt hat. Der Regelung nach ist jener EU-Staat, den ein Migrant zuerst betritt, für ihn verantwortlich. Menschenhändler hätten darin nach dem Brexit ein Geschäft am Ärmelkanal erkannt, glaubt Brooks. "Die Route ist

Der Anti-Migrations-Kurs der Briten hat eine große Schwäche Das Versprechen der Brexiteers war: "Take back control" - auch in Migrationsfragen. Jetzt ist die Za....

seit jeher attraktiver als heimliche Fahrten in Lastwagen, weil Menschen nicht mehr nach Frankreich zurückgeschickt werden können", sagt er WELT.

Um die illegale Zuwanderung einzuschränken, versprach Großbritannien Frankreich 62 Millionen Pfund (54 Millionen Euro) als Gegenleistung für eine verstärkte Absicherung der französischen Küste. Das war im November. Im Dezember einigte sich London auf ein Rückführungsabkommen mit Albanien. Rund ein Drittel der sogenannten "Small Boat"-Migranten kamen im vergangenen Jahr aus dem Land in Osteuropa. Dass Premier Rishi Sunak es anders als sein Vorgänger mit seinem "Stop The Boats"-Versprechen ernst meint, stellte er mit der Vorstellung eines neuen Anti-Migrations-Gesetzes nur wenige Wochen vor den britischen Lokalwahlen unter Beweis. Die Wahlen werden als Vorzeichen für die Parlamentswahl im kommenden Jahr gewertet. Die Konservativen liegen in Umfragen derzeit rund 17 Prozentpunkte hinter der Labour-Partei.

Dem neuen Gesetz zufolge soll jeder Person, die über eine illegale Route britischen Boden betritt, das Recht auf Asyl automatisch verwehrt werden. Dazu zählt etwa die Route über den Ärmelkanal. Illegale Migranten können außerdem inhaftiert und abgeschoben werden, sie erhalten zudem ein lebenslanges Einreiseverbot. Die Vereinten Nationen setzten die Regelung mit einem "Asylverbot" gleich. International stößt bei Menschenrechtlern und NGOs insbesondere auf Kritik, dass abgelehnte Asylbewerber nach Ruanda abgeschoben werden sollen. London hatte im vergangenen Jahr dafür ein Abkommen mit dem ostafrikanischen Land geschlossen. Doch bislang ist noch kein Flugzeug in Richtung Afrika abgehoben.

Im Juni stoppte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) einen geplanten Flug unter Anwendung der "Rule 39". Mithilfe dieser einstweiligen Maßnahme werden üblicherweise Abschiebungen oder Auslieferungen ausgesetzt, etwa wenn den Betroffenen im Heimatland Verfolgung droht. Der Gerichtshof argumentierte, dass die Rechtmäßigkeit des Fluges geprüft werden müsse. Das Gericht gehört nicht zur EU, sondern zum Europarat und ist damit auch nach dem EU-Austritt für Großbritannien zuständig.

Auf Druck des rechten Tory-Flügels verschärfte Premier Sunak das geplante Anti-Migrations-Gesetz nun noch. Demnach sollen Minister die rechtliche Befugnis erhalten, die "Regel 39" im Fall von Abschiebeflügen zu ignorieren. Britische Gerichte könnten diese zudem nur stoppen, wenn sie zu "ernsten oder irreversiblen Schäden" führen. Die britische Öffentlichkeit habe "es satt, dass Londoner Anwälte und Straßburger Richter einer vernünftigen Migrationspolitik im Wege stehen", kommentierte Tory-Hardliner Danny Kruger.

Zuvor waren gar Tory-Stimmen laut geworden, die für einen vollständigen Ausstieg aus dem EGMR plädieren. Dies würde jedoch rechtliche Schwierigkeiten mit sich bringen und Großbritannien international isolieren. 47 Staaten weltweit haben die Menschenrechtskonvention unterzeichnet. Im März 2022 trat Russland aus. Der britische Außenminister James Cleverly sprach sich gegenüber dem Express gegen ein Nachziehen aus: "Die Gruppe der europäischen Länder, die nicht der EGMR angehören, ist ein kleiner Club. Ich glaube nicht, dass es ein Club ist, dem wir angehören wollen."

Mitglieder des House of Lords, der zweiten Kammer im Parlament, haben angekündigt, das Gesetz abzulehnen. Bis die ersten Flüge abheben, kann es also noch dauern. In der Zwischenzeit will die Regierung die Ankommenden auf ungenutzten Militärbasen einquartieren - als "Mittel der Abschreckung". Bislang war ein Großteil der Geflüchteten in Hotels untergebracht worden, eine kostspielige Regelung, die nach Angaben des Innenministeriums in diesem Jahr über sechs Millionen Pfund (6,7 Millionen Euro) pro Tag kostete. Doch auch die neuen Unterkünfte stoßen auf Kritik. Die betroffenen Gemeinden kündigten an, gegen die Unterbringung in ihrer Nachbarschaft zu klagen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 24, 2023

Brüsseler Aktionismus

Die Welt

Freitag 20. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 8; Ausg. 204

Length: 413 words

Byline: Christoph B. Schiltz

Body

Auf die EU ist Verlass: Immer, wenn sich größere Terroranschläge ereignen und die mutmaßlichen Täter im Migrantenmilieu angesiedelt sind, verspricht die Politik einen besseren Grenzschutz und vor allem "resolute Abschiebungen". Nur einen Tag nach dem jüngsten Terroranschlag in Brüssel reagierte die EU-Kommission auch diesmal schnell: Sie legte ihren fünften "Aktionsplan" gegen irreguläre Migration innerhalb kurzer Zeit vor. Sie forderte auch, die Schrauben bei der Visavergabe anzuziehen, und sie machte sich für schnellere Abschiebungen stark.

Nichts von diesem Brüsseler Aktionismus wird wirklich helfen. Die Bürger fordern mehr innere Sicherheit und kontrollierte Migration - aber seit der Migrationskrise im Jahr 2015 liefert die EU nicht. Das ist die einfache Wahrheit. Sie lässt sich auch mit wolkigen Erklärungen, gegenseitigen Schuldzuweisungen und aufwändig inszenierten Spitzentreffen in Brüssel nicht wegdiskutieren.

In puncto Migration ist Europa in der Sackgasse gelandet. Alle Gesetzespläne, die auf dem Tisch liegen, werden daran nichts mehr ändern. Schnellere Verfahren an den Außengrenzen? Völlig unrealistisch, auch weil ausgerechnet Ungarn die meisten Kontrollen durchführen müsste. Eine Verteilung von Migranten nach Quoten im Krisenfall? Wird es nicht geben, weil die Anreize für ein Aufnahmeland, sich mit wenig Geld freizukaufen, viel zu hoch sind. Entschlossene Zurückweisungen illegaler Migranten? Eine peinliche Illusion bei einer EU-Abschiebequote von derzeit nur 18 Prozent. Wohin sollten die Europäer denn auch abschieben, wenn es keine passenden Vereinbarungen mit Drittstaaten gibt? Seit 2004 hat die EU nur 18 rechtsverbindliche Rücknahmeabkommen abgeschlossen, darunter ist nur ein afrikanisches Land: die Kapverden. Und Besserung ist nicht in Sicht.

Die politischen Eliten in Europa vertrödeln ihre Zeit mit der Kultivierung traditioneller Migrations-Chimären. Sie verspielen das Vertrauen der Bürger und beflügeln rechtspopulistische Parteien. Neue Ansätze müssen her. Asylverfahren in Drittstaaten, wie sie Österreichs Innenminister Gerhard Karner seit Langem fordert, sollten künftig auf den Brüsseler Fluren nicht mehr als inhumane Häresien abgekanzelt, sondern als effektive Lösung angegangen

Brüsseler Aktionismus

werden. Auch die Unterbringung von irregulären Migranten auf einsamen Inseln - wie es Australien seit Jahren erfolgreich praktiziert - sollte erwogen werden.

christoph.schiltz@welt.de (mailto: christoph.schiltz@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

FDP schlägt Bezahlkarte für Asylbewerber vor; Damit sollen Migranten den täglichen Bedarf decken

Die Welt

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 182

Length: 446 words

Byline: Dpa

Body

Die FDP hat vorgeschlagen, eine bundesweite Bezahlkarte zu etablieren, mit der **Asylbewerber** ihren täglichen Bedarf im Einzelhandel decken können. Anders als bei der Auszahlung von Geld wären dann keine Rücküberweisungen in Herkunftsländer möglich, heißt es in einem Beschluss des Parteipräsidiums vom Montag. "Damit würde ein wesentlicher Anreiz zur Einreise in die Sozialsysteme entfallen", argumentiert die FDP in ihrem Papier mit dem Titel "Irreguläre **Migration** rechtsstaatlich und geordnet wirksamer bekämpfen und spürbar reduzieren".

Die Partei fordert Länder und Kommunen zudem auf, bei Asylbewerbern mit geringer Bleibeperspektive die Möglichkeit zu nutzen, vermehrt auf Sachleistungen statt auf Geldleistungen zu setzen. Anstatt etwa Geld für Bus- und Bahntickets oder Handy-Guthaben zu überweisen, könne man Fahrscheine oder Prepaid-Karten direkt zur Verfügung stellen.

Die FDP wiederholte außerdem ihren Vorschlag, Marokko, Tunesien und Algerien zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, um die Asylverfahren von Staatsbürgern dieser nordafrikanischen Staaten zu beschleunigen. Diesen Vorschlag hatten die Grünen allerdings schon mehrfach zurückgewiesen. Grünen-Co-Chefin Ricarda Lang sagte in Berlin, nötig seien Fortschritte bei den Rückführungsabkommen. Die Maghreb-Staaten dürften allerdings nicht zu sicheren Herkunftsländern deklariert werden, fügte sie hinzu und nannte zur Begründung "systematische Menschenrechtsverletzungen" dort. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sagte: "Ja, da haben wir einen Konflikt innerhalb der Koalition, vor allem mit dem grünen Koalitionspartner, aber das ist etwas, was aus unserer Sicht zentral ist und eine Notwendigkeit, und deswegen werden wir auch diese intensive Auseinandersetzung innerhalb der Koalition so austragen und führen."

Die EU-Grenzschutzagentur Frontex sollte "perspektivisch auch die Seenotrettung im Mittelmeer und die Ausschiffung der Geretteten in sichere Drittstaaten mit Migrationsabkommen übernehmen", heißt es in dem Papier. Aus Sicht der FDP sollten zudem Fördermaßnahmen ausgeweitet werden, um Menschen, die Deutschland verlassen müssen, zur freiwilligen Ausreise zu bewegen. Die FDP warnte, der gesellschaftliche Zusammenhalt

FDP schlägt Bezahlkarte für Asylbewerber vor Damit sollen Migranten den täglichen Bedarf decken

drohe zu zerbrechen, wenn es nicht gelinge, Schutzbedürftige fairer in Europa zu verteilen und die Zahl unberechtigter Asylanträge erheblich zu senken. Gleichzeitig forderte sie mehr Tempo bei der Umsetzung der beschlossenen Pläne für erleichterte Erwerbsmigration. Um die Visa-Vergabe an Fachkräfte zu beschleunigen, müssten an deutschen Auslandsvertretungen rasch zusätzliche Kapazitäten geschaffen und Verfahren digitalisiert werden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

**"Das kriegen wir nicht mehr gestemmt"; Im Sauerland scheitert die
Einrichtung einer Asylunterkunft für 450 Personen. Der Investor zieht sich
nach Protesten von Nachbarn zurück. Sogar örtliche Flüchtlingshelfer haben
Verständnis**

Die Welt

Freitag 4. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 150

Length: 1075 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Christoph Kraas bekommt seit Tagen zahlreiche Glückwünsche und Gratulationen. Seine Nachbarn im Stadtteil Arnsberg-Oeventrop, aber auch Menschen, die er gar nicht kennt, bedanken sich bei ihm. Sie freuen sich, weil Kraas nun doch keine zentrale Unterbringungseinrichtung, kurz ZUE, für 450 **Migranten** in einem ehemaligen Kloster zwischen zwei Wohngebieten einrichten will.

Der 47-jährige Unternehmer hatte diese Entscheidung am vergangenen Montagabend bei einer Bürgerversammlung mit mehreren Hundert Personen überraschend verkündet und großen Jubel ausgelöst. Für die federführende Bezirksregierung Arnsberg, eine Mittelbehörde des Landes NRW, die sich um die Akquise von geeigneten Standorten kümmert, bedeutet das einen herben Rückschlag. Kraas wollte ursprünglich das frühere Kloster, das er kürzlich erst erworben hat, für fünf Jahre als Unterkunft bereitstellen und an die Bezirksregierung vermieten. Doch nun verzichtet er "auf Millionen", wie er sagt. Zum Glück sei er wirtschaftlich nicht abhängig von einer solchen Unterkunft.

"Eine ZUE in dieser Größe hätte den Ort gespalten. Das wollte ich nicht. Deshalb habe ich mich dagegen entschieden. Ich bin Oeventroper und will es auch bleiben. Meine Familie ist seit Generationen hier verwurzelt. Den Ausschlag hat für mich die Bürgerversammlung am letzten Montagabend gegeben", erzählt Christdemokrat Kraas am Telefon. "Mir ist in den letzten Tagen richtig bewusst geworden, dass die Leute durch die vielen Krisen erschöpft sind. Eine so große Unterkunft in diesem kleinen Ort kriegen wir nicht mehr gestemmt."

Auch aus den Reihen der AfD gibt es begeisterte Zustimmung, doch das passt Kraas überhaupt nicht. "AfD, was ist das, kann man das essen? Für uns hier keine Option", sagt er. Von rechter und rechtsextremer Seite will er nicht vereinnahmt werden. Die Entscheidung habe "in keiner Weise etwas mit rechtsradikal zu tun", sagt Kraas. Oeventrop sei "bereit für eine Aufnahme von bis zu 120 Hilfesuchenden".

"Das kriegen wir nicht mehr gestemmt" Im Sauerland scheitert die Einrichtung einer Asylunterkunft für 450 Personen. Der Investor zieht sich nach Protesten von N....

Die Situation in Oeventrop ist wesentlich komplexer, als es ausländerfeindliche Kreise verbreiten. Denn hier im Stadtteil beruft man sich auf eine große Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen. Gerd Stodollick ist in der örtlichen Flüchtlingshilfe aktiv. Der 72-jährige Sozialdemokrat erzählt, 2015 seien 170 Menschen in einer Sporthalle und einer benachbarten Asylunterkunft untergebracht worden. "Wir haben es geschafft, sie innerhalb eines Dreivierteljahres in Wohnungen zu vermitteln und die Sporthalle wieder komplett freizuziehen. Wir haben uns um jeden Einzelnen gekümmert", sagt Stodollick.

Die Flüchtlingshelfer hätten Ausbildungsstellen vor Ort vermittelt, beim Sprachunterricht, bei Behördengängen und Arztbesuchen geholfen, Freizeitaktivitäten organisiert. Die Integration in Kita und Schule sei gelungen. "Viele der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger leben gern in Oeventrop, arbeiten und zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge", erzählt Stodollick. Es habe keine Beschwerden gegeben. "In Oeventrop sind immer noch viele bereit, Flüchtlingen zu helfen und sie zu betreuen. Wir lassen uns jetzt nicht in eine braune Ecke schieben. Mit diesen Rechtsextremen wollen wir nichts zu tun haben. Die Glückwünsche einer Alice Weidel weisen wir zurück."

Aber auch der Sozialdemokrat äußert Verständnis für den Rückzug von Investor Kraas. Der Widerstand gegen die neue Einrichtung hat ihn nicht überrascht. Eine Unterkunft mit 450 Personen sei einfach zu groß. "Wenn sich 450 Deutsche auf so engem Raum aufhalten müssten, gäbe es auch Konflikte. Wir haben immer kleinere Einheiten gefordert. Damit kann man besser umgehen und viel leichter persönliche Kontakte aufbauen", sagt Stodollick. "Konflikte lassen sich dann besser vermeiden." Arnsberg habe 25 kleinere Unterkünfte, und da gebe es keine Probleme. Ein anderes Problem bei einer zentralen Unterbringungseinrichtung ist, dass die Menschen nur mehrere Wochen bleiben und dann auf Kommunen weiterverteilt werden. Ein persönlicher Kontakt kann auf diese Weise kaum entstehen.

In Oeventrop offenbart sich ein Problem, dass auch anderswo sichtbar wird und Bundes- und Landespolitik Kopfzerbrechen bereitet. Zuvor hatten etwa Bürgerproteste in Upahl in Mecklenburg-Vorpommern für bundesweite Schlagzeilen gesorgt, weil in dem Dorf mit etwa 500 Einwohnern eine Container-Unterkunft für 400 Personen errichtet werden sollte. Das Projekt wurde inzwischen auf 250 Plätze verkleinert, doch die Upahler sind immer noch aufgebracht.

Der Protest im nordrhein-westfälischen Oeventrop ist auch bei der schwarz-grünen Landesregierung angekommen. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) kritisiert oft den Bund für Defizite beim Management der Migration. Allerdings bringt Oeventrop explizit die Landespolitik in Bedrängnis. Die Bezirksregierung Arnsberg arbeitet als verlängerter Arm der Landesregierung in der Region. Sie verfügt über ein "Einrichtungsmanagement", das geeignete Grundstücke und Immobilien für Zuwandererunterkünfte ausfindig macht.

Arnsbergs Regierungspräsident Heinrich Böckelühr (CDU) bedauert, dass das Projekt in Oeventrop gescheitert ist, und weist darauf hin, dass die Suche nach ZUE-Standorten eine "Daueraufgabe" bleibe. "Ich rege in diesem Zusammenhang an, gemeinsam mit den Kommunen den Fokus auch auf die Einrichtung kleinerer Unterbringungseinrichtungen zu legen, um auf diesem Wege die Akzeptanz vor Ort beim unabdingbar erforderlichen Ausbau der Unterbringungskapazitäten zu fördern", so Böckelühr auf WELT-Anfrage. Wichtige Voraussetzung seien Hinweise auf geeignete Immobilien und Grundstücke aus den Kommunen. Daraus lässt sich der Wunsch nach einem Strategiewechsel in der Migrationspolitik ableiten. Bisher hat sich die Landesregierung in NRW vorrangig auf Einrichtungen mit mehr als 300 Plätzen konzentriert.

"Wir verstehen nicht, warum die Zahl nicht einfach gedrittelt und auf drei Standorte auch in Nachbarorten verteilt wird. Die Menschen hören, dass die Kriminalität im Umfeld anderer ZUE zunimmt, und machen sich Sorgen", sagt Bernd Liesenfeld, Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Oeventrop. Auch er erinnert an die große Hilfsbereitschaft im Ort. Über eine kleinere Einrichtung hätte sich hier niemand beschwert, davon ist der Christdemokrat überzeugt. Die gescheiterte Ansiedlung einer großen Unterkunft in Oeventrop deutet Liesenfeld auch exemplarisch als Beleg für eine gesellschaftliche Stimmung insgesamt: "Es kommt zudem zu einer Zeit, in der alle überfordert sind."

"Das kriegen wir nicht mehr gestemmt" Im Sauerland scheitert die Einrichtung einer Asylunterkunft für 450 Personen. Der Investor zieht sich nach Protesten von N....

Graphic

Das ehemalige Kloster im Arnsberger Ortsteil Oeventrop in NRW war als neue Asylunterkunft vorgesehen

Load-Date: August 3, 2023

End of Document

Länder fordern mehr Geld für Flüchtlingshilfe; Ministerpräsidenten dringen auf stärkere Unterstützung des Bundes für die Kommunen

Die Welt

Montag 20. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 36

Length: 770 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Bund und Länder steuern auf einen Konflikt um die Kosten des erheblichen Anstiegs der Migration zu. Nach dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Hendrik Wüst (CDU) forderte auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) die Bundesregierung auf, den Kommunen mehr Geld für Unterbringung und Integration zur Verfügung zu stellen. Die bisher avisierten Bundesmittel deckten gerade einmal ein Fünftel der in diesem Jahr absehbar entstehenden Kosten ab. Weil kündigte an, dass das Thema Flüchtlingsunterbringung bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz am 16. März in Berlin eine zentrale Rolle spielen werde.

Zuvor hatte bereits Weils Kollege Wüst die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels von Bund, Ländern und Gemeinden am vergangenen Donnerstag als "enttäuschend" bezeichnet und die Bundesregierung aufgefordert, ihre Beteiligung an den Kosten deutlich zu erhöhen. Damit ist klar, dass sowohl die Unions- als auch die SPD-regierten Länder sich gegen die bisherige Linie des Bundes stellen werden. Weil ist amtierender Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, Wüst sein Stellvertreter. Die beiden koordinieren die Haltung der Länder gegenüber dem Bund.

Weil erklärte seine Forderung mit der Not der Kommunen, die "mit Recht auf ihre schwierige Situation" verwiesen und mehr Unterstützung einforderten. "Wir werden dieses Thema ganz oben auf die Agenda der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz setzen müssen und auf eine stärkere Hilfe durch den Bund dringen", sagte Weil WELT. "Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für die Unterbringung und Versorgung der Menschen, die vor Krieg, Unterdrückung und Gewalt zu uns fliehen. Wir brauchen eine faire und verlässliche Lastenteilung."

Weil begrüßte, dass Bund, Länder und Kommunen nach dem Flüchtlingsgipfel "in der Organisation der Unterbringung der Geflüchteten noch intensiver zusammenarbeiten wollen". Das allein helfe aber nicht. "Der Bund muss sich auch finanziell noch stärker beteiligen." Niedersachsens Regierungschef begründete seine Haltung mit Zahlen aus seinem Bundesland. Demnach sind allein dort für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine und anderen Migranten im Jahr 2022 rund 1,2 Milliarden Euro an Kosten angefallen, doppelt so viel wie 2021. Vom

Länder fordern mehr Geld für Flüchtlingshilfe Ministerpräsidenten dringen auf stärkere Unterstützung des Bundes für die Kommunen

Bund habe Niedersachsen "nur etwa ein Drittel erstattet bekommen. In diesem Jahr wird es sogar nur etwas mehr als ein Fünftel sein."

In Berlin stieß Weils Forderung vor allem in den Reihen der Koalition auf Skepsis. So verwiesen sowohl die SPD- als auch die FDP-Bundestagsfraktion darauf, dass der Bund den Ländern und Kommunen für die Jahre 2022 und 2023 bereits 6,25 Milliarden Euro zur Bewältigung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt habe. "Dieses Geld muss aber auch von den Ländern an die Kommunen weitergegeben werden. Hessen und NRW haben hier noch Luft nach oben", sagte der stellvertretende SPD-Fraktionschef Dirk Wiese. Er bekräftigte damit Vorwürfe, dass die Länder das Geld aus der Bundeskasse nicht vollständig an die Kommunen weiterreichten. Entsprechende Vorwürfe hatte auch der Präsident des Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), erhoben.

Stephan Thomae, Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, forderte Länder und Kommunen zudem auf, ihre Ausländerbehörden zu reformieren. "Länder und Kommunen sind etwa gemeinsam gefordert, die Arbeitsfähigkeit der Ausländerbehörden stärker in den Blick zu nehmen und zu adressieren, welche Form der Unterstützung der Bund hier leisten kann. Sowohl bei der Einwanderung als auch bei Abschiebungen sind diese kommunalen Behörden ein Nadelöhr, das zu lange vernachlässigt wurde."

Der stellvertretende Unionsfraktionschef, Mathias Middelberg (CDU), betonte auf WELT-Anfrage zwar ebenfalls, dass der Bund sich "angemessen" an den Folgekosten der Migration beteiligen müsse, wies aber zugleich darauf hin, dass es "mit immer mehr Geld nicht getan" sei. "Die absolut vorrangige Aufgabe des Bundes ist es jetzt, die dramatisch ansteigende Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge deutlich zu verringern." Dazu müsse der Bund "viel entschiedener als bisher auf eine europäische Lösung an den Außengrenzen der EU hinwirken". Nur anerkannte Asylbewerber dürften fair in ganz Europa verteilt werden. "Das Weiterwandern vieler Asylsuchender insbesondere nach Deutschland muss beendet werden."

Middelberg warf Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor, bei diesem Thema "versagt" zu haben, und fügte hinzu: "Der Bundeskanzler wird diese Aufgabe deshalb jetzt schnell zur Chefsache machen müssen."

Wir brauchen eine faire und verlässliche Lastenteilung Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident Niedersachsen

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 19, 2023

Schwedens Premier - Ein Problemgast für Scholz; Der neue Regierungschef Ulf Kristersson besucht den Bundeskanzler. Beim Thema Migration wird die Beziehung auf eine Probe gestellt

Die Welt

Mittwoch 15. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 53

Length: 1132 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Nach seinem Staatsbesuch in Schweden kam Olaf Scholz aus dem Schwärmen gar nicht mehr heraus. "Ich bin sehr dankbar für die gute Zusammenarbeit und Freundschaft, die wir beide persönlich haben, aber natürlich auch für die sehr guten Beziehungen zwischen unseren Ländern", sagte der Bundeskanzler nach Gesprächen mit der damaligen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson.

Auch den "wahrscheinlich besten Moment" seiner einwöchigen Nordeuropa-Reise erlebte Scholz mit seiner sozialdemokratischen Amtsfreundin bei der Probefahrt in einem Elektro-Lkw. Wenn aber der Kanzler und Anderssons Nachfolger Ulf Kristersson heute zum ersten Mal für bilaterale Gespräche zusammentreffen, symbolisiert das eine Probe für die bis dato demonstrative Harmonie zwischen Stockholm und Berlin.

Denn ausgerechnet beim größten Streitthema der EU stehen sich mit der neuen rechts-konservativen Regierung des Moderaten-Chefs Kristersson und der SPD-geführten Ampel von Scholz zwei sehr unterschiedliche Strategien gegenüber. Innenpolitisch tut die Ampelkoalition viel für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik, Einbürgerungen etwa sollen erleichtert werden, Deutschland insgesamt offener werden, so das Signal. Auf EU-Ebene wirbt Berlin vorwiegend für einen solidarischen Ansatz zur Verteilung von Asylsuchenden, kooperationsunwillige Herkunftsstaaten will man mit Anreizen begegnen statt Drohungen. Das Gegenteil ist in Schweden der Fall. Dort setzt die rechts-konservative Regierung Kristersson auf eine harte Haltung im Hinblick auf Integration und Migration - und das wirkt sich auch auf EU-Ebene zum Nachteil der deutschen Agenda aus.

Denn Schweden, das seit Jahresbeginn die Ratspräsidentschaft innehat, macht keinen Hehl daraus, dass es wenig Interesse daran hat, die Umsetzung der 2020 beschlossenen Reform der Asyl- und Migrationspolitik voranzutreiben. Dass der bisher eher schleppend funktionierende Solidaritätsmechanismus auf der EU-Agenda nach oben rutscht, oder eine nachhaltige Lösung für den Umgang mit Bootsflüchtlings gefunden wird, scheint deshalb vorerst ausgeschlossen.

Schwedens Premier - Ein Problemgast für Scholz Der neue Regierungschef Ulf Kristersson besucht den Bundeskanzler. Beim Thema Migration wird die Beziehung auf ei....

Dass ausgerechnet Schweden wenig Enthusiasmus im Bereich der gemeinsamen Migrationspolitik zeigt, liegt auch am Regierungswechsel im September, bei dem die sozialdemokratische Minderheitsregierung von einem rechts-konservativen Bündnis aus dem Amt geworfen wurde. Obwohl sie nicht Teil der neuen Regierung sind, haben die rechten Schwedendemokraten mit ihrem starken Ergebnis von 20 Prozent den Regierungswechsel erst ermöglicht - und damit auch den neuen moderaten Ministerpräsidenten Kristersson.

Die Rolle als Königsmacher - sie tolerieren die konservative Koalition im Parlament und verzichten ihrerseits auf Regierungsbeteiligung - lassen sich die Schwedendemokraten mit einem großen Einfluss auf Stockholms politische Agenda bezahlen. Vor allem beim Thema Migration. Ein Wandel hatte allerdings schon vor dem Regierungswechsel begonnen, als 2015 im Zuge der Migrationskrise mehr als 160.000 Menschen nach Schweden kamen, das damit pro Kopf mehr Menschen aufnahm als jedes andere europäische Land.

Die sozialdemokratische Regierung zog die Notbremse und verschärfte erstmals das Asylrecht. Mit der neuen konservativen Regierungskoalition wird sich diese Entwicklung fortsetzen, zur Sorge einiger gemäßigter EU-Partner. Zwar versuchte der Premier zu beschwichtigen - wichtig sei ihm, nationale Interessen zurückzustellen, um das Wohl der EU als Ganzes in den Vordergrund zu stellen - doch letztlich begeben sich die meisten Mitgliedstaaten spätestens seit dem Migrationsgipfel Anfangs März auf einen Kurs im Sinne der Schweden. Diese sind neben EU-Partnern wie Österreich oder der Niederlande etwa der Meinung, dass der sogenannte Visahebel gegen Drittstaaten, die bei der Rücknahme abgelehnter Asylsuchender nicht kooperieren, maximal ausgenutzt werden muss. Wenn sich ein Herkunftsstaat querstellt, können demnach die Visabedingungen für das betreffende Drittland erschwert werden. Bundesinnenministerin Nancy Faeser ist dagegen, auf diese Art mehr Druck zu machen. Ihr Credo lautet: Wer will, dass Herkunftsländer Migranten wieder zurücknehmen, muss diesen Ländern auch ausreichend faire Angebote für legale Migration machen.

Die Abschlusserklärung des Europäischen Rates war ein Punktsieg für die Migrationshardliner: "Restriktive Visamaßnahmen in Bezug auf Drittländer" sollen demnach künftig eine Möglichkeit sein. Die Staats- und Regierungschefs riefen die Europäische Kommission in ihren Schlussfolgerungen außerdem dazu auf, künftig mehr Geld in den Schutz der Außengrenzen zu investieren, indirekt kann damit auch der Bau von befestigten Grenzanlagen mit Zäunen und Stacheldraht finanziert werden. Bis vor Kurzem war das noch undenkbar. Zu den größten Kritikern solcher Pläne gehört die Bundesregierung. So versuchte Deutschland beim Gipfel gemeinsam mit Luxemburg, Portugal und Spanien allzu harte Formulierungen in der Abschlusserklärung zu verhindern. Ohne viel Erfolg. Beim Schutz der EU-Außengrenzen vertritt Berlin seit Jahren einen sanften Kurs. Konsequente Grenzkontrollen ja, ein klares Nein aber zu Zäunen, der Zurückweisung von Migranten bereits in den Abfahrtschiffen, oder die Abwicklung von Asylanträgen in Drittstaaten.

In einem Gastbeitrag für WELT machte die neue Migrationsministerin des Landes klar, wie ihre Regierung die Asylpolitik künftig noch einmal verschärfen will. So werde Schweden bei der Asyleinwanderung das "jeweils geringste Level annehmen, das nach EU-Recht sowie nach anderen bindenden internationalen Verträgen möglich ist", so Maria Malmer Stenergard. Daraus resultierten auch strengere Regelungen für den Familiennachzug; die Rechte während des Asylverfahrens, so die Ministerin, "werden enger gefasst."

Ein großes Anliegen der neuen Regierung, das maßgeblich auch dem Druck der einwanderungsfeindlichen Schwedendemokraten geschuldet sein dürfte, ist die Verschärfung des Staatsbürgerrechts. So verständigten sich die Parteien des rechten Blocks darauf, eine neue Regierungskommission einzusetzen, "die weitere strengere Anforderungen für den Erwerb der schwedischen Staatsbürgerschaft ausarbeitet." Sie soll "untersuchen und vorschlagen", ob künftig erst wieder nach einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren die Staatsbürgerschaft beantragt werden kann. Bundesinnenministern Faser möchte die Dauer für eine Einbürgerung dagegen von bisher acht auf fünf Jahre, in Ausnahmefällen drei Jahre, senken.

Auf ihrer Homepage kündigt die Bundesregierung an, dass es beim Antrittsbesuch von Kristersson vor allem um bilaterale Beziehungen, europa- und sicherheitspolitische Fragen in Bezug auf den Krieg in der Ukraine sowie die Sicherheit des Ostseeraumes gehen soll. Von Migration kein Wort. Dabei kommen Europas Staatschefs um dieses Thema nicht herum.

Schwedens Premier - Ein Problemgast für Scholz Der neue Regierungschef Ulf Kristersson besucht den Bundeskanzler. Beim Thema Migration wird die Beziehung auf ei....

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Der konservative Regierungschef Ulf Kristersson verfolgt eine strenge Migrationspolitik

Load-Date: March 14, 2023

End of Document

Länder setzen Kanzler Scholz unter Druck; Forderung nach mehr Geld und Tempo des Bundes bei Migration und Energiepreisen

Die Welt

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 55

Length: 859 words

Byline: Kristian Frigelj

Body

Der Ärger ist inzwischen so groß, da machen Parteifarben oder persönliche Beziehungen zur Bundesregierung keinen großen Unterschied mehr. Die 16 Landesregierungen - ganz gleich, ob von SPD, Union, Grünen oder Linken geführt - klagen über einen zu zögerlichen Bund bei der Bewältigung der aktuellen Krisen. Mit dieser grundsätzlichen Unzufriedenheit trafen sich am Donnerstag die Regierungschefinnen und -chefs zur Ministerpräsidenten-Konferenz (MPK) in Berlin.

Am frühen Nachmittag traten dann Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) als MPK-Vorsitzender und dessen Stellvertreter, Nordrhein-Westfalens Regierungschef Hendrik Wüst (CDU), in auffälliger Einmütigkeit vor die Presse. Weil war im Ton etwas konzilianter gegenüber der Bundesregierung von Kanzler und Parteifreund Olaf Scholz (SPD) und lobte, dass im vergangenen Jahr viel geschafft worden sei. Wüst drückte sich harscher aus und monierte etwa die "Streitigkeiten" in der Ampel-Regierung.

Doch das gemeinsame Signal war eindeutig: Vom Bund muss mehr Geld und mehr Tempo kommen. Neben den hohen Energiepreisen für Unternehmen und Stadtwerke und der notwendigen Beschleunigung bei Planung und Genehmigungen ging es vor allem um die Finanzierung und Unterbringung von Kriegsflüchtlings aus der Ukraine und von Asylzuwanderern. "Wir sind der festen Überzeugung, vom Bund muss in dieser Hinsicht mehr kommen", sagte Weil. Man müsse gegen Ende des ersten Quartals 2023 feststellen, "dass die Sorgen nicht kleiner, sondern größer werden". Allein bei den Erstanträgen von Asylbewerbern gebe es eine Steigerung von etwa 76 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Man sehe "mit Aufmerksamkeit und Sorge auf die Entwicklung der nächsten Monate", und die Kommunen hätten "echte Probleme" bei der Unterbringung.

Scholz war bei dieser Runde nicht dabei, weil es sich nach den Worten Weils um eine "normale" Gremiensitzung handelte. Doch Scholz sandte am Morgen mit seiner Regierungserklärung im Bundestag eine Botschaft ans Länder-Gremium: Der Kanzler erinnerte daran, dass der Bund Ländern und Kommunen 2022 mehr als 3,5 Milliarden Euro gezahlt habe, in diesem Jahr würden 2,75 Milliarden fließen. Außerdem könnten ukrainische Flüchtlinge Bürgergeld bekommen. "Das bedeutet, dass der Bund den allergrößten Teil der Kosten für Unterkunft

Länder setzen Kanzler Scholz unter Druck Forderung nach mehr Geld und Tempo des Bundes bei Migration und Energiepreisen

und Verpflegung trägt", betonte Scholz und setzte hinterher: "Seiner Verantwortung wird der Bund gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden auch weiterhin gerecht werden."

Bei den Ukraine-Flüchtlingen mag eine solche Darstellung noch zutreffen, doch Länder und Kommunen nehmen inzwischen zusätzlich überwiegend Asylbewerber aus anderen Staaten auf, und da sieht es doch ganz anders aus. Nach Angaben aus den Bundesländern ist der Bundesanteil an der Finanzierung deutlich gesunken; auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015/2016 beteiligte sich der Bund mit 40 Prozent an den Kosten, nun sind es etwa in NRW gerade noch 16 Prozent. Die Länder wollen eine "Fifty-Fifty-Finanzierung" erreichen, also eine Erhöhung auf 50 Prozent Bundesanteil. NRW-Ministerpräsident Wüst rechnet mit Kosten in Höhe von 3,7 Milliarden Euro allein in seinem Bundesland für dieses Jahr. Die Finanzhilfen des Bundes lägen bisher bei 600 Millionen Euro. Es gehe, so Wüst, darum, "dass wir zu einer fairen Lastenverteilung kommen". MPK-Chef Weil machte eine noch größere Rechnung auf: Die Länder gingen davon aus, dass sie insgesamt mehr als 16 Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Unterbringung von Migranten aufbringen müssen, deutlich mehr als bisher.

Diese Zahlen machen die Herausforderungen deutlich, vor denen Bund, Länder und Kommunen stehen. Am 10. Mai kommt die MPK zu einer Sondersitzung mit dem Kanzler zusammen. Bis dahin wird auch die Mai-Steuerschätzung für das gesamte Jahr erwartet. Scholz steckt in einer verzwickten Lage: Zum Streit in der Ampel über Finanzmittel und zu den Begehrlichkeiten der Ressortkollegen im Bundeskabinett kommen nun die Milliarden-Forderungen der Länder und Kommunen hinzu. Neben der Finanzierung mahnen die Länder auch mehr Hilfe des Bundes bei der Unterbringung an. So kritisierten sie, dass das Angebot bei den Liegenschaften bisher "unzureichend" sei. Die Belegung von Turnhallen soll vermieden werden, auch um die gesellschaftliche Akzeptanz nicht zu gefährden, deshalb dringen die Länder darauf, dass Unterbringungskapazitäten dauerhaft vorgehalten werden.

Flankierend sehen die Länder auch die Notwendigkeit, Personen ohne Bleiberecht effektiver zurückzuführen. Die Länder drängen den Bund, mit Herkunftsstaaten stabile und praxiswirksame Vereinbarungen über die Rücknahme ihrer Staatsangehörigen abzuschließen und umfassend und konsequent auf die tatsächliche Umsetzung hinzuwirken. Auf europäischer Ebene seien weitere Anstrengungen erforderlich, um die Kontrolle und den Schutz der EU-Außengrenzen wirksamer auszugestalten. Es müsse zudem eine verbindliche Vereinbarung zur Aufnahme von Migranten zwischen allen Mitgliedstaaten getroffen und "ein solidarisches Verteilungssystem" erreicht werden. Denn eines wurde in der Beratung ebenfalls klar: Die Unterbringung von Flüchtlingen bleibt eine Daueraufgabe.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 16, 2023

Illegale Migration aus Osteuropa nimmt neue Wege; Im Juni reisten mehr als 7000 Menschen unerlaubt aus Polen und Tschechien ein

Die Welt

Mittwoch 12. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 133

Length: 784 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Das Signal, das Innenministerin Nancy Faeser (SPD) im vergangenen Oktober auf einem ersten "**Flüchtlingsgipfel**" setzte, war deutlich. Man sei "gemeinsam in der Verantwortung, illegale Einreisen zu stoppen", sagte sie vor Vertretern von Ländern und Kommunen. Nicht reduzieren oder begrenzen, sondern "stoppen". Dies sei notwendig, um denjenigen zu helfen, die wirklich Hilfe bräuchten. Das Ziel schien schon damals kaum erreichbar - inzwischen liegt es noch ein bisschen ferner.

Denn tatsächlich nehmen die illegalen Einreisen weiter zu. Das zeigen Zahlen der Bundespolizei, die der CDU-Innenpolitiker Alexander Throm beim Innenministerium abgefragt hat. Demnach wurden allein im Juni mehr als 7200 Menschen bei der unerlaubten Einreise aufgegriffen, 600 mehr als im selben Monat im Vorjahr. Insbesondere an den Landgrenzen zu Polen, der Schweiz und Tschechien stieg die Zahl der irregulären Einreisen stark an. Reisten im Juni 2022 noch knapp 1000 Menschen unerlaubt aus Polen ein, waren es in diesem Juni knapp 3000. An der Grenze zur Schweiz verdoppelte sich die Zahl der unerlaubten Einreisen im Vergleich zum Vorjahr. An der Grenze zu Tschechien waren es 50 Prozent mehr. Minimal gesunken sind die festgestellten illegalen Übertritte hingegen an der Grenze zu Österreich. Und auch aus Dänemark und Frankreich nahm die Zahl der festgestellten irregulären Einreisen ab.

"Deutschland braucht dringender denn je einen Schutz seiner Grenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz", sagt Innenpolitiker Throm. Dass Ministerin Faeser dem Treiben der Schleuser "tatenlos" zuschauen, sei nicht mehr zu verantworten. "Gerade über Polen kommen viele Migranten, die von Russland und Weißrussland zielgerichtet eingeschleust wurden." Deutschland könne nicht abwarten, "bis die EU sich auf einen möglichen Schutz ihrer Außengrenze geeinigt hat".

Tatsächlich hat die Innenministerin gerade mit Blick auf Tschechien und Polen zuletzt Maßnahmen intensiviert. Die Schleierfahndung wurde verstärkt; die Bundespolizisten kontrollieren den Grenzbereich also stärker. Außerdem drang Faeser darauf, dass Österreich und Tschechien ihrerseits verstärkt an den Grenzen zur Slowakei kontrollieren. Allerdings führte dies offenbar nicht dazu, dass die Zahl der Einreisen sank. Viele Menschen

Illegale Migration aus Osteuropa nimmt neue Wege Im Juni reisten mehr als 7000 Menschen unerlaubt aus Polen und Tschechien ein

schrecken die Maßnahmen offenbar nicht ab. An der Grenze zu Österreich gibt es hingegen schon seit Jahren stationäre Grenzkontrollen. Sie wurden auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015 eingeführt und seitdem immer wieder verlängert. Die Innenminister von Sachsen und Brandenburg dringen schon seit längerem auf eine Einrichtung von stationären Kontrollen auch an ihren Grenzen. Wie in Österreich würden Reisende dann direkt beim Übertritt zumindest an stark befahrenen Routen kontrolliert. Faeser lehnt entsprechende Forderungen allerdings bislang ab. Schlagbäume wieder hochzuziehen, "würde uns um Jahrzehnte zurückwerfen", sagte sie kürzlich.

Tatsächlich ist umstritten, wie gut stationäre Kontrollen wirken. Studien dazu, ob sie Menschen von einem Einreiseversuch abhalten, sind Migrationsexperten nicht bekannt. Allerdings gehen einige von einer symbolischen Wirkung aus. Wenn Schleuser wissen, dass sie kontrolliert werden könnten, meiden sie entsprechende Routen eventuell. Außerdem hat die Bundespolizei mehr Handlungsmöglichkeiten. "Bei stationären Grenzkontrollen können wir unerlaubt eingereiste Personen direkt an der Grenze in den Nachbarstaat zurückweisen", sagt Heiko Teggatz, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft. "Das betrifft zum Beispiel Menschen, die mit einer Wiedereinreisesperre belegt sind, oder Asylsuchende, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat registriert wurden." Nicht aber Personen, die zum ersten Mal einen Asylantrag stellen. Knapp 15.000 Personen habe die Polizei im vergangenen Jahr nach Österreich zurückgeschickt. An den Grenzen zu Polen und Tschechien gebe es diese Möglichkeit für die Bundespolizei nicht. Wenn sie bei der Schleierfahndung eine Person aufgreift, die illegal eingereist ist, werde sie in der Regel an eine Landeserstaufnahmeeinrichtung verwiesen. Teggatz findet: "Stationäre Grenzkontrollen zu Polen und Tschechien würden die Kommunen in Deutschland wesentlich entlasten." Allerdings gehen Grenzkontrollen auch immer mit Nachteilen einher. Zum Beispiel für Berufspendler oder Händler, die womöglich länger im Stau stehen. Als die Bundespolizei während der Corona-Pandemie zahlreiche Grenzübertritte kontrollierte, regte sich in vielen Kommunen etwa an der Grenze zur Schweiz, aber auch zu Tschechien Widerstand - und zwar unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

Schutz der Grenzen dringender denn je Alexander Throm, CDU-Innenpolitiker

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 11, 2023

Absurd, was Zuwanderer alles wissen müssen

Die Welt

Donnerstag 14. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 179

Length: 506 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

Neulich berichtete meine Kollegin Ricarda Breyton über die Integrationskurse, die jeder **Migrant** in Deutschland absolvieren muss. Im vergangenen Jahr gab es 340.000 Teilnehmer, von denen nach sechs bis neun Monaten Kursdauer nur 78.000 das gesetzliche Ziel des Sprachniveaus B1 erreichten. Kenner der Materie sagen, dass das für die meisten **Migranten** nicht zu schaffen ist. Das glaube ich sofort. Deutsch ist eine schwere Sprache.

Nach dem Integrationskurs müssen die Teilnehmer noch in einen Orientierungskurs mit 100 Unterrichtseinheiten, um etwas über die Grundlagen der Demokratie und die jüngste deutsche Geschichte zu lernen. Dass auch dort das Ziel viel zu hoch gesteckt ist, wurde mir klar, als mir kürzlich der Katalog von 310 Fragen in die Hände fiel, aus dem die Migranten in der Abschlussprüfung 33 präsentiert bekommen. Im Multiple-Choice-Verfahren müssen sie die Hälfte richtig beantworten. Zu meiner Überraschung waren es dieselben Fragen wie beim Einbürgerungstest. Man verlangt also von gerade Zugewanderten das Gleiche wie von denen, die nach Jahren Deutsche werden wollen.

Viele der Fragen sind zweifellos wichtig. Migranten sollten wissen, was Meinungsfreiheit und religiöse Toleranz bedeuten, was Föderalismus ist, was man unter einer "freien, gleichen und geheimen Wahl" versteht, wann der Zweite Weltkrieg endete und wann die Teilung Deutschlands. Wichtig auch Fragen wie diese: "Eine junge Frau, 22 Jahre alt, lebt mit ihrem Freund zusammen. Die Eltern der Frau finden das nicht gut, weil ihnen der Freund nicht gefällt. Was können die Eltern tun?" Da sollte der afghanische Flüchtling möglichst nicht Antwort d) ankreuzen: "Sie suchen einen anderen Mann für die Tochter."

Aber es gibt auch jede Menge Fragen, bei denen man nur den Kopf schütteln kann, weil sie für Migranten unwichtig sind oder so speziell, dass sie auch viele Deutsche nicht korrekt beantworten können. Über den Bundespräsidenten müsste die Information reichen, dass er vor allem eine repräsentative Funktion hat. Kein Migrant muss wissen, dass es zu den Aufgaben des deutschen Staatsoberhauptes gehört, "den Kanzler oder die Kanzlerin vorzuschlagen" - auch wenn das so im Artikel 63 des Grundgesetzes steht.

Muss ein Migrant wissen, dass "ein Regierungswechsel in einem Bundesland Auswirkungen auf die Bundespolitik haben" kann? Muss ein Migrant außerhalb Bayerns wissen, wofür die Abkürzung CSU steht? Muss ein Migrant in

Absurd, was Zuwanderer alles wissen müssen

der Hauptstadt wissen, wie der Amtstitel des Berliner Bürgermeisters heißt? Dass "Regierender Bürgermeister" die richtige Antwort ist (und das Amt in Hamburg "Erster Bürgermeister" heißt), kriegen ja nicht einmal alle Politikredakteure richtig auf die Reihe. Ein Migrant muss nicht den Dichter der deutschen Nationalhymne kennen oder die beiden Parteien, die 2007 zur Linkspartei fusionierten (PDS und WASG).

Solche überzogenen Anforderungen erschweren die Integration. Und sie kosten unnötig viel Steuergeld, wie auch der Bundesrechnungshof feststellte. Höchste Zeit für eine Reform der Migranten-Kurse.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 13, 2023

End of Document

Spracharmut verweigert reale Armut

Die Welt

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; ZU GUTER LETZT; S. 16; Ausg. 187

Length: 325 words

Byline: Horst Haider Munske

Body

Wir erleben es täglich: Die Folgen unzureichender Migrationspolitik sind in unserem Alltag angekommen. Viele Paketboten können weder Deutsch sprechen noch verstehen oder gar lesen. Wer kein Deutsch versteht, wird lieber einen Zettel in den Briefkasten werfen. Das geht am schnellsten. Aber der Empfänger muss nun sein Paket in einem Postladen abholen. Kleinigkeit? Gewiss, aber symptomatisch für die Lage der meisten Einwanderer und für das mangelhafte Miteinander in unserer Gesellschaft.

Bei uns wird an falscher Stelle gespart. Im jüngsten Haushaltsentwurf der Bundesregierung sollen die Mittel für Integration um ein Drittel gekürzt werden. Es betrifft die Migrationsberatung, die sogenannte Asylverfahrensberatung und die psychosoziale Betreuung. Drei elementare Wege zur Integration, vor allem zum Deutschlernen. Wer das verfehlt, endet in Spracharmut. Warum wird Deutsch als das eigentliche Bindeglied unseres Landes so geringgeachtet? Wenn es um Sprache geht, streiten wir um Rechtschreibreform oder Gendern. Das sind Randthemen, wenn es um Erhalt, Verbreitung und Pflege des Deutschen geht.

Die Fehleinschätzung von Sprache hat Tradition. Es begann schon bei den Gastarbeitern der Sechzigerjahre, denen das Deutschlernen gar nicht abverlangt und kaum angeboten wurde. Sie haben trotzdem das Nötigste gelernt, schleppen aber bis heute die Anfangsfehler ihres notdürftigen Lernens mit. Sie können ihre Kinder und Enkel kaum bei den Anforderungen der Schule unterstützen. So verlängern sich Anfangsfehler über Generationen. Die Probleme drohen sich heute zu wiederholen. Kinder von Migranten kommen ohne ausreichende Deutschkenntnisse in die Schulen. Ohne besondere Sprachförderung werden sie immer nachhinken. Ihr Defizit verlängert sich oft bis zum schlechten Schulabschluss. Dem folgen schlechte Berufschancen. Sieht so der "Neuanfang in der Migrations- und Integrationspolitik" aus, den die Ampelregierung versprochen hat?

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 25, 2023

End of Document

Europas Asylreform steht auf einem wackeligen Fundament; Die EU will Verfahren und Abschiebungen beschleunigen - und ein umstrittenes Instrument ausweiten: Migrationsdeals mit Drittstaaten

Die Welt

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 111

Length: 783 words

Byline: Virginia Kirst

Dpa

Body

Rom

Als Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni am Sonntag zu ihrem zweiten Besuch innerhalb von fünf Tagen nach Tunesien reiste, wurde sie von Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, und Mark Rutte, Ministerpräsident der Niederlande, begleitet. Und das nur drei Tage, nachdem die EU-Mitgliedsländer sich auf eine Neuausrichtung und Verschärfung ihrer gemeinsamen **Asylpolitik** geeinigt hatten.

Kern dieser Reform ist es, die **Migranten** bei ihrer Ankunft in der EU in Zentren zu registrieren, die **Asylverfahren** deutlich zu beschleunigen und abgelehnte Bewerber möglichst schnell abzuschieben. Damit die Reform vorangebracht werden kann, muss vor allem die Zahl der **Migranten**, die in der EU ankommen, eingedämmt werden. Denn nur so können die neuen Mechanismen, die sich die Regierungschefs überlegt haben, überhaupt funktionieren.

Um dieses Ziel zu erreichen, nutzt die EU in anderen Ländern bereits ein umstrittenes Instrument, das sie jetzt wohl auch in Tunesien zur Anwendung bringen will: Migrationsdeals. Sie sind eine Verlegenheitslösung, bei der Brüssel Transitländer dafür bezahlt, die Migranten von ihrer Weiterreise in die EU abzuhalten. Bei ihrem Besuch stellte von der Leyen dem wirtschaftlich schwer angeschlagenen Tunesien Finanzhilfen in Höhe von bis zu 900 Millionen Euro in Aussicht. Brüssel hofft darauf, gemeinsam mit Tunis effektiver gegen Schlepper und illegale Überfahrten vorzugehen.

Für Such- und Rettungsaktionen und die Rückführungen von Migranten beispielsweise wolle man gut 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen, kündigte die Kommissionschefin nach einem Gespräch mit Präsident Kais Saied an.

Europas Asylreform steht auf einem wackeligen Fundament Die EU will Verfahren und Abschiebungen beschleunigen - und ein umstrittenes Instrument ausweiten: Mигра....

Das entspricht der dreifachen Summe, mit der Brüssel Tunis dabei zuletzt im Durchschnitt jährlich unterstützte. Meloni sprach von einem "wichtigen ersten Schritt". Ob der Deal zustande kommt und mit Tunesien bei den Detailverhandlungen Einigungen erzielt werden, dürfte allerdings von einem Entgegenkommen Saieds abhängen.

Solche Abkommen hat die EU bereits mit verschiedenen Mittelmeeranrainern geschlossen. Das bekannteste Beispiel ist der Deal mit der Türkei, der auf dem Höhepunkt der Migrationskrise 2015/16 vereinbart worden war: Brüssel bezahlte Ankara damals sechs Milliarden Euro dafür, die Grenzen dichtzumachen und die Migranten im eigenen Land zu versorgen. Ähnliche Deals gibt es mit Marokko, Libyen und Ägypten - wobei die Länder nicht immer so explizit wie im Falle der Türkei dafür bezahlt werden, die Migranten aufzuhalten. Teils - etwa im Fall von Marokko und Ägypten - steht die Aussicht auf eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder mit der EU im Vordergrund und die strengere Grenzkontrolle ist implizit. Oder aber der Fokus wird auf das Versprechen gelegt, dass legale Arbeitsvisa erteilt werden.

Eine solche Vereinbarung möchte die EU nun offenbar auch mit Tunesien schließen. Das nordafrikanische Land ist zuletzt ein Schlüsselland für die Migration über das Mittelmeer geworden: Neuerdings brechen die meisten Migranten mit ihren Booten von dort auf. Schließlich trennen die tunesische und die italienische Küste nur wenige Kilometer. Doch die Lage in Tunesien ist derzeit besonders kompliziert, denn das Land befindet sich am Rand des finanziellen Kollapses. Daher ist klar, dass Tunesien erst wirtschaftlich stabilisiert werden muss, um einerseits ein verlässlicher Partner zu sein. Aber auch, um zu verhindern, dass zusätzlich zu den ohnehin auf der Durchreise befindlichen Migranten auch Tunesier in die Boote Richtung EU steigen, um der wirtschaftlichen Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat zu entkommen.

Italien spürt die Auswirkungen der instabilen Lage in Tunesien schon seit Monaten und versucht das Land daher dabei zu unterstützen, einen Kredit des internationalen Währungsfonds (IWF) in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar zu erhalten, um den Staatsbankrott abzuwenden. Doch der IWF hat den Kredit eingefroren, weil der autokratische Präsident Saied sich weigert, die damit verbundenen Reformen durchzuführen.

Gleichzeitig hat er in den vergangenen Monaten die Migration ganz bewusst als Druckmittel gegen Italien eingesetzt - in dem Wissen, dass die Rechtsnationalistin Meloni nichts weniger gebrauchen kann, als einen weiteren Anstieg der Ankünfte über das Mittelmeer, deren Zahl sich im Vorjahresvergleich bereits mehr als verdoppelt hat. Das Verhalten Saieds zeigt auch, wie wackelig die Entlastung ist, die die EU versucht, sich mit ihren Migrationsdeals zu erkaufen, denn sie macht sich damit von autokratischen Herrschern abhängig. Ganz zu schweigen von den humanitären Folgen. In Libyen etwa werden Migranten in Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen festgehalten und teils auch gefoltert.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Zu Verhandlungen über ein Migrationsabkommen bei Präsident Kais Saied (l.) in Tunis: Giorgia Meloni (2.v.r.) mit Ursula von der Leyen und Mark Rutte

Load-Date: June 11, 2023

Grüne haben Sorge vor "Haftlagern" für Migranten; Fraktion übt scharfe Kritik an EU-Asylrechtsreform

Die Welt

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 115

Length: 942 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Am Mittwoch versuchte das Bundesinnenministerium, die aufgeheizte Debatte um die EU-Asylreform offenbar einzufangen. Man möge in der ganzen Auseinandersetzung um die geplanten Aufnahmezentren nicht die Bilder aus Moria zum Vorbild nehmen, sagte der Parlamentarische Staatssekretär Mahmut Özdemir (SPD) im Innenausschuss des Bundestags. So berichtet es der CDU-Innenpolitiker Alexander Throm. Die EU plane gerade kein zweites Moria, sondern neue Aufnahmezentren mit menschenwürdigen Standards.

Moria - das ist der Ort auf der griechischen Insel Lesbos, an dem bis 2020 ein berühmt-berüchtigtes Migrantenlager bestand. Unter elenden Bedingungen hausten Tausende Migranten dort, zum Teil über Jahre. 2020 brannte das Lager ab. Dass es erneut ein solches Zentrum geben könnte, galt in der EU eigentlich als ausgeschlossen.

Doch Teile der Grünen befürchten nun genau das: ein Comeback solcher Lager. Nachdem sich die EU-Innenminister in der vergangenen Woche auf eine Reform der Asylpolitik einigten, die auch Aufnahmezentren an den EU-Außengrenzen beinhalten sollen, laufen sie gegen die Pläne Sturm. Moria werde "zum europäischen Standard", schimpfte etwa der Sprecher der Grünen Jugend, Timon Dzienus. Auch führende Grüne wie die Vorsitzende Ricarda Lang sind unzufrieden mit den Plänen, die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) mit ausgehandelt hat - und die Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) mitträgt. Wenn am Samstag der kleine Parteitag der Grünen tagt, wollen Parteilinke eine Abkehr von den Beschlüssen erreichen. In weiten Teilen der Grünen ist der Frust enorm.

Wie sehr, zeigte sich auch am Donnerstag in einer Debatte im Bundestag. Die Unionsfraktion hatte einen Antrag eingebracht, in dem sie ihrerseits Nachbesserungen an dem EU-Plan forderte. CDU und CSU geht es etwa darum, die Registrierung aller Migranten an der EU-Außengrenze durchzusetzen. Oder Asylverfahren tatsächlich auch in Drittstaaten durchzuführen. Die Abgeordneten, die für die Grünen ans Rednerpult traten, lehnten die Vorschläge der Union erwartungsgemäß ab. Allerdings distanzierten sich alle auch von den aktuellen Plänen der EU-Innenminister - die ja auch ihre Parteifreundin Baerbock mitgetragen hatte.

Grüne haben Sorge vor "Haftlagern" für Migranten Fraktion übt scharfe Kritik an EU-Asylrechtsreform

Die Einigung laufe "auf eine Verstetigung von Leid und Chaos" hinaus, kritisierte die Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion, Filiz Polat. Grünen-Außenpolitiker Tobias B. Bacherle sagte: "Kein anständiger Mensch kann von diesem Kompromiss begeistert sein". Und der Migrationspolitiker Julian Pahlke prognostizierte, dass die Einigung "wohl keine Verbesserung bringen" werde. "Weil sie im Kern keine Probleme löst."

Es sind vor allem drei Regelungen, die die Redner kritisierten: erstens die Tatsache, dass Kinder nun doch in den Lagern untergebracht werden könnten, wenn sie von ihren Eltern begleitet werden. Die Bundesregierung hatte sich im Vorfeld noch dafür eingesetzt, Kinder aus den Grenzverfahren auszunehmen, sich aber nicht durchsetzen können. Dies sei ein "monumentaler Dammbbruch für den Schutz geflüchteter Kinder und Jugendlicher in der EU", zitiert Polat eine Aussage des Kinderhilfswerks Terres des Hommes.

Zweitens den Willen der EU, Drittstaaten zu fördern, wenn diese ihre Grenzen sichern und dadurch irreguläre Migration erschweren. Man zahle Autokraten, "die die Menschenrechte mit Füßen treten", sehr viel Geld dafür, den Türsteher für Europa zu geben, sagt Polat. Und drittens die Tatsache, dass es keinen umfassenden Verteilmechanismus geben soll, der die Ersteinreiseländer deutlich entlasten würde. Ohne verpflichtende Verteilung bestehe aber die Gefahr, dass Länder wie Italien sich wieder alleingelassen fühlten, sagte Pahlke. In der Folge könne es auch weiterhin zu rechtswidrigen Pushbacks kommen - also dazu, dass Migranten an der Grenze zurückgestoßen werden, ohne ein Asylverfahren zu bekommen. Oder aber zu Weiterwanderungen innerhalb Europas. "Diese Reform sorgt dafür, dass es eine neue Sekundärmigration gibt, weil es für Außengrenzstaaten einen hohen Anreiz gibt, diese Menschen einfach weiterzuschicken."

Kein einziger Grüner trat ans Rednerpult, der die Pläne verteidigte. Das übernahmen Abgeordnete von SPD und FDP. Durch die geplante Reform sichere man ab, dass Asylverfahren an den Außengrenzen auch durchgeführt werden, sagte der sozialdemokratische Migrationspolitiker Lars Castellucci - und zwar nach rechtsstaatlichen Standards. In Moria habe genau das nicht stattgefunden. FDP-Innenpolitiker Stephan Thomae erklärte, dass ein Scheitern der Verhandlungen "verheerend" gewesen wäre. Denn die jetzige Lage sei alles andere als tragbar: Schon heute werde an den Außengrenzen ständig geltendes Recht verletzt; der Weiterwanderung innerhalb der EU werde Vorschub geleistet und Rücknahmen von Asylbewerbern fänden nicht statt, wie sie sollten.

Tumult gab es am Ende nicht innerhalb der Ampel, sondern zwischen Grünen und Union. Die Grünen sprachen nämlich wiederholt davon, dass Geflüchtete nun künftig "inhaftiert" würden. Was CSU-Innenpolitiker Alexander Hoffmann derart verärgerte, dass er eine Frage einwarf. Es sei "juristisch falsch und wahrheitswidrig", von Haftlagern zu sprechen. Das sei "grüner und linker Populismus". Am Vortag hatte auch der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, gesagt, dass es sich nicht um Haft handle. "Die Leute können ja zurück." Pahlke griff das Mikrofon und sagte, dass die juristische Definition von Haft nicht sein Problem sei. "Mein Problem ist, dass Familien mit Kindern in Haft gesperrt werden." Auch Polat sprach von "Haftlagern". Es ist ein Wort, das wohl noch stärkere negative Assoziationen weckt als "Moria".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 15, 2023

Die Linke verliert die Wirklichkeit; Politiker der Ampel und ihnen ergebene Medien träumten lange davon, dem Land ihre Elitenideologie aufzuzwingen. Lästige Tatsachen? Wurden ignoriert, von Migration bis Klima. Doch nun schlägt diese Realität umso heftiger zurück

Die Welt

Mittwoch 11. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 197

Length: 1350 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Die Linke hatte einst einen Wahrnehmungsvorsprung. Sie blickte weit in die Zukunft, weil sie von Utopien träumte. Diesen Vorsprung haben die Linken gegen Macht eingetauscht. Heute beschränken sich Teile der linken Wahrnehmungsarbeit auf die Absicherung der eigenen Macht. Ein verkehrter Walter Benjamin: Der Engel der Geschichte läuft mit geschlossenen Augen rückwärts einer unsicheren Zukunft entgegen.

Jüngstes Beispiel sind die Wahlen in Bayern und Hessen: Linke Medien versuchen, aus den beiden Siegen der Union eine Niederlage zu machen. Die Grünen aus Bayern sehen die Zeit für einen "Notfallplan für die Demokratie" gekommen. Im WDR werden Politikwissenschaftler interviewt, die erklären, warum die Union gescheitert ist. Und das bei einem Plus von 7,6 Prozentpunkten für Boris Rhein in Hessen.

Den Ton gesetzt hatte eine denkwürdige Talkrunde am Sonntag nach zwei Landtagswahlen und einem aufziehenden Krieg im Nahen Osten. Eine der dienstältesten Großmeisterinnen der politischen Debatte, Anne Will, lud zu einer Show, in der, wie leider seit Jahren üblich, bürgerlich-konservative Ansichten zum Türöffner rechtsradikaler Entgrenzung stilisiert werden sollten. Mein Kollege (und Freund) Robin Alexander hatte was dagegen: "Warum ist jetzt der heutige Abend ein Anlass, um über irgendwas zu reden, was Friedrich Merz angestellt hat? Die Union hat beide Wahlen gewonnen - und der in München, der Konkurrent von Merz ist, hatte einen schlechten Abend. Also was genau hat Friedrich Merz jetzt wieder angestellt, dass wir alle über ihn reden?"

Spätestens seit Januar 2018 hatte die großstädtische Bourgeoisie einen linken Traum, der die eigene Privilegiertheit mit moralischer Dekoration und vermeintlich progressiver Politik entlang der eigenen Lebensentwürfe belohnen sollte. Mit Robert Habeck und Annalena Baerbock war eine grüne Doppelspitze gewählt worden, die das Ansehlichkeitsbedürfnis dieser Bourgeoisie ebenso verkörperte wie den eitlen Idealismus, der immer nur knapp an hanebüchener Naivität vorbeischrämte. In Migrations-, Klima- und Sozialpolitik sah man sich

Die Linke verliert die Wirklichkeit Politiker der Ampel und ihnen ergebene Medien träumten lange davon, dem Land ihre Elitenideologie aufzuzwingen. Lästige Tats....

als Verlängerung und Fortsetzung Merkelscher Realpolitik, die ihre Partei nach links verschoben hatte - mit fatalen Konsequenzen für die Repräsentation konservativer und auch reaktionärer Stimmen, die zur AfD gewechselt sind. Dass jetzt in Bayern und Hessen mehr junge Bürger AfD als die Grünen gewählt haben, ist auch schnell erklärt: Wer Kinder in der Schule hat, weiß, dass die in der S-Bahn, im Bus, auf dem Pausenhof und über einschlägige TikTok-Videos längst wahrnehmen, wie gefährlich Teile der Migrationsnaivität geworden sind. Die "Schweinefleischfresser" werden in jeder Tonlage deutschfeindlich beleidigt.

Es war ein Wohlstandstraum einer Moral, die man sich glaubte, leisten zu können, weil die (gerne von ihnen auch verachtete) hart arbeitende Mittelschicht ebenso wie die supererfolgreichen Unternehmer zur Kasse gebeten werden sollten. Die Moral kam mit der Umverteilung, die einen weiten Bogen um die verbeamtete obere Mittelschicht machte, welche diese Bourgeoisie trug. Corona wurde als Ermutigung verstanden, die beim Durchregieren störende individuelle Freiheit und die Restbestände liberalen Selbstverständnisses auszuhebeln. Angst zieht in Deutschland immer - und so wurden und werden in Corona- und Klimafragen die Apokalypseängste bedient. So auch vor Gentechnik und modernster Technologie.

Die Maßlosigkeit der rotgrünen Kulturelite kannte kein Halten. Zur Coronazeit wurden selbst unmenschliche Entscheidungen gefeiert, das moralisch eitle Publikum jubelte über jeden noch so harten Lockdown. Deshalb gab es anfangs auch viel Verständnis für Klimaaktivisten und Sprachpolizisten. Die mittelmäßigste Bourgeoisie der Bundesrepublik sah sich an allen Hebeln der Macht. Es fehlte nur die grüne Kanzlerin. Aber in der Hybris lag der Anfang vom Ende der Träume: im gepfuschten Werk der Kandidatin, in der Verhöhnung aller Kritiker der Corona-Maßnahmen, in dem Kampf gegen alte, weiße Männer und in dem Atomkraft-Ausstieg, der für Veteranen wie Jürgen Trittin gedacht war. Natürlich sind es nicht die Grünen alleine. Auch die SPD und Teile der Linken hampeln den Trends hinterher. Leider tun dies auch JuLis und linke Unionisten. Der deutsche Kulturbetrieb ist bis auf kleinste Widerstandsgruppen sowieso dabei.

Die Energiewende ist lächerlich. Zu erklären, die ganze Welt werde uns damit folgen, ist wieder Realitätsleugnung. Ähnlich wie das Gefasel vom grünen Wirtschaftswunder, das vom Bundeskanzler und dem Rest des Kabinetts erzählt wird. Das Gegenteil ist der Fall: Deutschland verliert Woche für Woche weitere Teile des Fundaments des Wohlstands und die Startrampen künftigen Wachstums. Einzig Figuren wie Boris Palmer versuchen wenigstens noch, die Realitätsrepräsentationslücke zu schließen. Zumal die Entzauberung schnell geht. Die Wirklichkeit kann so lange weggequatscht und ignoriert, die eigene Blase kann so lange idealisiert werden, bis diese Wirklichkeit die Tür des Elfenbeinturms eindrückt. Für einige begann das mit den Geschehnissen auf der Kölner Domplatte Silvester 2015. Für andere war es Silvester in Berlin 2022.

Das Abschmieren der Wirtschaft, die Überforderung der Kommunen, das Verweigern jeder Abschiebung, die Verklärung der Klimakleber bei gleichzeitiger Demütigung der Autofahrer. Die Sprachjakobiner und Cancel-Orgien, das Verboten von Indianern und Schweineschnitzeln usw. usf. - man gähnt beim Schreiben. Aber irgendwann war es genug. Die Wahlergebnisse in Bayern und Hessen zeigen: Diese rotgrünen Umerziehungs- und Moralträume sind ausgeträumt. Der Krieg gegen Israel und dessen Feier in migrantischen Milieus verdeutlichen auch, wie lächerlich es ist, "Nie wieder!" zu schreien und gleichzeitig Flüchtlinge aufzunehmen, die, wie in Videos zu sehen, die Hamas-Barbarei bejubeln.

Das Problem für die sich links-liberal dünkenden Eliten aber ist, dass die Realität nicht mehr eingefangen werden kann. Die Realität ist da, und die Ampel kann sich entscheiden, diese Realität zu verändern oder von diesen Realitäten weggefegt zu werden. Die komplett dysfunktionalen Islamverbände, radikale Moscheen mit ihren ekelhaften Predigern, die Dutzenden von NGOs, die jedem radikalen identitätspolitischen Stuss ein Forum geben - und immer und immer wieder der ÖRR, der aktuell maximal ein Drittel der Wähler:innen (sic!) repräsentiert. Die Bilder der globalen Jubelfeiern im freien Westen zeigen, dass es einen Teil der muslimischen Zivilgesellschaft gibt, der mit dem Westen nichts anfangen kann und ihn offen verachtet. Dialektisch muss es zur Willkommenskultur eben auch eine Unwillkommenskultur geben für jene Migration, die am Ende das Zusammenleben aufgeklärter, liberaler, freier Bürgerinnen und Bürger gefährdet.

Die Linke verliert die Wirklichkeit Politiker der Ampel und ihnen ergebene Medien träumten lange davon, dem Land ihre Elitenideologie aufzuzwingen. Lästige Tats....

Von Elie Wiesel stammt der Satz, dass Juden für freie Gesellschaften wie der Kanarienvogel in der Kohlemine Frühindikatoren für eine Vergiftung des Miteinanders sind. Teile der muslimischen Kultur zeigen, was darunter zu verstehen ist. Die verstörenden Bilder aus Deutschland, von den Pausenhöfen über die Insta-Accounts migrantischer Popstars bis hin zu den israelfeindlichen Demonstrationen, verdeutlichen, dass die Naivität in der Migrationsfrage längst zu einer Existenzfrage geworden ist. In aktuellsten Umfragen wird deutlich, dass selbst eine knappe Hälfte der Grünenwähler in Bayern und Hessen eine andere Migrationspolitik wollen. Bei der SPD sind die Zahlen noch drastischer, und das Geschäftsmodell der Sahara Wagenknecht wird sein, jene sozialistischen Etatisten ohne jede Lust auf Migration einzusammeln.

Wer das Ermorden von Israelis feiert und beklatscht, sollte hier weder Asylrecht besitzen noch geduldet, sondern abgeschoben werden. Wer es in Flüchtlingslagern tut, sollte gehen müssen. Und zwar so unverzüglich wie möglich. Das ist nicht nur Teil unserer historischen Verantwortung, sondern auch ein Akt des Selbstschutzes gegen das Gift eines vulgär-mittelalterlichen, komplexiven Todeskultes, der wissen sollte, dass es für ihn kein Verständnis und keine Toleranz geben wird.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 11, 2023

"Afrika sollte diesen Wirtschaftsfaktor für sich entdecken"; Als italienischer Innenminister handelte Marco Minniti den EU-Libyen-Deal aus. Im Interview erklärt er, wie Europa heute mit der Migration umgehen sollte

Die Welt

Donnerstag 7. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 174

Length: 1201 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Marco Minniti war erst Kommunist, dann Sozialdemokrat und Chef der Geheimdienste und schließlich von 2016 bis 2018 italienischer Innenminister. Damals handelte er auf dem Höhepunkt der **Flüchtlingskrise** den EU-Libyen-Deal aus. In der Folge brachen die Ankunftsahlen über das Mittelmeer ein. Das Abkommen war jedoch umstritten, weil die EU damit indirekt libysche Milizen dafür bezahlte, **Migranten** von der Abfahrt abzuhalten. Heute ist Minniti nicht mehr in der Politik aktiv, sondern verfolgt die geopolitischen Entwicklungen als Präsident der Stiftung Med-Or, mit der der italienische Rüstungskonzern Leonardo Italiens Verbindungen nach Afrika und Asien stärken will.

WELT:

Herr Minniti, Sie gelten als Experte für die Migrationsströme in die EU. Wie würden Sie die aktuelle Situation beschreiben, angesichts der Tatsache, dass seit Jahresbeginn mit 115.000 Menschen schon mehr als im gesamten vergangenen Jahr angekommen sind?

Marco Minniti:

Die Ankunftsahlen sind eine Herausforderung und das Risiko ist, dass wir zu den Zahlen von 2016 zurückkehren, als wir die bisher höchsten Ankünfte über das zentrale Mittelmeer erlebt haben. Diese Entwicklung kann sich durch die Destabilisierungsprozesse, die derzeit in Nord- und Zentralafrika laufen, noch verstärken.

Sie sprechen von den Putschen in Niger und Gabun, die kürzlich stattgefunden haben.

Die Situation in Libyen ist ebenfalls besorgniserregend. Dort gab es kürzlich bei Zusammenstößen in der Hauptstadt Tripolis 57 Tote. Das ist eine hohe Zahl. Im Sudan herrscht ein Bürgerkrieg, in Tunesien läuft ein destabilisierender Prozess und wir haben eine sehr starke russische Präsenz, die von Libyen bis Zentralafrika

"Afrika sollte diesen Wirtschaftsfaktor für sich entdecken" Als italienischer Innenminister handelte Marco Minniti den EU-Libyen-Deal aus. Im Interview erklärt

reicht, von Mali über Burkina Faso bis zum Sudan. Hunderttausende Flüchtlinge aus dem Sudan sind derzeit in Ägypten und im Tschad untergebracht. All das könnte sich in einen Dominoeffekt für Europa verwandeln.

Mit welchen Folgen?

Der Putsch in Gabun gilt als ein weiteres Element der Krise in Françafrique, also der ehemaligen Einflusszone Frankreichs in den Ex-Kolonien in Subsahara-Afrika, über die Europa sehr besorgt sein sollte. Denn all das, was derzeit in Afrika geschieht, geht Europa direkt an. Deshalb ist es so wichtig, dass wir vom Reden zum Handeln übergehen. Denn nicht nur die steigenden Migrationszahlen, auch die Aufnahme von Ägypten und Äthiopien in den Staatenbund Brics verlangen nach einer unmittelbaren Reaktion Europas.

Wie sollte diese Reaktion aussehen?

Wir brauchen einen Sondergipfel zu den EU-Afrika-Beziehungen, an dem die afrikanischen und EU-Regierungschefs teilnehmen sowie die Regierung der Europäischen Union. Denn das Thema der Beziehungen zu Afrika kann nur von allen EU-Ländern gemeinsam bewältigt werden, bilateral werden die Länder nicht weit kommen.

Worüber sollte bei diesem Gipfel verhandelt werden?

Afrika ist in drei für die EU wichtigen Bereichen zentral. Erstens in der Energie-Frage, die mit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs virulent geworden ist. Denn um vollends von Russland unabhängig zu werden, sowohl bei der traditionellen Energiegewinnung als auch im Bereich der sogenannten Seltenen Erden, die für neue Technologien entscheidend sind, braucht die EU Afrika. Zweitens beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Denn wir wissen, dass Nord- und Zentralafrika derzeit die wichtigsten Brutstätten für Terrorismus weltweit sind. Sie liegen mit Afghanistan gleichauf. Und dieses Problem kann sehr leicht nach Europa überschwappen. Das dritte Thema ist das demografische Ungleichgewicht, das gleichzeitig der Motor der Migration ist.

Während Afrika wächst, werden die Einwohner der meisten europäischen Länder immer älter.

Wir müssen dieses Ungleichgewicht nicht als Bedrohung ist, sondern als Chance sehen. Sehen Sie, Indien, das heute das bevölkerungsreichste Land der Welt noch vor China ist, hat im vergangenen Jahr Rücküberweisungen in Höhe von 100 Milliarden Dollar erhalten. Diese gewaltige Summe haben Inder, die im Ausland arbeiten, ihren Familien in der Heimat überwiesen. Afrika sollte diesen Wirtschaftsfaktor für sich entdecken und gemeinsam mit der EU und der Afrikanischen Union legale Migrationsrouten etablieren. Wir können unsere Zukunft nicht in den Händen von Menschenhändlern lassen.

Der beste Weg, illegale Migration zu bekämpfen, ist also, sie zu legalisieren?

In der EU müssen wir zwei Dinge tun. Erstens muss die EU bei dem Sondergipfel einen Entwicklungsplan für Wirtschaft und Wohlstand Afrikas vorstellen, um die Region zu stabilisieren und dafür unmittelbar Geld zur Verfügung stellen. Etwa drei Milliarden Euro für den Anfang. Nur so können die Lebensbedingungen vor Ort verbessert werden, weshalb die Menschen ihre Heimat verlassen. Gleichzeitig müssen legale Migrationswege in die EU geschaffen werden. Nur so funktioniert moderne Migrationspolitik.

Derzeit fokussiert die EU ihre Politik aber auf die Bekämpfung illegaler Migration. Gerade jetzt im Vorfeld der Wahlen für das EU-Parlament 2024.

Migration ist kein Notfall, der bekämpft werden muss, sondern eine strukturelle Tatsache. Das Thema hat uns in der Vergangenheit begleitet und das wird es auch in der Zukunft tun, wahrscheinlich sogar noch mehr als heute. Denn zu den traditionellen Gründen für Migration wie Kriege, Hungersnöte, Dürren und dem Wunsch nach einem besseren Leben, werden durch den Klimawandel neue Gründe hinzukommen. Deshalb brauchen wir jetzt und nicht erst nach den Wahlen eine neue, umfassende Migrationspolitik, die sich auch der Integration annimmt.

Wie soll diese Politik mit der illegalen Migration umgehen?

"Afrika sollte diesen Wirtschaftsfaktor für sich entdecken" Als italienischer Innenminister handelte Marco Minniti den EU-Libyen-Deal aus. Im Interview erklärt

In den Deals mit den afrikanischen Staaten muss die Pflicht aufgenommen werden, Migranten zurückzunehmen, die auf illegalen Wegen in die EU eingereist sind und die Menschenhändler zu bekämpfen. Außerdem sollte die Migrationsgesetzgebung in allen EU-Ländern harmonisiert werden, auch was die Integration angeht. Dabei sollten Migranten nicht in große Zentren kommen, sondern über das ganze Land verteilt werden. Denn spätestens seit den Attentaten in Paris wissen wir, dass Integrationspolitik Sicherheitspolitik ist. Schließlich waren der Großteil der Attentäter Kinder unseres Europas, Kinder einer falschen oder gescheiterten Integration. Der Punkt ist doch klar. Es gibt keine Mauern, die die Migration aufhalten können. Daher müssen wir uns überlegen, wie Integration funktionieren kann. Und das Land, das die Integration am besten bewältigt, wird in Zukunft das sicherste Land sein.

Der Migrations-Deal, den die EU gerade mit Tunesien abgeschlossen hat, scheint allerdings nicht zu funktionieren. Seit seiner Unterzeichnung haben sich die Ankunftsahlen vervielfacht.

Der Pakt könnte der Anfang jener Politik sein, von der ich spreche. Aber er muss in eine gesamteuropäische Politik eingefügt werden, allein reicht er nicht aus. Außerdem muss die EU, wenn sie über eine Politik für Afrika nachdenkt, an Stabilisierung und gleichzeitig an die Wahrung der Menschenrechte denken. Dabei müssen wir uns auf die guten Beziehungen zu den Bevölkerungen dieser Länder konzentrieren. Denn zuletzt haben wir, etwa in Libyen oder im Irak, lernen müssen, dass mit dem Sturz eines Diktators nicht unbedingt die Verbesserung der Lebensbedingungen einhergeht.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Dieses Graffiti in Rom kritisiert die italienische Flüchtlingspolitik. Marco Minniti ist 2.v.l.

Load-Date: September 6, 2023

Die kleine Asyl-Wende des Kanzlers; Olaf Scholz (SPD) plant mehrere Regelungen, die illegale Weiterwanderung nach Deutschland erschweren könnten

Die Welt

Dienstag 9. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 89

Length: 1447 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Im Vergleich mit anderen europäischen Staaten, die bei weit geringerem Zuzug steuernde Maßnahmen treffen, lautete in Deutschland die Devise der Ampel-Regierung bezüglich des Themas **Migration** eher: ungerührt bleiben. Allein, dass der erste echte **Asylgipfel**, also einer mit Beteiligung von Kanzler Olaf Scholz (SPD), erst jetzt, nämlich am kommenden Mittwoch stattfindet, spricht Bände. Doch die immer heftiger aufbrandende Kritik aus Ländern und Gemeinden - auch aus solchen, die von SPD, Grünen und FDP geführt werden - scheint jetzt bis ins Berliner Regierungsviertel durchgedrungen zu sein.

Denn in einer am Sonntag aus dem Kanzleramt lancierten Beschlussvorlage für die Konferenz mit den Ministerpräsidenten finden sich einige Vorhaben, die illegale Weiterwanderung von tatsächlich oder angeblich Schutzsuchenden nach Deutschland etwas erschweren könnten.

So soll es für Bürger aus Georgien und aus Moldau unattraktiver werden, als Asylsuchende nach Deutschland zu kommen. Zwar scheut das Kanzleramtspapier den Begriff "sicherer Herkunftsstaat", weil innerhalb der mitregierenden Grünen menschenrechtliche Vorbehalte gegen diesen Begriff und die damit verbundene Eingruppierung als mutmaßlich unbegründet Schutzsuchender besteht. Aber laut der Beschlussvorlage sind der "Bundeskanzler und die Regierungschefs der Länder" einig, dass "für Staatsangehörige aus Staaten, die eine EU-Beitrittsperspektive besitzen, die Asylverfahren beschleunigt durchgeführt werden sollen (Art. 16a Abs. 3 Grundgesetz)". Die Bundesregierung werde "zeitnah einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen". Konkret gehe es um Moldau und Georgien.

Der in der Klammer stehende Absatz ist jener, der die Einstufung der "sicheren Herkunftsstaaten" regelt. Demnach können durch ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, Staaten bestimmt werden, bei denen etwa aufgrund der Rechtslage und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, dass dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird demnach vermutet, dass "ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen

Die kleine Asyl-Wende des Kanzlers Olaf Scholz (SPD) plant mehrere Regelungen, die illegale Weiterwanderung nach Deutschland erschweren könnten

vorträgt, die die Annahme begründen, dass er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird". Sobald ein Staat als "sicher" eingestuft wird, können seine Bürger zwar weiter Asylanträge stellen und erhalten auch eine Anhörung mit Einzelfallprüfung und Rechtsschutz. Aber: Die Bundesländer dürfen die Asylbewerber länger in Erstaufnahmeeinrichtungen unterbringen, die Migranten haben kürzere Klagefristen und dürfen keine Arbeit aufnehmen. Die Erfahrung zeigt: Je schneller ein Verfahren abgeschlossen ist und je weniger Integrationsmaßnahmen die Migranten erhalten, desto eher gelingt eine Rückführung.

Bisher scheiterten seit der Einstufung der Westbalkanstaaten im Jahr 2015 alle Versuche, den Asylmissbrauch durch diese Kategorisierungen etwas zu reduzieren. Und zwar aus zwei Gründen: Erstens darf in der Bundesrepublik, anders als in den meisten anderen Staaten, die Regierung nur mit Zustimmung der Länderkammer Staaten als "sicher" einstufen. Beispielsweise hat Italien im April einfach per Regierungserlass Nigeria, Elfenbeinküste, Gambia und Georgien auf seine Liste der "sicheren Herkunftstaaten" gesetzt. In Deutschland sprachen sich in der Länderkammer gegen weitere "sichere Herkunftstaaten" fast alle Landesregierungen mit Beteiligung der Grünen und der Linkspartei aus, die einzige Ausnahme bildete das grün-schwarz geführte Baden-Württemberg.

Laut dem Scholz-Papier peilt die Regierung auch nicht die Einstufung für die Maghrebstaaten Marokko, Algerien und Tunesien an, die wegen der dauerhaft niedrigen Anerkennungsquoten von der schwarz-roten Vorgänger-Koalition auf die Liste gesetzt werden sollten. Nun wird abzuwarten sein, ob im Bundesrat die grün-mitregierten Länder dem Vorhaben der Regierung zustimmen, wenn es nur um Georgien und Moldau geht, deren Bürger zu 99 Prozent abgelehnt werden.

In der Beschlussvorlage des Kanzleramtes steht auch, dass Scholz und die Ministerpräsidenten die "Einrichtung zentraler Ankunftseinrichtungen" befürworten, "damit Rückführungen auch direkt aus diesen Einrichtungen heraus betrieben werden können". Dieses Vorhaben ist zwar reichlich unkonkret formuliert - schon die seit jeher bestehenden Landeserstaufnahmezentren können als "zentrale Ankunftseinrichtungen" bezeichnet werden, und auch aus ihnen kann theoretisch abgeschoben werden. Das Problem ist, dass die Asylsuchenden je nach Gruppe in der Regel nur längstens sechs bis 18 Monate dort behalten werden dürfen und dann auf kommunale Einrichtungen verteilt werden. Weil aber neun von zehn Abgelehnten gegen die Entscheidung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge klagen, sind die Verwaltungsgerichte hoffnungslos überlastet, weswegen die meist ebenfalls ablehnende Entscheidung der Gerichte sich oft weitere zwei Jahre hinzieht. Bis dahin sind die meisten schon aus den Landeserstaufnahmen ausgezogen.

Das Kanzleramtspapier schildert hierzu aber die Hoffnung, dass das zum Jahreswechsel in Kraft getretene Gesetz zur Asylverfahrensbeschleunigung bald Wirkung zeigt, etwa durch Klärung grundlegender Sachverhalte vor dem Bundesverwaltungsgericht, sodass die einzelnen Verwaltungsgerichte sich in einigen Fällen nicht aufwendig einarbeiten müssen. Eine wesentliche Verkürzung der Verwaltungsgerichtsentscheidungen dürfte aber erst dann eintreten, wenn viel weniger Entscheidungen anfallen, sprich weniger Asylanträge in Deutschland gestellt würden.

Diese werden seit vielen Jahren vor allem von Personen gestellt, die schon vorher in anderen EU-Staaten Anträge stellten oder unerkannt durch diese nach Deutschland zogen. Nur für letztere ist Deutschland laut geltendem EU-Asylrecht zuständig, die übrigen müssten in den eigentlich zuständigen Staat gebracht werden, was aber kaum gelingt. Beispielsweise finden in die beiden wichtigsten Ersteinreise-Staaten Griechenland und Italien derzeit bis auf Sonderfälle keine Überstellungen statt. Nach Griechenland vor allem wegen der Auffassung mehrerer Gerichte, dass die Versorgung dort prekär ist - und Italien blockiert wegen der eigenen Überlastung durch Neuankömmlinge seit Dezember jede Rücküberstellung.

Neben den Gründen, die der zuständige EU-Staat oder der Herkunftsstaat zu vertreten hat, scheitern aber auch viele der Abschiebungsversuche (beziehungsweise im EU-Ausland: Überstellungsversuche) am "Nichtantreffen am Rückführungstermin". Hierzu will Scholz laut der Beschlussvorlage für den Gipfel "die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams" verlängern. Und zwar "von derzeit zehn auf 28 Tage". So könnten künftig "Abschiebungsmaßnahmen sorgfältig vorbereitet und besser durchgeführt werden".

Die kleine Asyl-Wende des Kanzlers Olaf Scholz (SPD) plant mehrere Regelungen, die illegale
Weiterwanderung nach Deutschland erschweren könnten

Dieser Ausreisegewahrsam bewirkt dasselbe wie die Abschiebungshaft, also dass eine zur Rückführung vorgesehene Person am Abschiebungstermin auch tatsächlich aufgegriffen werden kann. Der Gewahrsam findet auch in denselben Einrichtungen statt wie die Abschiebungshaft. Nur hat er geringere rechtliche Hürden, man muss für einen Gewahrsam keine Fluchtgefahr nachweisen, was für die zuständigen Ausländerbehörden oft sehr schwierig und angesichts der personellen Überlastung zu aufwendig ist. Insofern könnte diese deutliche Ausdehnung des Gewahrsams, falls sie denn tatsächlich kommt, möglicherweise das "Nichtantreffen" am Abschiebungstag verringern. So scheiterten im vergangenen Jahr laut Bundesregierung 6971 Rückführungsversuche daran, dass die Ausreisepflichtigen am Tag der Rückführung von den Landespolizisten nicht an ihrem Wohnort angetroffen werden konnten. Die betroffenen Personen wurden gar nicht erst zum Flughafen gebracht, um sie dort den Bundespolizisten zu übergeben, die den Abschiebeflug begleiten.

Echte "Gamechanger" sind in dem Kanzlerpapier nicht enthalten. Aber dass die Ampel neben den vielen zusätzlich geschaffenen Zuwanderungsanreizen des vergangenen Jahres nun in der Beschlussvorlage des Kanzleramtes auch Maßnahmen erwägt, die Deutschland etwas weniger attraktiv für einige Asylzuwanderer machen, ist ein bemerkenswerter politischer Vorgang.

Aus Kreisen der Ministerpräsidenten waren verhaltene Reaktionen auf das Kanzleramtspapier zu vernehmen. Bezüglich des Ausreisegewahrsams sei erst einmal abzuwarten, ob die Bundesregierung sich dazu auf einen gemeinsamen Gesetzesvorschlag einigen könne. Auch welche konkreten Verbesserungen mit anderer Ausgestaltung der Ankunftscentren oder Rückführungskooperationen zu erwarten seien, sei ungewiss.

Rückführungen auch direkt aus diesen Einrichtungen heraus betreiben Beschlussvorlage des Kanzleramts für den Asylgipfel am Mittwoch

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 8, 2023

Und sie bewegen sich doch

Die Welt

Mittwoch 8. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 217

Length: 417 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Einer jener Regierungschefs, die am Asylkompromiss mitgezimmert haben, hat kürzlich in halb vertraulicher Runde daran erinnert, woran es liegt, dass sich derzeit einiges bewegt in der deutschen Asylpolitik. Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern, aus denen AfD und Freie Wähler als eigentliche Sieger hervorgingen, haben den Parteien der Ampel-Koalition, aber auch der Union als größter Oppositions- und potenzieller Kanzlerpartei einen ordentlichen Schrecken eingejagt.

Der Ausblick auf ein Jahr 2024, das gleich vier Mal Gelegenheit bietet, sich ausgiebig zu blamieren - bei der Europawahl, bei den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen - war hinreichend schauerlich, um sich ernsthaft Gedanken zu machen über die Stimmung im Land, vor allem jenseits der politischen und bürokratischen Blasen. Und über die Zukunft einer Demokratie, die Union, SPD, FDP und - etwas später hinzugekommen - die Grünen seit jeher geprägt haben. Ein Privileg, das sich diese Parteien in Jahrzehnten erarbeitet haben, für das es aber keinerlei Garantie gibt. Insofern ist die historische Stunde, die der Kanzler in der Nacht zu Dienstag entdeckte, nicht in erster Linie das Ergebnis gelungenen politischen Managements, sondern ein Erfolg der Wählerinnen und Wähler. Sie haben den Regierungschefs von Bund und Ländern mit ihren Stimmen Beine gemacht - und siehe da: Das Ganze, häufig so fest Gefügte, bewegt sich doch. Die Ampel-Parteien, insbesondere SPD und Grüne, sind gerade dabei, ihre bisherige Asylpolitik, in der das humanitäre Element das ordnende deutlich überwog, zu reformieren. Und auch die Union gibt sich alle Mühe, klarer zu wirken, entschiedener zu agieren, drängender.

Deshalb wird noch lange nicht alles gut. Politik, besonders wenn sie auf internationale Zusammenarbeit angewiesen ist wie die Migrationspolitik, bleibt in diesen unfriedlichen Zeiten ein sehr dickes Brett. Der Kanzler hat ja recht, wenn er darauf hinweist, dass man die Länder, zum Beispiel in Afrika, erst einmal finden muss, die bereit wären, mit Deutschland, mit der EU so eng und verlässlich zu kooperieren wie es nötig wäre, um unsere Migrationsprobleme auf deren Territorium zu lösen. Es wird also dauern, bis sich die Lage im Land tatsächlich etwas entspannt, bis Integration wieder das Maß deutscher Asylpolitik werden kann und nicht Abschreckung. Die Demokratie bleibt angewiesen auf die Geduld der Menschen, die sie tragen.

Und sie bewegen sich doch

ulrich.exner@welt.de (mailto: ulrich.exner@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

Unsere Mittel sind endlich; Die Empörung über die jüngste Aussage von Friedrich Merz zu Asylbewerbern lenkt von zwei Tatsachen ab: Es gibt Pull-Faktoren, die man beseitigen muss, und es gibt hierzulande eine breite Mehrheit für eine realistischere Migrationspolitik

Die Welt

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 190

Length: 1247 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Eine Krawallrunde geht anders. Im "WELT Talk" zeigten sich die Parteivorsitzenden der SPD, der Grünen und eben der CDU - Lars Klingbeil, Omid Nouripour und Friedrich Merz - erstaunlich oft einer Meinung. Statt Scheingefechte zu führen, bestand, abgesehen von Nuancen, Einigkeit darüber, dass die Kommunen bei der Bewältigung der **Flüchtlingskrise** an die Grenze der Belastbarkeit gekommen sind - und entsprechend schnell gehandelt werden müsse. Dann aber sagte Merz: "Auch die Bevölkerung - die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 **Asylbewerber** abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen, die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen - und die deutschen Bürger nebsther kriegen keine Termine. Was Sie hier machen, ist eine Katastrophe für dieses Land. Sorry, wenn ich Ihnen dies mal so ein bisschen deutlich sage: Es geht so nicht weiter."

Eine durchaus fragwürdige Zuspitzung, die aber ein Schlaglicht auf jene gesellschaftlichen Verteilungskämpfe wirft, die derzeit auch abseits der notorischen Stammtische ausgefochten werden. Denn natürlich hat ein Land nicht endlose Ressourcen. Natürlich ist eine Gastfreundschaft nicht selbstlos bis zu dem Punkt, an dem die Gesellschaft ihren inneren Frieden verliert. Boris Palmer hat das vergangene Woche ruhig eingeordnet: "Wir können so viele Menschen, mit den Erschwernissen, die die derzeit mitbringen, in so kurzer Zeit nicht mehr versorgen. Wohnung, Kindergartenplatz, Schule, Integrationsaufgaben aller Art." Und dann kommt der Punkt: "Und wenn wir es trotzdem machen müssen, dann heißt es, dass wir denen, die schon da sind, was wegnehmen. Und über die Diskussion heißt es dann immer, man darf Leute nicht gegeneinander ausspielen. Aber wenn ich nur eine Wohnung habe, und zwei, die die Wohnung brauchen, dann hat halt einer nachher keine Wohnung. Da kann ich nichts dran ändern, so verhält es sich." Analog dazu kann man - so man etwas guten Willen aufbringt - Merz' Zahnarzt-Verweis sehen.

Es wäre jetzt Aufgabe der Union zu belegen, was Merz da in die Diskussion geschoben hat. Und nüchtern und sachlich zu analysieren, was in der Migrationspolitik falsch läuft - und entsprechend zu handeln. Die Mechanik der

Unsere Mittel sind endlich Die Empörung über die jüngste Aussage von Friedrich Merz zu Asylbewerbern lenkt von zwei Tatsachen ab: Es gibt Pull-Faktoren, die man....

aktuellen Debatten jedoch verläuft anders. In den vergangenen Monaten wurden weder das Problem noch die eigentlichen Profiteure des Problems - die Gesellen von Rechtsaußen - thematisiert (und eben auch: skandalisiert), sondern vor allem die Akteure der Mitte, die zunehmend verzweifelt versuchen, die politische und gesellschaftliche Balance zu halten. Diejenigen jedoch, die allein Empörung und wenig bis gar nichts zur Problemlösung beizusteuern haben, interessieren sich ausschließlich für die Balance der eigenen Blase.

Mag man als Liberaler jede Form von Stammtisch für verachtenswert halten, so ahnt man doch, dass das Ansprechen von Dingen, die im Augenblick schief laufen, wichtig ist. Dass jenes Milieu, das bei Migrationsfragen vornehmlich zur Verklärung neigt, das sich die Zustände so lange schöngeredet hat, bis diese, wie in Berlin-Pankow zu sehen ist, gewissermaßen im Hinterhof ihrer geräumigen Altbau-Siedlung gelandet sind, sich nun gegen Merz wendet, verwundert hingegen wenig - auch wenn dieser versucht, die Kritik an der fahrlässigen Migrationspolitik der Bundesregierung in der demokratischen Mitte zu halten.

Die Umfragen geben ihm bislang recht. Längst ist die AfD nicht mehr eine Partei, die ausschließlich im Osten performt. Die jüngsten Umfragen aus Baden-Württemberg zeigen: Auch hier boomt die AfD. Sie wächst aktuell nicht nur auf Kosten der Union, sondern eben auch auf Kosten der Ampelparteien, deren Irrungen und Wirrungen gerade in Gestalt von Nancy Faeser zu bestaunen sind. Die Verantwortung der Grünen? Mit ihrer Verklärung der Migration agieren sie ähnlich naiv-träumerisch wie in der Energiepolitik, ihre elitäre Position wird jedoch weitgehend unkritisch hingenommen. Warum? Weil das im Lande Luthers und Kants als die moralisch anständige Position beurteilt wird.

Wir erleben in der Bundesrepublik im Herbst 2023 eine tiefgreifende Wende, sie markiert das Abwenden immer weiterer Milieus und Schichten von dem vermeintlichen gesellschaftlichen Konsens in Migrationsfragen. Der moralische Appell der Guten, Anständigen und Privilegierten wirkt immer weniger bei Menschen, die sich diese Moral nicht leisten können. Die Verantwortung dafür tragen alle Parteien der politischen Mitte.

Friedrich Merz versucht, seine Union zusammenzuhalten. Die Rückendeckung für seine Gratwanderung nimmt mit jedem der angeblichen Skandale ab. Bemerkenswert ist, wie sehr auch einzelne wichtige Figuren der Partei ihre eigene Blase im Blick haben. Oder im besten Falle ihr Bundesland, das politisch anders grundiert ist als die gesamte Bundesrepublik. Die beiden mächtigen Gegenspieler Hendrik Wüst und Daniel Günther lauern als Exponenten schwarz-grüner Träume auf jeden Fehler von Merz. Und er liefert sie gerne. Das Fatale daran ist, dass Merz zusammen mit Carsten Linnemann noch zu den ehrlichsten und romantischsten Politikern der Union gehört. Andere Exponenten in der Partei agieren weitgehend aus Kalkül, Merz hingegen redet ab und an, wie ihm sein sauerländischer Schnabel gewachsen ist. Es ist eine interessante Wette, ob die Bundesbürger:innen so eine nicht durchgängig staatsmännische Figur als Kanzler wollen.

Merz braucht kommunikativ mehr und bessere Beratung. Aber auf ganz ungeschickte Art ist er der Authentischste. Und das ist eine Qualität, die man aktuell nur in kleinsten homöopathischen Dosen bei anderen Politikern findet. Natürlich gibt es Pull-Faktoren in der Migrationskrise. Natürlich gehört das gute medizinische System dazu. Mit Linnemann hat Merz den Generalsekretär, der ihm dabei helfen kann, die Gratwanderung zwischen Klarheit, Schärfe und Feinheit zu meistern. Es ist im Interesse aller Demokraten, dass die Union im Zentrum bleibt. Wer Merz unterstellt, die Partei nach rechts zu verschieben, tut dies durchaus auch aus wenig selbstlosen Gründen: weil er selbst die Verschiebung der Koordinaten nach links anstrebt. Oder verhindern will, dass die Bundesrepublik zu Maß und Mäßigung der Mitte zurückfindet. Und noch einmal, bei aller Kritik an der Ampel: Das Elend begann mit Angela Merkel und ihrer Verweigerung, strukturelle Reformen anzugehen. Es ist, wie Vizekanzler Habeck zuletzt erklärte: "Wenn wir nicht wollen, dass der Rechtspopulismus dieses Thema ausbeutet, dann sind alle demokratischen Parteien verpflichtet, bei der Suche nach Lösungen zu helfen."

Wer glaubt, dass im Kampf gegen Rechtsaußen vorrangig Merz das Problem sei, sollte die aktuellen Reden aus Schnellroda hören. "In Deutschland tobt ein geistiger Bürgerkrieg", erklärte diese Woche der AfD-Vordenker Götz Kubitschek. "Es geht um die Vorherrschaft auf medialem, sprach- und geschichtspolitischem Feld, um Deutungshoheit, um die Staatsidee einer großen Nation. Die Heftigkeit der Abwehr gegen Neudeutungsvorstöße von rechts erlaubt die Bezeichnung 'Krieg'", so Kubitschek. Er endet drohend: "Also: Lasst uns Krieg führen."

Unsere Mittel sind endlich Die Empörung über die jüngste Aussage von Friedrich Merz zu Asylbewerbern lenkt von zwei Tatsachen ab: Es gibt Pull-Faktoren, die man....

Die Talkshow bei WELT-TV hat über weite Strecken gezeigt, dass die Mitte des Landes endlich geeint ist, um den migrationspolitischen Irrealis zu beenden. Es wäre fatal, wenn ein Zitat genügen sollte, diese breite Basis aufzukündigen. Es wäre im "Krieg" der AfD eine weitere Niederlage der bürgerlichen Mitte.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Durch die grüne Hölle; Zehntausende Migranten durchqueren den berüchtigten Darien zwischen Kolumbien und Panama, nicht wenige sterben. Vor Ort zeigt sich, warum viele keine Alternative sehen

Die Welt

Freitag 17. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 8; Ausg. 224

Length: 1043 words

Byline: Tobias Käufer

Body

Necocli

Am Eingang zur grünen Hölle werden farbige Bändchen verteilt. Der Motorenlärm der kleinen Taxi-Dreiräder mischt sich mit dem Chor aufgeregter Stimmen. In Reih und Glied stehen die **Migranten** und warten, bis sie aufgerufen werden. Das Bändchen am Arm gibt einen Hinweis darauf, wer bezahlt hat und aufsteigen darf.

Der Aufpasser im weißen Hemd notiert penibel, wie viele **Migranten** mit welchem Fahrer die erste, noch harmlose Etappe ihrer Reise in Angriff nehmen. Als er merkt, dass er beobachtet wird, versucht er hektisch, die Liste mit den Händen abzudecken. Das Millionengeschäft **Migration** braucht penible, aber verschwiegene Buchhalter.

Hier, an der Landverbindung zwischen Kolumbien und Panama, spielt sich seit Wochen Dramatisches ab. Rund 500.000 Migranten aus Lateinamerika werden Schätzungen zufolge bis Jahresende den unberechenbaren, rund achttägigen Marsch durch den Darien-Dschungel angetreten haben. Eine nie dagewesene Dimension. Ihr Ziel: ein besseres Leben in den USA. In unerträglicher Tropenhitze steigen sie über die verwesenden Leichen derjenigen, die die Tortur nicht geschafft haben. Giftige Schlangen liegen am Wegesrand, Kinder ertrinken in reißenden Flüssen, Frauen werden von Mitglidern bewaffneter Banden vergewaltigt.

Wer den Fußmarsch durch den Dschungel überlebt und es dann noch schafft, sich den Drogenkartellen erst in Zentralamerika und dann in Mexiko zu entziehen, kommt irgendwann an der mexikanisch-amerikanischen Grenze an. Die Zahl der Migranten steigt seit Monaten. Die US-Republikaner sprechen von einer "Invasion", der Ruf nach einer Rückkehr von Donald Trump und seiner Mauer wird lauter. Keine gute Nachricht für die regierenden Demokraten von Präsident Joe Biden im Jahr vor den Wahlen.

Zurück nach Acandí im Norden Kolumbiens. Bevor der Fahrer des Moto-Taxis Gas gibt, macht er noch ein Foto der Menschen auf seiner Laderampe. Das Bild geht an die Kommandozentrale des "Clan del Golfo", eines

Durch die grüne Hölle Zehntausende Migranten durchqueren den berüchtigten Darien zwischen Kolumbien und Panama, nicht wenige sterben. Vor Ort zeigt sich, warum....

rechtsgerichteten Verbrechersyndikats, das sich den Transport fürstlich entlohnen lässt. Die sogenannte Durchgangsteuer beträgt 80 Dollar, das "Gesamtpaket" mit Führer, der den Fußmarsch bis an die Grenze Panamas begleitet, kostet 350 Dollar. Allein der Schmuggel der Migranten dürfte dem Clan Schätzungen zufolge Einnahmen von rund 215 Millionen Dollar pro Jahr bringen.

Das lokale Schlepperwesen ist perfekt durchorganisiert, verwaltet und dokumentiert jeden Einzelfall. Der "Clan del Golfo" kontrolliert aber nicht nur den Menschen-, sondern auch den Drogen- und den Waffenhandel und ist so mächtig, dass aus Angst keiner hier über ihn sprechen will. Nicht der Pfarrer, die nicht die Kommunalpolitiker, und schon gar nicht die, die für den Clan arbeiten.

"So dramatisch wie in diesem Jahr war die Lage noch nie. Und es ist nicht vorhersehbar, wie es weitergeht", sagt Monika Lauer-Perez, die für das deutsche Lateinamerika Hilfswerk Adveniat vor Ort ist. Im Oktober tauchte plötzlich New Yorks demokratischer Bürgermeister Eric Adams in Necocli auf. Republikanische Politiker hatten ihm in Bussen venezolanische Flüchtlinge geschickt mit dem Appell, dass er sich doch um die Menschen kümmern solle. An der Ablegestelle, von der täglich Hunderte Migranten in Richtung Panama aufbrechen, sagte er: "Unsere Herzen sind endlos, aber unsere Ressourcen sind es nicht. Wir möchten die Menschen nicht in Sammelunterkünften unterbringen. Wir wollen nicht, dass die Menschen denken, sie würden beschäftigt werden."

Doch das will hier niemand hören. Die Ursache des Problems liegt ohnehin woanders. In Venezuela. Seit 2013, seitdem der sozialistische Machthaber Nicolas Maduro dort regiert, haben rund sieben Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Das ist ein Viertel der Bevölkerung, umrechnet auf Deutschland wären das rund 20 Millionen Menschen. Eine von ihnen ist Jennifer (29), die ihren Nachnamen für sich behält. "Ich habe in Venezuela ein Haus, aber was macht man mit einem Haus, wenn man trotz Arbeit nicht überleben kann", sagt sie. "Wir haben puren Reis gegessen, manchmal nur mit Salz. Es tut weh zu sehen, wenn deine Kinder trotz harter Arbeit so aufwachsen müssen." Wie alle, die hier in kleinen Zelten am Strand übernachten, hat sie nur ein Ziel: die USA.

Jennifer erzählt, dass ihre Cousine sei zwei Jahren in Amerika erlebt und dass es ihr gut geht. "Sie sagt, dass es dort viel Arbeit gibt, man muss nur hart arbeiten." Im Zweifel ist die eigene Cousine glaubwürdiger als ein Bürgermeister, der nach einer Stunde wieder verschwindet. Allein im September zählten die Behörden 50.000 Migranten aus Venezuela in Necocli. Weil die Situation so dramatisch ist, hat sich die Biden-Regierung sogar mit Intimfeind Maduro auf Abschiebeflüge verständigt. Kolumbiens linksgerichteter Präsident Gustavo Petro, der dem rechtsextremen Clan vor Ort freie Hand lässt, weil ihm die Mittel und wohl auch der Wille fehlen, behauptete im September, Washington hätte Kolumbien aufgefordert, eine Mauer durch den Darien zu bauen, um den Exodus zu stoppen. Beweise für diese Behauptung gibt es keine.

Dabei liegt die Lösung eigentlich auf der Hand: ein Machtwechsel in Venezuela. In den parteiinternen Vorwahlen der venezolanischen Opposition wurde Maria Corina Machado zur Präsidentschaftskandidatin gekürt. In Umfragen führt sie klar. Doch der von Russland, dem Iran und China gestützte Maduro hat sie mit einem Kandidatur-Verbot belegt - wegen angeblicher Aufstachelung zur Gewalt. Die USA fordern von Maduro bis Ende November eine Garantie, dass Machado antreten darf. Ansonsten sollen die gerade erst gelockerten Sanktionen gegen die Ölindustrie wieder verhängt werden.

Moskau, Peking und Teheran aber haben ein Interesse daran, dass die Region und die USA durch die Flüchtlingswelle destabilisiert werden. "Maduro weiß, dass er gegen mich verlieren wird", sagte Machado vor wenigen Wochen im Gespräch mit WELT. In Washington und auch in den Flüchtlingszelten in Necocli hofft man, dass Machado den venezolanischen Massenexodus stoppen kann. "Maduro muss gehen. Er ist für all das verantwortlich" sagt Jennifer - eine Meinung, die hier viele teilen, die ihr Leben für einen Neuanfang ohne den sozialistischen Machthaber riskieren. Aber sie sagt auch: "Wenn Maduro weg ist, gehe ich zurück nach Venezuela."

Durch die grüne Hölle Zehntausende Migranten durchqueren den berüchtigten Darien zwischen Kolumbien und Panama, nicht wenige sterben. Vor Ort zeigt sich, warum....



Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Der Darien-Dschungel gilt als unberechenbar, trotzdem wagen viele Migranten den Weg

Jennifer (29) und ihre Kinder warten auf eine Chance in den USA

Load-Date: November 16, 2023

"Fluchtmigration birgt erheblichen Zündstoff für diese Gesellschaft"; CDU-Vize Karin Prien war immer eine Verfechterin der Merkelschen Migrationspolitik. Doch nun rückt sie deutlich davon ab und erklärt, warum sich dringend etwas ändern muss

Die Welt

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 106

Length: 1110 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Karin Prien, 57, ist seit fast sechs Jahren Bildungsministerin in Schleswig-Holstein. Die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende warnt vor dem Ende des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

WELT:

Frau Prien, Sie haben die Forderung des sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer (CDU) zur Einrichtung einer Kommission, die Vorschläge zur Begrenzung von Fluchtmigration nach Deutschland machen soll, spontan begrüßt. Nach mehrfachem drüber Schlafen: Glauben Sie tatsächlich, dass ein solcher weiterer Arbeitskreis zu diesem Thema sinnvoll ist?

Karin Prien:

Ja. Je länger ich darüber nachdenke, umso sicherer bin ich mir, dass das ein guter, wichtiger Vorschlag ist. Migration ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen für unser Land. Das gilt für die Erwerbsmigration, die wir dringend benötigen, um unseren Wohlstand zu erhalten und wesentliche staatliche Funktionen aufrechtzuerhalten. Das gilt aber auch für die Fluchtmigration, die erheblichen Zündstoff für diese Gesellschaft birgt. Für beide Aspekte des Themas Migration brauchen wir dringend neue Lösungen.

Teilen Sie also Kretschmers Aussage, dass die Anzahl der Menschen, die derzeit nach Deutschland flüchten, schlicht und ergreifend zu groß ist?

Ich bin stolz auf das humanitäre Gesicht, das Deutschland seit 2015/2016 gezeigt hat. Die Fluchtbewegung, die wir bis einschließlich 2022 gesehen haben, war für uns gerade noch zu bewältigen. Jetzt steigen die Zahlen erneut signifikant an, und insbesondere die Kommunen stoßen eindeutig an die Grenzen der Belastbarkeit. Gleichzeitig

"Fluchtmigration birgt erheblichen Zündstoff für diese Gesellschaft" CDU-Vize Karin Prien war immer eine Verfechterin der Merkelschen Migrationspolitik. Doch nu....

müssen wir schon aus demografischen Gründen zwingend dafür sorgen, dass Deutschland ein weltoffenes Land mit einer freundlichen Willkommenskultur bleibt. Sonst kommt niemand mehr zu uns. Deshalb brauchen wir eine sachliche - mit Herz und Verstand geführte - Debatte darüber, wie es weitergehen soll. Und zwar, bevor der gesellschaftliche Zusammenhalt in Flammen aufzugehen droht.

Was unterscheidet aus Ihrer Sicht die Lage heute von der in den Jahren 2015 und 2016?

Anders als damals befinden wir uns heute in einer Situation, in der wir ein zunehmend großes Problem mit den öffentlichen Haushalten haben. Der Bund zieht sich immer weiter aus der Verantwortung für die Finanzierung der Fluchtfolgekosten zurück. Länder und Kommunen kommen mehr und mehr in eine Situation, in der wir den Herausforderungen, die mit Flucht und Migration verbunden sind, nicht mehr gerecht werden können. Dazu kommt der Fachkräftemangel in vielen Berufen, die auch für eine gelingende Integration von Schutzsuchenden relevant sind. Die von Michael Kretschmer vorgeschlagene Kommission wäre aus meiner Sicht genau der richtige Ort, um jenseits des politischen Alltags gemeinsame Lösungen zu entwickeln.

Wer sollte in einer solchen Kommission vertreten sein?

Wie bei der Kohlekommission sollten Bund, Länder und Kommunen vertreten sein, dazu zivilgesellschaftliche Organisationen und Experten - es geht darum, einen gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Entsprechend breit müsste ein solches Gremium aufgestellt werden.

Laut Kretschmer soll dieses Gremium auch über eine erneute Grundgesetzänderung debattieren. Wäre eine weitere Einschränkung des Grundrechts auf Asyl mit Ihnen als stellvertretender Parteivorsitzende machbar?

Die Notwendigkeit einer Grundgesetzänderung sehe ich im Moment nicht. Wenn überhaupt, könnte dieses Thema erst am Ende der Debatte stehen - und nicht am Anfang. Es gibt viele Dinge, die wir tun können, ehe wir überhaupt daran denken sollten, das Grundgesetz anzufassen.

Dazu gehört zum Beispiel das Thema Abschiebung von nicht anerkannten Asylbewerbern. Die gelingt immer noch in den seltensten Fällen. Haben Sie eine Idee, wie sich das ändern ließe?

Wichtig wäre, dass wir zu klareren Zuständigkeiten kommen. Bisher setzt der Bund den Rahmen, verhandelt auch die Rücknahmeabkommen mit anderen Ländern. Für die Umsetzung von Abschiebungen sind dann die Landkreise zuständig. Das führt in der Realität dazu, dass vor allem diejenigen abgeschoben werden, die sich bis dahin regelkonform verhalten haben. Das sind in der Regel Familien, oft mit Kindern. Die anderen tauchen irgendwo im Bundesgebiet unter und entziehen sich so der Abschiebung. Ich halte es deshalb für sinnvoll, die Verantwortung für das Thema Abschiebung künftig beim Bund zu bündeln.

Der Kanzler und die Ministerpräsidenten haben auf ihrem jüngsten Flüchtlingsgipfel diverse Maßnahmen zur Begrenzung der Migration auf den Weg gebracht. Reicht Ihnen das nicht?

Ich rechne nicht damit, dass die vom Bund nach der jüngsten Ministerpräsidenten-Konferenz angekündigten Maßnahmen zu einer signifikanten Linderung der Probleme führen werden. Die Ampel-Koalition ist sich ja nicht einmal bei kleineren Maßnahmen wie dem Erklären von Moldawien und Georgien zu sicheren Herkunftsstaaten einig.

Das gilt aber auch für die schwarz-grüne Koalition in Schleswig-Holstein. Auch die ist sich in der Frage der sicheren Herkunftsländer uneinig und wird sich bei einer Abstimmung im Bundesrat absehbar enthalten.

Richtig ist, dass einzelne Protagonisten unseres grünen Koalitionspartners bei diesem Thema die Zustimmung öffentlich verweigert haben. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Immerhin sind Moldawien und Georgien Länder, denen die EU Beitrittsverhandlungen anbietet. Im Kabinett haben wir über diesen Punkt bisher nicht gesprochen. Das werden wir noch tun - und dann hoffentlich zu einem guten Ergebnis kommen.

"Fluchtmigration birgt erheblichen Zündstoff für diese Gesellschaft" CDU-Vize Karin Prien war immer eine Verfechterin der Merckelschen Migrationspolitik. Doch nu....

Wie helfen Sie aktuell Ihren eigenen Kommunen, die wie Kretschmer in Sachsen über fehlende Plätze in Kitas und Schulen, über zu wenig Lehrer und viel zu wenig Wohnungen für ukrainische Kriegsflüchtlinge und für Asylzuwanderer klagen?

Wir haben umfassende Vereinbarungen mit unseren Städten, Kreisen und Gemeinden getroffen und unterstützen sie bei den genannten Themen in erheblichem Umfang. Fakt ist aber auch, dass die Kapazitäten auch bei uns in Schleswig-Holstein endlich sind. Bis Ende vergangenen Jahres haben wir zum Beispiel noch einmal 270 Stellen mit Lehrerinnen und Lehrern besetzen können, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten können. Da noch einmal nachzulegen, wird schwierig, weil es die Fachkräfte, wie in vielen anderen Bereichen, schlicht nicht mehr gibt. Wir können die Lehrer ja nicht klonen.

Also passiert dann aktuell - was?

Wenn es hart auf hart kommt und man keine Lehrkräfte mehr findet, müssen die Gruppe größer werden. Wenn es keine zusätzlichen Räume gibt, muss man enger zusammenrücken. Es müssen mehr Container aufgestellt werden. Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die sich bereit erklären, auch über die Altersgrenze hinaus im Schuldienst zu bleiben. Aber eine dauerhafte Lösung ist das alles nicht.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migranten aus Afrika sind in einem Blechboot auf dem Weg übers Mittelmeer nach Italien

Load-Date: June 4, 2023

Nebenschauplatz Bezahlkarte

Die Welt

Mittwoch 16. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 158

Length: 409 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Auf einer Liste der wichtigsten politischen Maßnahmen zur Behebung der Migrationskrise dürfte die nun von mehreren Bundesländern geplante Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber sich wohl nicht finden. Das Vorhaben erinnert an ein von Alexander Kluge zitiertes Gespräch mit einer "erfahrenen Politikerin". Sie wendet sich gegen Max Webers Arbeitsdefinition des Politischen: Das "Bohren harter Bretter" entspreche "keinesfalls der mir bekannten Arbeitsweise im politischen Geschäft", wird sie von Kluge zitiert. Stattdessen sei die erste Tugend des "erfahrenen Politikers" das "Geschehenlassen". Man arbeite sich nicht an der harten Stelle ab, sondern suche "die weiche Stelle gleich daneben".

Das Bohren an dem Brett, wie Deutschland es schafft, möglichst vielen Flüchtlingen in aller Welt zu helfen beziehungsweise die Nachbarregionen der Fluchtgebiete finanziell und personell so zu unterstützen, dass diese Schutz unter menschlichen Bedingungen gewähren können, ist eine Knochenarbeit. Das Brett, wie Deutschland es schafft, die monatlich zehntausendfache illegale Einreise von bereits in Sicherheit befindlichen Schutzsuchenden auf ein sozial verkraftbares Niveau zu senken, ist knüppelhart. Nach Österreich und Polen zurückweisen? Das ist nach herrschender Meinung beziehungsweise nach Auffassung der meisten Bundestagsabgeordneten gegen das offene Europa und das EU-Recht. Anreize zur illegalen Weiterreise nach Deutschland minimieren, indem die im EU-Vergleich relativ hohe Sozialversorgung für Asylbewerber gesenkt wird? Schwer vorstellbar: Das Bundesverfassungsgericht hält schließlich die Ungleichbehandlung bei den Sozialbezügen für grundgesetzwidrig. Das Existenzminimum kommt jedem Menschen zu, auch wenn er unerlaubt einreist.

Dass wahrscheinlich jetzt gerade, in diesem Moment, rund sechs Milliarden Menschen auf der Erde eine nach der gängigen (letztlich politischen) Definition der heutigen Bundesrepublik menschenunwürdige Existenz fristen, könnte ein Hinweis darauf sein, dass die entsprechenden Kriterien im wohlhabenden Deutschland etwas aus den Fugen geraten sind. Wie auch immer - massive Bretter jedenfalls, soweit das Auge reicht.

Eine Bezahlkarte für Asylbewerber einzuführen, um möglichen Missbrauch von Geldern zu verhindern, diese weiche Stelle lässt sich wahrscheinlich bohren, ohne irgendetwas Bedeutsames kaputtzumachen. Oder gar zu verbessern.

Nebenschauplatz Bezahlkarte

marcel.leubecher@welt.de (marcel.leubecher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 15, 2023

End of Document

Bundesregierung ignoriert Brandbriefe; Bislang keine Antwort auf Kritik an Migrationspolitik

Die Welt

Donnerstag 23. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 59

Length: 651 words

Byline: Sebastian Beug

Leonhard Landes

Body

Die Bundesregierung hat bisher nicht auf die Brandbriefe zur Migrationspolitik geantwortet, die aus den Kommunen nach Berlin geschickt wurden. Das geht aus einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Unionsfraktion sowie aus Angaben der betroffenen Kommunen hervor.

Ein erster Brandbrief aus dem Main-Taunus-Kreis hatte im vergangenen Monat ein Schlaglicht auf die Überlastung der Städte und Gemeinden bei der Versorgung von Migranten und Flüchtlingen geworfen. In dem Schreiben wandten sich Landrat Michael Cyriax (CDU) und zwölf Bürgermeister an die Bundesregierung und forderten eine Begrenzung des Zustroms an Flüchtlingen. Unter den Unterzeichnern sind Politiker von CDU, SPD, Grünen und FDP, darunter auch Alexander Immisch (SPD) aus Schwalbach - der Heimatgemeinde von Innenministerin Nancy Faeser (ebenfalls SPD).

Eine Reaktion auf den Brandbrief blieb bisher aus. In einer Antwort auf eine schriftliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten Stefan Müller, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, heißt es: "Die Bundesregierung hat das Schreiben zur Kenntnis genommen." Auch Verfasser Cyriax hat bisher keine Rückmeldung erhalten.

"Wir sind enttäuscht, dass ein parteiübergreifendes Anliegen bei der Bundesregierung kein Gehör und Verständnis findet", sagt der Landrat. "Ich bitte die Bundesregierung, die Probleme zur Kenntnis zu nehmen und nicht so zu tun, als ob Kommunen, die sich beschweren, die Lage nicht im Griff hätten."

In dem Brandbrief hatten Cyriax und seine Mitunterzeichner geschrieben, dass es für Migranten und Flüchtlinge kaum noch Unterkünfte gebe und der Landkreis bei ihrer Versorgung an Grenzen stößt. An der Situation hat sich nichts geändert. Jede Woche werden dem Landkreis 36 weitere Menschen zur Unterbringung zugewiesen. Dafür mietet der Landkreis aktuell weitere Hotels an. "Wir vermeiden Obdachlosigkeit, aber wir sind von dem Ziel einer

Bundesregierung ignoriert Brandbriefe Bislang keine Antwort auf Kritik an Migrationspolitik

gelungenen Integration weit entfernt", sagt Cyriax. "Es geht nicht nur um eine Unterkunft, die Probleme sind verästelter: Es gibt nicht genügend Personal in den Schulen und den Behörden."

Aktuell sind im Landkreis 8758 Flüchtlinge gemeldet, davon 2261 Ukrainer, aber auch 625 Ausreisepflichtige. "Ich weiß, dass Abschiebungen ein heikles Thema sind. Aber die Ampel hat im Koalitionsvertrag vereinbart, die Länder bei Abschiebungen stärker zu unterstützen. Abschiebungen würde die Lage in den Gemeinschaftsunterkünften entspannen", sagt Cyriax. "Wir wollen den Menschen helfen, die unsere Hilfe benötigen, aber wir können nicht allen helfen, die es irgendwie nach Deutschland schaffen."

Von der Bundesregierung fordert Cyriax daher, sich für einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen einzusetzen, Schleusern das Handwerk zu legen und eine fairere Verteilung von Migranten und Flüchtlingen in der EU durchzusetzen. Zudem erhofft er sich vom Bund-Länder-Gipfel zur Migrationspolitik im Mai eine Übernahme der Kosten, die den Kommunen durch die Unterbringung und Versorgung der Migranten und Flüchtlinge entsteht. "Wir Kommunen können nicht auf Millionenbeträgen sitzen bleiben."

Einen weiteren Brandbrief verfassten der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer und der Landrat des Landkreises Miltenberg in Bayern, Jens Marco Scherf (beide Grüne), Mitte März. Unter anderem fordern sie, die Schutzbedürftigkeit bereits zu prüfen, bevor Flüchtlinge auf Kommunen verteilt werden.

Auch sie haben bisher keine Antwort der Bundesregierung erhalten. Landrat Scherf sagt aber auch: "Entscheidend ist für uns nicht eine Antwort in Form eines Briefes, sondern dass der nächste Gipfel tatsächlich klare und konkrete Entscheidungen und Ergebnisse bringt - denn so kann es nicht weitergehen."

Der CSU-Abgeordnete Müller sieht Bundesinnenministerin Faeser in der Pflicht. "Von einer Bundesinnenministerin darf man erwarten, dass sie auf die Hilferufe von Verantwortlichen vor Ort reagiert und sie nicht ignoriert."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 22, 2023

Union hinterfragt Unterstützung für private Seenotretter; Hilfsoperationen im Mittelmeer sollen nach dem Willen der Opposition eingeschränkt werden

Die Welt

Montag 2. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 191

Length: 1096 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

In der Opposition stößt die Verärgerung Italiens über die Zuschüsse der Bundesregierung für private Seenotrettungsvereine im Mittelmeer auf Verständnis. Der für Außenpolitik zuständige Vizevorsitzende der CDU-Fraktion, Johann Wadephul, sagte WELT: "Die Forderung der italienischen Regierung ist berechtigt. Faktisch, wenn natürlich auch ungewollt, ermöglichen die Rettungsorganisationen den menschenverachtenden Schleuserbanden deren Geschäft. Dafür sollte kein deutsches Steuergeld verwendet werden." Die Bundesregierung solle ihre politische Energie darauf verwenden, mit den nordafrikanischen Staaten Abkommen zu erreichen. "Es muss verhindert werden, dass die Flüchtlinge sich überhaupt erst auf den Weg über das Mittelmeer begeben. Alles andere bleibt weitgehend wirkungslos."

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni fordert einen Stopp der angestiegenen Bootsmigration per Seeblockade seitens der Europäischen Union (EU). Dazu müssten Schiffe der europäischen Küstenwachen die Aufgegriffenen an das afrikanische Ufer zurückbringen. In einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte Meloni die deutschen staatlichen Zuschüsse für private Nichtregierungsorganisationen (NGOs) kritisiert und gefordert, die Geretteten in die Herkunftsstaaten der jeweiligen Migrationsvereine zu bringen. Die Aktivisten kommen überwiegend aus Deutschland.

Der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) hatte Verständnis für die Position der italienischen Regierung gezeigt. Mit dem Vorgehen unterstütze Deutschland Seenotrettungs-NGOs im Mittelmeer, "die Flüchtlinge eben nicht nur retten, sondern auch nach Europa bringen", sagte er der "Zeit". Dies sei die "Geschäftsgrundlage für die Schlepperkriminalität".

SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese äußert daran scharfe Kritik: "Wolfgang Schäuble ist offensichtlich nicht auf dem neuesten Stand, sondern überschätzt, wie so viele, vermeintlich bestehende Pull-Faktoren. Bei vielen Flüchtlingen ist das schlichtweg nicht der Fluchtgrund." Die Äußerungen aus der Union in Sachen Seenotrettung seien "mehr als erschütternd". "Wenn es um Menschen geht, die man vor dem Ertrinken bewahrt, dann darf es kein Abwägen geben."

Union hinterfragt Unterstützung für private Seenotretter Hilfsoperationen im Mittelmeer sollen nach dem Willen der Opposition eingeschränkt werden

Auch Grünen-Politiker Julian Pahlke kritisiert: "Die Unterstützung der zivilen Seenotrettung ist nicht von der Bundesregierung, sondern dem Bundestag beschlossen worden. Das sollte der ehemalige Finanzminister Schäuble wissen." Im Haushaltsausschuss sei die Förderung mit Stimmen der Ampel und der Union zustande gekommen. "Dass die Union die Förderung mitträgt, zeigt, dass christliche Werte für einige Abgeordnete auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen", so Pahlke, der selbst lange für private Seenotrettungsvereine im Mittelmeer aktiv war.

Stephan Thomae, Parlamentsgeschäftsführer der mitregierenden FDP, sagte WELT: "Wir müssen die EU-Außengrenzen besser schützen und irregulärer Migration entgegenwirken." Dazu gehöre "perspektivisch auch die staatliche Übernahme der Seenotrettung im Mittelmeer. Die Ausschiffung der Geretteten in Drittstaaten mit Migrationsabkommen muss der Regelfall werden."

Dass Rettungsaktionen im Mittelmeer von EU-Schiffen durchgeführt werden sollen, fordert auch die Linkspartei. Ihr schweben jedoch grundsätzliche Änderungen vor: "Die Bundesregierung sollte sich für eine staatlich koordinierte und europäisch getragene Seenotrettung im Mittelmeer einsetzen, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde", sagt die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag, Clara Büniger. Zu diesem Zweck solle die Grenzschutzagentur Frontex in eine europäische Seenotrettungsagentur umgebaut werden. "Wenn zu befürchten ist, dass Tunesien Menschen in der Wüste aussetzt, ist das ein schwerwiegendes Hindernis, Menschen dorthin zurückzubringen."

Für heftige Diskussionen sorgt derzeit auch der Eigentümer der Plattform "X" (ehemals Twitter), Elon Musk. Er teilte am Freitag den Beitrag eines Accounts, in dem kritisiert wurde, dass "acht deutsche NGO-Schiffe im Mittelmeer illegale Einwanderer einsammeln, die in Italien ausgeladen" würden. "Diese NGOs werden von der deutschen Regierung subventioniert. Hoffen wir, dass die AfD die Wahlen gewinnt, um diesen europäischen Selbstmord zu stoppen." Der US-Milliardär schrieb dazu: "Ist sich die deutsche Öffentlichkeit dessen bewusst?" Das Auswärtige Amt antwortete prompt: "Ja. Und man nennt es Leben retten".

Für seine Äußerungen wurde Musk scharf kritisiert. Der Vorsitzende der Jugendorganisation der Grünen, Timon Dzienus, sagte: "Musk ist eine Gefahr für die Demokratie. Er gehört enteignet." Sein Parteikollege Erik Marquardt verwies zutreffenderweise darauf, dass nur ein kleiner Teil der Migranten per Rettungs-NGO in Italien ankomme. Er führte Studien an, die belegen sollen, dass die Aktivisten keinen sogenannten "Pull-Faktor" darstellen, also dazu führen, dass sich mehr Menschen auf den Weg über das Mittelmeer machen.

Gesichert scheint, dass das Ausmaß der Präsenz von NGO-Schiffen auf dem Mittelmeer keinen entscheidenden Effekt auf die Intensität der Mittelmeermigration hat. Die Überfahrten waren in den letzten Jahren relativ niedrig und sind nun wesentlich höher, obwohl ähnlich viele NGOs unterwegs sind. Gesichert ist aber auch, dass an keinem anderen Ort der Welt außer dem Mittelmeer Migranten in derart großer Zahl auf die Idee kommen, mit untauglichen Booten aufs Meer hinauszufahren. Diese oft tödliche Gefahr gehen Migranten auch deswegen ein, weil die Chancen hoch sind, von staatlichen oder auch privaten Akteuren gerettet zu werden und dauerhaft in der EU bleiben zu können.

Stark eingeschränkt wurde die staatliche Seenotrettung 2017 auf Druck Italiens. So wurde die Rettung mit Marineschiffen unter EU-Kommando deutlich heruntergefahren und die Kooperation mit der libyschen Küstenwache ausgebaut. Seitdem kamen deutlich weniger Migranten übers Meer nach Italien - und deutlich weniger ums Leben: 2016, im Jahr der meisten staatlichen Seerettungseinsätze, starben auf der Zentralroute mehr Migranten als je zuvor: 4581 Todesfälle wurden damals von den UN registriert. 2018 waren es noch 1341.

Inzwischen legen aber die meisten Migranten vom näher gelegenen Tunesien ab. Bisher waren Versuche der EU, den Staat per Millionenzusagen zu überzeugen, mehr Migranten vom Ablegen an seinen Küsten abzuhalten, erfolglos. Auch Angebote, auf tunesischem Staatsgebiet durch die EU finanzierte Aufnahmezentren zu betreiben, damit aus Seenot gerettete Migranten dorthin zurückgebracht werden können, liefen ins Leere.

Dafür sollte kein deutsches Steuergeld verwendet werden Johann Wadehul, CDU

Union hinterfragt Unterstützung für private Seenotretter Hilfsoperationen im Mittelmeer sollen nach dem Willen der Opposition eingeschränkt werden

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 2, 2023

End of Document

Faesers falsches Versprechen in der Migrationskrise; Notrufen quer durch die Republik setzt die Innenministerin die Zusage entgegen: Der Bund hilft mit Immobilien für die Unterbringung. Eine WELT-Recherche zeigt, wie es um diese Gebäude bestellt ist

Die Welt

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 110

Length: 1355 words

Byline: Kristian Frigelj

Hannelore Crollj

Marcel Leubecher

Body

Es sah zunächst nach einem großen Hilfsangebot der Bundesregierung aus. "Wir müssen uns alle unterhaken", so hatte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) im Oktober 2022 auf mehr Solidarität zwischen Bund und Ländern bei der **Flüchtlingsaufnahme** gepocht und auch ihren geplanten Beitrag dazu präsentiert: Neben Geld werde der Bund eine Reihe bundeseigener Immobilien bereitstellen. 56 Gebäude und Anlagen aus Bundesbesitz würden den Ländern überlassen, so die Ministerin. Knapp drei Dutzend davon seien binnen vier bis höchstens zwölf Wochen bezugsbereit, präzisierte kurz darauf das Ministerium. Insgesamt könne Wohnraum für rund 4000 **Migranten** geschaffen werden.

Doch zahlreiche Offerten erweisen sich als nicht tauglich - und das Problem geht sogar über die angekündigten 56 Objekte hinaus, denn auch schon früher ärgerten sich die Länder über mangelhafte Angebote des Bundes. Die Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und Hessen, Hendrik Wüst und Boris Rhein (beide CDU), haben jüngst harsche Kritik geübt. "Leider ist bei den Liegenschaften des Bundes nicht viel Brauchbares dabei. Ich will mich noch halbwegs diplomatisch ausdrücken: Das war ein Schuss in den Ofen. Im vergangenen Winter hat uns der Bund Grundstücke angeboten, wo nichts draufstand und die völlig neu hätten erschlossen werden müssen. Die Reihe ließe sich fortsetzen", sagte Wüst WELT AM SONNTAG.

Nach weiteren WELT-Recherchen stellt sich heraus: Von insgesamt 52 Immobilienangeboten, die etwa NRW seit 2022 erhielt, wurde nur eines in Bielefeld bisher als nutzbar eingestuft. Dort sind jetzt 400 Flüchtlinge vornehmlich

Faesers falsches Versprechen in der Migrationskrise Notrufen quer durch die Republik setzt die Innenministerin die Zusage entgegen: Der Bund hilft mit Immobilie....

aus Syrien, Türkei und Afghanistan untergebracht. Die Anmietung einer früheren Kaserne in Gütersloh ist geplant, und ein weiterer Standort befindet sich weiterhin in der Prüfung. Das teilte das zuständige NRW-Integrationsministerium auf Anfrage mit. Die übrigen Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) kämen "für eine Nutzung als Geflüchtetenunterkunft des Landes nicht in Betracht aus verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel aufgrund ihrer Größe oder wegen des baulichen Zustands oder des Fehlens von Sanitäranlagen".

Die Angebote reichten dabei von einzelnen Wohnungen über Ein- und Mehrfamilienhäuser bis zu größeren Objekten wie ehemaligen Kasernen oder Freiflächen. Die Bundesanstalt soll bei den meisten Gebäuden eine kurzfristige Inbetriebnahme innerhalb von drei Monaten angegeben haben. Der bauliche Zustand wurde jedoch häufig als mittelmäßig oder renovierungs- und sanierungsbedürftig deklariert. Einige Liegenschaften bedürften "einer grundlegenden und zeit- und kostenintensiven Ertüchtigung mit Ver- und Entsorgungsleitungen (Strom, Wasser, Abwasser) und Heizungssystemen", erfuhr WELT aus dem NRW-Ministerium. Der Bund sei daher "weiterhin gefordert, die Länder und Kommunen bei der Bereitstellung geeigneter Liegenschaften zu unterstützen, denn wir sehen, dass die Kommunen an ihre Grenzen kommen, die Schutzsuchenden gut unterzubringen", betont Integrationsministerin Josefine Paul (Grüne).

Ähnlich sieht es in Niedersachsen aus: Von sieben Angeboten des Bundes seit Oktober 2022 wurden nach Prüfung durch das Landesinnenministerium sechs als "zu klein" eingestuft. Bei genauer Betrachtung sind einige Vorschläge geradezu absurd, etwa das "Inspektorenhaus Gut Hohenheide, Sögel, 450 Quadratmeter". Die Immobilie steht auf Platz eins der BlmA-Liste, gefolgt von der "Bauwerkstatt Gut Hohenheide, Sögel, 150 Quadratmeter". Schlimm genug, dass aus ein und derselben Liegenschaft mal eben zwei der insgesamt 56 BlmA-Angebote gezaubert wurden: Der Pferdehof liegt fernab der nächsten Ortschaft. Bis zum nächsten Supermarkt sind es fünf Kilometer - für die Betreuung und Versorgung von Asylsuchenden denkbar ungeeignet. Am Ende war nur ein Angebot für eine Nutzung durch das Land Niedersachsen ansatzweise geeignet, und auch das geht keineswegs auf die Schnelle: Zusammen mit dem Landkreis Cuxhaven wird derzeit die "Aktivierung" der ehemaligen Hinrich-Wilhelm-Kopf-Kaserne in Cuxhaven-Altenwalde vorbereitet. Ein Datum für einen Betriebsbeginn gibt es noch nicht. "Bei der Nutzung einer Liegenschaft durch das Land werden neben den reinen Unterkunftsbereichen grundsätzlich auch Flächen für die Gemeinschaftsverpflegung, Beschulung, Verwaltung und Freizeit benötigt", sagt ein Ministeriumssprecher in Hannover. Außerdem müssten Parkplätze und Feuerwehrezufahrten eingerichtet werden.

Andere Länder, dieselbe Klage: In Thüringen etwa wurden dem Migrationsministerium nach Angaben eines Sprechers seit Faesers Ankündigung zwei Immobilien angeboten, ein Verwaltungsbau in Suhl und ein ehemaliges Heim: "Eines der Gebäude war nicht nutzbar als Aufnahmeeinrichtung, der Sanierungsbedarf war zu hoch. Und das zweite hat nur 25 bis 30 Plätze." Nachgeliefert habe Berlin nicht. Da sich die Zuversicht, was Hilfe aus Berlin angeht, mittlerweile in sehr engen Grenzen hält, sucht der Freistaat nun selbst ein geeignetes Landesobjekt.

Rheinland-Pfalz lehnte eine der drei angebotenen Liegenschaften seit Oktober 2022 wegen zu hohen Sanierungsaufwands dankend ab. Warum das Gebäude überhaupt auf der Liste stand, darüber herrscht im Mainzer Innenministerium Ratlosigkeit. Denn genau dasselbe Gebäude hatte man einige Monate zuvor schon einmal von Berlin angeboten bekommen - und schon damals zurückgewiesen. Baden-Württemberg wurde eine Liste mit Objekten, vor allem aber unbebauten Grundstücken präsentiert, die durchweg als nicht nutzbar oder ungeeignet eingestuft werden mussten. Entweder müssten Flächen aufwendig erschlossen oder Container aufgestellt werden, was aber auf unbefestigten Grundstücken nicht möglich sei. Andere Immobilien sind nicht an Versorgungsleitungen angeschlossen, oder es wurden Grundstücke vorgeschlagen, auf denen es bereits Landeserstaufnahmeeinrichtungen gibt - ähnlich wie in Brandenburg. "Völlig hilflos", urteilt Baden-Württembergs Migrationsstaatssekretär Siegfried Lorek (CDU) über die Faeser-Aktion.

Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben entgegnet ihrerseits auf die breite Kritik, dass sie alle Flächen anbiete, die vorübergehend oder dauerhaft für den Bund entbehrlich seien. Sie nehme dabei keine Vorsortierung vor und überlasse die Immobilien im jeweiligen Bauzustand. Sie weist auch darauf hin, dass aktuell bundesweit insgesamt 335 Liegenschaften mit einer Kapazität von rund 67.000 Unterbringungsplätzen genutzt werden, um dort Geflüchtete und Asylbewerber unterzubringen.

Faesers falsches Versprechen in der Migrationskrise Notrufen quer durch die Republik setzt die Innenministerin die Zusage entgegen: Der Bund hilft mit Immobilie....

Allein 139 der 335 Liegenschaften liegen in NRW. Dort spricht man lediglich von 14 BIImA-Standorten, die als Erstaufnahmeeinrichtungen, zentrale Unterbringungseinrichtungen und Notunterkünfte für etwa 9000 Personen genutzt werden. Die unterschiedliche Darstellung lässt sich auf Nachfrage in NRW und bei der Bundesanstalt nicht auflösen. Die Prüfung, ob eine Liegenschaft für entsprechende Unterbringungszwecke geeignet sei und welche Herrichtungsmaßnahmen für den Betrieb erforderlich seien, "obliegt jedoch den Bedarfsträgern, das heißt den Ländern, Landkreisen und Kommunen. Die abschließende Entscheidung liegt damit bei den Bedarfsträgern vor Ort. Dieses Vorgehen wurde einvernehmlich mit den Ländern abgestimmt", erklärt ein BIImA-Sprecher auf WELT-Anfrage. Es sei auch möglich, "den Bedarfsträgern die notwendigen und angemessenen Erstinstandsetzungs- und Erschließungskosten (Herrichtungskosten) zu erstatten, die zu erstmaligen Unterbringung aufgewendet worden sind".

Eines ist jedenfalls klar, ganz gleich, wer saniert: Schnelle Lösungen sind nicht in Sicht. Das Problem der fehlenden Unterbringungsplätze wird es noch länger geben. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs im Februar 2022 sind mehr als eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland geflohen. Zudem kommen immer mehr Menschen aus anderen Regionen der Welt, vor allem aus dem Nahen Osten: Vergangenes Jahr wurden fast 250.000 Asylanträge gestellt. In diesem Jahr lag die Zahl der Anträge allein zwischen Januar und Mai bei 135.000. Und es könnte eine neue Dynamik aus dem Kriegsgebiet Richtung Deutschland geben nach der Sprengung des ukrainischen Kachowka-Staudammes.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Wohncontainer der Erstaufnahmeeinrichtung für Migranten in Köln-Zollstock

Load-Date: June 8, 2023

Melonis Wende bei der Migration; Italiens Regierungschefin lud zu einer Konferenz, wie sie eigentlich die EU organisieren müsste. Mit Diplomatie, Pragmatismus und viel Geld will Meloni die Zahl der Flüchtlinge reduzieren

Die Welt

Freitag 28. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 145

Length: 1293 words

Byline: Thomas Schmid

Body

Die Konferenz, die jüngst in Rom stattfand, war ehrgeizig. Und sie fand weithin unbemerkt statt. Es ging um eines der drängendsten und noch immer ungelösten Probleme der EU: um das Problem der **Migration**. Was die EU-Kommission und deren hyperaktive Präsidentin Ursula von der Leyen nicht einmal versucht haben, gelang der Gastgeberin der Konferenz, der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. Sie brachte Staats- und Regierungschefs sowie Minister aus mehr als 20 europäischen, afrikanischen und nahöstlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers an einen Tisch. Von Italien über Griechenland, Marokko, Algerien, Tunesien und Ägypten, Jordanien bis zur Türkei, Nigeria, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Schon das "Format" war ein Novum. Denn die EU-Staaten blieben diesmal nicht mehr unter sich. Sondern erstmals waren beide Seiten des Migrationsprozesses vertreten: europäische Staaten, die Ziel von Migranten sind, und Staaten, aus denen Migranten in Richtung Europa aufbrechen. Schon diese Tatsache enthielt zwei eindeutige Aussagen, die bisher nicht oder allenfalls nur als Lippenbekenntnis zum europäischen Konsens gehörten. Erstens, dass sich Migrationspolitik keinesfalls auf den Schutz der europäischen Grenzen beschränken kann. Und zweitens machte die Zusammensetzung der Konferenz klar, dass Europa allein das Problem nicht lösen kann. Dass es einer über Europa hinausreichenden Kooperation bedarf. Und dass die EU auch Probleme, die keine originär europäischen sind, als die eigenen begreifen sollte. Wenn in einer globalisierten Welt Migration stattfindet, gehen die Ursachen der Migration auch die Länder etwas an, die Ziele der Wanderungsbewegung sind.

Lange schon geht die Parole um, es gelte, nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen zu bekämpfen. Das blieb aber stets ein frommer Spruch ohne jede Konsequenz. Die Konferenz in Rom war ein erster Versuch, mit der Bekämpfung der Fluchtursachen ernst zu machen. Es soll ein Prozess beiderseitigen Gebens und Nehmens in Gang kommen. Die europäischen Staaten, und nicht nur sie, wollen große finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Deren Zweck ist es, den Staaten Afrikas bei Entwicklung, Modernisierung und Stabilisierung zu helfen. Auch damit

Melonis Wende bei der Migration Italiens Regierungschefin lud zu einer Konferenz, wie sie eigentlich die EU organisieren müsste. Mit Diplomatie, Pragmatismus un....

die Menschen dort nicht mehr länger gezwungen sind, um eines besseren Lebens wegen auf wackeligen, unsicheren Booten in Richtung Europa aufbrechen zu müssen.

Ein anderer Teil der Gelder zielt auf den Ausbau und die Modernisierung der Sicherheitskräfte der nordafrikanischen Staaten, damit diese in Zukunft illegale Einwanderung zumindest reduzieren und den Schleppern das Leben zumindest schwermachen können. Die positive Deutung dieses Vorhabens: Beide Seiten, Europa wie die Staaten, Gesellschaften und Menschen, profitieren - eine Win-win-Situation. Die weniger euphorische, aber nicht unrealistische Deutung: Undemokratischen Regimes werden ohne jede Bedingung große Finanzmittel als Lohn dafür gegeben, dass sie den Europäern bei der Sicherung ihrer Außengrenzen helfen.

Mit Ausnahme der 100 Millionen Dollar, die die Emirate in Aussicht stellten, blieb es in Rom freilich bei eher vagen Absichtserklärungen. Die Konferenz dauerte nur einen Nachmittag lang - kaum genügend Zeit, um in die vertrackten Einzelheiten einzusteigen. Giorgia Meloni sieht in dem vor zwei Wochen ausgehandelten Abkommen zwischen Tunesien und der EU ein Modell. Sie will es nun auf das gesamte Migrationsgeschehen ausweiten. Doch schon der EU-Tunesien-Deal, den Meloni mit ausgehandelt hat, leidet unter einem nicht auflösbaren Dilemma. Will die EU in der Migrationsfrage mit außereuropäischen Ländern kooperieren, muss sie sich wohl oder übel auf Staaten einlassen, die autokratisch regiert werden und die allesamt keine gefestigten Rechtsstaaten sind, auf die Verlass wäre. Ja sie muss einen Staatspräsidenten wie Tunesiens Kais Saied umwerben, der auf dem Weg vom Autokraten zum Diktator ist. Und der sich in Rom wie ein Retter der EU feiern ließ. Obwohl er nie einen geringsten Zweifel daran gelassen hat, dass er nicht bereit ist, im Umgang mit Flüchtlingen menschenrechtliche Standards der EU zu akzeptieren.

Seit Jahrzehnten besteht die Crux westlicher Entwicklungspolitik darin, dass die Mittel, die sie zur Verfügung stellt, in der Regel nicht denen zugute kommen, denen geholfen werden soll. Die Gelder fließen mehr oder minder direkt in die Taschen korrupter Führungsschichten. Und sie helfen, die Kluft zwischen Regierenden und Regierten noch größer zu machen. Das wird bei der nun in Angriff genommenen Zusammenarbeit zwischen EU und afrikanischen Staaten nicht anders sein. Giorgia Meloni ging sogar so weit, die EU-Mittel an keinerlei Bedingungen zu knüpfen. In fast antikolonialistischer Diktion verkündete sie auf der Konferenz: "Das große Novum besteht darin, dass die Nationen, die Finanzmittel bekommen, frei über deren Verwendung bestimmen können. Wir folgen also nicht mehr dem Ansatz: Ich sage dir, wie du deine Probleme zu lösen hast."

Es ist einerseits verständlich, dass die ehemalige Kolonialmacht Italien, die sich in Afrika schwerer Verbrechen schuldig gemacht hat, hier bescheiden aufzutreten versucht. Zugleich fordert Meloni mit diesen Worten Tunesiens Staatschef und andere Staaten regelrecht dazu auf, sich bei der Verwendung der Finanzmittel von der EU nichts sagen zu lassen. Wenn es schlecht läuft, sind die Gelder nur Bestechungssummen, um der EU einen Großteil der Flüchtlinge vom Hals zu schaffen. Dann wäre weder den Flüchtlingen noch den afrikanischen Staaten, wohl aber deren eigennützigen Regierungen geholfen. Und die EU hätte sich ihre sauberen Hände teuer erkaufte.

Dennoch war die Konferenz den Versuch wert. Denn das Migrationsproblem ist ohne die Mitarbeit und Hilfe afrikanischer Staaten nicht zu lösen. Es muss jedoch klar sein, dass sich die EU damit in eine Grauzone begibt. In ihr ist der Grat zwischen einer Migrationspolitik, die von den Menschenrechten keine Abstriche macht, und der Kollaboration mit Autokratien und Diktaturen sehr schmal. Es schadet der EU, wenn sie dieses unauflösbare Dilemma verschweigt oder vernebelt.

Giorgia Meloni und ihre Regierung haben in der Migrationsfrage einen radikalen Kurswechsel vollzogen. Italiens ehemaliger Innenminister Matteo Salvini zog einst mit rassistischen Kraftsprüchen durchs Land und drohte allen Migranten mit Rauswurf aus Italien. Wie ein Alkoholiker, den es auf ein Treffen der Anonymen Alkoholiker verschlagen hat, saß er nun am Sonntag lammfromm neben seiner Ministerpräsidentin, als diese Ungewohntes verkündete: "Europa und Italien brauchen Einwanderung." Schon vorher hatte die Regierung beschlossen, in den kommenden zwei Jahren 550.000 neue Arbeitsvisa für Ausländer auszustellen. Meloni setzt damit (wie auch mit dem Tunesien-Deal) den Kurs der von Mario Draghi geführten Vorgängerregierung fort. Wieder einmal erweist sich, dass in der italienischen Politik allen dramatisch inszenierten Brüchen zum Trotz am Ende meist die Kontinuität überwiegt.

Melonis Wende bei der Migration Italiens Regierungschefin lud zu einer Konferenz, wie sie eigentlich die EU organisieren müsste. Mit Diplomatie, Pragmatismus un....

Melonis Motive mögen wenig edel sein. Sicher geht es ihr nicht zuletzt darum, den Fluss der EU-Gelder aus dem Corona-Wiederaufbaufonds in ihr eigenes Land nicht zu gefährden. Und gewiss hat sie - die sich gerne als Underdog bezeichnet - den Ehrgeiz, das langjährige Sorgenkind Italien wieder vom europäischen Spielfeldrand zu holen und ihm einen neuerlichen Platz an der EU-Sonne zu erkämpfen. Dass sie dabei übertreibt und sich das zu große Gewand einer Staatsfrau überwirft, die sie nicht ist, gehört zu ihrem schrillen Naturell. Am Ende wird zählen, ob es ihr gelingt, ihre Regierungskoalition dauerhaft auf einen Kurs zu verpflichten, der mit dem Vertragsgedanken und dem Vertragswerk der EU kompatibel ist.

forum@welt.de (mailto: forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

Ruf nach "Asylwende" und grünes Tabu; Die Koalition durchziehen tiefe Verwerfungen. Die Frage einer Umkehr in der Migrationspolitik wird zur Bewährungsprobe

Die Welt

Freitag 20. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 204

Length: 1153 words

Byline: Hannah Bethke

Thorsten Jungholt

Claus Christian Malzahn

Body

Kurz vor dem Koalitionsausschuss, zu dem SPD, Grüne und FDP am Freitagnachmittag zusammenkommen, ist die Lage in der Koalition angespannt. Während sie intern alle Mühe hat, nicht permanent im Modus des Streitens zu verharren, steht sie mit dem Krieg in Israel nun vor einer weiteren weltpolitischen Krise.

Die Ampel bleibt getrieben von der Weltlage. Ihr eigentliches Regierungsprogramm zielte anfangs auf grundlegende Transformationen: Klimaneutralität durch Umgestaltung der Wirtschaft und Energieversorgung sowie eine gesellschaftspolitische Modernisierung nach linksliberalen Vorstellungen. Das hätte schon in friedlichen Zeiten hohe Reibungsverluste bedeutet. Durch die multiple Krisenlage aber ist die Koalition, auch ausgelöst durch geopolitische Umwälzungen, in einen Strudel von explodierenden Energiekosten, wirtschaftlicher Rezession und grassierender Inflation geraten. Ungelöste Dauerprobleme wie unkontrollierte **Migration**, verkrusteter Bürokratismus, eine gefährliche Abhängigkeit von der Autokratie in Peking und strukturelle Strategiefähigkeit kommen krisenverschärfend hinzu.

Die Meinungsforscher von Forsa sehen die SPD nur noch bei 14 Prozent, während sich die AfD stabil bei 21 Prozent hält. Die FDP würde mit vier Prozent nicht mehr den Einzug in den Bundestag schaffen, die Grünen liegen in der Umfrage bei 14 Prozent. Damit kommen die drei Koalitionsparteien zusammen auf gerade einmal 32 Prozent, im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 ist das ein Minus von 20 Prozentpunkten.

Für den kleinsten Bündnispartner, die FDP, ist der Leidensdruck besonders groß, weil ihre Anhänger grundsätzlich mit der Ampel fremdeln und die Partei erneut ihre parlamentarische Existenz in Gefahr sieht. Die Ampel habe für

Ruf nach "Asylwende" und grünes Tabu Die Koalition durchziehen tiefe Verwerfungen. Die Frage einer Umkehr in der Migrationspolitik wird zur Bewährungsprobe

die zweite Hälfte der Legislaturperiode den "Arbeitsauftrag", so sagt es Parteichef Christian Lindner, "unsere Regierungsarbeit kritisch zu prüfen". Das soll im Koalitionsausschuss am Freitag gleich beginnen: Dort möchte die FDP über eine "Asylwende" reden, über schnellere Abschiebungen, die Ausweitung sicherer Herkunftsstaaten und die Umstellung von Geld- auf Sachleistungen in Asylverfahren. Man müsse an allen nationalen Stellschrauben drehen, es reiche nicht, nur auf Europa zu warten. Es brauche ein "gemeinsames Handlungsverständnis", heißt es in der FDP-Spitze. Das gelte nicht nur für die Migrationsfrage, sondern auch für Maßnahmen zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland durch Entlastungen von Unternehmen sowie eine "Klima- und Energiepolitik mit mehr Augenmaß". Mahnend erinnern die Liberalen an den Satz ihres Vizevorsitzenden Wolfgang Kubicki: "Wenn wir keine Lösungen präsentieren, werden sich am Ende die Themen die Koalitionen suchen."

Und auch die Kanzlerpartei SPD ist weiter im Sinkflug. Nach der Niederlage bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern haben die Sozialdemokraten inzwischen begriffen: Ohne Kehrtwende in der Migrationspolitik geht es für sie nicht weiter. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat den Grundstein zum europäischen Asylkompromiss gelegt, Bundeskanzler Olaf Scholz öffnet sich mit dem "Deutschlandpakt" zur Union. Schon wird spekuliert, ob die SPD nicht lieber mit der CDU koalieren würde. Droht aus dem Koalitionsausschuss ein Krisengipfel der gefährdeten Ampel-Koalition zu werden?

Die Sozialdemokraten weisen das von sich. Katja Mast, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD, beteuert, es bringe "mehr Spaß", mit Grünen und FDP zu koalieren, die etwas voranbringen wollten, als mit einem Koalitionspartner wie der Union, bei der das nicht der Fall sei. Worin genau der Spaß in den vergangenen Monaten bestanden haben mag, als die Ampel vor allem durch internen Streit auffiel und durch genervte Sozialdemokraten, die es satt hatten, zwischen FDP und Grünen zu vermitteln, blieb dabei offen. Auch dass die Unionsfraktion nichts voranbringen wolle, ist eine bemerkenswerte Aussage, nachdem selbst der Kanzler erkannt hat, dass er in der Migrationspolitik auf die Zusammenarbeit mit der CDU angewiesen ist.

Symptomatisch aber sind die Abwehrreaktionen in der SPD noch aus einem anderen Grund: Die Partei hat enorme Schwierigkeiten, bei den Bürgern durchzudringen und ihre Politik positiv zu vermitteln. Trotzdem gibt es unter Sozialdemokraten eine hartnäckige Weigerung, an die Ursachen ihrer Krise zu gehen. Stattdessen heißt es dann meist, es seien ja auch schwere Zeiten, Grüne und FDP seien schuld, und außerdem hätten sie viele Projekte wie den Mindestlohn oder das Bürgergeld erfolgreich vorangebracht. Was aus alledem folgt, ist von der SPD nicht zu erfahren. Denn scharenweise Wähler haben auch die Erfolge ihr nicht gebracht.

Gleichzeitig erschweren vor allem die Grünen sichtbare Fortschritte in der Migrationspolitik. Sie fürchten, es gehe nicht nur um "Humanität und Ordnung", sondern um "Begrenzung" - eine Vokabel, die in der Partei offenbar auf dem Index steht. Nur wenige Grüne trauen sich an das Thema heran, das vermutlich auch die Wahlen im kommenden Jahr - in Europa, Thüringen, Brandenburg und Sachsen - inhaltlich dominieren wird. Vor allem Realos in der Partei befürchten, dass die Grünen nicht den richtigen Ton treffen, den Anschluss verlieren und am Ende vom Kanzler mit liberaler Hilfe beim Migrationsthema an die Wand genagelt werden.

Dass Scholz über den "Deutschlandpakt" ohne Beisein des Vizekanzlers Robert Habeck (Grüne) mit Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) gesprochen hat, halten manche für einen strategischen Fehler. Manche Bundes-Grüne schauen derzeit auch mit Sorge nach Wiesbaden, wo die gestärkte Union nach zehn Jahren schwarz-grüner Landesregierung in Hessen munter mit der SPD sondiert. Die ist zwar innerlich zerstritten, aber möglicherweise billiger zu haben als die hessischen Grünen. In den Sondierungsgesprächen macht die CDU jedenfalls Druck, etwa bei der Frage einer Ausweitung sogenannter sicherer Herkunftsstaaten, was schnelle Asylentscheidungen für Menschen aus diesen Ländern nach sich ziehen würde. Aus Sicht der Union sollten dazu auch die Staaten des Maghreb gehören. Die Grünen sind bisher dagegen. Die SPD hätte damit kein Problem.

Doch die Zeit drängt, auch außerhalb Hessens. Ende November findet in Karlsruhe der nächste Bundesparteitag der Grünen statt. Bis dahin muss klar sein, was geht - und was nicht. Anschließend habe die Bundesregierung noch ein halbes Jahr Zeit, um Politik zu machen, spätestens im Frühsommer "schalten wieder alle in den Wahlkampfmodus", heißt es in der Partei.

Ruf nach "Asylwende" und grünes Tabu Die Koalition durchziehen tiefe Verwerfungen. Die Frage einer Umkehr in der Migrationspolitik wird zur Bewährungsprobe

Die Koalition bräuchte einen Neustart, um ihrem Fortschrittsprojekt eine andere Richtung zu geben. Die Sozialdemokraten betonen immer wieder, man dürfe sich in der Koalition nicht so viel streiten, man brauche eine andere Gesprächskultur, müsse die gemeinsame Sache voranbringen. Dass der Koalitionsausschuss die gewünschte Wende bringen wird, ist nach den krisenhaften Regierungserfahrungen der vergangenen zwei Jahre allerdings mehr als zweifelhaft.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Kinder auf einem Flur des Asylheims in Neubrandenburg

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

"Man braucht künftig Migranten, die noch von viel weiter herkommen"; Der Historiker Philipp Ther weiß, warum wir bei der Anwerbung von Fachkräften nur in der zweiten Liga spielen. Doch auch Ungarn und Polen rekrutieren im Ausland - entgegen der offiziellen Politik

Die Welt

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Kultur; S. 14; Ausg. 164

Length: 2239 words

Byline: Mladen Gladi263

Richard Kämmerlings

Body

Der deutsche Fachkräftemangel ist keineswegs singulär. Auch Länder wie Polen und Ungarn sind auf die Anwerbung von Arbeitskräften aus dem Ausland angewiesen, trotz jahrelanger **migrationsfeindlicher** Politik. Der Historiker Philipp Ther (56) lehrt am Institut für osteuropäische Geschichte der Universität Wien. Sein Buch "Die Außenseiter. Flucht, **Flüchtlinge** und Integration im modernen Europa" erschien 2017 bei Suhrkamp. Ther wurde unter anderem mit dem höchstdotierten Preis der Republik Österreich, dem Wittgenstein-Preis ausgezeichnet. Er lebt mit seiner Familie in Wien.

WELT:

Im Juli hat der Bundesrat eine Reform des Fachkräftezuwanderungsgesetzes gebilligt. Im Raum steht eine Zahl von bis zu 1,5 Millionen Zuwanderern, die Deutschland jährlich braucht, um die Arbeitskräfte, die aufgrund des demografischen Wandels pro Jahr verloren gehen, zu ersetzen: Das sind 400.000. Was ist von diesen Zahlen zu halten?

Philipp Ther:

Eine Zahl zwischen 300.000 und 400.000 ist sicherlich plausibel, wenn man die Lücke zwischen den Jahrgängen, die jetzt in Rente oder Pension gehen, und denen, die nachwachsen, berücksichtigt. Aber dabei geht es um die 16- bis 19-Jährige direkt nach der Lehre, oder Twens nach dem Studium. Bei der Zuwanderung von Fachkräften sprechen wir über Menschen, die schon eine gute Ausbildung haben, idealerweise auch berufliche Erfahrung. Die wären dann ein Stück älter. Aber ganz grundsätzlich gilt: Für keine Art von Wandel im eigenen Land kann Migration

"Man braucht künftig Migranten, die noch von viel weiter herkommen" Der Historiker Philipp Ther weiß, warum wir bei der Anwerbung von Fachkräften nur in der zwe....

ein Allheilmittel oder ein Ersatz sein. Und wo sollen denn so viele Menschen überhaupt herkommen? Und wollen die überhaupt nach Deutschland?

Warum sollten sie nicht wollen?

Es gibt international einen Wettbewerb um Fachkräfte und Länder, die sich seit Jahrzehnten als Einwanderungsländer präsentieren, auch wenn sie faktisch sehr selektiv vorgehen und nur die Menschen reinlassen, die sie brauchen oder zu brauchen glauben. Kanada oder Australien sind attraktiv für Zuwanderer, die vom Qualifikationsniveau her in Deutschland auch gefragt wären, etwa aus Süd- oder Ostasien. Nachdem es Migration aus diesen sogenannten Wunschländern nach Deutschland so stark bislang nicht gab, glaube ich, dass man mit einem Land wie Kanada nur schwer konkurrieren kann. Das hat mit den aktuellen Bedingungen gar nichts zu tun, das ist dem Phänomen der Kettenmigration geschuldet. Wenn schon jemand aus einem Land da ist, dann folgen andere nach.

Die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer fordert auch eine "neue Willkommenskultur".

"Willkommenskultur" wurde ja zum geflügelten Schlagwort im Rahmen der sogenannten Flüchtlingskrise 2015, die keine wirkliche Flüchtlingskrise war. Erst aufgrund der politischen Uneinigkeit in der Europäischen Union wurde das zu einer politischen Krise.

Da würden jetzt einige protestieren.

Als Historiker blickt man in die Vergangenheit und vergleicht die Größenverhältnisse zwischen den Aufnahmeländern und der Gruppe aus den Fluchtländern. Für mich liegt der Vergleichsmaßstab eher nach dem Ersten oder dem Zweiten Weltkrieg. So gesehen gab es 2015 keinen außerordentlich hohen Zustrom an Flüchtlingen. 2022, als ungefähr eine Million Ukrainer zu uns gekommen sind, hat ja auch niemand von einer Flüchtlingskrise gesprochen.

Warum war das so?

Ich denke, es gibt verschiedene Gründe dafür. Übrigens auch gute, weil uns nun mal die Ukrainer in vieler Hinsicht näherstehen, der Anteil von Männern und Frauen mit Kindern, die wir aus kulturellen Gründen eher für schutzbedürftig halten, sich unterscheidet und auch die Fluchtgründe ganz eindeutig sind.

Eine "Willkommenskultur" wäre bei Fachkräften etwas anderes 2015 bei Flüchtlingen, oder?

Da muss sie natürlich etwas ganz anderes bedeuten. Inwieweit kann man vom Herkunftsland aus, auch mit Arbeitgebern und Behörden, in Kontakt treten? Dann gibt es die Sprachbarriere. Deutsch ist relativ kompliziert. Das ist ein Nachteil gegenüber englischsprachigen Ländern, und Englisch ist nun mal viel weiter verbreitet.

Daran, dass die deutsche Sprache so ist, wie sie ist, wird man nicht viel ändern können.

Deutsch ist von außen betrachtet wahnsinnig altmodisch und umständlich. Stichwort Groß- und Kleinschreibung, oder dieses Durcheinander mit den Dehnungsvokalen. Also einmal gibt es das Dehnungs-"h", dann gibt es einen Doppelvokal, dann gibt es das "ie", da wäre vielleicht mal eine Initiative möglich. Dann kommt natürlich wieder der Aufschrei: Untergang des Abendlands! Und wie soll man dann noch Goethe im Original lesen können? Ich verweise auf das Lautschriften-Alphabet, das auf den tschechischen Reformator Jan Hus zurückgeht. Da gilt wie gesprochen, so geschrieben

Was man leichter abbauen kann als sprachliche sind wohl bürokratische Hürden.

Aus der Universität weiß ich, dass es bei vielen internationalen Forschern Frust mit den Ausländerbehörden gibt. Auch hier in Wien waren sie früher berüchtigt, jetzt hat es sich etwas gebessert. Vieles läuft zu langsam, ist zu kompliziert, die Sachbearbeiter sprechen nicht alle so gut Englisch. Trotzdem könnte man aber auch einmal

"Man braucht künftig Migranten, die noch von viel weiter herkommen" Der Historiker Philipp Ther weiß, warum wir bei der Anwerbung von Fachkräften nur in der zwe....

nachfragen, ob die Bürokratien der Herkunftsländer denn so viel besser funktionieren. Das glaube ich nämlich nicht. Aber viele akademisch gebildete Zuwanderer ziehen wieder weg, was bedauerlich ist.

Ist es ein gutes Zeichen, dass der Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften in Deutschland auf Protest nur vom ganz rechten Rand stößt?

Deutschland konnte bis vor Kurzem seinen Bedarf an Zuwanderern in großem Maße innerhalb Europas abdecken. Man konnte die eigenen demografischen und auch andere Defizite, also gute Ausbildung und fehlende Bereitschaft in der Bevölkerung, bestimmte Jobs zu machen, dadurch kompensieren, dass man, überspitzt ausgedrückt, in Europa gewildert hat. Aber diese europäischen Herkunftsländer trocknen demografisch. Man braucht künftig Migranten, die noch von viel weiter herkommen und uns dann vielleicht auch kulturell, sprachlich fremder sind, wo es auch schwieriger wird, dass sie Deutsch lernen, sich gesellschaftlich integrieren und die auch dann viel sichtbarer sein werden. Und das kann als Gegenreaktion den Nationalismus unter Einheimischen verstärken.

Sie meinen Rassismus?

Ob man das immer gleich als Rassismus bezeichnen soll, da bin ich mir nicht so sicher. Das Wort erscheint mir manchmal als eine unglückliche Übersetzung aus dem Amerikanischen. Wenn aber Menschen tatsächlich aus Südasien oder Afrika kommen, dann sind sie gleich auf den ersten Blick als Migranten erkennbar. Dann hat man vielleicht tatsächlich ein Problem mit originärem Rassismus.

Haben wir nicht schon längst gelernt, Einwanderer als Teil der deutschen Gesellschaft zu begreifen? Etwa die typisch migrantischen Kleinunternehmer in Großstädten, in Berlin die vietnamesischen Kioske, die türkischen Friseurläden etc. Vietnamesen gab es auch schon zu DDR-Zeiten hier.

Gerade der Umgang mit den Vietnamesen zeigt, dass man in den Neunzigern eben kein Einwanderungsland sein wollte. Die wurden überwiegend zurück nach Vietnam geschickt. Auch bei den Flüchtlingen aus Bosnien hat Deutschland auf der Rückführung beziehungsweise auf der Repatriierung bestanden, anders als Österreich und Schweden. Insofern ist es doch relativ neu, dass man sich tatsächlich öffnet. Ich bin Anfang der Neunziger nach Ost-Berlin gezogen, weil es dort günstigeren Wohnraum gab. Als ich eigene Kinder hatte, ging es dann im Prenzlauer Berg und Pankow darum, dass aufstiegs- und bildungsorientierte türkische Eltern ihre Kinder über die ehemalige Mauer Grenze schickten. In der Schule meiner Kinder, auch bei Grünen-Wählern, war die Skepsis sehr groß, ob da jetzt gleich zu viele Türken kommen und die Muttersprachler beim Deutscherwerb stören könnten. Es gab eine Abwehrhaltung in bürgerlichen Kreisen, die sich sonst freundlich über Migranten äußern. Deklarierte Weltoffenheit muss nicht unbedingt im Einklang stehen mit gelebter Praxis. Die Berliner sind alle ganz stolz auf das multikulturelle Berlin. Ich will nicht Wasser in den Wein gießen, aber ich fand Berlin damals ganz schön getrennt und ghettoisiert.

Für Großstadtbewohner aber auch Teil ihres Alltags.

Für den männlichen Großstadtbewohner. Für weibliche Großstadtbewohner, die vielleicht in Kreuzberg wohnen und abends allein unterwegs sind, mag die Situation und das gefühlte Zusammenleben ganz anders aussehen. Aber das sind Themen, die immer wieder hochkochen. Die berühmten Silvesternächte, jedes Jahr dann im Sommerloch ziemlich verlässlich Berliner Freibäder. Ich glaube trotzdem, dass die Gesellschaft weiter ist, auch weil sie den Arbeitskräftemangel an allen Ecken spürt. Etwa, wenn man einen Handwerker braucht und dann den berühmten Polen, den man in den Nullerjahren noch gekriegt hatte, jetzt nicht mehr kriegt.

Stichwort Polen: Hat man dort, oder auch in Ungarn, Erfahrungen mit Arbeitsmigration, auf die man bauen kann?

Polen kenne ich besser, weil ich dort in den Neunzigerjahren länger gelebt und gearbeitet habe und immer noch regelmäßig hinfahre. Was es dort immer schon gab, sind die gewesen, die aus verschiedenen Gründen nach 1989 dageblieben sind, also Vietnamesen und Studierende aus afrikanischen Ländern. Dann kamen Tschetschenen, die teilweise wieder weitergezogen sind. Und es gibt schon lange eine starke Arbeitsmigration aus der Ukraine, zu der ein starkes Wohlstandsgefälle besteht. Die Ukrainer stehen den Polen in vieler Hinsicht nahe und es ist für sie auch

"Man braucht künftig Migranten, die noch von viel weiter herkommen" Der Historiker Philipp Ther weiß, warum wir bei der Anwerbung von Fachkräften nur in der zwe....

relativ leicht, Polnisch zu lernen. Für Polen ist es dennoch eine relativ neue Erfahrung, ein Einwanderungsland zu sein. Kurz vor und dann vor allem nach der EU-Erweiterung sind ungefähr 2 Millionen Menschen weggezogen. Jetzt hat sich der Arbeitsmarkt erholt und die Demografie ist eine ganz andere. Noch in den Achtzigerjahren gab es geburtenstarke Jahrgänge, die Solidarno - oder Kriegsrecht Kinder. Aber jetzt importiert man in Polen, in Ungarn auch, aber in geringerem Maße, es ist ja auch ein kleineres Land, massiv Arbeitskräfte aus weiter entfernten Ländern. Das geht in die Zehntausende. In Polen sind es sehr viele Menschen aus Nepal, aus Südostasien und sogar aus Bangladesch. Trotz aller Regierungspropaganda gegen Muslime braucht man ja doch Arbeitskräfte. Das wird aber nach dem klassischen Gastarbeiter-Modell organisiert. Es gibt begrenzte Aufenthalts-Tickets und dann ist die Erwartung, dass diese Menschen wieder zurückgehen. Das ist natürlich Unsinn.

Wieso ist das Unsinn?

Es wird ebenso wenig funktionieren wie in Deutschland in den Sechziger- oder Siebzigerjahren. Vor allem aufgrund der Interessen der Arbeitgeber. Wenn sie diese Arbeitskräfte einmal angelernt haben und ihnen dann vielleicht mühsam ein paar Brocken Polnisch beigebracht haben, die man für einfache Dienstleistungen braucht, um die es überwiegend geht, dann will man ja nicht ein, zwei oder fünf Jahre später wieder neue Arbeitskräfte anlernen. Deswegen ist in Deutschland die Rotationsidee bei türkischen Gastarbeitern früh ad acta gelegt worden. Polen gibt sich dieser Illusion hin, weil alles andere nicht zur Propaganda der PiS passen würde. Und Polen hat noch ein ganz anderes Konkurrenz-Problem um Zuwanderer. Gut ausgebildeten Chinesen, Vietnamesen oder auch Inder, würden die jetzt nach Polen gehen? Ich glaube eher nein. Deswegen muss man sich die Menschen aus Ländern holen, die noch ärmer sind. Und dann spielt auch plötzlich Religion keine große Rolle mehr. All das ist völlig verlogen und auch kurzsichtig.

Polen und Deutschland haben viele ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Wenn die dauerhaft blieben, könnte das auch den Fachkräftemangel lindern, oder?

Das wäre schlecht für die Ukraine. Wenn sie noch mehr ausblutet als bisher, dann könnte sich Russland langfristig durchsetzen. Eigentlich bräuhete man jetzt Rückkehrprogramme. Nur bitte anders als bei den Bosniern in den Neunzigerjahren. Man müsste denen, die zurückgehen wollen, Geld in die Hand geben, damit sie sich ihr Haus oder ihre Wohnung reparieren können und vielleicht auch einen kleinen Betrieb gründen. Aber das wäre eine Abkehr von der bisherigen Flüchtlingspolitik.

Warum?

Dass man Flucht nicht mehr als einmalig und etwas Endgültiges begreift, sondern dass auch das letztlich übergehen kann in eine Art von Migration, wo es hin und her geht, wo die Menschen zurückgehen, versuchen sich wieder eine Existenz aufzubauen, dann aber vielleicht feststellen im nächsten Winter: Das geht gerade nicht, vor allem mit Kindern, weil es keine Heizung gibt oder der Schulunterricht die ganze Zeit ausfällt aufgrund von russischen Drohnenangriffen. Das internationale Flüchtlings- und das Asylrecht sind nicht darauf ausgelegt, dass Menschen mehrfach fliehen und remigrieren.

Wie stellt sich die Situation in Österreich dar?

Es gibt jede Menge Restaurants, die nicht offen haben oder sogar ganz geschlossen werden aufgrund von Personalmangel. Gerade in Regionen, in denen relativ viele Menschen rechts wählen oder ganz rechts. Und trotzdem hat mittlerweile der antimigrantische Diskurs eine derartige Eigendynamik gewonnen, dass es zum Verrücktwerden ist. Oder zum Davonlaufen. So kann es gehen, wenn eine konservative, mittlerweile in Vielem auch schon rechtspopulistische Partei mit einer zum Teil leider auch rechtsradikalen Partei um den rechten Rand konkurriert. Dann kann sich das Klima sehr schnell ändern. Das hat Auswirkungen auf die Migrationspolitik nach außen und wie man mit (Post)Migranten im Inneren umgeht. Die Herzlosigkeit und der geschürte Hass schlagen auf uns selbst zurück.

Original Gesamtseiten-PDF

"Man braucht künftig Migranten, die noch von viel weiter herkommen" Der Historiker Philipp Ther weiß, warum wir bei der Anwerbung von Fachkräften nur in der zwe....

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 23, 2023

End of Document

Merz hatte also recht

Die Welt

Donnerstag 9. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 218

Length: 454 words

Byline: Anna Schneider

Body

Zur Neuorientierung der Ampel in Sachen Migrationspolitik schrieb mein Kollege Robin Alexander auf X Folgendes : "Auch die Zahnbehandlungen von Asylbewerbern, die Merz neulich in die Debatte brachte, haben es in die Beschlüsse des Migrationsgipfels geschafft." Robin Alexander bezieht sich dabei auf den Passus, der besagt, dass der bisherige automatische Anspruch auf die sogenannten Analogleistungen statt bisher nach 18 Monaten künftig erst nach 36 Monaten entstehen solle.

Im Papier heißt es: "Durch diesen späteren Wechsel kommt es auch bei den Gesundheitsleistungen zu zusätzlichen Einsparungen der Länder und Kommunen im dreistelligen Millionenbereich jährlich." Zur Erklärung: Momentan erhalten in Deutschland abgelehnte Asylbewerber Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Diese werden bisher nach 18 Monaten auf das "normale" Bürgergeld-Niveau angehoben - ein EU-weit einzigartiger Zustand. Inzwischen ist man regierungsseitig also doch der Auffassung, dass "die Anreize für eine Sekundärmigration innerhalb Europas nach Deutschland gesenkt werden müssen". Umso faszinierender ist rückblickend der Aufschrei, der durchs Land ging, als Merz Ende September im WELT-Talk sagte: "Auch die Bevölkerung, die werden doch wahnsinnig, die Leute. Wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine." Dass er damit legitim auf den von der Ampel eher ausgeblendeten Druck auf die (gesundheitliche) Infrastruktur im Land anspielte, war den Empörlingen herzlich wurscht. So sprach etwa Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) von "erbärmlichem Populismus". Nach etwas mehr als einem Monat sollte man einsehen, dass Merz' Aussage so falsch offenbar gar nicht war.

Vielleicht erinnern Sie sich auch daran, wie der CDU-Chef Anfang des Jahres im Zusammenhang mit den Silvesterkrawallen in Berlin und anderen Großstädten etwas weiter ausholte und im ZDF-Talk von Markus Lanz die Situation an deutschen Grundschulen ansprach: Bereits dort beginne das Problem mit mangelndem Respekt und "verbaler Gewalt" gegenüber Lehrern. Man müsse die Lehrer unterstützen, sich hier zur Wehr zu setzen, sonst würden aus diesen Achtjährigen in wenigen Jahren "die Fuffzehnjährigen da draußen auf der Straße". Wenn man sieht, was sich momentan an antisemitischem Graus auf deutschen Straßen sammelt und sich auch auf Schulhöfen

Merz hatte also recht

widerspiegelt, ist "Paschas" tatsächlich noch eine dezente Untertreibung. Das vorherzusehen war vielen damals leider noch nicht gegeben.

anna.schneider@welt.de (anna.schneider@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 8, 2023

End of Document

Inzwischen fast 400.000 Afghanen in Deutschland; Asylpolitik und Aufnahmeprogramme haben sehr große Diaspora ermöglicht

Die Welt

Mittwoch 16. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 158

Length: 1108 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Durch die Zuwanderungspolitik der Ampel-Regierung und ihrer Vorgänger ist die Zahl der in Deutschland lebenden Afghanen auf inzwischen knapp 400.000 gestiegen. 395.655 afghanische Staatsangehörige waren Ende Juni im Ausländerzentralregister erfasst, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) WELT mitteilte. 2013 - also zu jener Zeit, in der die Asylzuwanderung aus sehr weit entfernten Ländern sich zu jenem Massenphänomen entwickelte, auf das die Bundesrepublik noch keine gesellschaftlich breit geteilte Antwort gefunden hat - waren nach Angaben des Bundesamtes erst 66.974 Afghanen in Deutschland registriert.

Die große Mehrheit kam und kommt über das Asylsystem, wandert also in der Regel illegal über die Türkei-Griechenland-Route ein. Oft handelt es sich auch um bereits in anderen EU-Ländern abgelehnte Asylbewerber oder anerkannte Flüchtlinge, die nur sehr selten in den für sie zuständigen EU-Staat zurückgebracht werden können. In diesem Jahr gab es laut BAMF bis Ende Juli mehr als 31.000 Asylerstanträge von Afghanen, diese führen abgesehen von einigen Überstellungen in andere EU-Staaten nach der sogenannten Dublin-Vereinbarung zum Daueraufenthalt in Deutschland. Im vergangenen Jahr waren es insgesamt rund 36.000 Anträge und 2021 mehr als 23.000.

Seit der Machtübernahme in Kabul durch die Taliban vor zwei Jahren nahm die Zuwanderung von Afghanen noch einmal an Fahrt auf. Über die Evakuierungsflüge und die folgenden Aufnahmeprogramme reisten laut BAMF seither mehr als 30.300 Afghanen ein. "Darunter befanden sich über 4100 ehemalige afghanische Ortskräfte, einschließlich Familienangehörige insgesamt 19.300 Personen", schreibt das BAMF. Hinzu komme die Aufnahme "weiterer besonders gefährdeter Afghanen", vor allem besonders exponierte Personen aus den Bereichen Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Medien, Kultur, Wissenschaft. Hierbei "reisten bisher circa 2600 Personen, einschließlich Familienangehörige insgesamt über 11.000 Personen" ein. Das BAMF schreibt: "Im EU-Vergleich hat Deutschland damit in den vergangenen Jahren die mit Abstand höchste Zahl an Einreisen gefährdeter afghanischer Staatsangehöriger ermöglicht."

Inzwischen fast 400.000 Afghanen in Deutschland Asylpolitik und Aufnahmeprogramme haben sehr große Diaspora ermöglicht

Denn nach dem ursprünglichen Aufnahmeprogramm, das vor allem für Ortskräfte, also örtliche Angestellte deutscher Regierungsstellen, vorgesehen war, initiierte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) im vergangenen Herbst ein weiteres Projekt: das Bundesaufnahmeprogramm für besonders bedrohte Afghanen. Damit sollen bis September 2025 monatlich etwa 1000 Menschen nach Deutschland ausgeflogen werden. Der Start hatte sich wegen Sicherheitsbedenken mehrfach verzögert. Zudem kommen rund 3000 Afghanen jährlich über reguläre Familiennachzugsvisa nach Deutschland.

Die Aufnahme der inzwischen fast 400.000 Afghanen stellt die Städte und Gemeinden vor erhebliche Herausforderungen. Die Integration in ein Arbeitsleben erfolgt oft schleppend. Laut dem aktuellen Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit vom Juli waren im Januar nur 88.087 Afghanen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter 10.400 in einer Ausbildung und 19.543 mit betrieblicher oder schulischer Berufsausbildung sowie 3342 mit akademischem Abschluss. 37.226 arbeiteten ohne Berufsabschluss und 17.530 "ohne Angabe". Im Mai bezogen 47,6 Prozent der hier lebenden Afghanen Bürgergeld. Darin sind nicht jene Afghanen enthalten, deren Asylverfahren noch läuft oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, diese erhalten kein Bürgergeld, sondern Asylbewerberleistungen. Zum Vergleich: Bei den Deutschen sind 5,3 Prozent von Bürgergeld abhängig.

Auch die Kriminalitätsbelastung aus dieser Zuwanderungsgruppe ist relativ hoch, auch weil sie zu einem großen Anteil aus jungen, unerlaubt eingereisten Männern besteht.

Zwar wird selbstverständlich die Mehrheit der Afghanen nicht kriminell. Doch laut der Polizeilichen Kriminalstatistik wurden im Jahr 2020 insgesamt 21.773 Straftaten verübt (ohne ausländer-spezifische Delikte), zu denen ein afghanischer Tatverdächtiger ermittelt wurde. Darunter waren 4299 Gewaltdelikte - davon 94 Taten der schwersten Kategorie, nämlich Mord und Totschlag. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die meisten Taten dieser Kategorie im Versuchsstadium bleiben. Zum Vergleich: Im selben Jahr wurden rund 1,3 Millionen Straftaten verübt, zu denen ein deutscher Tatverdächtiger ermittelt wurde. Darunter 103.919 Gewaltdelikte und davon 1587 Mord- und Totschlagsdelikte. Von den rund 72 Millionen deutschen Staatsbürgern in der Bundesrepublik wurden 2020 also 1,8 Prozent als Tatverdächtige ermittelt. Von den damals 280.000 Afghanen wurden 7,8 Prozent als Tatverdächtige zu Straftaten ermittelt.

Auf Abschiebungen verzichtet die Bundesregierung seit Jahren wegen Sicherheitsbedenken vollständig, auch wenn es sich um Schwerkriminelle handelt. Oder auch um Afghanen, die vor der Machtübernahme der Taliban im Asylverfahren angegeben hatten, sie seien Taliban-Kämpfer oder Unterstützer, weswegen sie von der ehemaligen Regierung bedroht würden. WELT und andere Medien hatten mehrfach über solche Fälle berichtet. Nach Straftaten mit großer öffentlicher Aufmerksamkeit gibt es hin und wieder aber Äußerungen aus der Ampel-Koalition, man prüfe Rückführungsmöglichkeiten. Im März sagte beispielsweise SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese WELT, notwendige Voraussetzungen für Abschiebungen seien eine stabile Sicherheitslage, Garantien für sichere Rückführungen und tragbare Beziehungen zu den dortigen politischen Ansprechpartnern. Sein Fraktionskollege Ralf Stegner, der Vorsitzende des Afghanistan-Untersuchungsausschusses, sprach sich angesichts der humanitären Lage im Hindukusch-Land für mehr Kontakte mit den Taliban aus und kritisierte die von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) verantwortete Diplomatie. Letztlich müsse Außenpolitik zwar immer wertegeleitet sein. "Doch wenn man etwas erreichen will in einer Welt, die nicht nur aus Island und Norwegen besteht, dann muss man auch mit Regierungen reden, die einem sehr unsympathisch sind", so Stegner. Wenn man keine Kontakte habe, dann habe man keinerlei Einfluss, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland und fügte hinzu: "Natürlich kann man nicht einfach Botschafter austauschen. Aber unterhalb dessen gibt es andere Ebenen."

Der Leiter des Kabuler Büros von Caritas International, Stefan Recker, berichtete am Dienstag im Deutschlandfunk, die Armut in Afghanistan verschärfe sich zusehends - doch zwei Dinge stimmten ihn optimistisch: Zum einen habe sich die Sicherheitslage entscheidend verbessert. Und zum anderen sei die Widerstandskraft der Afghanen "und vor allem Afghaninnen" beachtlich.

Inzwischen fast 400.000 Afghanen in Deutschland Asylpolitik und Aufnahmeprogramme haben sehr große
Diaspora ermöglicht

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Unfrei: Mit Boxhandschuhen und Vollverschleierung: Das Foto dieser afghanischen Athletin, das mit dem "Istanbul Photo Award" 2023 ausgezeichnet wurde, zeigt die bedrückende Situation der Frauen in Afghanistan. Die radikalislamischen Taliban haben gestern den zweiten Jahrestag ihrer Machtübernahme in dem Land gefeiert - seither ein Land ohne Frauenrechte

Load-Date: August 15, 2023

End of Document

Der schlechteste Deal aller Zeiten

Die Welt

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 182

Length: 340 words

Byline: Tim Röhn

Body

Was gab es nicht alles für **Migrationsdeals** in den vergangenen Jahren. Alle mit dem simplen Ziel: verhindern, dass Menschen ohne Einreiseerlaubnis das Territorium der Europäischen Union erreichen. Die EU schickt Milliarden an die Staaten auf der anderen Seite der Außengrenze, als Dankeschön halten deren Sicherheitskräfte die Leute auf - soweit die Theorie.

Bloß: Es funktioniert nicht. Keiner der Deals hat die Zahl der Ankömmlinge in den vergangenen Jahren nachhaltig reduziert. Die Tunesien-Vereinbarung hat gar dazu geführt, dass sehr viel mehr Menschen aus Tunesien kommen. Schlechter könnte ein Deal, vergangene Woche noch von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen dem Anschein nach ohne jede Ironie als Modell für künftige Abkommen bezeichnet, nicht sein.

Angesichts der Tatsache, dass die Lage wieder so prekär ist wie 2015 und sich - man schaue allein auf die Konflikte in Westafrika - mutmaßlich weiter zuspitzen wird, ist es höchste Zeit, sich ehrlich zu machen: Die bisher angewandte Politik funktioniert nicht. Deals mit Drittstaaten werden so lange eingehalten, bis der Drittstaat sagt: reicht jetzt. Oder: mehr Geld, bitte. Die EU ist erpressbar. Was also tun? Wir müssen akzeptieren, dass man Flucht und Migration nicht auf Knopfdruck ausschalten kann. Und ernsthaft versuchen, Migration zu steuern: Anreize verringern, in die EU zu kommen, wenn kein Asylanspruch existiert. Unbedingt Sach- statt Geldleistungen einführen, außerdem schnellere Asylverfahren. Wir müssen konsequent abschieben. Statt dreckiger Deals brauchen wir Abkommen auf Augenhöhe mit Herkunftsländern zur Rücknahme von Ausreisepflichtigen und im Gegenzug zur Aufnahme von Fachkräften (was die Motivation deutlich erhöht, sich an den Deal zu halten).

Was es aber am dringendsten braucht: einen gesellschaftlichen und politischen Konsens darüber, dass die aktuelle Lage nicht hinnehmbar ist, die Politik gegensteuern muss - und dass die EU, dass Deutschland nicht die ganze Welt retten kann.

tim.roehn@welt.de (tim.roehn@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Der schlechteste Deal aller Zeiten

Load-Date: September 18, 2023

End of Document

Fast zwei Drittel wollen weniger Zuwanderung; Deutschlandtrend zeigt große Unzufriedenheit

Die Welt

Freitag 29. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 190

Length: 670 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Der nahezu ungebremsste Zuzug von **Migranten** und die zunehmende Überforderung der Kommunen bei Unterbringung, Integration sowie Beschulung haben das **Migrationsthema** mit voller Wucht zurück auf die politische Agenda gebracht - und setzen die Regierung unter gehörigen Handlungsdruck. 64 Prozent der Bevölkerung sehen in der Zuwanderung allgemein inzwischen "eher Nachteile", das sind zehn Prozentpunkte mehr als noch im Mai. Nur für ein gutes Viertel überwiegen momentan noch die Vorteile. Das ergibt der Deutschlandtrend, eine repräsentative Erhebung von Infratest Dimap im Auftrag von ARD-"Tagesthemen" und WELT.

Nur fünf Prozent der Wahlberechtigten sind derzeit bereit, noch mehr **Migranten** aufzunehmen, zwölf Prozent wollen es bei der bisherigen Aufnahmepraxis belassen. 64 Prozent sprechen sich dafür aus, weniger **Migranten** aufzunehmen - ein Plus von zwölf Prozentpunkten gegenüber dem Mai. Bis auf die Anhänger der Grünen (29 Prozent) sprechen sich inzwischen Unterstützer jeder Partei mit relativer oder absoluter Mehrheit für eine stärkere Beschränkung der Zuwanderung aus. Bei den Anhängern der SPD sind es 44 Prozent, bei denen der FDP 66 Prozent, bei denen der CDU/CSU 68 Prozent und bei den AfD-Anhängern 92 Prozent.

Unter allen Wahlberechtigten plädieren 82 Prozent für stärkere Grenzkontrollen, 77 Prozent für Migrationsabkommen mit afrikanischen Staaten, 71 Prozent für die Einführung einer Migrationsobergrenze und 69 Prozent für die Einstufung der Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien als sogenannte sichere Herkunftsländer, was die Grünen bislang ablehnen. Bis auf die Forderung nach einer Obergrenze reicht die überwiegende Zustimmung zu den genannten Maßnahmen bis in die Gruppe der Grünen-Anhänger. Insgesamt also ein klares Votum für ein härteres Durchgreifen des Staates zur Begrenzung der Zuwanderung. Grund für die Stimmung der Bevölkerung sind vor allem die Folgeprobleme der ungesteuerten Zuwanderung. 73 Prozent der Befragten sehen Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Verteilung der Migranten, jeweils 78 Prozent bei deren Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt und 80 Prozent finden, dass die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber "eher schlecht" oder "sehr schlecht" gelingt. Selbst bei den eher migrationsfreundlichen Grünen-Anhängern sind die positiven Einschätzungen in diesen Punkten deutlich in der Minderheit. Zur Lösung der

Fast zwei Drittel wollen weniger Zuwanderung Deutschlandtrend zeigt große Unzufriedenheit

Migrationsproblematik setzen die Bundesbürger mit einer Mehrheit von 64 Prozent zwar nach wie vor auf eine europäische Lösung. Allerdings schwindet die Hoffnung darauf. 70 Prozent halten nämlich eine "europäische Lösung" für "nicht zeitnah realisierbar". Vor allem die Anhänger der AfD wollen daher eine "nationale Lösung" (61 Prozent). Und auch bei den Anhängern von CDU (28 Prozent) und FDP (26 Prozent) gibt es den spürbaren Wunsch nach einem nationalen Alleingang.

Das Vorgehen der Regierung in der Krisenlage hat Folgen: Nur 19 Prozent der Befragten sind noch "zufrieden" oder "sehr zufrieden" mit der Arbeit der Regierung, 39 Prozent sind "weniger zufrieden", 40 Prozent "gar nicht zufrieden". Am unzufriedensten sind naturgemäß die Anhänger der Oppositionsparteien AfD (98 Prozent) und CDU/CSU (85 Prozent). Aber auch bei den Anhängern der FDP (77 Prozent) überwiegt die Skepsis. Bei den SPD-Wählern halten sich Zustimmung und Ablehnung annähernd die Waage. Treu zur Fahne stehen nur die Grünen-Anhänger, von denen noch 57 Prozent zufrieden mit der Arbeit der Ampel-Regierung sind. Bei der Politikerzufriedenheit verzeichnet die für die Migrationspolitik zuständige Innenministerin Nancy Faeser (SPD) die größten Einbußen. Sie sackt im Vergleich zum Vormonat um fünf Punkte auf nur noch 15 Prozent ab und liegt damit noch hinter AfD-Chefin Alice Weidel, die auf 19 Prozent kommt. Schlechtere Werte erzielten nur FDP-Verkehrsminister Volker Wissing (13 Prozent) und Linke-Chefin Janine Wissler (neun Prozent). An der Spitze der Beliebtheitsskala steht Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD, 51 Prozent).

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 29, 2023

Preis für Migrationsdeals war nie höher; Vertrag der EU mit dem Transitland Niger ist geplatzt. Nun sucht Europa die Lösung in Nordafrika und setzt auf Ägypten, Tunesien und Marokko

Die Welt

Donnerstag 7. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 238

Length: 960 words

Byline: Alfred Hackensberger

Body

Tanger

Einer der mächtigsten Politiker der EU wies auf einen lang bekannten Fakt hin. "Sechzig Prozent der Menschen, die über die Mittelmeerroute kommen, dürfen nicht bleiben. Sie müssten zurückkehren, aber sie tun es nicht", sagte Manfred Weber (CSU), der Chef der konservativen EVP-Fraktion jüngst im EU-Parlament.

Seit Jahren ist dies ein ungelöstes Problem. Aber noch nie seit 2015 kamen so viele Menschen nach Europa wie in den ersten zehn Monaten dieses Jahres. 331.000 illegale Grenzübertritte wurden gezählt.

Im Zentrum einer Lösung soll nun ein Instrument stehen, auf das auch nach 2015 schon gesetzt worden war - mit wechselhaftem Erfolg: "Partnerschaften" mit Anrainerstaaten im Mittelmeerraum, auch Migrationsdeals genannt. Abkommen dieser Art hatte es in den vergangenen 20 Jahren schon viele gegeben, mit der Türkei, Tunesien, Libyen, Marokko und auch dem Niger. Die Vereinbarungen wurden regelmäßig dazu missbraucht, Brüssel zu erpressen.

Warum sollten also neue Abkommen diesmal besser funktionieren? "Ich weiß, dass die Dinge nicht einfach sind, aber wir haben jetzt die Möglichkeit, mit unseren Nachbarn zusammenzuarbeiten", sagte der EVP-Fraktionsvorsitzende Weber auf der Pressekonferenz. Das Geheimnis für einen Erfolg könnte ein "Umgang auf Augenhöhe" sein.

Marokko hatte sich dies schon vor Jahren als Voraussetzung einer Kooperation mit der EU ausbedungen. Es müsse für alle Beteiligten eine "Win-win-Situation geben, ohne Nord-Süd-Gefälle", hatte der marokkanische Außenminister Nasser Bourita mehrfach gefordert. Dafür scheint die EU nun bereit zu sein. Zumal sie schwer unter Druck steht. Migration belastet die europäischen Finanzhaushalte und spielt den rechten Parteien mit ihren populistischen Parolen in die Hände. Meinungsumfragen in Deutschland zeigen zunehmenden Zuspruch für die

Preis für Migrationsdeals war nie höher Vertrag der EU mit dem Transitland Niger ist geplatzt. Nun sucht Europa die Lösung in Nordafrika und setzt auf Ägypten,

AfD. In Holland hat jüngst ein rechter Populist und radikaler Einwanderungsgegner, Geert Wilders, die Wahl gewonnen.

Und bald schon könnte es neue, große Migrationsbewegungen nach Europa geben. Schließlich ist eine der Hauptrouten irregulärer Zuwanderung aus Afrika wieder offen. Das Transitland Niger hat nach der Machtübernahme einer Militärjunta den seit 2015 mit der EU bestehenden Deal aufgekündigt. Niger hatte damals Schleuser und Menschenhandel unter Strafe gestellt und als Gegenleistung dafür fünf Milliarden Euro als Entwicklungshilfe erhalten.

Die Anzahl der durchreisenden Migranten und Flüchtlinge, die vom Niger aus nach Libyen und an die Mittelmeerküste wollten, war danach von 300.000 auf unter 50.000 jährlich zurückgegangen. Die herrschende Junta hat das Gesetz der ehemaligen prowestlichen Regierung nun revidiert. Damit ist jede Kontrolle über diese bedeutende Route in Afrika verloren gegangen.

Es ist nur eine Frage der Zeit bis das westafrikanische Land erneut zum Sammel- und Startpunkt von Zehntausenden Menschen wird, die sich auf die Reise ins vermeintliche europäische Paradies machen. Brüssel stehe vor einem "Scherbenhaufen", sagte unlängst Ulf Laessing, der Leiter des Regionalprogramms Sahel der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Auf der Liste der "neuen Partnerschaften" stehen nun Ägypten und Tunesien ganz oben. Der ägyptische Außenminister Sameh Shoukry hat bereits Interesse an einer Zusammenarbeit bekräftigt. Im Dezember wird Ägypten sein erstes von insgesamt drei Rettungsbooten erhalten. Sie sind Teil eines EU-Hilfspakets im Wert von 57 Millionen Euro in diesem Jahr.

2022 hatte Brüssel Kairo bereits 23 Millionen Euro für die "Grenzüberwachung an den Land- und Seegrenzen" zur Verfügung gestellt. Dabei registriert Europa keine aus Ägypten kommende Migranten. Aber im Land am Nil leben insgesamt neun Millionen Flüchtlinge aus der gesamten Region. Sie könnten ins Nachbarland Libyen reisen und von dort übers Mittelmeer nach Italien übersetzen.

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen erklärte bereits, dass "der Aufbau einer strategischen und für beide Seiten vorteilhaften Partnerschaft mit Ägypten Priorität haben sollte". Ob sich die EU-Investitionen langfristig auszahlen, ist ungewiss. Präsident Abdel Fattah al-Sisi regiert Ägypten mit harter Hand und die Kontinuität seiner Herrschaft scheint nicht gefährdet zu sein.

Ägypten wird zudem von einer harten Wirtschaftskrise geplagt - und hat damit kaum eine andere Wahl, als die finanziellen Zuwendungen aus Brüssel anzunehmen. Die Frage ist nur, wie schnell sich der proeuropäische Wind in Kairo wieder dreht, wenn etwa der Staatshaushalt konsolidiert ist und man den Migrationsdeal neu verhandeln oder ihn ganz aufgeben will.

Tunesien, das zweite priorisierte Land der "neuen Partnerschaften", hat klar gezeigt, wie erpressbar sich die EU macht und wie wankelmütig ihre Deals sein können. Ein im Juli unterzeichnetes Abkommen sah eine europäische Unterstützung für Tunis in Höhe von 105 Millionen Euro zur Bekämpfung der irregulären Migration vor.

Zusätzlich war eine Haushaltshilfe in Höhe von 150 Millionen Euro für Tunesien geplant, das sich ebenfalls in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet. Bis zum Sommer hinein waren aus tunesischen Küstenstädten mehr Schiffe Richtung Italien ausgelaufen, als vom Nachbarland Libyen aus, das Hunderttausende von Migranten beherbergt. Der tunesische Präsident setzte das Abkommen jedoch nie in Kraft.

Im Oktober gab Kais Saied überraschend bekannt, dass er eine Zahlung von 60 Millionen Euro an Brüssel zurücküberweist. "Wir brauchen keine Almosen", kommentierte der Präsident. Der 65-Jährige konnte sich die Haltung plötzlich leisten. Denn Saudi-Arabien hatte im Juli umgerechnet 460 Millionen Euro als Finanzspritze zugesagt. Unter diesen Umständen ist es schwer vorstellbar, dass die EU-Kommission Tunesien und seinen unberechenbaren Präsidenten zu einer neuen Kooperation bewegen kann.

Preis für Migrationsdeals war nie höher Vertrag der EU mit dem Transitland Niger ist geplatzt. Nun sucht Europa die Lösung in Nordafrika und setzt auf Ägypten,

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Da war die Welt noch in Ordnung: Der niederländische Premier Mark Rutte (r.) besucht mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni (daneben) und der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den tunesischen Präsidenten Kais Saied (l.)

Load-Date: December 6, 2023

End of Document

Merz auf heiklem Terrain; Die CDU ist in der Migrations- und Integrationspolitik gespalten. So tief sind die Gräben, dass ein Sondertreffen Ende Februar eine Annäherung bringen soll

Die Welt

Mittwoch 4. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 3

Length: 1108 words

Byline: Nikolaus Doll

Ulrich Exner

Kristian Frigelj

Body

In Berlin laufen die Aufräumarbeiten auf Hochtouren. Abgebranntes Feuerwerk, Flaschen und Müll, beschädigte Fahrzeuge, die Überreste straßenschlachtartiger Auseinandersetzungen müssen zusammengekehrt werden. In der Silvesternacht erlebte die Hauptstadt in manchen Vierteln eine Explosion der Gewalt, die so zum Jahreswechsel ohne Beispiel ist.

Und während Politiker der Ampel-Koalition wie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorsichtig und ganz allgemein von "Chaoten und Gewalttätern" sprechen, die die "ganze Härte des Gesetzes" treffen soll, und das Land nun über den Einsatz von Bodycams und Böllerverbot diskutiert, ging als erster der CDU-Politiker Jens Spahn aus der Deckung und sprach einen der entscheidenden Hintergründe des Gewaltausbruchs mit verletzten Polizeibeamten und Rettungskräften an: "Da geht es eher um unregelmäßige **Migration**, gescheiterte Integration und fehlenden Respekt vor dem Staat statt um Feuerwerk", sagte der Fraktionsvize dem Portal "t-online".

Spahn erntete prompt massive Kritik und den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit. Auch aus der eigenen Partei.

Dem Unions-Fraktionsvize sprangen zwar umgehend einflussreiche Parteifreunde zur Seite. "Die Linken und Grünen wollen nicht wahrhaben, wie die Realität in Deutschland wirklich aussieht. Stattdessen stellen sie immer mehr Menschen in die rechte Ecke, sobald sie sich kritisch zu Migration und Integration äußern", sagte der CDU-Vizevorsitzende Carsten Linnemann WELT. "Die CDU muss dagegen halten, die Dinge beim Namen nennen und handeln, sonst werden die Ränder noch stärker und die Integrationsprobleme in Deutschland noch größer." Und Alexander Throm, innenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, ergänzt: "Selbstverständlich sind die

Merz auf heiklem Terrain Die CDU ist in der Migrations- und Integrationspolitik gespalten. So tief sind die Gräben, dass ein Sondertreffen Ende Februar eine Ann....

Ausschreitungen in der Silvesternacht ein Anlass, unsere Integrationspolitik zu hinterfragen. Es wäre doch grotesk, angesichts der Tatsache, dass viele der Täter einen Migrationshintergrund haben, das nicht zu thematisieren."

Doch nicht alle in der Partei denken so. "Ich glaube, es gibt eine große Sehnsucht in der CDU nach einem klaren Kurs in der Migrationspolitik, eine deutliche Gegenposition zur Ampel zu beziehen und das Feld nicht der Ampel zu überlassen. So denkt die klare Mehrheit in der Partei, aber es gibt andere Stimmen", räumt der Innenpolitiker Christoph de Vries ein.

Eine dieser Stimmen, die sich umgehend erhob, ist die der Bundestagsabgeordneten Serap Güler. Sie erklärte auf Twitter, dass es "vor allem Migranten selbst" seien, die sich über Gewaltausbrüche wie die in Berlin aufregten. "Muss man wissen, wenn man daraus jetzt eine Integrationsdebatte machen will", schrieb Güler, die Mitglied im CDU-Bundesvorstand ist und damit Spahn direkt ins Visier nahm.

Güler ist fest im Landesverband Nordrhein-Westfalen verwurzelt und dort nicht ohne Einfluss. Es ist jener Landesverband, dem zwar auch der Partei- und Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz angehört, der diesem zurzeit aber auch die größten Probleme bereitet. In der Migrationspolitik verfolgt die Landes-CDU unter dem Ministerpräsidenten Hendrik Wüst - wie übrigens auch sein Amtskollege in Schleswig-Holstein, Daniel Günther - einen deutlich liberaleren Kurs als die Bundespartei. Und dann ist in der Partei unvergessen, dass die CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag vor einigen Monaten die sogenannte Aachener Erklärung verabschiedet hatte. Darin sprechen sich die Abgeordneten für die Notwendigkeit ausländischer Fachkräfte und Nachwuchskräfte aus und plädieren dafür, abgelehnten, aber dennoch gut integrierten Asylbewerbern dauerhaft Arbeit und Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Bei der Abstimmung im Bundestag zum neuen "Chancen-Aufenthaltsrecht" der Ampel-Koalition Anfang Dezember, das eine deutliche Lockerung der Bedingungen dafür vorsieht, hatten 20 Abgeordnete der Union nicht etwa dagegen votiert, sondern sich enthalten - was ein innerparteilicher Eklat war. Darunter unter anderem Ex-Kanzleramtschef Helge Braun, Ex-Parteichef Armin Laschet, Ex-Generalsekretär Hermann Gröhe - und eben Serap Güler. Die Partei ist ganz offensichtlich in der Frage der Migrations- und Integrationspolitik tief gespalten.

Da ist die Gruppe um Spahn und Innenpolitiker Throm, der nun mit Blick auf die Silvesternacht fordert: "Wir wollen von der Bundesregierung wissen, welche Erkenntnisse sie zu der Täterstruktur hat, wir wollen wissen, welche Staatsbürgerschaft die jeweiligen meist männlichen Personen haben. In dieser Woche werden wir eine entsprechende Abgeordnetenfrage stellen." Auf der anderen Seite stehen die Unterzeichner der "Aachener Erklärung", die in der Partei als "Merkel-Truppe" bezeichnet werden. Und dazwischen Politiker wie der rechtspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Günter Krings (CDU), der die Silvesterausschreitungen so kommentiert: "Ein nicht unerheblicher Anteil der Täter hat einen Migrationshintergrund. Das darf und sollte auch thematisiert werden." Man müsse aber auch anerkennen, dass sich der weitaus größte Teil der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gesetzeskonform verhalte, so Krings: "Oft leiden Migranten sogar besonders unter Gewalttaten von Tätern mit Migrationshintergrund."

Während die "Merkel-Truppe" die CDU unter Merz, der jüngst mit Blick auf ukrainische Flüchtlinge von "Sozialtourismus" sprach, vor einem Rechtsruck sieht und die Migrationspolitik von Altkanzlerin Angela Merkel verteidigt, bezeichnen andere Fraktionsmitglieder die Gruppe als "Dirty Dozen". "Das ist eine absolute Minderheit, aber einflussreich, aggressiv und sehr geschickt in der Öffentlichkeitsarbeit", sagt ein Fraktionsmitglied. "Man sollte diese Gruppe nicht unterschätzen."

So tief sind die Gräben inzwischen, dass für den 24. Februar ein Sondertreffen angesetzt ist, eine sogenannte fraktionsoffene Sitzung, um die Spaltung zu überwinden. "Das Treffen ist nötig, um den Kurs zu schärfen und die Vielstimmigkeit zu beenden. Denn das schadet uns", sagt Innenpolitiker de Vries. Ein Fraktionskollege hat wenig Hoffnung, dass dabei eine gemeinsame Linie gefunden wird: "Es wird an diesem Tag sicher keine Einigung geben. Wir werden die Merkelianer nicht überzeugen." Die Kluft sei zu tief.

Partei- und Fraktionschef Merz steckt damit in einem Dilemma: Zum einen versucht er derzeit alles, um die CDU nach den innerparteilichen Turbulenzen nach dem Machtverlust im vergangenen Herbst wieder zu einen. Das

Merz auf heiklem Terrain Die CDU ist in der Migrations- und Integrationspolitik gespalten. So tief sind die Gräben, dass ein Sondertreffen Ende Februar eine Ann....

Thema Migrationspolitik ist dabei wichtig, um das Profil zu schärfen und sich nach links und rechts abzugrenzen, vor allem auch die AfD auf Distanz zu halten. Aber gerade die Migrationspolitik ist seit der Kanzlerschaft Merkels für die Partei unsicheres Gelände.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Eisenhüttenstadt, Oktober 2021: Kinder in einer Asylbewerber-unterkunft

Load-Date: January 3, 2023

End of Document

Überraschender Kurswechsel; Die Job-Integration von Migranten läuft nicht rund. Arbeitsminister Heil ändert deshalb die Strategie. Dabei wird auch mehr Druck ausgeübt

Die Welt

Dienstag 21. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 11; Ausg. 226

Length: 1066 words

Byline: Jan Klauth

Body

Zwei Meter über dem Boden hat es sich Hubertus Heil im Speisewagen eines ICE gemütlich gemacht. Der Zug steht aufgegabelt auf einer Hebebühne des Ausbesserungswerkes der Deutschen Bahn im Ost-Berliner Stadtteil Rummelsburg. Vor Heil auf dem Tisch liegt eine Packung Kekse, gegenüber sitzen drei Frauen, die vor dem Krieg aus der Ukraine **geflüchtet** sind. Heil hat die Hauptstadtspresse an diesem regnerischen Montagmorgen zu einem Termin geladen, der verdeutlichen soll: Erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von **Flüchtlingsen** funktioniert - wenn alle an einem Strang ziehen.

Obwohl zwei der drei Frauen ein Deutsch sprechen, das Heil später als "noch nicht perfekt" bezeichnen wird, hat es mit einer Anstellung geklappt. Sie arbeiten nun bei der Bahn als Elektromechanikerin und Stewardess im Bordbistro. Der Konzern nutzt den Termin, um sich als kümmernder Muster-Arbeitgeber zu inszenieren. "Die Bahn hat auch Sprachkurse finanziert und bei der Wohnungssuche unterstützt", wirft DB-Personalchef Martin Seiler ein, der neben Heil im Speisewagen sitzt.

Heil, das wird in letzter Zeit immer deutlicher, geht es darum, ein Signal zu senden: Das Thema der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen soll nicht länger stiefmütterlich behandelt werden, aus Angst davor, in die rechte Ecke gestellt zu werden. Aus Ampel-Kreisen ist zu hören, dass der Arbeitsminister auch an die AfD abgewanderte Wähler zurückzugewinnen will, indem er das Thema in den Fokus rückt. Wenn bei der Bevölkerung ankommt, dass zunehmend mehr Flüchtlingen der Weg aus dem Sozialsystem in den Arbeitsmarkt gelingt, kann das die aufgeheizte Migrationsdebatte beruhigen, so die Idee.

Die Gunst der Wähler ist das eine. Zum anderen hat Heil ein milliardenschweres Problem. Denn die Ausgaben für das Bürgergeld, auf das auch geflüchtete Ukrainer Anspruch haben, steigen immer weiter an. Allein im laufenden Jahr sind die Kosten 2,1 Milliarden Euro höher als geplant und ab Januar steigen die Regelsätze um weitere 12 Prozent. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die damit klaffende 60-Milliarden-Lücke im

Überraschender Kurswechsel Die Job-Integration von Migranten läuft nicht rund. Arbeitsminister Heil ändert deshalb die Strategie. Dabei wird auch mehr Druck aus....

Bundeshaushalt bringen nun neuen Druck: Heils Koalitionspartner von den Liberalen bringen Kürzungen bei den Sozialausgaben ins Spiel; die Opposition fordert sie schon seit Längerem.

Dazu kommt: Während die Wirtschaft händeringend Arbeitskräfte sucht und 1,7 Millionen offene Stellen gemeldet sind, ist es Heil nicht gelungen, die Langzeitarbeitslosigkeit nennenswert abzubauen. Zwar gibt es hohe Zu- und Abgänge in die Arbeitslosigkeit. Doch seit nunmehr einem Jahr stagniert die Zahl der Arbeitslosen bei rund 2,7 Millionen. In den zurückliegenden Monaten ist die Quote leicht angestiegen: bedingt durch die Krise und die Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine.

Gewandelt hat sich in letzter Zeit auch der Ton des Ministers. In WELT AM SONNTAG machte Heil jüngst klar: dass 19 Prozent der erwerbsfähigen Flüchtlinge aus der Ukraine in Arbeit sind, reiche ihm nicht. Gleichzeitig handle es sich mit Blick auf den Haushalt um "die beste Sparmaßnahme", wenn die Menschen raus aus den Transferleistungen kämen, so Heil am Montag. Erstaunlich selten und wenn, dann nur auf Nachfrage, spricht er allerdings von Flüchtlingen, die 2015 kamen und erwerbsfähig sind. Von ihnen arbeiten heute rund 54 Prozent und nur ein Drittel davon in Vollzeit. Im laufenden Jahr erwartet Finanzminister Christian Lindner (FDP) Ausgaben im Zusammenhang mit Flucht und Migration in Höhe von 48 Milliarden Euro.

Einen erheblichen Anteil daran haben Sozialleistungen und Kosten für Sprachkurse. Diejenigen, die die Kurse nun erfolgreich absolviert haben, will der Minister mittels seines "Job-Turbos" zügig in Jobs bringen - notfalls mit Leistungsminderungen. Sie sollen in kürzeren und regelmäßigeren Abständen in den Jobcentern auftauchen, um möglichst passgenaue Stellenangebote zu finden. Dass Heil so ein wenig mehr Druck macht als bisher, kann als Eingeständnis gewertet werden: Die im europäischen Vergleich hohen Sozialleistungen scheinen doch Auswirkungen auf Migrations- und Fluchtbewegungen zu haben. Gemeint sind die sogenannten Pull-Faktoren, deren Existenz große Teile der Grünen und auch Heils Parteikollegin und Innenministerin Nancy Faeser immer wieder negiert hatten.

Zu Heils Plänen gehört auch, neben großen Konzernen wie der Bahn auch die Zeitarbeits-Branche für entsprechende Selbstverpflichtungen zu gewinnen. Beim Stichwort Leih- oder Zeitarbeit zucken Sozialdemokraten wie Heil bisher zusammen. "Leiharbeit ist auf breiter Front zu einem Instrument von Lohnrückerei geworden", kritisierte Heil, im Jahr 2013. Damals forderte er Grenzen für die Vertragsdauer - seine Partei hatte sie im Zuge der Agenda 2010 angehoben.

"Man wird nicht immer gleich den Traumjob finden", entgegnet Heil einer der ukrainischen Frauen, als sie im Gespräch berichtet, man habe ihr zunächst nur Stellen als Reinigungskraft in Aussicht gestellt - trotz ihrer Ausbildung als Elektromechanikerin. Heil meint: Weil die Berufsanerkennung in vielen Fällen schleppend lange dauert und manchmal gar keine Aussicht auf Erfolg hat, sind auch Jobs zumutbar, die unter der eigentlichen Qualifikation liegen.

Der Mini-Kurswechsel der Kanzlerpartei ist auch eine Reaktion auf immerzu neuen Druck aus der Opposition und den schärfer werdenden Ton in der Debatte. Während Heil vergangene Woche sagte, es sei "bescheuert", seinen Job zu kündigen, um Sozialleistungen zu beziehen, kündigte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann an, das Bürgergeld in seiner jetzigen Form wieder abschaffen zu wollen. Er forderte vor dem Hintergrund der Migrationsdebatte eine Job-Pflicht für arbeitsfähige Bürgergeldbezieher nach spätestens sechs Monaten im Leistungsbezug. Der Sozialstaat müsse "für die wirklich Bedürftigen da sein, die nicht arbeiten können".

Den beinahe identischen Vorschlag hatte vor knapp einem Jahr eine andere Fraktion gemacht: die AfD. "Die CDU übernimmt einmal mehr die Forderungen und Inhalte", meint René Springer, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der AfD, dazu. Den Antrag zur Arbeitspflicht im gemeinnützigen Bereich habe die Union damals aber "natürlich wie immer abgelehnt". Heil wiederum hält von einer Arbeitspflicht nichts, nennt die Debatte "abstrus. Ob Heils neue Strategie Veränderung bringt? Wohl auch nur, wenn alle an einem Strang ziehen.

Man wird nicht immer gleich den Traumjob finden Hubertus Heil, Arbeitsminister (SPD)

Überraschender Kurswechsel Die Job-Integration von Migranten läuft nicht rund. Arbeitsminister Heil ändert deshalb die Strategie. Dabei wird auch mehr Druck aus....

Graphic

Arbeitsminister Hubertus Heil geht auf die Zeitarbeitsbranche zu

Load-Date: November 20, 2023

End of Document

**"Ohne das Wissen der russischen Behörden wäre nichts davon möglich";
Seit Wochen drängen Flüchtlinge aus Nahost und Afrika von Russland nach
Finnland. Nun riegelt Helsinki seine Grenze komplett ab. Wird das für Putin
selbst zum Risiko?"**

Die Welt

Donnerstag 30. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 5; Ausg. 233

Length: 700 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Kai Sauer war lange Zeit Staatssekretär im finnischen Außenministerium, seit September ist der in Hamburg geborene Diplomat Botschafter in Berlin. Die Bedrohung Finnlands durch den feindseligen Nachbarn Russland ihn auch hier nicht los.

WELT:

Herr Botschafter, innerhalb weniger Wochen sind Hunderte **Migranten** über die russische Grenze nach Finnland gekommen. Was beabsichtigt Moskau mit dieser Aktion?

Kai Sauer:

Über die Motive kann man derzeit nur spekulieren. Zunächst einmal handelt es sich um die Instrumentalisierung von Migranten und Flüchtlingen. Dass so etwas passiert, kurz nachdem wir Nato-Mitglied geworden sind, ist sicher kein Zufall. Es könnte der Versuch sein, die russischsprachige Bevölkerung in Finnland aufzuwiegeln, immerhin leben rund 70.000 russischsprachige Menschen im Land. Es kann auch sein, dass vor den Präsidentschaftswahlen im Januar unsere Resilienz gegenüber Einfluss aus Russland getestet werden soll; oder dass man unseren Rechtsstaat ins Wanken bringen will. All das hat man auch mit Polen und Litauen versucht, als über Belarus hunderte Migranten aus Drittländern über die Grenzen geschickt wurden.

Der letzte verbliebene Grenzübergang zwischen Finnland und Russland wird am Donnerstag geschlossen. Wie war dort zuletzt die Lage?

Es war dort sehr ruhig. Doch es gab in den Tagen zuvor mehr Ankünfte von Menschen, die offenbar auch von den südlicheren Abschnitten der Grenze nach Norden gebracht worden waren. Man konnte sich also nicht darauf

"Ohne das Wissen der russischen Behörden wäre nichts davon möglich" Seit Wochen drängen Flüchtlinge aus Nahost und Afrika von Russland nach Finnland. Nun riegel....

verlassen, dass es dabei bleibt. So gab es Berichte aus Hotels im nahegelegenen Murmansk, dass sich dort größere Gruppen von Migranten versammelt haben und sich vorbereiten, in Richtung finnischer Grenze weiterzuziehen. Man konnte die Lage noch nicht als dramatisch bezeichnen, aber man muss sie sehr ernst nehmen.

Russland streitet ab, irgendetwas mit der Situation zu tun zu haben.

Es handelt sich hier um eine orchestrierte Aktion . Dass hunderte Migranten aus Drittländern plötzlich an der finnischen Grenze auftauchen, ist nicht willkürlich oder spontan möglich. Es gibt glaubwürdige Berichte über Sammelpunkte, von denen aus Gruppen weiter an die Grenze geführt wurden; und dass viele Menschen zuletzt auch von geschlossenen Grenzübergängen im Süden in den Norden transportiert wurden mithilfe von Schleusern. Das waren keine Privatpersonen, die jemanden aus Mitgefühl dorthin gefahren haben. Ohne das Wissen der russischen Behörden wäre nichts davon möglich.

Nun herrschen entlang der Grenze ja extreme Wetterbedingungen. Was, wenn Russland weiter Menschen in Richtung Finnland treibt?

Zunächst gilt: Wenn die Grenze von unserer Seite geschlossen ist, dann ist es die ausschließliche Verantwortung des Gastlandes - also Russlands - diese Menschen zu schützen. Wir hoffen aber natürlich, dass Moskau eine solche Situation gar nicht erst entstehen lässt. Wir sind notfalls aber gut vorbereitet auf einen größeren Andrang. Auch weil wir bereits Lehren aus der Migrationskrise 2015 gezogen haben.

Die Grenze ist über 1300 Kilometer lang und kaum befestigt. Was ist mit illegalen Einreisen über die sogenannte grüne Grenze?

Im Winter wäre es sehr schwer und lebensgefährlich, sich im Schnee durch diesen tiefen Wald zu kämpfen. Selbst im Sommer versuchen nur eine Handvoll Menschen auf diese Weise über die Grenze zu gelangen. Dass es zu einer Häufung solcher Übertritte kommt, ist also kaum zu befürchten. Wenn es doch passieren sollte, würde das auch beweisen, wie rücksichtslos und berechnend Moskau agiert. Das wäre der eigenen Propaganda nicht zuträglich.

Wie gehen Politik und Gesellschaft in Finnland mit der aktuellen Lage um?

Alle sind der Meinung, dass es sich um einen an einen hybriden Angriff aus Russland handelt und dass man dagegen geschlossen vorgehen muss. Natürlich gibt es einige Stimmen, die die Schließung der Grenze kritisieren, weil sie davon direkt betroffen sind. Es hat kleinere Demonstrationen gegeben, etwa weil Angehörige auf der anderen Seite der Grenze getrennt sind. Aber das müssen wir leider in Kauf nehmen. Letztlich ist Russland ja der Verursacher dieser Situation. Die Grenzen sind zudem nicht langfristig geschlossen. Stand heute läuft die Regelung in zwei Wochen aus.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Kai Jürgen Mikael Sauer, 56, ist Finnlands Botschafter in Deutschland

Load-Date: November 29, 2023

Schwierige Rückkehr; Viele irreguläre Migranten, die freiwillig ausgereist sind, bereuen ihre Entscheidung

Die Welt

Mittwoch 22. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 58

Length: 917 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Es ist schon eine Weile her, dass die Bundesregierung ausreisepflichtige **Migranten** offensiv zur Rückkehr aufforderte. "Dein Land. Deine Zukunft. Jetzt!", lautete der Slogan einer Plakatkampagne, die der damalige Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) 2018 startete. Ziel war es, den **Migranten** zu zeigen, dass es finanzielle Hilfen gibt, wenn sie freiwillig gehen. Seehofer ist nicht mehr im Amt, und die Plakate sind längst verschwunden. Was aber nicht bedeutet, dass das Thema an Bedeutung verloren hätte.

Auch die aktuelle Bundesregierung legt großen Wert auf die geförderte freiwillige Ausreise. Man wolle die staatliche Rückkehrförderung "finanziell besser ausstatten", heißt es im Ampel-Koalitionsvertrag. Gegenüber Abschiebungen, die vielen als teuer und inhuman gelten, habe die freiwillige Ausreise "stets Vorrang". Das Problem: Bislang war kaum bekannt, wie gut diese Freiwilligenprogramme wirken. Führen sie dazu, dass die Menschen dauerhaft in ihre Heimat zurückkehren? Helfen die staatlichen Gelder den Menschen bei der Reintegration?

In diese Forschungslücke stößt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) die Lebenssituation von 906 Rückkehrern untersucht hat, die 2017 zurückgereist sind. Zweimal befragten sie die Menschen: Rund acht Monate nach der Rückkehr und erneut etwa drei Jahre später. Da jedes Jahr mehrere Tausend Personen an einem Programm der geförderten Rückkehr teilnehmen, ist die Zahl der Studienteilnehmer nur ein Ausschnitt. Und sie ist auch nicht repräsentativ. Die Teilnahme war freiwillig und auf neun wichtige Herkunftsstaaten begrenzt, darunter Afghanistan, Nigeria, Georgien und der Irak. Die Forscher betonen zudem, dass das Risiko bestanden habe, von den Teilnehmern "sozial erwünschte Antworten" erhalten zu haben. Schließlich hat mit der IOM eine Organisation die Menschen befragt, die die freiwilligen Rückreisen selbst koordiniert. Trotzdem bieten die Ergebnisse Anhaltspunkte, wie gut das Programm funktioniert.

Eine der bemerkenswertesten Erkenntnisse: Nur etwa 30 Prozent sind zufrieden mit ihrer Rückkehrentscheidung, 20 Prozent sind unentschlossen - und etwa 50 Prozent sind unzufrieden. Zu diesen zählen vor allem jene mit "niedrigem Reintegrationsniveau", wie die Studienautoren schreiben. Tatsächlich geben zwar insgesamt zwei Drittel der Befragten an, inzwischen über ein eigenes Einkommen zu verfügen. Allerdings sind auch etwa zwei Drittel mit

Schwierige Rückkehr Viele irreguläre Migranten, die freiwillig ausgereist sind, bereuen ihre Entscheidung

der eigenen ökonomischen Situation unzufrieden, etwa weil sie die täglichen Bedarfe nicht decken können. Auch im sozialen Bereich stoßen manche auf Hürden: Viele geben zwar an, wieder gute Kontakte zur Familie aufgebaut zu haben. Etwa 38 Prozent aber fühlen sich nicht als Teil der Gemeinschaft vor Ort.

Bemerkenswert sind die Berichte von Frauen, die offenbar die Freiheiten in Deutschland vermissen. Dort habe sie zwar "viele Schwierigkeiten" erlebt, sagt eine Frau, die in den Irak zurückgekehrt ist. Allerdings habe sie dort auch viel allein unternehmen können, etwa in den Supermarkt gehen können. "Hier ist das nicht so. Ich kann hier nicht aus dem Haus." Eine andere berichtet: "In Deutschland haben sie Wertschätzung gegenüber Frauen, sie haben Respekt. Nicht wie hier." Ein Drittel der Befragten erklärt, regelmäßig Diskriminierung zu erfahren, was größtenteils mit der Rückkehr zusammenhänge. Problematisch ist auch die Sicherheitslage, die sich in einigen Staaten verschlechtert hat. Knapp 30 Prozent waren bei der Befragung drei Jahre nach der Rückkehr unzufrieden.

Rund die Hälfte der Befragten hat vor diesem Hintergrund offenbar darüber nachgedacht, erneut auszuwandern. Ein Drittel erklärte, eine Weiterwanderung nach Deutschland zu erwägen. Konkrete Vorbereitungen haben laut den Studienautoren allerdings nur fünf Prozent getroffen. Viele sagen, für eine erneute Reise fehle ihnen das Geld. Andere geben die Familie als Grund an, nicht wieder auswandern zu wollen. Aus Sicht des BAMF ist vor allem die letzte Gruppe interessant: Tatsächlich denke nur die Hälfte derjenigen, die nach einer erfolglosen Migration nach Deutschland in ihre Heimat zurückgekehrt seien, wieder über eine neue Migration nach, sagt Patrick Schmidtke, der beim Bundesamt für den Rückkehrbereich verantwortlich ist. "Das heißt, die Hälfte der Personen fühlt sich in irgendeiner Form angekommen." Diesen Weg weiter zu beschreiten, sei "wichtig".

Die Migrationsforscherin Ine Lietaert, die zu Rückkehrprogrammen in der EU promoviert hat, kritisiert hingegen die Ausgestaltung der Programme. "Anfangs wurden die Rückkehrprogramme als sozialpolitisches Instrument entwickelt, um Menschen zu helfen, die in Deutschland oder anderen EU-Mitgliedstaaten festsaßen", sagte sie WELT. "Aber mehr und mehr sind sie zu einem Instrument geworden, um Migranten zur Rückkehr zu zwingen." Oftmals bleibe den Migranten nur wenig Zeit, sich für eine Teilnahme an einem Programm der Freiwilligen-Rückkehr zu beteiligen. "Wenn man Menschen dazu zwingt, eine Entscheidung unter Zeitdruck zu treffen, ist das weder 'freiwillig' noch 'informiert' oder 'gut vorbereitet', und natürlich bereuen viele Menschen ihre Entscheidung." Dass es auch anders gehen kann, zeigt die Studie allerdings ebenfalls. In Russland, Aserbaidschan und Afghanistan waren die Migranten nach ihrer Rückkehr überdurchschnittlich zufrieden. Allerdings wurde die letzte Befragung Anfang 2021 durchgeführt - also bevor die Taliban in Afghanistan erneut die Macht ergriffen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Abgelehnte Asylbewerber mit ihrem Gepäck am Kasseler Flughafen Calden

Load-Date: March 21, 2023

Über 5000 Migranten erreichen Lampedusa; Binnen eines Tages kommen mehr als 100 Boote auf der italienischen Insel an. Rotes Kreuz spricht von Notfall

Die Welt

Donnerstag 14. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 179

Length: 498 words

Byline: Ap

Dpa

Body

Das italienische Rote Kreuz hat angesichts einer steigenden Zahl ankommender **Migranten** auf der Insel Lampedusa vor einer humanitären Krise gewarnt. "Vor einigen Tagen gab es mehr als 4000 Menschen und wir sprachen von einem Rekord, heute sprechen wir von einem Rekord von Landungen", teilte der nationale Direktor des Roten Kreuzes, Rosario Valastro, in sozialen Medien mit. Es gehe hier nicht um einen Wettbewerb mit Rekorden, sondern um die Lösung eines akuten Notfalls.

Innerhalb eines Tages sollen nach Angaben von Hilfsorganisationen mehr als 5000 Menschen in über 100 Booten auf Lampedusa angekommen sein. Schleuser in Nordafrika nutzen derzeit die ruhige See aus, um die Migranten massenweise loszuschicken. Immer mehr verzweifelte Menschen begeben sich auf die dennoch gefährliche Fahrt über das Mittelmeer.

Das einzige Aufnahmезentrum für Migranten der italienischen Insel ist für rund 400 Menschen ausgelegt. Dort hielten sich aber mehr als 6000 Menschen auf, wird berichtet.

Das Rote Kreuz rief die Regierung in Rom auf, Migranten schnell von der Insel auf das italienische Festland zu bringen. Damit die humanitären Bedingungen tragbar blieben, müsse die Zahl der Migranten unter einem bestimmten Wert gehalten werden.

Die Ex-Bürgermeisterin von Lampedusa, Giusi Nicolini, berichtete, es seien so viele Menschen angekommen, dass es unmöglich scheine, sie zu zählen. Sie bedankte sich in den sozialen Medien bei Gästen und den Besitzern eines nahen Campingplatzes, die Migranten unter anderem Wasser zur Verfügung gestellt hätten.

Über 5000 Migranten erreichen Lampedusa Binnen eines Tages kommen mehr als 100 Boote auf der italienischen Insel an. Rotes Kreuz spricht von Notfall

Lampedusa liegt zwischen Sizilien und Nordafrika, von der tunesischen Küstenstadt Sfax ist die Insel knapp 190 Kilometer entfernt. Das Innenministerium in Rom zählte in diesem Jahr rund 116.000 Menschen (bis zum 11. September), die auf Booten Italien erreichten - im Vorjahreszeitraum waren es knapp 63.500. Immer wieder kommt es bei den Überfahrten zu verheerenden Bootsunglücken. Der Radiosender Rai meldete, trotz des vergleichsweise milden Wetters sei beim Kentern eines Boots vor Lampedusa am Mittwochmorgen ein Baby ertrunken. Die anderen 46 Bootsinsassen hätten von der Küstenwache gerettet werden können, darunter die Mutter des Opfers.

Die Europäische Kommission hofft, durch einen Migrationspakt mit dem autoritär regierten Tunesien die Zahl der Ankünfte aus dem Land verringern zu können. Eine Absichtserklärung ist bereits unterzeichnet. Die EU stellte Tunesien im Gegenzug Grenzschutz-Mittel in Höhe von 105 Millionen Euro in Aussicht. Weitere Millionenhilfen sind an ein Programm des Internationalen Währungsfonds (IWF) geknüpft.

Die Bundesregierung hat den freiwilligen europäischen Solidaritätsmechanismus zur Aufnahme von Flüchtlingen mit Italien ausgesetzt. Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums bestätigte am Mittwoch einen entsprechenden WELT-Bericht. Grund sei, dass sich die italienische Regierung weigere, Geflüchtete nach den Dublin-Regeln der Europäischen Union wieder aus Deutschland zurückzunehmen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 13, 2023

Ampel ringt um Migrationspolitik im Einklang mit der Realität; Die FDP sieht die Regierung unter Handlungsdruck, die Grünen verstehen sich als Schutzpatron der multikulturellen Einwanderungsrepublik

Die Welt

Freitag 28. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 83

Length: 890 words

Byline: Thorsten Jungholt

Claus Christian Malzahn

Body

Als der Bundestag am Donnerstag über das von der Bundesregierung geplante Fachkräfte-Einwanderungsgesetz debattierte, standen die drei Fraktionen der Ampel-Koalition wie eine Eins. Während die Redner von Union und AfD kritisierten, mit dem Gesetz würden die Hürden für Einwanderung gesenkt, der Zuzug minder qualifizierter Menschen befördert und Deutschlands Sozialsysteme weiter belastet, wiesen die Vertreter von SPD, Grünen und FDP sämtliche Vorwürfe scharf zurück.

"Solche Reden hier zu halten, zeigt, dass Fachkräftemangel auch in der Opposition ein Problem zu sein scheint", sagte Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge lobte den Gesetzentwurf, weil er für "Entbürokratisierung, Vereinfachung und Hürdensenkung" Sorge. Und FDP-Fraktionsvize Lukas Köhler rechtfertigte das Vorhaben mit der Feststellung, der deutsche Arbeitsmarkt sei leer: "Wir finden niemanden mehr." Bis 2035 könnten sieben Millionen Arbeitskräfte fehlen. Deshalb wolle die Bundesregierung Einwanderung von Arbeitskräften mit ausländischem Berufsabschluss etwa über ein Punktesystem erleichtern. Zu den Kriterien sollen Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Alter und Deutschlandbezug zählen. Das Gesetz sieht auch Erleichterungen beim Familiennachzug vor.

Mit der Einigkeit der Ampel-Partner ist es allerdings vorbei, wenn es um die Migrationspolitik insgesamt geht. Deutlich wurde das nach WELT-Informationen am Abend zuvor, als der Koalitionsausschuss im Kanzleramt zusammenkam. Bei dem rund zweieinhalbstündigen Treffen ging es im Wesentlichen um die Vorbereitung des für den 10. Mai geplanten Migrationsgipfels, bei dem Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer zusammenkommt. Länder und Kommunen beklagen angesichts der starken Zuwanderung seit Monaten eine Überlastung: Die Kapazitäten für Unterbringung und Integration seien erschöpft, sie brauchten mehr Geld vom Bund, und die Menge der Migranten müsse reduziert werden - zum Beispiel durch eine leichtere

Ampel ringt um Migrationspolitik im Einklang mit der Realität Die FDP sieht die Regierung unter Handlungsdruck, die Grünen verstehen sich als Schutzpatron der m....

Abschiebung von Menschen ohne Bleiberecht. Auch die FDP sieht die Regierung unter Handlungsdruck. Weil neben den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine auch die Zahl der Asylanträge aus dem Rest der Welt beständig wachse und in diesem Jahr die Schallgrenze von 300.000 übersteigen könnte, heißt es bei den Liberalen, drohe der Republik ein toxischer Verteilungskampf: Es sei den Bürgern nicht vermittelbar, wenn einerseits die Kosten für irreguläre Migration weiter ansteigen würden, die Koalition aber andererseits gezwungen sei, bei ihren laufenden Haushaltsberatungen über Kürzungen bei den Sozialleistungen zu reden. Damit mache man es Union und AfD leicht, Wählerstimmen zu gewinnen, so die Haltung der FDP. Es sei deshalb zwingend, das Sachproblem der Steuerung von Zuwanderung endlich zu lösen.

"Deutschland braucht einen neuen Kurs in der Migrationspolitik", sagte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai, der am Koalitionsausschuss teilgenommen hatte. "Wir brauchen dringend eine Migrationspolitik, die im Einklang mit der Realität ist, im Interesse unseres Landes ist und die Sorgen der Bürger nicht ignoriert." Es seien greifbare Veränderungen nötig, die "katastrophalen Fehler der Merkel-Jahre dürfen sich nicht wiederholen". Konkret schwebt den Freien Demokraten ein Bündel an Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene vor. Dazu zählen mehr Schutzmaßnahmen an den EU-Außengrenzen, an denen auch unmittelbar Prüfverfahren durchgeführt werden können. In Deutschland müssten die Ausländerbehörden im Eiltempo digitalisiert, rechtsstaatliche Verfahren gestrafft und Abschiebungen beschleunigt werden - zum Beispiel durch die Erklärung von Staaten aus dem Maghreb oder Osteuropa wie Georgien oder Moldau zu sicheren Herkunftsländern.

Während die Vorschläge der FDP bei der SPD auf eine gewisse Handlungsbereitschaft gestoßen sein sollen, hielten sich die Grünen bedeckt. Die Co-Parteivorsitzende Ricarda Lang mochte nicht einmal öffentlich bestätigen, dass Migration das Schwerpunktthema des Koalitionsausschusses gewesen war. Man habe über unterschiedliche Themen gesprochen, sagte sie dem MDR. Es sei etwa um Wohnungsbau und die Unterstützung der Kommunen gegangen, aber auch darum, wie man zusammenarbeite. Man habe sich als Koalition Zeit genommen, "untereinander zu sprechen - nicht immer im Krisenmodus". Diese Zurückhaltung dürfte damit zu tun haben, dass sich die Grünen mit Vorschlägen, wie man illegale Einwanderung reduzieren kann, traditionell schwertun. Die Partei versteht sich als Schutzpatronin der multikulturellen Einwanderungsrepublik. Allenfalls ist man bereit, darüber zu reden, wie man den Kommunen mit mehr Geld beistehen kann. Doch bei konkreten Maßnahmen, etwa die Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, stehen die Grünen im Bund wie in den Ländern bislang auf der Bremse.

Beim Koalitionsausschuss wurden noch keine Beschlüsse gefasst. Bis zum Flüchtlingsgipfel am 10. Mai aber werden sich die Grünen bewegen müssen - auch in ihrem eigenen Interesse. Denn der Kanzler benötigt für die Gespräche mit den Ländern einen in der Regierung abgestimmten Handlungsspielraum. Dass Scholz nach eigenem Gutdünken Absprachen trifft, kann schließlich kein Koalitionspartner wollen.

"Katastrophale Fehler der Merkel-Jahre nicht wiederholen" Bijan Djir-Sarai, FDP-Generalsekretär

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 27, 2023

Was bei der Kriminalität von Zuwanderern auffällt; Die rund eine Million Ukraine-Flüchtlinge unterscheiden sich von Migranten aus anderen Herkunftstaaten

Die Welt

Montag 3. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 66

Length: 846 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Laut der am Donnerstag vorgestellten Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) für das Jahr 2022 sind unter den rund eine Million Ukrainern, die seit dem russischen Angriff auf die gesamte Ukraine Ende Februar vergangenen Jahres nach Deutschland geflohen sind, weniger Straftäter als in anderen großen Zuwanderergruppen.

Der Befund ist nicht überraschend, denn bekanntlich geht Kriminalität besonders oft von eher jungen Männern aus. Und unter den Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine sind, anders als bei den übrigen Gruppen von Schutzsuchenden, mehrheitlich Frauen. Nun liegen mit der jährlichen Polizeistatistik aber offizielle Daten vor:

Insgesamt wird ein erheblicher Anteil der in Deutschland verübten Straftaten von Ausländern verübt. Von den 1.921.553 Straftaten, die jenseits von ausländer-spezifischen Verstößen wie etwa unerlaubten Einreisen registriert wurden und zu denen 2022 ein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte, entfielen 612.438 auf Nichtdeutsche. Zuwanderer, die ihren alten Pass bei der Einbürgerung behalten, was inzwischen die Mehrheit macht, werden in der Statistik nicht gesondert erfasst, sondern werden nur als Deutsche gezählt. Unter den nicht deutschen Tatverdächtigen waren 20.244 Ukrainer, aber 24.263 Afghanen und 48.191 Syrer. In der Deliktgruppe Gewaltkriminalität listet die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 178.224 ermittelte Tatverdächtige für das Jahr 2022 auf - darunter 109.138 Deutsche und 69.086 Nichtdeutsche. Unter letzteren waren 1308 Ukrainer, aber 4205 Afghanen und 9337 Syrer.

Genauere Quoten zur Straffälligkeit lassen sich mit den verfügbaren Daten zwar nicht angeben, weil die jeweilige Grundgesamtheit der verschiedenen Herkunftsgruppen nicht exakt bekannt ist. Doch ungefähre Angaben zur Anzahl der sich aufhaltenden Personen finden sich im Ausländerzentralregister. Dort waren 2022 zu Jahresbeginn 869.585 Syrer registriert und 309.820 Afghanen. Damals, also vor dem russischen Angriff Ende Februar, lebten erst 155.310 Ukrainer hierzulande, Ende April waren es dann schon mehr als 600.000, Ende Mai mehr als 800.000, einen Monat später über 900.000 und zum Jahresende mehr als eine Million. Die Gruppe der Ukrainer war im Jahresmittel 2022 also deutlich größer, als jene der Afghanen und ungefähr ähnlich groß wie jene der Syrer.

Was bei der Kriminalität von Zuwanderern auffällt Die rund eine Million Ukraine -Flüchtlinge unterscheiden sich von Migranten aus anderen Herkunftsstaaten

Neben dem schon genannten offensichtlichen Unterschied, dass unter den Ukrainern weniger junge Männer sind, dürfte auch noch ein anderer wichtiger Faktor eine Rolle spielen: Die Sozialversorgung für die Ukrainer ist im Schnitt besser als die Leistungen für andere Migrantengruppen. Die Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine erhalten umgehend nach ihrer Einreise einen Schutztitel und damit dieselben Leistungen wie einheimische Arbeitslose. Die übrigen Schutzsuchenden müssen, abgesehen von einigen, die über humanitäre Aufnahmeprogramme eingeflogen worden sind, fast alle zunächst das Asylverfahren durchlaufen.

Erst nach einer Anerkennung, was oft rund neun Monate dauert, erhalten sie die inzwischen "Bürgergeld" genannte Unterstützung für Arbeitslose. Syrer werden fast ausnahmslos als schutzberechtigt anerkannt. Afghanen erhalten erst seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 weit überwiegend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen positiven Bescheid - davor wurde etwa jeder zweite von ihnen abgelehnt. Spitzenreiter in Sachen geringer Kriminalitätsrate sind übrigens die Zuwanderer aus Japan: 25.980 von ihnen lebten 2022 hierzulande. Laut Kriminalitätsstatistik wurden nur zu 102 Straftaten japanische Tatverdächtige ermittelt, und nur einer in der Deliktgruppe Gewaltkriminalität. Aus dem stabilen, asiatischen Inselstaat gibt es keinerlei illegale Migration nach Deutschland, es handelt sich um Menschen, die per Visum einreisen, meist aus beruflichen Gründen.

Laut einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung vom Dezember sind 80 Prozent der erwachsenen Geflüchteten aus der Ukraine Frauen. 77 Prozent von ihnen kamen ohne ihre Partner nach Deutschland, 48 Prozent der Ukrainerinnen kamen mit minderjährigen Kindern. Zwölf Prozent der Frauen sind demnach mit ihren Männern und minderjährigen Kindern nach Deutschland geflohen. Von den Männern leben 71 Prozent mit ihrer Partnerin in Deutschland. Auch bezüglich ihres Ausbildungsniveaus unterscheiden sich die Ukrainer stark von den übrigen bedeutenden Herkunftsnationalitäten von Schutzsuchenden. Laut der Studie des Bundesinstituts haben 72 Prozent der Ukraine-Flüchtlinge einen Hochschulabschluss, verglichen mit der Gesamtbevölkerung ihres Herkunftslandes haben sie ein höheres Bildungsniveau. Auch die Akademikerquote in Deutschland liegt weit niedriger, allerdings werden in der Ukraine viele Tätigkeiten, die hierzulande mit einer Berufsausbildung erlernt werden, dort an Universitäten vermittelt.

In der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik wird auch zu einigen Deliktgruppen angegeben, wie häufig Angehörige bestimmter Nationalitäten Opfer von Straftaten werden. Demnach wurden 1743 Fälle registriert, in denen Ukrainer im Jahr 2022 Opfer von Gewaltkriminalität wurden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 2, 2023

Aufnahme von Migranten treibt Bürger zum Protest; In bayerischen Kommunen berichten Bürgermeister von Drohungen gegen ihre Familien. Mitunter eskalieren die Konflikte

Die Welt

Montag 20. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 36

Length: 1030 words

Byline: Dominik Kalus

Body

Eigentlich besuchen vielleicht eine Handvoll Menschen die Gemeinderatssitzungen im bayerischen Zapfendorf. Aber an diesem Tag Ende Januar sind es mehr als 70, weitaus mehr, als es überhaupt Sitzplätze im Raum gibt.

Der Gemeinderat soll entscheiden, ob in dem 5000-Einwohner-Ort ein Containerdorf für **Asylsuchende** gebaut werden soll - und stimmt schließlich dafür. Es folgten Szenen, die der Zapfendorfer Bürgermeister Michael Senger, der einer Wählergemeinschaft angehört, als "tumultartig" und "beängstigend" in Erinnerung hat. Die Zuschauer hätten sich geweigert, den Saal zu verlassen, Senger ließ ihn schließlich von der Polizei räumen. Dabei seien Sätze gefallen wie: "Merkt euch die Gesichter." Und: "Dann zünden wir eben das Haus des Bürgermeisters an."

Keine 100 Kilometer weiter, in der Kleinstadt Schwarzenbach an der Saale, hat der dortige Bürgermeister Hans-Peter Baumann (CSU) Ähnliches erlebt. Etwa 40 Container für 66 Asylsuchende sollen im 7000-Einwohner-Ort aufgestellt werden. Der Stadtratssitzung dazu hätten sechs Mal so viele Bürger wie sonst zugehört; Befürworter und Gegner, es sei lebhaft diskutiert worden, erzählt Baumann. Als der Stadtrat sich für die Errichtung der Container-Unterkunft entschieden habe, sei die Stimmung eskaliert. Eine Person habe versucht, Fotos von den Befürwortern im Stadtrat zu machen, eine andere Person habe gesagt: "Wenn was passiert, sollen eure Kinder zuerst abgestochen werden." Im Anschluss erhielt Baumann einen Brief, der WELT vorliegt. Darin wurde er aufgefordert, seine Entscheidung zu überdenken, andernfalls werde es "Konsequenzen" haben. Sowohl in Zapfendorf als auch in Schwarzenbach ermittelt die Staatsanwaltschaft. Die Politiker in beiden Orten stehen vor dem gleichen Problem wie viele Kommunen quer durch Deutschland - nicht nur wie zuletzt in Ostdeutschland, sondern auch in Bayern, das im Herbst Landtagswahl hat. Sie müssen immer mehr Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine und Asylbewerber aus anderen Staaten bei immer knapperem Wohnraum unterbringen. Eine Aufgabe, für die nach Meinung der Kommunalverbände vom Bund zu wenig Hilfe kommt. Der "Flüchtlingsgipfel" von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) blieb am Donnerstag ohne greifbares Ergebnis.

Aufnahme von Migranten treibt Bürger zum Protest In bayerischen Kommunen berichten Bürgermeister von Drohungen gegen ihre Familien. Mitunter eskalieren die Konf....

"Die Kommunen versuchen umzusetzen, was von ihnen gefordert ist, und müssen es dann den Bürgerinnen und Bürgern erklären", sagt Markus Pannermayr (CSU), Oberbürgermeister der niederbayerischen Stadt Straubing und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Viele Verantwortliche hätten Sorgen um die Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Vorkommnisse in Schwarzenbach und Zapfendorf seien Extremfälle und bislang Ausnahmen. Aber er bekomme oft die Rückmeldung, dass sich die Diskussionen in den Orten verschärften.

Nicht immer bleibt es bei Drohungen. Auf eine noch leer stehende Zeltunterkunft im niederbayerischen Marklkofen wurden zwei Brandschläge verübt. Wegen einer vermuteten rechtsextremen Gesinnung des Täters zog die bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus den Fall an sich. Zwar lägen dem bayerischen Innenministerium keine konkreten Anhaltspunkte vor, dass sich solche Fälle künftig häufen könnten, teilt ein Ministeriumssprecher auf WELT-Anfrage mit. Allerdings sei in der rechtsextremen Szene eine zunehmende Fokussierung auf Themen rund um Migration und Flüchtlinge zu erkennen. Man nehme "das sowie Bedrohungen von Kommunalpolitikern sehr ernst".

Aus Zapfendorf wird berichtet, dass Gruppen von rechtsaußen versucht hätten, die Stimmung für sich zu nutzen, und entsprechende Flyer verbreitet hätten. Und im 500-Einwohner-Dorf Peutenhausen entzündeten Unbekannte ein Rauchfeuer vor einer Flüchtlingsunterkunft und hinterließen im Dorf Graffiti mit ausländerfeindlichen Parolen und dem Logo einer rechtsextremen Kleinpartei, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird. Der Peutenhausener Bürgermeister verkündigte zuvor, keine Asylsuchenden mehr aufnehmen zu wollen, nachdem es im Ort zu mehreren Fällen von Diebstahl und Belästigung gekommen war.

Es wäre allerdings irreführend, die Unzufriedenheit der Bevölkerung nur am rechten Rand zu verorten, sagen Menschen wie Gerti Rissmann, Gemeinderätin des Dorfes Bach an der Donau. Dort sollen bis zu 200 Asylsuchende auf einem Hotelschiff untergebracht werden. "Es gibt Menschen bei uns, die sich jetzt nicht mehr abends aus dem Haus trauen. Die Menschen haben einfach nur Angst", sagte Rissmann in einer Fernsehrunde des Bayerischen Rundfunks. Sie ärgere sich, wenn Bürger aufgrund von Ängsten in die rechte Ecke gestellt werden. "Da wollen wir gar nicht hin. Niemand will hier Flüchtlingen etwas Böses", betonte sie. Im Gemeindekern von Bach an der Donau wohnen etwa 1000 Menschen, einige von ihnen kamen in der BR-Sendung zu Wort. Sie beschrieben ein gespaltenes Dorf: Die einen fürchteten um ihre Sicherheit, andere kritisierten mangelnde Solidarität und Ausländerfeindlichkeit. Eindeutig ist das Bild keinesfalls, wie in den meisten bayerischen Kommunen: Baumann, der Bürgermeister aus Schwarzenbach, betont mehrfach, dass es im Großen und Ganzen Zustimmung und Verständnis für die Situation gebe.

Was den Kommunen zusätzlich zu schaffen macht, ist zurückgegangenes Engagement von Freiwilligen. Die Euphorie von 2015 bröckele weg, sagt Thomas Karmasin (CSU), Präsident des bayerischen Landkreistags. Viele Ehrenamtliche seien überfordert oder zögen sich zurück, weil sie Flüchtlingshilfe als temporäre Unterstützung, nicht als Lebensaufgabe sähen. Den Rückgang im Ehrenamt kann Stephan Dünnwald von der Hilfsorganisation Bayerischer Flüchtlingsrat bestätigen. Allerdings sei er skeptisch gegenüber den lautstarken Beschwerden kommunaler Spitzenverbände. Es gebe genug Beispiele, in denen die Unterbringung gut laufe. Das große Problem seien nicht zu viele Asylsuchende, sondern zu wenig Personal; Lehrkräfte zum Beispiel für den Deutschunterricht oder zu wenig Dolmetscher, was Konflikte in den Unterkünften wahrscheinlicher mache.

Der Zapfendorfer Bürgermeister Senger bestellte für die nächste Gemeinderatssitzung einen Security-Dienst. "Natürlich ist es nicht schön, wenn man persönlich angefeindet wird", sagt Senger. "Aber man muss weitermachen."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 19, 2023

Und jetzt geht uns allen die Wärmepumpe

Die Welt

Freitag 9. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: KULTUR; DAS WAR DIE WOCHE; S. 16; Ausg. 110

Length: 1060 words

Byline: Andrea Seibel

Body

Wenn man in das Gesicht Nancy Faesers schaut, erinnert man sich unweigerlich an das sardonische Grinsen ihres Vorgängers Horst Seehofer. Alles, was er sagte, stand sofort unter Generalverdacht. Er biss sich die Zähne an der **Flüchtlingsfrage** aus, wurde des Populismus bezichtigt, weil er über Restriktionen und über das Prinzip "Grenze" nachdachte und eine jährliche Obergrenze bei der Aufnahme von **Flüchtlingen** für notwendig hielt.

Die Missstandsverwaltung

Und nun bearbeitet Nancy Faeser dieses Dauerthema, dieses Schicksalsthema. Oft strahlt ihr Gesicht Gelassenheit und heiligen Ernst aus. Egal, ob es um Clankriminalität, Rechtsradikalismus oder Migranten geht, für sie natürlich alles "Geflüchtete". Faeser ist der Prototyp der (sozialdemokratisch geprägten) deutschen Politik der vergangenen Jahre, die immer noch glaubt, Missstände ließen sich verwalten, alles werde schon irgendwie gut.

Für den Migrationsforscher Daniel Thym ist dieses Verwaltenwollen anstatt Gestaltenwollen Ausdruck der Misere. Zudem erweckt man den Eindruck, Migrationsbewegungen seien so etwas wie naturgegebenes Schicksal (akademisch aufgeladen: postkoloniale Strafe), an dem man nichts ändern könne. Dass dem nicht so ist, zeigen klassische Einwanderungsländer: Kanada lässt 40.000 in Lagern ausgewählte Asylflüchtlinge pro Jahr einfliegen und bürgert 300.000 Einwanderer, die auf Herz, Nieren und Tauglichkeit geprüft werden, ein, zum Nutzen der Gesellschaft. Das bedingt Utilitarismus und auch manchmal Härte, aber nimmt Rücksicht auf die Mehrheitsgesellschaft.

Hierzulande ist es genau umgekehrt. Die Migration bleibt ungesteuert, die Ängste der Bevölkerung und die Nöte aller Kommunen werden weggewischt. 80 Prozent der deutschen Asylanträge werden erstmals hierzulande gestellt. Liegt Deutschland denn am Mittelmeer? Wer es hierher geschafft hat, bleibt. Die restlichen EU-Länder lachen sich ins Fäustchen. Und so steigt die Sozialstaatsquote in Deutschland und steigt und steigt. 45 Prozent der Bürgergeld-Empfänger sind keine Staatsbürger.

Vom Beelzebub Habeck war wenig zu hören in dieser Woche - außer der Sixt-Werbung: "Da geht sogar Robert Habeck die Wärmepumpe." Übrigens: Die Franzosen haben schon 50 Prozent Wärmepumpen - mit Strom aus

Und jetzt geht uns allen die Wärmepumpe

Atomkraft. Die Deutschen sind keine Vorreiter, eher sind sie auch in der Energiefrage eine verspätete Nation. Aber das umstrittene und unsaubere Gesetz jetzt deswegen umso schneller durchs Parlament zu drücken, ist einfach unredlich. Die Grünen und die SPD werden bei den nächsten Wahlen ihr blaues Wunder erleben.

Zurück zu Faeser. Unvergessen in der diesjährigen Mainzer Fasnacht vier SPD-Frauen, davon drei Landeschefinnen, nebeneinander sitzend: Dreyer, Schwesig, Rehlinger und Faeser. Das war ein starkes Bild, der Applaus für die Vier schien dennoch eher verhalten im Saal. Politiker, auch Politikerinnen, sind keine gern gesehenen Gäste, wenn man lustig sein will, denn oft macht man ja gerade Witze über sie. Und sollen sie etwa über sich selbst lachen? Faesers Anwesenheit sollte sagen: Ich werde die vierte sozialdemokratische Ministerpräsidentin werden. Eigentlich bin ich es schon. Es dürfen Wetten angenommen werden, dass Nancy Faeser das nicht schafft.

Das Sendungsbewusstsein

Die Bahn ist noch so ein Fluch der Deutschen. Wer mit ihr fährt, erlebt Glückswallungen all derer, die pünktlich an ihrem Zielort ankommen. Ein Wunder ist geschehen! Und viel resigniertes Gekicher (Lachen ist besser als Weinen) bei all den anderen, die sich gutwillig und gutgläubig auf dieses Abenteuer eingelassen haben und dann in der Falle sitzen. Gerade wird der Staatskonzern von der Gewerkschaft (EVG) in die Zange genommen.

Die Deutschen sollen vom Auto auf Züge umsteigen, was aber, wenn das potemkinsche Züge sind? Und nun tritt auch noch Claus Weselsky auf, der Interessenvertreter der Lokführer (EVL), und droht mit großen Friktionen. Wenn sein starker Arm es will, stehen noch mehr Züge still. Ein Foto zeigt ihn, umringt von vier Kofferträgern. Der Anzug sitzt schlecht, die Krawatte ist schief. Er ist groß und klein zugleich. Sieht wie Baudelaire aus und spricht mit sächsischem Akzent. Ein Schildbürger mit Sendungsbewusstsein.

Sind wir also eine Abstiegs-gesellschaft? Es wäre leicht, so zu denken. Voller Häme rumzugeifern. Denn in jedem von uns steckt ein kleiner AfDler. Aber man kann das einhegen, sich zusammenreißen. Eher sind wir eine bequeme, unterkomplexe, unehrliche Gesellschaft. Alldieweil der Diskurs immer negativer wird. Neuestes Motto: das Unbehagen in der Demokratie.

Der amerikanische Professor Michael Sandel feiert fröhliche Urständ mit seinen Thesen über die "Selbstherrlichkeit" der gesellschaftlichen Eliten. "Das ist der Hochmut der Leistungsgesellschaft: Sich so am eigenen Erfolg zu ergötzen, dass dabei völlig vergessen wird, wie viele Menschen dazu beitragen müssen", sagte er in einem Interview. Die Frage ist doch aber, warum freuen sich nicht all die vielen Menschen, die auch dazu beitragen - und bisher doch durchaus profitierten? Warum werden sie immer als amorphe Opfermasse dargestellt?

Zu Rammstein wurde viel gesagt. Jedes Land hat die Band, die es verdient. Wie stand schon 2019 in Vice, worauf mich ein Freund auf Facebook hinwies: "Ein bisschen Naziuniform, ein bisschen Varusschlacht, ein bisschen Staatsrat, DDR, Feuer, dunkle Wälder, Astronauten, warum auch immer." Rammstein, das sei kontrollierter deutscher Exzess für Dresden, Hannover, Rostock, Gelsenkirchen. Und zurück blieben: ein Stadion voll mit dickbäuchigen Männern im Schein der lodernden Flammen, die "Deutschland" skandierten. Deutschland. Deutschland. Deutschland. Deutschland. Deutschland. Männerschweiß - Männerschweiß.

Der Butterblumenappell

Meine kleine Wochenschau: Aktivisten der "Letzten Generation" ziehen sich Windeln an, wenn sie sich ankleben. Alternde US-Präsidenten stolpern über Sandsäcke, russische Despoten lassen ganze Staudämme sprengen.

Ein Nachrichtenmagazin hat eine Kolumne eingeführt: "Alles Gute" - garantiert nur positive Nachrichten aus dem eigenen Fundus der Woche. Da muss der "Spiegel" ganz schön was zusammenkratzen, um über die Runden zu kommen. Natürlich erledigt diese Drecksarbeit eine junge Redakteurin.

Vorerst das von mir: Lasst bloß die Butterblumen stehen - die Hahnenfuss-Scherenbiene braucht sie zum Überleben. Nein, die Welt ist nicht nur schlecht.

Und jetzt geht uns allen die Wärmepumpe

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

"Wer dazugehören will, muss arbeiten"; Der Thüringer Landrat Werner Henning (CDU) meint: Integration werde oft auf Unterbringung von Migranten reduziert. Und wer Probleme anspreche, gelte als "Störenfried"

Die Welt

Freitag 19. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 96

Length: 1287 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Werner Henning ist Deutschlands dienstältester Landrat: Der 66-jährige Christdemokrat hat sein Amt seit 1994 im Thüringer Landkreis Eichsfeld inne.

WELT:

Herr Henning, der Landkreistag hatte am Dienstag zum **Migrationsgipfel** in Thüringen mit Vertretern der Landesregierung geladen. Sind Sie mit dem Ergebnis zufrieden?

Werner Henning:

Da ich keinerlei substanzielle Erwartungen an dieses Treffen hatte, bin ich zufrieden. Es war ein freundlicher Austausch, mehr nicht. Ich habe das Gefühl, dass man als Störenfried gilt, wenn man die Probleme bei der Flüchtlingsfrage in der Tiefe anspricht. Statt einer substanziellen Debatte referierte der Innenminister über demokratiefeindliche Kräfte, vor denen er uns warnt und um gemeinsame Abwehr bittet. Das muss ich mir nicht mit anhören. Ich bin hier im 34. Jahr Landrat, der dienstälteste in Deutschland. Ich war einer der Hauptredner bei den Montagsdemos in Heiligenstadt vor dem Mauerfall. Was nun diesen Gipfel angeht, der keiner war, wurden die eigentlichen Herausforderungen gar nicht angesprochen.

Nämlich?

Die Frage einer verlässlichen und dauerhaften Finanzierung sowie der Integration. Die Flüchtlingszahlen steigen, aber nicht der adäquate Aufwuchs der Mittel, die die Kommunen für die Unterbringung und Versorgung der Menschen brauchen. Die Kommunen erbringen diese Leistungen im Auftrag der Bundesländer und erwarten dafür eine Garantie, dass die Länder die vollen Kosten tragen. Die haben wir in Thüringen nicht bekommen.

Mit welcher Begründung?

"Wer dazugehören will, muss arbeiten" Der Thüringer Landrat Werner Henning (CDU) meint: Integration werde oft auf Unterbringung von Migrant*innen reduziert. Und wer....

Mit keiner, die Vertreter der Landesregierung sind schwammig geblieben. 24 Millionen Euro sind uns für dieses Jahr zugesagt worden; dazu sollen, nach der weiteren zugesagten Milliarde der Bundesregierung für die Flüchtlingsunterbringungen, zusätzliche 24 Millionen Euro für die Kommunen kommen. Damit wären wir in etwa auf dem Stand von 2022. Aber aus dem vergangenen Jahr haben wir noch offene Rechnungen etwa in Höhe von 47 Millionen Euro. Diese Vorleistungen müssten ausgeglichen werden. Der Anspruch darauf wird auch durch das Land nicht bestritten, aber ich bleibe skeptisch, zumal immer wieder sehr ausweichend geantwortet wird. Es gibt eben keine klare und einfache Zusage, dass das Land alles bezahlt, was es bestellt hat.

Und wenn das nötige Geld nicht kommt?

Unsere Liquidität ist noch solide. Aber es ist einfach unerträglich, dass die Landesregierung den Kommunen die gesetzlich zustehende Refinanzierung der übertragenen staatlichen Leistungen nicht ganz einfach garantiert. Das erzeugt Unsicherheit. Wie soll man auf dieser Basis einen kommunalen Haushalt aufstellen?

Um wie viele Flüchtlinge und Asylbewerber muss sich der Landkreis Eichsfeld derzeit kümmern?

Wir haben im Landkreis rund 100.000 Einwohner und müssen laut Verteilungsschlüssel 4,7 Prozent der in Thüringen ankommenden Flüchtlingen aufnehmen. Das tun wir. Derzeit haben wir rund 700 Flüchtlingen aus aller Herren Länder im Aufnahmeverfahren oder in der Duldung und 1600 Flüchtlingen aus der Ukraine. Hinzu kommen jene, die schon einen Anerkennungsstatus haben.

Ist die Situation vergleichbar mit dem Jahr 2015?

Nein, aktuell haben wir doppelt so viele Menschen hier, um die wir uns kümmern wie 2015. Und es gibt inzwischen deutlich weniger verfügbaren Wohnraum als damals. Unser Landkreis hat keine eigenen Immobilien, aber trotzdem haben wir es bislang geschafft, für alle eine Unterkunft zu finden. Das ist aufreibend, aber noch mehr treibt mich um, was genau die Landesregierung eigentlich meint, wenn sie sagt, wir sollen Flüchtlinge integrieren. Ich möchte das definiert und in ein Auftragsverhältnis gebracht haben. Ich will konkret wissen, um welche Leistungen der bisherige Auftrag an den Landkreis erweitert wird und will darüber befinden, ob ich dafür überhaupt über die fachliche und personelle Ausstattung verfüge. Für die so erweitert beauftragten Leistungen will ich das nötige Geld bekommen. Es reicht nicht, Menschen einfach zu registrieren, in ein Quartier zu setzen und das war's. Wenn ich mit den Vertretern der Landesregierung spreche, dann habe ich das Gefühl, für die ist Integration eine Art Willkommenskultur, bei der wir alle fröhlich sind und gut zu Flüchtlingen.

Was ist denn für Sie Integration?

Jedenfalls mehr, als dass wir uns alle lieb haben und miteinander anständig umgehen. Das versteht sich von selbst. Integration ist, dass wir Menschen, die zu uns kommen, aus den Elendsquartieren holen - aus leergezogenen Getränke- oder Möbelmärkten, in die wir sie anfangs hineingesetzt haben - und dann in die Lage versetzen, ihr Leben selbst bestimmt zu gestalten, was in unserer Welt nur über Arbeit geht. Arbeit ist keine Strafe, sondern die Basis, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Wir sind eine Arbeitsgesellschaft. Wer dazugehören will, muss arbeiten - und die Möglichkeit dazu geboten bekommen. Ich sehe dafür keine ausreichenden Konzepte.

Und dieses Problem wollen Sie nun lösen, indem Sie fordern, dass die Landkreise Wohnungen nur noch an jene Flüchtlinge und Migrant*innen vergeben, die arbeiten - quasi als Anreiz?

Das ist zu pauschal und damit falsch wiedergegeben. Flüchtlinge und Asylbewerber, die zu uns kommen und hier auf ihre Verfahren warten, anerkannt zu werden, dürfen aus bundesrechtlichen Gründen zu Beginn nicht arbeiten. Für die tue ich natürlich alles, um sie angemessen unterzubringen. Für die Flüchtlinge aus der Ukraine hat die Bundesregierung entschieden, dass diese automatisch eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bekommen. Leistungen erhalten sie nach dem Sozialgesetzbuch II, also Bürgergeld. Für die Gruppe der SGB-II-Empfänger haben die Landkreise generell keine Unterbringungsverantwortung. Das gilt für deutsche SGB-II-Empfänger ebenso wie für anerkannte Flüchtlinge aus Drittstaaten. Nur im Falle der ukrainischen Flüchtlinge werden wir nach Thüringer Landesrecht auch für die Unterbringung verantwortlich gemacht. Ich würde ja gerne für jeden eine

"Wer dazugehören will, muss arbeiten" Der Thüringer Landrat Werner Henning (CDU) meint: Integration werde oft auf Unterbringung von Migrantinnen reduziert. Und wer....

Wohnung bereitstellen, aber dafür habe ich bei Weitem nicht die Möglichkeiten. Daneben ist diese deutlich weitergehende Verpflichtung der Landkreise auch nicht den eigenen hiesigen SGB-II-Empfängern oder jenen aus Drittstaaten zu erklären. Es macht nur böses Blut.

In der Ukraine tobt ein Krieg, der viele zwingt, sich schnell in Sicherheit zu bringen.

Ja, aber alle anderen Flüchtlinge kommen ebenso, um ihr Leben zu retten. Und die sagen, es ist ungerecht, dass sich die deutschen Behörden um eine Gruppe stärker kümmern als um andere. Man tut den Ukrainern auch keinen Gefallen, sie in einer Art besonderem Schutzraum zu belassen, das schadet langfristig eher. Besser wäre es, ihnen wirksamer bei der Arbeitssuche zu helfen.

Sie wollen also, dass Flüchtlinge aus der Ukraine nicht mehr automatisch einen Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis bekommen?

Nein, überhaupt nicht. Ich will nur nicht, dass die Kommunen länger verpflichtet werden, für Flüchtlinge aus der Ukraine - und damit Bürgergeld-Empfänger - bei der Wohnungsbeschaffung gesetzlich verpflichtend zuständig zu sein, für Flüchtlinge beispielsweise aus Eritrea oder Afghanistan dagegen nicht. Eine solche landesgesetzliche Verpflichtung gibt es meines Wissens in ganz Deutschland nicht - nur in Thüringen - , und das geht nicht.

Kann man von Menschen aus der Ukraine - die Schlimmes erlebt haben, kein Deutsch können, sich hier nicht auskennen und deren Abschlüsse nicht anerkannt werden - erwarten, dass sie binnen kurzer Zeit einen Job finden und arbeiten gehen?

Nicht sofort, aber manche sind ja schon ein Dreivierteljahr hier, da kann man das schon erwarten. Der Sprachkurs muss auch nicht unbedingt den ganzen Tag ausfüllen, das geht auch nach Feierabend. Und wir haben auch ganz einfache Arbeiten, zu denen man keine Sprachkündigenprüfung benötigt.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 18, 2023

"Wir steuern auf eine extrem schwierige Situation zu"; Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) wirft der Ampel-Koalition Handlungsunfähigkeit vor und fordert eine Arbeitspflicht für Asylbewerber mit Bleibeperspektive

Die Welt

Montag 16. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 200

Length: 1218 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Daniel Günther, 50, ist seit 2017 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Nach dem **Migrationsgipfel** im Kanzleramt fordert der CDU-Politiker gemeinsame Anstrengungen von Regierung und Opposition, um das Vertrauen der Bürger in den Staat wieder zu stärken.

WELT:

Herr Günther, sowohl der Kanzler als auch die Ministerpräsidenten wollen jetzt die **Asylverfahren** deutlich beschleunigen und **Migranten** mit Bleibeperspektive eine schnellere Arbeitsaufnahme ermöglichen. Darauf hätte man auch früher kommen können, oder?

Daniel Günther:

Es ist mittlerweile allen klar geworden, dass die Zahl der Geflüchteten kontinuierlich weiter ansteigt und wir auf eine extrem schwierige Situation zusteuern. Darauf muss Politik reagieren. Und das haben wir jetzt auch getan. Die Maßnahmen, auf die die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sich am Freitag geeinigt haben, bieten die Chance, dass wir die Zahl der hier lebenden abgelehnten Asylbewerber deutlich senken können und weniger Menschen zu uns kommen. Mit beschleunigten Asylverfahren, einem effizienteren Rückführungsmanagement und Rückführungsabkommen mit Drittstaaten.

Viele Kommunen, auch manche Landesregierungen, haben bereits zu Beginn des Jahres vor einer dramatischen Lage gewarnt. Zu wenig Wohnraum, Betreuer, Plätze in den Schulen, zu wenig Geld. Hat der Bund diese Hilferufe nicht ernst genommen?

"Wir steuern auf eine extrem schwierige Situation zu" Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) wirft der Ampel-Koalition Handlungsunfähigkeit

Die Ampel-Koalition hat das Thema nicht vorangetrieben. Und das, obwohl auch die Länder mehrfach auf die sich zuspitzende Lage aufmerksam gemacht haben. Da sind wertvolle Monate verloren gegangen. Im Grunde bedurfte es für die jetzt angekündigten Maßnahmen offenbar erst der Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Bayern.

Also müssen die Leute erstmal AfD wählen, wenn sie wollen, dass die anderen Parteien ihre Sorgen ernst nehmen?

Ein solcher Eindruck wäre verheerend. Ich ziele aber auch auf die Verluste von SPD, Grünen und FDP ab. Es ist ein Grundproblem der Regierung Scholz, dass die Ampel-Koalition in allen wesentlichen Fragen keine gemeinsame Linie hat und es immer wieder viel zu lange dauert, bis es zu Lösungsvorschlägen kommt. Das ist ja nicht nur beim Thema Migration zu beobachten, sondern ebenso bei der Planungsbeschleunigung oder bei sämtlichen Finanzierungsfragen. Wir sind es inzwischen ja fast schon gewohnt, dass Dinge, auf die sich Bund und Länder eigentlich längst geeinigt hatten, dann wegen Unstimmigkeiten innerhalb der Ampel-Koalition nicht abgearbeitet werden. Handlungsunfähigkeit in einer Krise ist so ziemlich das Letzte, was man gebrauchen kann.

Halten Sie es für möglich, dass die AfD bei den Landtagswahlen im kommenden Jahr, vielleicht auch bei der Europawahl stärkste Partei wird?

Alle Anstrengungen müssen sich in den kommenden Monaten darauf richten, dass die demokratischen Parteien gemeinsam die Handlungsfähigkeit des Staates und der staatlichen Institutionen beweisen. Damit müssen sie zum Teil auch schlicht Vertrauen zurückgewinnen. Die Wahlergebnisse der AfD lassen sich nicht nur auf das eine Thema - Migration - zurückführen. Sie spiegeln vielmehr das mangelnde Vertrauen der Menschen in staatliches Handeln. Das müssen wir durch gute Politik, durch konkrete, die Probleme der Menschen ernst nehmende Maßnahmen wettmachen. Dann haben die Wählerinnen und Wähler auch nicht den Eindruck, sie müssten eine Alternative zu den demokratischen Parteien wählen, die in Wahrheit keine ist.

Ihr Parteivorsitzender Friedrich Merz versucht, diesem Vertrauensverlust unter anderem mit mehr Klartext - Stichwort Zahnarztbehandlungen - zu begegnen. Ein richtiger Weg?

Der beste Weg, sich Vertrauen zu erarbeiten, ist es, gute Lösungen zu präsentieren. Dennoch halte ich es für richtig, Probleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen, auch anzusprechen. Eine klare Haltung ist dabei aber sicher zielführender als eine möglichst stark zugespitzte Formulierung.

Merz hat den Zahnersatz als Beispiel für den aus seiner Sicht zu umfangreichen Katalog an Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber in Deutschland genannt. Wie sehen Sie dieses Thema?

Es stimmt, dass Deutschland Geflüchteten bessere Bedingungen bietet als andere EU-Länder. Das ist sicher auch ein Grund dafür, dass die Zahl der Asylbewerber in Deutschland höher ist als bei vielen unserer Nachbarn. Insofern ist die Debatte darüber, wie wir die Sozialleistungen in der EU harmonisieren können, notwendig und legitim. Dabei ist natürlich die geltende Rechtsprechung zu beachten, das Bundesverfassungsgericht hat uns da eindeutige Vorgaben gemacht. Und wir wollen den Menschen, die zu uns kommen, natürlich auch einen Mindeststandard bieten. Überversorgung, zum Beispiel durch das gleichzeitige Ausgeben von kostenfreien Mahlzeiten und Essenspauschalen, sollte allerdings vermieden werden. Darüber sind sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten einig.

Es gibt auch Punkte, über die sich nicht einmal die Regierungschefs der Union einig sind. NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) zum Beispiel hält die Pläne der Ampel-Koalition, noch nicht anerkannte Asylbewerber möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren, für Unfug. Sie selbst unterstützen den Vorschlag dagegen. Was gilt?

Ich finde es richtig, dass die Asylverfahren derjenigen Menschen, die aus Ländern kommen, die eine sehr geringe Anerkennungsquote haben, künftig grundsätzlich innerhalb von drei Monaten abgeschlossen sein sollen. Das schafft schnell Klarheit. Für Menschen, die dann absehbar rückführbar sind, müssen wir auch keine

"Wir steuern auf eine extrem schwierige Situation zu" Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) wirft der Ampel-Koalition Handlungsunfähigkeit

Arbeitsmöglichkeiten schaffen. In diesen Fällen geht es ausschließlich um Verfahrensschnelligkeit. Auf der anderen Seite sollten diejenigen Asylbewerber, die eine Bleibeperspektive haben oder auch schon sehr lange hier sind, künftig schneller als bisher eine Arbeit aufnehmen und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Das sorgt für Akzeptanz und ist auch deshalb Bestandteil des jüngsten Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz.

Ebenso der Satz, nach dem "Asylbewerbende" verstärkt zu gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden sollen. Halten Sie das für realistisch? Die rechtliche Möglichkeit dazu besteht ja schon länger.

Es ist eine gemeinsame Linie der 16 Länder, dass die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten, Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen, ausgenutzt werden müssen. Grundsätzlich bin ich der Ansicht, dass Menschen, die in unser Land kommen, die Anspruch auf Leistungen des Staates haben und arbeitsfähig und in der Regel -willig sind, auch arbeiten sollten. Das gilt für reguläre als auch für gemeinnützige Arbeit und ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz wichtig. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir zu komplizierte Regeln für den Einstieg von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt haben. Da müssen wir besser werden und es den Menschen möglich und leicht machen, Zugang zum Arbeitsmarkt zu finden.

Die Ministerpräsidenten haben sich auch für die Einführung von Bezahlkarten für Asylbewerber statt Bargeldzahlungen ausgesprochen. Glauben Sie, dass diese Umstellung tatsächlich Menschen davon abhält, nach Deutschland zu kommen?

Das ist einer von vielen Schritten, die wir jetzt gehen müssen. Wichtig wäre allerdings, dass wir zu einem bundesweit einheitlichen System kommen und dass eine solche Umstellung einen leistbaren Aufwand für die Kommunen bedeutet.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 16, 2023

Große Skepsis gegenüber Zuwanderung; Deutschlandtrend: Die meisten Befragten sehen überwiegend Nachteile durch die Migration

Die Welt

Freitag 5. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 87

Length: 497 words

Byline: Sabine Menkens

Body

Knapp eine Woche vor dem Migrationsgipfel von Bund und Ländern im Kanzleramt hat sich die Stimmung der Deutschen in Bezug auf eine weitere Aufnahme von Migranten gedreht. Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent ist inzwischen der Meinung, dass Deutschland "weniger Geflüchtete aufnehmen" sollte - das sind zwölf Prozentpunkte mehr als im Vergleichsmonat Januar 2020. Für 54 Prozent überwiegen für Deutschland bei der Zuwanderung die Nachteile, nur ein Drittel sieht "eher Vorteile". Das zeigt der neue Deutschlandtrend, den Infratest Dimap im Auftrag von ARD-"Tagesthemen" und WELT erhoben hat.

Die Bürger differenzieren dabei aber sehr deutlich nach der Art der Zuwanderung. Die Aufnahme "von Fachkräften aus dem Ausland" wird von der überwiegenden Mehrheit der Befragten positiv gesehen, 41 Prozent wollen gern mehr Fachkräfte ins Land holen, 28 Prozent etwa so viele wie bisher, nur 23 Prozent wollen "weniger Fachkräfte anwerben".

Ganz anders das Bild bezüglich anderer Migrantengruppen: Nur acht Prozent sprechen sich dafür aus, dass Deutschland "mehr Geflüchtete aufnehmen" sollte, 33 Prozent wollen "etwa so viele Geflüchtete aufnehmen wie derzeit", und 52 Prozent wollen "weniger Geflüchtete aufnehmen". Für eine restriktivere Migrationspolitik spricht sich nicht nur eine Mehrheit der AfD-Anhänger (92 Prozent) aus, auch 61 Prozent der FDP- und 57 Prozent der Unionsanhänger äußern sich entsprechend. Bei ihnen überwiegt auch die Einschätzung, dass die Migration nach Deutschland eher Nachteile bringt. Auch die Anhänger der Linkspartei sehen in der Zuwanderung eher Nachteile als Vorteile (51 zu 42 Prozent).

Die Hälfte aller Befragten gibt an, es mache ihnen "Angst, dass so viele Geflüchtete zu uns kommen" - ein Wert, der seit der 2016 etwa konstant hoch ist. Doch trotz der Sorgen schauen die Menschen genau auf die Gründe der Flucht. Noch immer ist eine große Mehrheit für die Aufnahme von Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlingen (84 Prozent) und von Menschen, die vor Hungers- oder Naturkatastrophen fliehen (70 Prozent) oder politisch oder religiös verfolgt sind (68 Prozent), auch wenn die Akzeptanz dieser Fluchtgründe im Vergleich zur Flüchtlingskrise

Große Skepsis gegenüber Zuwanderung Deutschlandtrend: Die meisten Befragten sehen überwiegend Nachteile durch die Migration

2015/16 gesungen ist. Die Aufnahme von Wirtschaftsflüchtlingen, die "geflohen sind, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben", stößt hingegen bei 61 Prozent auf Ablehnung.

Für die Politik ist dieses Stimmungsbild gefährlich, denn insgesamt sinkt in der Bevölkerung die Wahrnehmung, dass genug getan wird, um die Folgen der Migration in den Griff zu bekommen. 77 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu: "Die politischen Parteien kümmern sich viel zu wenig um die Probleme, die durch die Zuwanderung von Geflüchteten entstehen." Selbst bei Grünen- und SPD-Anhängern dominiert diese Ansicht inzwischen deutlich. Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit des Parteiensystems im Bereich der Flüchtlings- und Einwanderungspolitik ist in diesem Zuge regelrecht erodiert.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 4, 2023

End of Document

Grünen-Spitze treibt Kurswechsel bei Migration voran; Habeck macht eine Kampfansage an ausländische Antisemiten. Göring-Eckardt für Verständigung mit Union

Die Welt

Freitag 3. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 214

Length: 1444 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Ricarda Breyton

Body

Ab und an werden in Deutschland Reden gehalten, die sich einbrennen ins Gedächtnis der Republik. Die erste Regierungserklärung des Kanzlers Willy Brandt (SPD) gehört dazu, der den Deutschen versprach: "Wir wollen mehr Demokratie wagen". Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der 1985 als erstes Staatsoberhaupt den 8. Mai 1945 einen "Tag der Befreiung" nannte. Oder die seines Amtsnachfolgers Roman Herzog, der 1997 forderte, durch Deutschland müsse endlich ein "Ruck" gehen, man müsse sich von "lieb gewordenen Besitzständen" verabschieden.

Die Bündnisgrünen, allen voran Vizekanzler und Wirtschaftsminister Robert Habeck, scheinen die Aufforderung von Herzog gerade wörtlich zu nehmen. In einer zehnminütigen Videobotschaft hatte Habeck am Mittwoch definiert, was die viel besungene deutsche Staatsräson gegenüber Israel eigentlich bedeutet. Auch seine Rede wird es wohl in die Geschichtsbücher schaffen. Dabei ging es in seinem Beitrag nicht nur um die notwendige Klarstellung zur deutschen Nahost-Politik, Israel als Schutzraum für Jüdinnen und Juden bedingungslos zu verteidigen. Es war auch ein Abschied von lieb gewordenen grünen Gewissheiten, wie er vor Kurzem noch fast undenkbar gewesen wäre.

"Wer hier lebt, lebt hier nach den Regeln dieses Landes", sagte Habeck. "Unsere Verfassung schützt und gibt Rechte. Sie legt aber auch Pflichten auf". Das Ausmaß der islamistischen Demos sei inakzeptabel und brauche eine "harte politische Antwort". Das Verbrennen israelischer Fahnen sei eine Straftat, das Preisen des Terrors der Hamas auch, so Habeck. Und dann: "Wer Deutscher ist, wird sich dafür vor Gericht verantworten müssen, wer kein Deutscher ist, riskiert außerdem seinen Aufenthaltsstatus. Wer noch keinen Aufenthaltstitel hat, liefert einen Grund, abgeschoben zu werden", Punkt, Ende der Ansage.

Grünen-Spitze treibt Kurswechsel bei Migration voran Habeck macht eine Kampfansage an ausländische Antisemiten. Göring-Eckardt für Verständigung mit Union

Die Frage ist nun: Spricht Habeck hier vor allem für sich selbst? Oder auch für seine Partei? Vokabeln wie "Abschiebung" oder "Begrenzung" irregulärer Einwanderung standen bei den Grünen lange auf dem Index. In der seit Jahren schwelenden Migrationsdebatte starrten die Bündnisgrünen lange wie das Kaninchen auf die Schlange. Viel mehr als Forderungen nach zusätzlichen Finanzspritzen für die Kommunen fiel ihnen nicht ein. Doch in den vergangenen Monaten, spätestens seit den mauen Wahlergebnissen von Hessen und Bayern, schlagen führende Grüne neue Töne an. "Steuerung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland", heißt es etwa in einem Aufsatz, den Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und die Bundesvorsitzende Ricarda Lang gerade im "Tagesspiegel" veröffentlicht haben. "Wenn die Kapazitäten - wie jetzt - an ihre Grenzen stoßen, müssen auch die Zahlen sinken", heißt es weiter. Lang und Kretschmann konstatieren, dass viele Landkreise, Städte und Gemeinden "inzwischen an ihrer Belastungsgrenze" seien, "teilweise darüber hinaus". Das sind zunächst nur Zustandsbeschreibungen, die Grünen kommen sozusagen in der Realität der grenzenlosen Einwanderungsgesellschaft an. Konsequenzen? "Nicht jeder, der zu uns kommt, kann bleiben", formulieren die beiden - es brauche "tragfähige Migrationsabkommen".

Dass der Oberreale Kretschmann und die Parteilinke Lang sich, wie man hört, nach tagelangen Verhandlungen über einzelne Wörter und Absätze, auf einen gemeinsamen Text einigen konnten, ist schon für sich genommen bemerkenswert. Noch mehr sind es solche grünen Zugeständnisse an die Wirklichkeit: Die Bereitschaft, weitere Geflüchtete aufzunehmen, nehme "immer mehr ab - bis weit in die Mitte der Gesellschaft. Diese Belastungssituation erkennen wir an".

Ende November findet in Karlsruhe der nächste Bundesparteitag der Grünen statt; ein neuer Vorstand wird gewählt, die Parteichefs Omid Nouripour und Ricarda Lang treten wieder an. Flügelkämpfe in der Migrationsdebatte will man tunlichst vermeiden. Dass bei den Grünen zunehmend ein neuer Sound vernehmbar ist, der neben "Humanität" vor allem "Ordnung" betont, hat einerseits mit einer Einsicht zu tun: Man kann Probleme, die in der Bevölkerung auf Platz eins der To-do-Liste stehen, politisch nicht dauerhaft ignorieren.

Mindestens genauso aber treibt die grüne Führung andererseits die Angst um, in der Debatte den politischen Anschluss zu verlieren. Vier Wochen nach der Wahl in Hessen gibt es von der CDU dort noch immer kein Signal, die seit zehn Jahren laufende schwarz-grüne Koalition zu verlängern. Mit der SPD sei es in der Migrationspolitik einfacher, ist in Wiesbaden von Christdemokraten zu hören. Und im Bund ist eine SPD geführte Regierung mit der Union auch kein Hirngespinnst mehr, falls sich die Grünen beim Thema Migration nicht bewegen sollten. Der rhetorische Kurswechsel bei den Grünen hat in Bund und Ländern also auch mit der Angst zu tun, aus Regierungen zu fliegen.

Schon an diesem Freitag wird sich Kanzler Olaf Scholz (SPD) wieder mit Oppositionsführer Friedrich Merz (CDU) treffen, um über den "Deutschland-Pakt" zu beraten. Die Grünen müssen in der Migrationspolitik also faktisch nicht nur in der Ampel-Regierung zu gemeinsamen Lösungen finden. "Wir sind an einem Punkt, wo wir in dieser Frage einen demokratischen Konsens brauchen und uns gegenseitig die Hand reichen müssen. Damit meine ich auch einen Konsens zwischen der Regierung und der Union", sagt Katrin Göring-Eckardt, grüne Vizepräsidentin des Bundestags, WELT. Göring-Eckardt sprach in Interviews schon vor Wochen von einer "Richtgröße" bei den Zuwanderungszahlen; ein Begriff, den Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) ebenfalls benutzt. Zumindest sprachlich ist man sich also nähergekommen. Wichtig seien jetzt reale Erleichterungen für die Kommunen, sagt Göring-Eckardt. "Wir müssen Planbarkeit organisieren. Polarisierungen und Zuspitzungen helfen da nicht weiter."

Aber wie geht es nun im Detail weiter? Fragt man bei grünen Fachpolitikern nach, zeigt sich: Zwischen dem neuen Sound an der Spitze der Grünen und den Positionen in der Bundestagsfraktion klafft durchaus noch eine Lücke. Schon Mitte Oktober hatte sich zwar abgezeichnet, dass die Grünen beim Thema Abschiebungen nicht komplett blockieren würden. Man habe sich in der Koalition auf ein Migrationspaket verständigt, sagte Vizekanzler Habeck damals.

Zum einen solle es für Geflüchtete, die sich bereits in Deutschland befinden, leichter möglich sein, in Beschäftigung zu kommen. Zum anderen gehe es um einfachere Verfahren für Abschiebungen. Innenministerin Nancy Faeser

Grünen-Spitze treibt Kurswechsel bei Migration voran Habeck macht eine Kampfansage an ausländische Antisemiten. Göring-Eckardt für Verständigung mit Union

(SPD) stellte im Anschluss einen Entwurf für ein "Rückführungsverbesserungsgesetz" vor, das in den kommenden Wochen im Bundestag behandelt werden soll. Unter anderem sollen Personen, die trotz Einreiseverbot erneut nach Deutschland kommen, in Abschiebehaft genommen werden können, selbst wenn sie einen Asylantrag stellen.

Außerdem wird die Dauer des Ausreisegewahrsams verlängert, um zu verhindern, dass Migranten kurz vor ihrer Abschiebung untertauchen. Doch Faesers Entwurf stößt in der Bundestagsfraktion der Grünen auf Kritik. In den kommenden Wochen dürfte es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen, wenn die Verhandlung im Bundestag ansteht.

Die geplante Ausweitung des Ausreisegewahrsams sei ein schwerer Eingriff in die Grundrechte, sagt etwa Marcel Emmerich, Obmann der Grünen im Innenausschuss. Ebenso der Vorschlag, Abschiebungen nicht mehr anzukündigen. "Wir werden die Vorschläge im parlamentarischen Verfahren genau prüfen müssen. Es gibt sehr viele Stimmen, die das kritisch sehen und verfassungsrechtliche Bedenken haben, die man nicht einfach so beiseite wischen kann." Filiz Polat, Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion und Migrationsexpertin, verweist auf "massive Kritik, unter anderem vom Deutschen Anwaltverein". Es gehe immerhin "um Eingriffe in die Freiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung oder auch in die Privatsphäre".

Manche Abgeordnete stellen sogar die Sinnhaftigkeit des ganzen Pakets infrage. Die Vorstellung, dass eine große Anzahl von Menschen schnell abgeschoben werden könnte, wenn man nur mehr Entschlossenheit an den Tag legt, entspreche nicht der Realität, sagt Polat. Viele Asylbewerber erhielten aktuell Schutz. Von den Geduldeten sei nur ein kleiner Teil vollziehbar ausreisepflichtig. "Wir müssen sehr genau prüfen, ob die geplanten Verschärfungen im Rückführungsverbesserungsgesetz verhältnismäßig sind."

Habecks Brandrede richtete sich an die Nation, der Aufsatz von Kretschmann und Lang war der Versuch, einen neuen Ton zu setzen. Die Kärnerarbeit in Partei und Fraktion aber fängt wohl gerade erst an.

Wer hier lebt, lebt hier nach den Regeln dieses Landes Robert Habeck (Grüne), Vizekanzler

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 3, 2023

Wo kein Wille, da kein Weg

Die Welt

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 35

Length: 349 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Es ist zu wenig, wenn die Bundesinnenministerin die Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen zu einem Gipfel einlädt, um über die aus dem Ruder gelaufene Zuwanderung zu reden. Nancy Faeser ist qua Amt jene Politikerin in Deutschland, die den größten Einfluss auf das Ausmaß und die Gestaltung der Migration hat. Konkrete Vorschläge, wie sie den Zuzug zu reduzieren gedenkt, formulierte sie aber auch am Donnerstag nicht.

Faeser steht - das macht sie seit ihrer Amtsübernahme immer wieder klar - für das Recht eines jeden Menschen, die EU-Außengrenzen zu übertreten, falls dieser Asyl sucht. Sie ist eine konsequente Gegnerin davon, einige dieser in die EU eingereisten Menschen am Grenzübertritt nach Deutschland zu hindern, falls diese aus ihrem sicheren Aufenthaltsort, also jedem Nachbarstaat Deutschlands, weiterziehen. Faeser macht auch keinerlei Vorschläge, wie sie die Anreizwirkung der Bundesrepublik etwas verringern möchte: Flüchtlinge erhalten hier nicht nur Schutz auf Zeit, sondern das verlockende Angebot, bald ein unbefristetes Bleiberecht und die Staatsbürgerschaft zu erhalten. Faeser will diese Einbürgerungsfrist sogar auf fünf Jahre und für Leute, die sich besonders um Integration bemühen, auf drei Jahre herabsenken. Einmal vergebene Schutztitel werden so gut wie nie wieder entzogen, auch wenn der Krieg oder die Verfolgungssituation im Heimatland längst vorbei sind. Faeser hat das Personal für die Aufhebung von Schutztiteln im ihr untergeordneten Flüchtlingsamt BAMF drastisch reduziert.

Sie besaß sogar die Chuzpe, sich nach dem Gipfel dafür zu loben, dass sie die extrem aufwendigen Integrationskurse auch für Asylzuwanderer mit sehr geringer Bleibeperspektive geöffnet hat. Das sind Leute, die nach der meist unerlaubten Einreise und dem Asylverfahren fast immer abgelehnt werden. Allerdings kündigte sie an, die "Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern verstärken" zu wollen. Das ist für Faeser eine bemerkenswerte verbale Verschärfung. Zuletzt war meist nur noch von Straftätern die Rede.

marcel.leubecher@welt.de (marcel.leubecher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Wo kein Wille, da kein Weg

Load-Date: February 16, 2023

End of Document

Der große Bluff des Arbeitsministers; Experten sind ernüchtert über den "Integrationsturbo"

Die Welt

Mittwoch 1. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 12; Ausg. 212

Length: 705 words

Byline: Jan Klauth

Body

Ob Hubertus Heil sich von seinem Chef inspirieren lassen hat? Ähnlich wie Bundeskanzler Olaf Scholz ist der Arbeitsminister keiner, der markige Reden schwingt. Einer, der eher mit Bedacht spricht und sich manchmal technokratisch ausdrückt. Wenn Scholz eine Reform besonders einprägsam vermitteln wollte, griff er in der Vergangenheit auf sprachliche Mittel zurück: Man erinnert sich an den "Doppelwumms" oder die "Bazooka". Heil tat es ihm nun gleich. Gemeinsam mit der Chefin der Bundesagentur für Arbeit (BA), Andrea Nahles, stellte er jüngst den "Integrationsturbo" vor, durch den mehr Geflüchtete in Arbeit finden sollen.

Die Ausgangslage: Nur 19 Prozent der Geflüchteten aus der Ukraine hierzulande arbeiten. Sie müssen keine Asylverfahren durchlaufen, der Zugang zum Arbeitsmarkt steht ihnen offen. Von denjenigen, die 2015 und 2016 Asyl beantragten und erwerbsfähig sind, arbeiten laut BA inzwischen 54 Prozent. Heil und Nahles wollen die Werte steigern. Arbeit sei der Schlüssel zu erfolgreicher Integration, wie sie sagen. Zudem steigen die Kosten. Allein die Bürgergeld-Ausgaben für Ukraine-Flüchtlinge werden im Etat für 2024 laut Finanzminister Christian Lindner (FDP) mit bis zu sechs Milliarden Euro zu Buche schlagen. 2022 beliefen sich die gesamten Ausgaben des Bundes im Kontext Flucht und Migration nach Regierungsangaben auf 28 Milliarden Euro.

Doch was kann der "Turbo" dabei leisten? Zentrale Punkte sind die "intensive Betreuung" der Menschen durch die Jobcenter und das "Ermitteln der Qualifikationen" sowie die anschließende Unterbreitung von Arbeitsangeboten. Heil will zudem Unternehmen stärker in die Pflicht nehmen, etwa mit Selbstverpflichtungen. Bisher lag der Fokus auf dem Spracherwerb. Jetzt gilt das Motto: Schnell in Arbeit auch ohne perfektes Deutsch. WELT hat Arbeitsmarktexperten nach Ihrer Einschätzung zu den Plänen gefragt - und die Bilanz ist ernüchternd.

"Eine echte Neuerung oder grundlegende Reform stellt der 'Integrationsturbo' nicht dar und es ist sehr fraglich, inwieweit durch ihn die Arbeitsmarktintegration der Geflüchteten tatsächlich gestärkt werden kann", sagt beispielsweise Wido Geis-Thöne, Migrationsexperte beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Ein positiver Effekt sei allerdings vorstellbar, denn der Ausbau der "Vermittlungsbemühungen" durch die Jobcenter sei zielführend - auch wenn es schwer einzuschätzen sei, welche Effekte eine stärkere Begleitung der Geflüchteten allein

Der große Bluff des Arbeitsministers Experten sind ernüchtert über den "Integrationsturbo"

tatsächlich haben könnte. "Die verstärkte Ansprache durch die Jobcenter könnte vielen Geflüchteten erst bewusst machen, dass von ihnen erwartet wird, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, was vor dem Hintergrund der bestehenden Sprachbarrieren vielen gar nicht so klar sein dürfte." Das könnte die Menschen auch motivieren, sich aktiver um eine Stelle zu bemühen.

Geis-Thöne sieht sogar ein Risiko beim "Turbo": Die engeren Betreuungen der Geflüchteten dürften nicht zulasten der anderen Bürgergeldbezieher gehen, warnt der Ökonom. "So müssen die Kapazitäten an den Jobcentern aufgestockt werden, um den 'Integrationsturbo' sinnvoll umsetzen zu können". "Gegen den Aufruf an die Unternehmen, mehr Geflüchtete auch mit geringen Sprachkenntnissen einzustellen, ist zwar grundsätzlich nichts einzuwenden", sagt Experte Geis-Thöne. Allerdings würden die meisten Arbeitgeber angesichts des Mangels auch bei den einfachen Tätigkeiten bereits alle für ihre offenen Stellen geeigneten Bewerber einstellen.

Alexander Kritik, Vorstandmitglied beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), schätzt die Situation ähnlich ein. Ein erfolgreiches Instrument bei der Arbeitsmarktintegration ist seiner Ansicht nach die Probearbeit auf Zeit, in der Unternehmen die Fähigkeiten und Fertigkeiten von Geflüchteten kennenlernen können, ohne sich vertraglich zu binden. "Das auszubauen wäre sinnvoll, hier braucht es eine Abstimmung zwischen Unternehmen und Bundesagentur für Arbeit", sagt der Ökonom. Im "Turbo"-Katalog jedoch sei hierzu nichts zu lesen. Kritik kommt zum gleichen Fazit wie Geis-Thöne: "Die vorgestellten Maßnahmen sind an und für sich alle richtig - allerdings auch nicht neu. Wo genau jetzt ein 'Turbo' geschaltet wird, erschließt sich nicht unmittelbar."

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 1, 2023

Roms Wut auf die deutsche Seenotrettung; Meloni beschwert sich bei Scholz über Finanzierung von NGOs, die Migranten helfen. Die Gründe sind vor allem innenpolitischer Natur

Die Welt

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 188

Length: 918 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Der deutsch-italienische Streit über die **Migrationspolitik** geht in die nächste Runde. Am Wochenende startete Rom einen für Berlin überraschenden Frontalangriff: Guido Crosetto, Verteidigungsminister von der rechtsnationalistischen Regierungspartei Fratelli d'Italia, kritisierte die deutsche Regierung dafür, Finanzhilfen an Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu zahlen, die Seenotrettung betreiben und sich in Italien um **Migranten** kümmern.

Crosetto bezeichnete das als "sehr schwerwiegendes" Verhalten. "Damit tut Berlin so, als ob es nicht wüsste, dass es damit ein Land in Schwierigkeiten bringt, mit dem es theoretisch 'befreundet' ist", so der Minister. Am Samstag legte Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in einem Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz nach. Darin schrieb sie, mit "Erstaunen" erfahren zu haben, dass die deutsche Regierung "ohne dies mit der italienischen Regierung zu koordinieren" beschlossen habe, "NGOs () mit erheblichen Mitteln zu unterstützen".

Andrea Crippa, stellvertretender Geschäftsführer der Lega-Partei von Matteo Salvini, die mit Meloni koalitiert, ging noch einen Schritt weiter. Er erklärte gegenüber der italienischen Zeitung "Affaritaliani", dass die Deutschen "versuchen, die Regierung zu destabilisieren, indem sie Nichtregierungsorganisationen finanzieren, um uns mit illegalen Einwanderern zu überschwemmen und den Konsens von Mitte-Rechts in Italien zu Fall zu bringen". Und ergänzte: "Vor 80 Jahren beschloss die deutsche Regierung, mit der Armee in Staaten einzumarschieren, aber das ging schief, und jetzt finanzieren sie die Invasion illegaler Einwanderer, um Regierungen zu destabilisieren, die den Sozialdemokraten nicht gefallen".

Abgesehen von dem scharfen Ton beanstandet die italienische Regierung ein Vorgehen der Bundesregierung, das längst bekannt war und auf einem Beschluss des Bundestages basiert. Dieser sieht vor, bestimmte NGOs mit insgesamt zwei Millionen Euro zu fördern. Laut dem Auswärtigen Amt mussten die förderungswürdigen

Roms Wut auf die deutsche Seenotrettung Meloni beschwert sich bei Scholz über Finanzierung von NGOs, die Migranten helfen. Die Gründe sind vor allem innenpoliti....

Organisationen zunächst ausgewählt werden. Da dies nun geschehen sei, würden bald die ersten Gelder fließen. Dabei handelt es sich um Summen zwischen 400.000 und 800.000 Euro, die etwa an die Organisation SOS Humanity gehen, die im Mittelmeer Seenotrettung betreibt, sowie an die christliche Gemeinschaft Sant'Egidio, die sich um Migranten in Italien kümmert.

Von einer Überraschung kann also keine Rede sein. Zumal auch "La Repubblica" berichtete, dass Berlin Rom über sein Vorhaben informiert habe. Zusätzlich hat die Bundesregierung demnach entschieden, nicht alle Gelder an deutsche Seenotretter zu vergeben, sondern mit Sant'Egidio auch eine italienische Organisation zu fördern, um Rom nicht zu verärgern.

Melonis Brief legt nahe, dass es sich bei der Attacke vielmehr um die Suche nach einem Sündenbock für die hohen Ankunftsahlen von Migranten in Italien handeln dürfte, den die Regierungschefin ihren Wählern präsentieren möchte. Denn in dem Schreiben macht sie gleich zwei Aussagen, die nicht korrekt sind und auf die Bundeskanzler Scholz daher nur schwer sachlich antworten kann. Erstens stellt Meloni darin die rhetorische Frage, "ob (die Versorgung der Migranten) nicht vor allem auf deutschem Gebiet und nicht in Italien geschehen sollte". Dabei ist bekannt, dass Deutschland deutlich mehr Aufwand als Italien betreibt, um sich um die Migranten auf seinem Staatsgebiet zu kümmern. Vor allem aber werden in Deutschland jedes Jahr deutlich mehr Asylanträge gestellt: 2023 sind es mit 244.000 Anträgen nicht nur drei Mal so viele wie in Italien, sondern die meisten in der gesamten EU. So zu tun, als würde Deutschland mit der NGO-Finanzierung die Versorgung der Migranten nach Italien auslagern, ist also falsch - und populistisch.

Zweitens schreibt Meloni, es sei bekannt, dass die Anwesenheit von NGO-Schiffen zu einer "Vervielfachung" der Abfahrten von Migrantenboote führe, "was nicht nur zu einer weiteren Belastung für Italien führt, sondern gleichzeitig das Risiko neuer Tragödien auf See erhöht". Damit bezieht Meloni sich auf die umstrittene Theorie der sogenannten "Pull-Faktoren", die besagt, dass mehr Migranten sich auf den Weg über das Mittelmeer machen, wenn dort NGO-Schiffe aktiv sind. Die ist aber mehrfach durch Studien widerlegt worden. Vielmehr sind die Wetterbedingungen und die Zustände im Abfahrtsland dafür verantwortlich, wie viele Menschen am Ende die gefährliche Überfahrt wagen.

Dass Meloni nun diesen mit zweifelhaften Aussagen gespickten Angriff auf die Scholz-Regierung startet, ist einerseits eine Reaktion darauf, dass Deutschland kürzlich den freiwilligen Solidaritätsmechanismus ausgesetzt hat, mit dem es sich zur Aufnahme von 3500 Migranten verpflichtet hatte, da Italien seit über einem Jahr keine Migranten mehr zurücknimmt, für die es nach dem Dublin-Abkommen zuständig wäre. Andererseits zeigt der Angriff, dass die italienische Regierungschefin innenpolitisch zunehmend unter Druck gerät: Im Wahlkampf war sie als Hardlinerin angetreten, die die "illegale Migration hart bekämpfen" wollte. Doch seit ihrem Amtsantritt haben sich die Ankünfte an den italienischen Küsten verdoppelt.

Die Maßnahmen, die Meloni unternommen hat, um die irreguläre Migration zu bremsen, haben indes bisher keine Wirkung gezeigt. Allen voran der Migrations-Deal mit Tunesien, den die EU unter ihrer Führung vor zwei Monaten geschlossen hat. Darum sucht sie nun nach Schuldigen, die sie ihren Wählern präsentieren kann. Und in Berlin ist sie nun fündig geworden.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Das deutsche Seenotrettungsschiff "Humanity 1" legt im August im Hafen von Livorno an

Load-Date: September 26, 2023

Roms Wut auf die deutsche Seenotrettung Meloni beschwert sich bei Scholz über Finanzierung von NGOs, die Migranten helfen. Die Gründe sind vor allem innenpoliti....

End of Document

Die Lücken in Faesers Abschiebungsoffensive; Regierung erschwert ausreisepflichtigen Ausländern das Untertauchen. Doch es wird Kritik laut

Die Welt

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Titel; S. 1; Ausg. 208

Length: 1523 words

Byline: Marcel Leubecher

Ulrich Exner

Body

Künftig wird es etwas schwieriger für abgelehnte Asylbewerber und andere Ausreisepflichtige, dauerhaft in Deutschland zu bleiben. Wie angekündigt einigte sich das Ampel-Kabinett am Mittwoch auf ein "Rückführungsverbesserungsgesetz", das stark auf den Asylgipfel-Beschlüssen vom Mai beruht. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte nach dem Kabinettsbeschluss, das "Bündel restriktiver Maßnahmen" werde für "schnellere und mehr Rückführungen" sorgen. Wer kein Bleiberecht habe, müsse das Land wieder verlassen.

Vor allem geht es in dem Reformpaket darum, die staatlichen Möglichkeiten zu verbessern, solche Personen, deren Abschiebung kurz bevorsteht, auch tatsächlich außer Landes bringen zu können. Denn heute scheitern viele der sehr aufwendigen Rückführungsplanungen noch in der letzten Phase. Etwa auch, weil die Migranten am Abschiebungstag nicht in ihrem Asylheim oder ihrer Wohnung angetroffen werden.

Deshalb wird seitens der Regierung die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams, eine unkompliziert zu beantragende Variante der Abschiebungshaft, von heute zehn auf künftig 28 Tage verlängert. So können laut Auskunft von damit befassten Beamten künftig also Personen, bei denen der begründete Verdacht besteht, dass sie zum Rückführungstermin bewusst abtauchen oder jedenfalls nicht angetroffen werden können, schon länger vor dem angepeilten Abschiebungstag in Gewahrsam genommen werden. Oder falls sich eine Rückführung spontan um ein paar Tage verschiebt, was oft wegen kurzfristig untersagter Landeerlaubnisse der Fall ist, sinkt künftig die Wahrscheinlichkeit, dass die betreffende Person schon wieder aus dem Gewahrsam entlassen werden muss.

Der FDP-Innenpolitiker Stephan Thomae sagte WELT: "Die Verbesserung von Rückführungen zeigt, dass die Ampel-Koalition Schritt für Schritt mehr Ordnung in die Migrationspolitik bringt." Ausreisepflichtige Asylbewerber müssten abgeschoben werden, wenn sie nicht freiwillig ausreisen. "Indem wir den Ausreisegewahrsam auf 28 Tage verlängern und Betretungsrechte von Polizeibeamten erweitern, sorgen wir dafür, dass niemand vor einer

Die Lücken in Faesers Abschiebungsoffensive Regierung erschwert ausreisepflichtigen Ausländern das Untertauchen. Doch es wird Kritik laut

Rückführung einfach abtauchen kann." Bei Mitgliedern organisierter Kriminalität werde die Ampel Abschiebungen vereinfachen, "denn Straftäter und Gefährder müssen unser Land umgehend verlassen", so der parlamentarische Geschäftsführer der Liberalen.

Mit den Betretungsrechten spricht Thoma die Beseitigung eines Abschiebungshindernisses an, das bei Mitarbeitern der überforderten Ausländerbehörden für große Frustration sorgt. Denn bisher platzt ein Abschiebungsversuch oft schon aus dem Grund, dass der Ausreisepflichtige sich zwar in der Asylunterkunft, aber nicht in seinem Zimmer aufhält. Künftig dürfen nun auch die "Wohnung anderer Personen sowie gemeinschaftlich genutzte Räumlichkeiten solcher Unterkünfte betreten werden", um eine Abschiebung vornehmen zu können. Die bisherige Begrenzung auf das Zimmer oder die Wohnung "des abzuschiebenden Ausländers zur Durchführung einer Abschiebung entfällt, da diese die handelnden Behörden bei der gemeinschaftlichen Unterbringung vor erhebliche Schwierigkeiten in den Fällen stellte, in denen Betroffene kurz vorher und nur für Dauer der Abschiebung entweder im Zimmer anderer Personen aufhältig waren oder ihre Zimmer tauschten, um das Antreffen durch Vollzugskräfte zu verhindern". Diese Möglichkeit zur Vereitelung von Abschiebungen durch vollziehbar Ausreisepflichtige werde durch die gesetzliche Änderung nunmehr eingeschränkt.

Die Nichtregierungsorganisation Pro Asyl kritisierte am Mittwoch, dass diese Verschärfung in das "Grundrecht auf Privatsphäre" und die "Unverletzlichkeit der Wohnung" eingreife. Diese Gründe hatten in der Vergangenheit auch immer wieder Politiker der Grünen vorgebracht, wenn die Beseitigung dieses seit Langem bekannten Abschiebungshindernisses öffentlich diskutiert wurde. Aktuell halten sich die Vertreter der Partei aber wegen der inzwischen von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als dringlich empfundenen Fokussierung auf migrationsbegrenzende Maßnahmen mit lauter Kritik zurück.

Und nun ist es auch nicht so, dass der Staat es künftig generell erlaubt, andere Zimmer im Asylheim zu durchsuchen, wenn der Ausreisepflichtige nicht in seinem Raum angetroffen wurde. Denn, so heißt es im Gesetzentwurf: "Ein Betreten von Wohnungen anderer Personen ist nur dann möglich, wenn Tatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, dass sich der Ausländer dort befindet." Es müsse "sich dabei um konkrete Tatsachen handeln, der bloße nicht durch Tatsachen belegte Verdacht reicht nicht aus". Und auch die Ausnahmeliste für spezielle Personengruppen ist so lang, dass man im kommenden Jahr - falls das Gesetz den Bundestag in der aktuellen Form passiert hat - beobachten muss, ob die beschlossene Verschärfung in der Praxis auch tatsächlich häufig zur Anwendung kommen wird.

Laut Kabinettsbeschluss sind vor dem Betreten "im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung besonders die Belastungen für Minderjährige, Familien mit Minderjährigen und weitere besonders schutzbedürftige Personengruppen, wie Opfer von Menschenhandel, Folter oder psychischer, physischer und sexueller Gewalt, Menschen mit schweren körperlichen und psychischen Erkrankungen, Schwangere, Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Personen, die vor Verfolgung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität geflohen sind, zu berücksichtigen". Dies könne "dazu führen, dass die Maßnahme unverhältnismäßig und damit unzulässig" sei.

In dem Paket geht es aber auch um ein härteres Vorgehen gegen Schleuser und um eine leichtere Ausweisung etwa von Mitgliedern krimineller Organisationen, die bei sehr klarer Sachlage schon vor einer strafrechtlichen Verurteilung ausgewiesen werden sollen. Zudem sollen Abschiebungen häufiger nicht mehr angekündigt werden müssen, was das Abtauchen erschwert. Auch sollen Wohnungen nach Datenträgern und Unterlagen durchsucht werden dürfen, um die Identität, insbesondere die Staatsangehörigkeit Betroffener zu klären. Etwa jeder zweite ankommende Asylbewerber behauptet, über keinerlei Identitätsdokumente zu verfügen. Dies ist eines der größten Abschiebungshindernisse, weil die rücknahmeunwilligen Herkunftsstaaten dann erst seitens der deutschen Behörden dazu bewegt werden müssen, eine Person als ihren Staatsbürger anzuerkennen. Wenn dies nicht gelingt, fällt eine Rückführung kategorisch aus. Die fehlenden Identitätspapiere sind ein Hauptgrund für die mehr als 200.000 Duldungen ausreisepflichtiger Personen. Mit Duldungen bescheinigt der Staat ihnen, dass er sie derzeit nicht abschieben kann. Sie bleiben aber weiterhin zur Ausreise aufgefordert, wofür sie auch Flugkosten und weitere Unterstützungszahlungen des Staats beantragen können. Dennoch folgen nur wenige Ausreisepflichtige der Ausreiseaufforderung.

Die Lücken in Faesers Abschiebungsoffensive Regierung erschwert ausreisepflichtigen Ausländern das Untertauchen. Doch es wird Kritik laut

Alexander Throm (CDU), innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, sagte WELT: "Die Ampel musste erst unser Land in eine Migrationskrise absinken lassen und mehrere Landtagswahlen verlieren, bevor sie zumindest teilweise in der Realität angekommen ist." Noch vor wenigen Monaten habe sie den Vorschlag abgelehnt, den Ausreisegewahrsam auf 28 Tage zu verlängern. "Jetzt bringt sie den identischen Vorschlag ein. So kurzsichtig kann man kein Land regieren." Der CDU-Politiker fordert von der Ampel "Zentren an der Grenze, aus denen Migranten ohne Bleibechance direkt zurückgeführt werden", um die Rückführungszahlen deutlich zu erhöhen.

Wie weit der politische Weg ist, damit das von Kanzler Scholz verkündete Ziel Wirklichkeit werden könnte, "endlich im großen Stil" abzuschieben, zeigen Zahlen des Bundesinnenministeriums: Demnach wurden 2022 nur "12.945 Abschiebungen vollzogen", aber "insgesamt 23.337 Abschiebungsmaßnahmen nicht vollstreckt". Fast alle nicht vollzogenen Abschiebungsversuche scheiterten den Angaben zufolge schon vor Übergabe an die Bundespolizei. Alleine 6971 Versuche platzten wegen "nicht erfolgter Zuführung", scheiterten also vor allem daran, dass die Ausreisepflichtigen am Tag der Rückführung von den Landespolizisten nicht an ihrem Wohnort angetroffen werden konnten. Die betroffenen Personen wurden demnach gar nicht erst zum Flughafen gebracht, um sie dort den Bundespolizisten zu übergeben, die den Abschiebeflug beaufsichtigen sollten. Generell ist die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland gemessen an der Zahl der abgelehnten Asylbewerber und ausländischen Straftäter schon seit Jahrzehnten gering. 2022 waren es fast 13.000. In diesem Jahr liegen die Rückführungen laut Innenministerin Faeser um 27 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) sagte WELT: "Es ist gut, dass sich der Bundeskanzler jetzt selbst in der Migrationsfrage klar positioniert und erklärt hat, dass Personen ohne Bleibeperspektive in ihren Herkunftsstaat zurückkehren müssen." Das "Gesetz ist aber bestimmt kein Allheilmittel". Ohne entsprechende Abkommen zur Rücknahme von ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerbern mit den wenig kooperativen Herkunftsländern werde es nicht gelingen, die Rückführungszahlen massiv zu erhöhen.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 26, 2023

"Behandlungen mussten zum Teil verschoben werden"; Nach Merz-Aussage über abgelehnte Asylbewerber: Zahnarzt berichtet aus seinem Praxis-Alltag

Die Welt

Donnerstag 5. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 193

Length: 1251 words

Byline: Alexander Dinger

Body

Im WELT-Talk hatte CDU-Chef Friedrich Merz mit einer Aussage über Zahnersatzleistungen für abgelehnte **Asylbewerber** eine Debatte ausgelöst. Nach einem Faktencheck dieser Zeitung meldeten sich zahlreiche Zahnmediziner. Viele wollen anonym bleiben. Manche sprechen aber auch offen - so wie Dr. Tobias Terpelle aus Stadtlohn in Nordrhein-Westfalen.

WELT:

Wie viele Asylbewerber, die seit 18 Monaten hier sind, haben sie bereits in den letzten zwei Jahren behandelt? Gibt es einen Zuwachs an Asylbewerbern als Patienten in ihrer Praxis?

Tobias Terpelle:

Inzwischen machen Asylbewerber oder Menschen aus der Ukraine einen erheblichen Teil meiner Patienten aus. Ich selbst habe zwei große Wellen erlebt. Dies war zum einen 2015 und in der Folgezeit so. Zum anderen nach Ausbruch des Ukraine-Krieges. Inzwischen habe ich jede Woche zwei bis fünf Neupatienten mit Migrationshintergrund, die über unser Sozialsystem versichert sind. Klassische "Neupatienten" treten in den Hintergrund.

Gab es Situationen, in denen der Andrang von Asylbewerbern die Praxis vor Probleme stellte?

Sowohl bei der ersten großen Migrationswelle aber gerade auch durch die neuen Migrationswellen seitdem Krieg in der Ukraine kam es in meiner zahnärztlichen Praxis zu Problemen. Aufgrund des großen Andrangs gab es über Monate hinweg einen Aufnahmestopp für neue Patienten. Geplante Behandlungen mussten zum Teil verschoben werden, um Kapazitäten für Neupatienten mit Schmerzen zu schaffen, die bisher keinen Zahnarzt hatten. Die Situation hat sich mittlerweile allerdings entspannt.

"Behandlungen mussten zum Teil verschoben werden" Nach Merz-Aussage über abgelehnte Asylbewerber:
Zahnarzt berichtet aus seinem Praxis-Alltag

Wie handhaben Sie die Maßgabe, bei Asylbewerbern in den ersten 18 Monaten nur akute Notfälle zu behandeln? Legen manche diese Regel enger und manche weiter aus?

Wichtig ist hier zwischen zwei verschiedenen Gruppen von Menschen zu unterscheiden, die zu uns kommen. Menschen aus der Ukraine haben vom ersten Tag an den vollen Versicherungsschutz und Zugang zu allen zahnärztlichen Leistungen. Andere Geflüchtete bekommen für zahnärztliche Behandlungen in den ersten zwölf Monaten einen sogenannten Sozialschein. Hiermit besteht lediglich ein Anspruch auf Beseitigung von akuten Schmerzen. Die Beseitigung von Schmerzen lässt sicherlich Interpretationsspielraum zu. Zähne mit Karies dürfen zum Beispiel nur dann behandelt werden, wenn diese auch Schmerzen machen. Hier kann es auch zu Kontrollen und Leistungskürzungen kommen, wenn Leistungen erbracht werden, die nicht im Kontext mit der Schmerzbehandlung stehen. Prophylaktische Maßnahmen sind nicht erlaubt. Menschen mit "Sozialschein" und Schmerzen bekommen bei mir kurzfristig Termine zur Schmerzbeseitigung. Dies ist meines Erachtens ein gutes und sinnvolles System. Probleme bereitet hierbei lediglich der Umstand, dass diese Patienten manchmal ohne Sozialschein in die Praxis kommen. Dann besteht kein Anspruch auf Behandlung. Aufgrund der häufig großen Sprachbarriere müssen wir den Patienten umständlich erklären, dass ein Gang zum Sozialamt erforderlich ist, um einen solchen Schein ausstellen zu lassen. Dieser Weg kann für manche Patienten, die unsere Strukturen nicht kennen, etwas aufwendig sein.

Trifft es nach Ihrer Erfahrung zu, dass - wie in den sozialen Medien oftmals behauptet - bei überdurchschnittlich vielen Menschen aus Asien und Osteuropa die Zähne in einem schlechten Zustand sind?

Der Zahnzustand hängt von verschiedenen Faktoren ab. Gesellschafts- und allgemeines Bildungsniveau sind hier entscheidende Faktoren. Auch die zahnärztliche Grundversorgung im Ursprungsland. Menschen mit hohem Bildungsniveau aus Syrien oder auch aus der Ukraine haben einen ähnlichen Zahnstatus wie Mitteleuropäer. Menschen aus den nordafrikanischen Ländern oder aus Afghanistan oder auch Syrien haben zum Teil einen desolaten "Zahnstatus". Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Wurden Sie von Migranten mit der Erwartung konfrontiert, sich in Deutschland "die Zähne machen" zu lassen?

In den ersten zwölf Monaten darf nur eine Notfallversorgung stattfinden. Danach haben diese Menschen das Recht auf Zugang zu allen zahnärztlichen Leistungen inklusive Zahnersatz. Menschen aus der Ukraine haben direkt Zugang zu allen zahnmedizinischen Leistungen. Über die sogenannte Härtefallregelung haben diese Menschen dann - sofern sie nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind - das Recht auf einen sogenannten Härtefall. Dies bedeutet in der Regel die Gewährung des doppelten Festzuschusses. Somit kann Zahnersatz fast ohne eigene Kosten möglich sein. Dies wird auch von den Menschen so in Anspruch genommen. Über soziale Medien wird dies natürlich kommuniziert. Die medizinische Indikation muss natürlich wie bei jedem anderen Patienten auch gegeben sein. Häufig veranlassen die Krankenkassen bei der Beantragung eines Härtefalls ein zahnärztliches Gutachten. So kann verhindert werden, dass Behandlungen ohne medizinische Indikation mit erheblichen Kosten für den Staat verursacht werden.

Übernimmt die Krankenkasse für Asylbewerber in manchen Fällen lieber die Kosten als für Nicht-Asylbewerber?

Ich kann hier keinen Unterschied bei allen Patientengruppen feststellen. Tendenziell ist die Hürde für diese Menschen höher, da bei der Gewährung eines doppelten Festzuschusses (Härtefall, d. Red.) häufig eine zahnärztliche Beurteilung im Vorfeld stattfindet.

Gibt es Anlass - wie zum Beispiel Renditen bei gewissen Eingriffen und Behandlungen - , Asylbewerber sogar gegenüber gesetzlich Versicherten vorzuziehen?

In meiner Praxis gibt es absolut keinen Grund diese Bevölkerungsgruppen vorzuziehen. Bei mir sind grundsätzlich alle Patientengruppen, egal ob gesetzlich oder privat versichert, gleich. Bei Patienten, denen ein Härtefall gewährt wird, kann die Abrechnung jedoch wesentlich vereinfacht und risikofreier sein. Die komplette Behandlung wird über die Krankenkasse abgerechnet. Der Patient hat somit in der Regel kaum eigene Kosten. Da diese Patienten kaum eigene Kosten haben, sind diese über ihren neuen Zahnersatz glücklich und das Beschwerdeniveau ist geringer.

"Behandlungen mussten zum Teil verschoben werden" Nach Merz-Aussage über abgelehnte Asylbewerber:
Zahnarzt berichtet aus seinem Praxis-Alltag

Der regulär versicherte Patient bekommt eine Rechnung zu seiner Behandlung, die er selbst tragen muss. Diese kann nicht unerheblich sein. Hier kommt es gerade in der aktuellen Zeit zu Zahlungsausfällen und Bitten um Ratenzahlungen. Die Erwartung bei erheblichen eigenen Kosten kann hoch sein. Menschen, die aus Ländern zu uns kommen, in denen es keine reguläre zahnärztliche Versorgung gerade in Bezug auf Zahnersatz gibt, haben oft eine geringere Erwartung an Zahnersatz. Patienten, die eine Behandlung auf hohem Niveau gewohnt sind und die vor allem eigene Kosten tragen müssen, sind da deutlich kritischer. Ist die moralische Hemmschwelle eines Zahnarztes geringer - das kann ja durchaus vorkommen - kann mit der Anfertigung von vielleicht nicht optimalem Zahnersatz bei Patienten, die Zahnersatz aus Ihrem Ursprungsland nicht kennen, und Herstellung des Zahnersatzes in einem nichteuropäischen Land die Rendite sehr hoch sein.

Wie sieht es aus bei Behandlungen, die die gesetzliche Kasse nicht übernimmt und die man eigentlich selbst zahlen müsste - bekommen Asylbewerber diese Beiträge auch vom Sozialamt bezahlt? Oder müssen sie in Vorkasse gehen?

Diese Patienten bekommen exakt die gleichen Leistungen wie jeder hier versicherte Patient. Es gibt keine Unterschiede. Ist der hier länger lebende Patient nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt und mittellos, hat auch er Anspruch auf die Härtefallregelung bei Zahnersatz. Professionelle Zahnreinigungen müssen alle Patienten in meiner Praxis selbst tragen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Zahnarzt Dr. Tobias Terpelle

Load-Date: October 5, 2023

Streit über freiwillige Aufnahme; Programme für Flüchtlinge werden infrage gestellt

Die Welt

Freitag 17. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 55

Length: 678 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

In vielen Städten und Gemeinden quer durch die Republik fehlen längst bezahlbare Wohnungen und Plätze in Asylheimen, Schulklassen oder Kindergärten. Wegen der Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine und des stark gestiegenen Asylzuzugs werden Forderungen nach einer Aussetzung der freiwilligen Aufnahmeprogramme laut, mit denen die Bundesrepublik Flüchtlinge einfliegt.

So sagte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) am Rande der Ministerpräsidenten-Konferenz: "Der Bund muss aufhören mit freiwilligen Aufnahmeprogrammen." Im Fernsehsender WELT kritisierte er: "Es kann nicht sein, dass Frau Baerbock durch die Gegend fährt und Aufnahmezusagen macht, die am Ende von Kommunen, von Ländern geklärt werden". Kürzlich hatte auch der SPD-Migrationspolitiker Lars Castellucci dafür geworben, eines der vielen freiwilligen Aufnahmeprogramme auszusetzen. Und zwar den im vergangenen Jahr auf Drängen von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) eingeführten freiwilligen EU-Solidaritätsmechanismus. Mit diesem werden einige Asylsuchende aus Italien nach Deutschland geflogen. Quantitativ handelt es sich zwar um einen nachrangigen Faktor. Nur 212 Asylbewerber wurden seit der Einführung im Juli 2022 bis zum Jahresende nach Deutschland geholt, fast alle aus Italien und einige aus Zypern. Symbolisch ist diese Umverteilung aber von größtem Interesse für Faeser, denn sie erhofft sich, dass diese freiwillige Aufnahme sich zu einem festen Umverteilungssystem in der EU entwickelt. Der einzige andere große EU-Staat, der dabei zunächst mitmachte, war Frankreich, das aber wenig später wegen Unstimmigkeiten mit Italien ausstieg.

Wichtiger als dieses Symbolprojekt ist das Sonderaufnahmeprogramm für Afghanen seit der Taliban-Machtübernahme. Seit August 2021 sind bisher "27.736 afghanische Staatsangehörige über die laufenden Verfahren zur Aufnahme besonders gefährdeter" Afghanen nach Deutschland eingereist, wie das Bundesinnenministerium mitteilt. Monatlich kommen etwa 1000 Personen an, sie werden allerdings nicht aus einer akuten Bedrohungslage gerettet, sondern aus den für sie in aller Regel sicheren Nachbarländern Afghanistans, vor allem Pakistan, nach Deutschland geflogen. Ursprünglich war das Programm auf sogenannte Ortskräfte, also lokale Mitarbeiter der Bundeswehr in Afghanistan, ausgerichtet, wurde dann aber erweitert auf Personengruppen, die für deutsche Entwicklungsprojekte oder private Organisationen dort arbeiteten oder besonders bedroht sind. Allerdings

Streit über freiwillige Aufnahme Programme für Flüchtlinge werden infrage gestellt

warb die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, der zentrale Akteur der Entwicklungshilfe, schon mindestens 250 neue afghanische Mitarbeiter seit der Machtübernahme der Taliban dort an, während tausende ehemalige Mitarbeiter samt ihren Familien nach Deutschland geflogen werden.

Das jüngste freiwillige Programm installierte die Bundesregierung nach dem Erdbeben in der Türkei und in Syrien. Bisher wurden laut Bundesinnenministerium "2658 Visa an vom Erdbeben Betroffene vergeben" (Stand 10. März). Es ist allerdings anders als die übrigen Programme nicht für eine dauerhafte Aufnahme konzipiert, sondern für einen vorübergehenden Aufenthalt bei Familienangehörigen in Deutschland. Deswegen müssen die hier lebenden Türken und Syrer für den Unterhalt der Erdbeben-Opfer sorgen und eine Verpflichtungserklärung abgegeben haben. Ob tatsächlich die meisten wieder heimkehren und nicht Asyl beantragen, was in der Regel zum Daueraufenthalt führt, bleibt abzuwarten.

Daneben fliegt Deutschland seit dem EU-Türkei-Abkommen jährlich etwa 3000 Syrer aus der Türkei ein und nimmt wenige tausend besonders schutzbedürftige Flüchtlinge über das UNHCR-Resettlement aus den überfüllten Lagern in aller Welt auf. Diese Programme bieten den großen Vorteil, jene Schutzsuchenden auszuwählen, die am dringendsten eine Umsiedlung nach Deutschland benötigen. Das ist bei den übrigen Asylbewerbern nicht der Fall. Die mehr als 50.000 Asylbewerber, die in diesem Jahr bereits ins Land kamen, reisen in der Regel unerlaubt aus den sicheren Nachbarländern ein.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 16, 2023

Biden macht den Trump

Die Welt

Montag 27. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 41

Length: 411 words

Byline: Jörg Wimalasena

Body

Während die Medien noch Joe Biden und dessen Ukraine-Besuch lobten, ging eine andere Nachricht fast unter. Der US-Präsident plant eine drastische Verschärfung des Asylrechts. Künftig soll niemand mehr einen Asylantrag stellen dürfen, der illegal eingereist ist. Und jeder, der auf dem Weg in die USA nicht in sicheren Drittstaaten um Schutz ersucht oder seinen Asylantrag zuvor per App angekündigt hat, soll sofort abgeschoben werden können. Damit dürfte es künftig für viele Schutzsuchende schwer bis unmöglich werden, in die USA zu gelangen. Fast jeder, der nicht aus Mexiko stammt, durchquert Drittstaaten. Und die Asyl-App ist derart überfordert, dass die Vergabe von Terminen laut Betroffenen einer "Lotterie" gleicht.

Joe Biden will offenbar den Republikanern mit einer resoluten Grenzpolitik künftige Wahlkampffargumente nehmen - obwohl sowohl er als auch Vize Kamala Harris im Wahlkampf 2020 noch gegen Trumps inhumane Grenzpolitik gewettert hatten. Dabei knüpft die Regierung mit ihren neuen Asylregeln weitgehend an einen Vorschlag von Bidens Vorgänger Donald Trump an. Biden macht auch rigoros weiter Gebrauch von der Trump-Praxis, Migranten an der Grenze aus Covid-Infektionsschutzgründen abzuweisen, und er hat diese Möglichkeit sogar noch ausgeweitet. Während in Trumps letztem Regierungsmonat knapp 68.000 Migranten unter Rückgriff auf die Covid-Klausel ausgewiesen wurden, waren es unter Biden im März 2021 schon knapp 148.000 - seitdem bleiben die Zahlen auf hohem Niveau. Weil die Klausel mit dem Ende des Corona-Ausnahmestands am 11. Mai endet, braucht die US-Regierung nun neue Regelungen, um ein Chaos an der Südgrenze zu verhindern.

Man kann über die Implikationen und die Notwendigkeit der Regierungspläne streiten - aber mittlerweile ist klar, dass Joe Biden in seiner Migrations- und Grenzpolitik teilweise rigoroser als sein Amtsvorgänger Trump vorgeht. Nur: Die öffentliche Empörung, die jede Entscheidung von Trump begleitete, bleibt aus. Wieder einmal wird deutlich, dass sich die linksliberale Erregungskultur nur selten um echte und vermeintliche Opfer von politischen Entscheidungen dreht, sondern eher entlang einer infantilen Freund-Feind-Einteilung der Welt verläuft. Gleiche Maßstäbe gelten längst nicht mehr. Joe Biden hilft es. Schutzsuchende an der Grenze aber müssen auf breite Solidarität wohl bis zur nächsten Republikaner-Präsidentschaft warten.

joerg.wimalasena@welt.de (joerg.wimalasena@welt.de)

Biden macht den Trump

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 26, 2023

End of Document

Aufregung um Räumung von Pflegewohnheim in Berlin; Neu in das Gebäude einziehen sollen Flüchtlinge

Die Welt

Mittwoch 1. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wissenschaft; S. 8; Ausg. 43

Length: 721 words

Byline: Kerstin Rottmann

Epd

Body

Die Schließung eines Pflegewohnheims in Berlin sorgt wegen der dort geplanten Unterbringung von Geflüchteten für Aufregung. Das Johannesstift als Betreiber der Einrichtung im Stadtteil Wedding begründete am Montagabend die Schließung des Heims ("Pflege & Wohnen Schillerpark" in der Müllerstraße, Berlin-Wedding) mit geplanten Pachtzinserhöhungen.

Nach intensiven Gesprächen mit dem Paul Gerhard Stift als Eigentümer der Immobilie sei eine "vorzeitige Beendigung der Miet- und Pachtverträge" vereinbart worden.

WELT liegt eine Stellungnahme des Johannesstifts vor, in der von einer "sehr komplexen Situation" die Rede ist. In der Pressemitteilung heißt es, dass ab 2006 ein Mietverhältnis für das Gebäude in der Müllerstraße bestand, mit der Option auf eine 25 Jahre währende Laufzeit. Ab dem Jahr 2021 habe es die besagten Gespräche mit dem Eigentümer, dem Paul Gerhard Stift gegeben. Dieser wollte offenbar eine Miet- und Pachtzinserhöhung durchsetzen, mit deren Höhe der Betreiber, das Johannesstift, dann nicht einverstanden gewesen sei.

Vereinbart worden sei daraufhin die erwähnte "vorzeitige Beendigung der Miet- und Pachtverträge". Das Stift wolle, so sei es mitgeteilt worden, das Gebäude dann anderweitig nutzen. Für die laut einem Medienbericht derzeit noch verbliebenen rund 100 Bewohner (in ersten Berichten war von 110 Menschen die Rede) hat das Folgen. Für sie mussten und müssen nun neue Mietverhältnisse gefunden werden, wie das Johannesstift WELT bestätigt.

Diese Entwicklung habe sich aber schon seit 2021 abgezeichnet, so dass bereits ab 2022 keine Plätze und Wohnungen mehr belegt wurden. Wie es in der Stellungnahme weiter heißt, würden die teils pflegebedürftigen Bewohner vom Sozialdienst und der Heimleitung bei der Suche nach neuem Wohnraum unterstützt.

Aufregung um Räumung von Pflegewohnheim in Berlin Neu in das Gebäude einziehen sollen Flüchtlinge

Zunächst sei auch noch der untere Teil des mehrstöckigen Hauses nutzbar. Bereits dem Besitzer für eine andere Nutzung übergeben seien aber die beiden oberen Stockwerke. Medienberichten zufolge seien dort bereits die ersten neuen Mieter, bei denen es sich um Flüchtlinge handeln soll, eingezogen.

Der Eigentümer, das Paul Gerhard Stift, betonte derweil ausdrücklich, die Entscheidung zur Umnutzung für mehrfach traumatisierte Schutzbedürftige sei nach dem vorzeitig geänderten Vertrag getroffen worden. Hintergrund der Aufregung ist ein Bericht des "Focus" über die Umnutzung, die dem Nachrichtenmagazin zufolge wegen öffentlicher Zuschüsse lukrativer als Altenpflege sei.

Betont wird in einer Stellungnahme, die dem Mediendienst epd vorliegt, auch ausdrücklich, dass keine Kündigung des Mietvertrags gegenüber der Johannesstift Diakonie ausgesprochen worden sei

Das Stift wies überdies die "Focus"-Angaben zurück, nach denen Eigenbedarf angemeldet wurde. Die Umnutzung des Pflegeheims - sprich, der Einzug von Flüchtlingen - sei zudem keine wirtschaftliche Entscheidung, sondern rühre "aus den bestehenden Strukturen sowie den Bedarfen des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF)". Wie der "Focus" ebenfalls berichtet hatte, gab es eine entsprechende Anfrage des LAF.

Berlin ist wie viele andere deutsche Kommunen derzeit intensiv auf der Suche nach Wohnraum für Migrantinnen und Migranten, sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Indirekt wurde die Anfrage vom PGS also bestätigt: Durch jahrzehntelange Erfahrung in der Geflüchteten-Arbeit werde das Paul Gerhardt Stift das Land Berlin bei der Frage zur Unterbringung von Geflüchteten unterstützen, heißt es offiziell weiter.

Der Vorgang hat zu zahlreichen Medienberichten geführt. Neben dem "Focus" berichteten auch andere lokale Blätter wie "Berliner Zeitung" und "B.Z.". In einem weiteren Artikel vom Dienstag schreibt der "Focus" auch über den teils emotionalen Auszug der alten Bewohner. "Bei den Räumungen sind unter den Betroffenen, denen gekündigt wurde, schon Tränen geflossen. Tagelang standen Container vor dem Gebäude, die Möbel sind einfach weggeworfen worden", zitiert das Magazin einen anonym bleibenden Angehörigen.

Zudem heißt es in dem Text kommentierend: "Bizarr mutet an, dass der Verbleib von pflegebedürftigen Senioren, die ihren verdienten Lebensabend in Ruhe und Würde genießen wollten, ganz offenbar am Streit zweier Einrichtungen der evangelischen Kirche um Pachtzinsen gescheitert ist und am Ende die Senioren vor die Tür gesetzt wurden und werden."

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Die betroffene Immobilie in Berlin-Wedding

Load-Date: February 28, 2023

Realos haben recht; Zu: "Memorandum zu Migration versetzt Grüne in Unruhe" vom 21. Februar

Die Welt

Montag 27. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 41

Length: 222 words

Body

Dass das Thesenpapier der grünen Realos für Unruhe gesorgt hat, ist nachvollziehbar. Schließlich rüttelt die darin geäußerte Kritik an der **Migrationspolitik** der Ampel-Regierung an den Grundpfeilern dieser maßgeblich von den Grünen beeinflussten Politik. Interessant war die Reaktion des Parteichefs Nouripour auf einer Pressekonferenz, wo er auf "Humanität und Ordnung" als das Grundprinzip der **Migrationspolitik** seiner Partei verwies. Kein Wort zur Bedeutung von Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit. Insofern kann man den Thesen der Realos nur beipflichten, die darin u.a. fordern, dass sich **Migrationspolitik** "an den Regeln der freiheitlich demokratischen Grundordnung" auszurichten habe. Zu glauben, man könne die **Migrationsströme** durch eine bessere Verteilung auf die Bundesländer und mit mehr Bundesmitteln lösen, ohne den Zustrom zu regulieren, ist unrealistisch. Ein solcher Ansatz schafft, zusammen mit dem Unvermögen, abgelehnte und selbst straffällig gewordene **Asylanten** abzuschieben, nur weitere **Migrationsanreize**. Und allein mit moralischen Thesen erreicht man nicht die bereits verunsicherte Mitte der Gesellschaft. Mitautor Boris Palmer hat dies bei der Tübinger OB-Wahl mit seinem Sieg über die von den Grünen aufgestellte Gegenkandidatin unter Beweis gestellt.

Gerhard Banholzer, Oberndorf/N.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: February 26, 2023

Eine Stadt stimmt über die Flüchtlingspolitik ab; In Greifswald entscheiden die Bürger über Containerdörfer. Doch es geht auch um Grundsätzliches

Die Welt

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 5; Ausg. 115

Length: 1403 words

Byline: Sebastian Beug

Body

Unter allen Transportern in Greifswald ist der von Christian Vollert sofort zu erkennen. "Frieden schaffen ohne Waffen", "Keine Solidarität mit krimineller Zuwanderung" und "Nein zu Containerdörfern" hat er auf die Seiten des blauen Kastenwagens geklebt. Der Handwerker fährt den Wagen auf einen Parkplatz im Ostseeviertel, einer Plattenbausiedlung, um Menschen zu treffen, die diese Ansichten teilen.

Vollert hat eine Bürgerinitiative mitgegründet, die sich gegen den Bau von Containerdörfern richtet. Er und seine Mitstreiter finden, dass die Hansestadt die wachsende Zahl an Migranten und Flüchtlingen nicht mehr bewältigen kann. "Jeder Flüchtling, der zu uns kommt, ist ein Auftrag", sagt Vollert, der als Selbstständiger im Innenausbau arbeitet. "Ich kann als Unternehmer nicht Aufträge ohne Ende annehmen und nicht wissen, wie ich sie abarbeiten soll."

Seit Monaten klagen viele Kommunen, dass die Zuwanderung sie überfordere. Es gibt zu wenig Wohnungen, zu wenig Kita- und Schulplätze, zu wenig Personal in den Ämtern. In Greifswald ist der Streit darüber eskaliert. Die Stadt will dem Landkreis mehrere Grundstücke für Containerdörfer verpachten, doch die Gegner wehren sich mit einem Bürgerentscheid. Am Sonntag entscheiden die Einwohner. Auf dem Papier geht es um Grundstücke, aber in den Augen von Befürwortern wie Gegnern steht die grundsätzliche Flüchtlingspolitik zur Abstimmung.

Im Ostseeviertel trifft Vollert seine Mitstreiter. Ralf Leonhard, ein Frührentner und ehemaliger Berufskraftfahrer, hat die Bürgerinitiative mitgegründet. Er beklagt, dass ihm die Stadt nicht sagen konnte, wie viele Menschen überhaupt noch aufgenommen werden können. Grit Wuschek, Berufsbetreuerin und parteiloses Mitglied in der Bürgerschaft, berichtet, dass sie für ihre Mündel schon jetzt keine Sozialarbeiter oder Ärzte findet. Eva Nehmzow, studierte Sonderpädagogin und Privatière, ist Sprecherin der Gruppe.

Die vier stehen am Rande einer Wiese, auf der wilde Gräser blühen. Mit genau dieser Wiese hat im Februar ein Streit begonnen, an dessen Ende in Greifswald ein Bürgerentscheid abgehalten wird. Oberbürgermeister Stefan Fassbinder (Grüne) und Michael Sack (CDU), Landrat des Kreises Vorpommern-Greifswald, fassten damals den

Eine Stadt stimmt über die Flüchtlingspolitik ab In Greifswald entscheiden die Bürger über Containerdörfer.
Doch es geht auch um Grundsätzliches

Plan, dort für die wachsende Zahl an Migranten, die dem Landkreis zugewiesen werden, ein Containerdorf für bis zu 500 Personen zu errichten.

Doch der Widerstand war enorm. Am Rande einer Ortsteilsitzung im Ostseeviertel, auf der Fassbinder die Pläne verteidigte, demonstrierten 500 Personen unangemeldet gegen die Container, darunter nach Polizeiangaben auch 20 Personen aus der rechten Szene. Der Bürgermeister verließ die Sitzung aufgrund der aufgeheizten Stimmung durch einen Hinterausgang, unter Polizeischutz. Später hieß es, der Bürgermeister sei angegriffen worden. Fassbinder weist das zurück. Allerdings habe es nach Einschätzung der Polizei derartige Drohungen gegeben.

Den Plan mit der grünen Wiese halten inzwischen alle für einen Fehler. Im März wurde entschieden, die ankommenden Menschen stattdessen auf dezentrale Unterkünfte zu verteilen und kleinere Containerdörfer zu bauen. Doch die Bürgerinitiative hatte zu diesem Zeitpunkt in der 60.000-Einwohner-Stadt bereits mehr als 7000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt und das Quorum überschritten. Längst geht es nicht mehr um die Standorte, sondern um die Frage, wie die Stadt mit der Migration umgehen soll.

Auf der einen Seite steht die Bürgerinitiative, die mit roten Plakaten für ein "Nein" wirbt. Unten rechts auf den Plakaten flattert eine Friedenstaube - um sich auch für ein Ende des Krieges in der Ukraine einzusetzen, wie Christian Vollert sagt. Auch die Bürgerschaftsfraktionen der CDU, der FDP und der AfD sowie die WerteUnion Mecklenburg-Vorpommern ruft dazu auf, am Sonntag mit "Nein" zu stimmen.

Auf der anderen Seite steht das Bündnis "Greifswald für Alle", das während der Flüchtlingskrise 2015 entstand. Es mobilisiert für ein "Ja zu Solidarität". Zu den Unterstützern zählen SPD, Grüne, Linke und die Tierschutzpartei, der DGB, Kirchengemeinden, sowie weitere Gruppen aus der Flüchtlingsarbeit.

Anne Wolf, Lehrerin an einer Walldorfschule und ihr Mann Gregor Kochhan, Anwalt für Asylrecht bei der Diakonie, vertreten "Greifswald für Alle" nach außen. Sie haben 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise, einen 23-jährigen Syrer aufgenommen. Inzwischen arbeitet er als Pfleger, ist verheiratet und hat einen Sohn. Die Frage, wie viel Greifswald noch helfen kann, stellt sich für sie in dieser Form nicht. "Mecklenburg-Vorpommern nimmt knapp zwei Prozent der in Deutschland ankommenden Asylsuchenden auf", sagt Kochhan. "Mir kann keiner erzählen, dass wir deshalb in Greifswald zu wenig Wohnungen oder Kitaplätze haben." Wolf sieht das ähnlich: "Wir können nicht sagen, wir nehmen keine Geflüchteten mehr auf, weil wir andere Probleme haben. Wir müssen beides stemmen."

Stefan Fassbinder, seit 2015 der einzige grüne Oberbürgermeister in Ostdeutschland, wirbt ebenfalls für ein "Ja" am Sonntag. "Der Bürgerentscheid hat nicht die Auswirkung, die sich manche erhoffen", sagt Fassbinder. "Sie stimmen eben nicht darüber ab, ob weitere Menschen zu uns kommen, sondern nur, wie sie untergebracht werden." Greifswald hat bis jetzt rund 2300 Menschen mit unterschiedlichen Flüchtlingstiteln aufgenommen. Fassbinder räumt ein, dass die Unterbringung in der Universitätsstadt schwierig ist. "Ohne die Container könnten wir gezwungen sein, Sporthallen zu nutzen", sagt er. Allerdings hat sich der Kreistag dagegen ausgesprochen; die Bürgerinitiative sammelt Unterschriften gegen eine Belegung von Hallen. Dann, sagt Fassbinder, blieben nur noch Zeltstädte.

Der Bürgerentscheid fordert Greifswald in einer Zeit, in der die Polarisierung ohnehin zugenommen hat. Vollert und seine Mitstreiter gehen regelmäßig auf Montagsdemonstrationen - gegen die Corona-Politik, gegen Waffenlieferungen, gegen LNG-Terminals. Das politische Engagement hat auch private Folgen. Flüchtlingshelferin Wolf war mit Vollerts Frau, einer Tanzlehrerin aus Kuba, befreundet. Inzwischen ist der Kontakt abgebrochen. Der Austausch zwischen den Lagern scheiterte in den vergangenen Wochen immer wieder. "Greifswald für Alle" lehnt Gespräche am Rande der Montagsdemonstrationen ab. Die Bürgerinitiative wiederum sieht sich durch Linksextreme und die Antifa von der Teilnahme an Diskussionsveranstaltungen ausgegrenzt.

Und dann gibt es auch noch die Auseinandersetzungen im Internet. Die Vertreter von "Greifswald für Alle" werfen den Mitgliedern der Bürgerinitiative vor, auf Facebook rassistische, antisemitische oder demokratiefeindliche Aussagen zu verbreiten. Besonders umtriebig ist Ronny Bormann, ein weiterer Mitgründer der Initiative. Er teilte unter anderem ein Video, in dem erklärt wird, warum die Bundesrepublik kein Staat sei - eine beliebte Erzählung

Eine Stadt stimmt über die Flüchtlingspolitik ab In Greifswald entscheiden die Bürger über Containerdörfer.
Doch es geht auch um Grundsätzliches

unter Reichsbürgern. Gegenüber WELT lehnte Bormann am Telefon eine Stellungnahme ab. Vollert und Leonhard sagen, sie können nicht für Bormann sprechen.

Zusammen gaben die drei dem "Compact Magazin" ein Interview. Das Magazin wird vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Die Initiative verteidigt das Gespräch. Andere Medien in Mecklenburg-Vorpommern hätten kein Interesse an einem Interview gehabt, also habe man die Anfrage von "Compact" angenommen.

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern rufen auch Rechtsextreme in sozialen Medien auch zur Unterstützung der Bürgerinitiative auf. Das erklärte das zuständige Innenministerium in Schwerin auf WELT-Anfrage. Eine Einschätzung zu einzelnen Akteuren lehnte die Behörde aus rechtlichen Gründen aber ab.

Prognosen oder Umfragen gibt es nicht. Klar ist aber: Eine Seite wird am Sonntag verloren haben. Anne Wolf sagt, sie wäre erschrocken, sollte die "Nein"-Kampagne Erfolg haben. "Dann kommt viel Arbeit auf unser Bündnis zu." Bürgermeister Fassbinder fürchtet um den Ruf als liberale, weltoffene Universitätsstadt.

Handwerker Vollert sagt, die Initiative wolle unabhängig vom Ausgang der Wahl weitermachen, sich gegen die Belegung von Turnhallen einsetzen und bei der Bürgerschaftswahl im kommenden Jahr antreten. Mit Blick auf den Sonntag fügt er hinzu: "Ich hoffe, dass viele Bürger zur Wahl gehen, weil dann wissen wir, was die Stadt denkt." Denn was Vollert selbst denkt, das kann jeder nachlesen, wenn er mit seinem Transporter durch Greifswald fährt.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Museumshafen in Greifswald: In der Hansestadt gibt es am Sonntag einen Bürgerentscheid

Load-Date: June 15, 2023

Unterschätztes Zuwanderungsland; Die Inder, die es nach Deutschland zieht, sind besser qualifiziert als andere Migranten. Die Bundesregierung hat das zwar erkannt. Dennoch wird es den Einwanderern hier schwer gemacht

Die Welt

Freitag 15. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Wirtschaft; S. 11; Ausg. 244

Length: 1112 words

Byline: Jan Klauth

Body

Rund 210.000 Inder leben mittlerweile in Deutschland. Davon sind allein letztes Jahr 48.887 in die Bundesrepublik gezogen - so viele wie nie zuvor. "Die Einwanderung aus Indien ist eine Erfolgsgeschichte", sagt Wido Geis-Thöne, **Migrationsforscher** am arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW). "Es kommen überdurchschnittlich gut ausgebildete Menschen, sie verdienen auch deutlich besser als **Migranten** aus anderen Ländern." Die deutsche Wirtschaft braucht in den kommenden Jahren dringend Arbeitskräfte aus dem Ausland. Die Ampel hat dafür das Einwanderungsrecht weiter liberalisiert.

"Doch das Problem ist seit Jahren bekannt: Über die Fachkräfte-Einwanderung von außerhalb der EU kommen in Relation zur gesamten **Migration** nur relativ wenig Menschen nach Deutschland", so Geis-Thöne weiter. Die mit Abstand größte Gruppe unter den Zuwanderern bildeten 2022 laut Statistischem Bundesamt **Flüchtlinge** aus der Ukraine (1,1 Millionen), gefolgt von **Migranten** aus Rumänien (204.637) und Polen (107.060), die innerhalb der EU Freizügigkeit genießen. Wer dagegen als Arbeitskraft von außerhalb von Europa nach Deutschland kommen möchte, muss komplizierte und langwierige Verfahren durchlaufen und benötigt ein Visum. Neben Indien weisen nur Russland und der Iran nennenswerte Zahlen auf: jeweils 31.5200 und 19.228.

Laut IW arbeiteten im März dieses Jahres rund 56 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Inder in Deutschland in Spezialisten- oder Expertentätigkeiten, für die typischerweise ein Meister-, Fachwirt- oder Universitätsabschluss erforderlich ist. Zur Einordnung: Unter allen Ausländern lag der Anteil bei 17,7 Prozent und unter den Deutschen bei 30,5 Prozent. Besonders häufig arbeiten Inder hierzulande in der IT-Branche, wo der Mangel an Arbeitnehmern besonders groß ist. Dort liegt ihr Anteil rund sechsmal so hoch wie im Durchschnitt aller Erwerbstätigen.

Sorgen in den zurückliegenden Jahren vor allem Migranten aus Osteuropa und dem Balkan für Beschäftigungszuwächse auf deutschen Baustellen und in Werkshallen, könnte dieser Strom bald versiegen. Zwar

Unterschätztes Zuwanderungsland Die Inder, die es nach Deutschland zieht, sind besser qualifiziert als andere Migranten. Die Bundesregierung hat das zwar erkannt....

sind im EU-Raum Rumänien, Polen und Bulgarien derzeit die wichtigsten Zuwanderungsländer, aber sie sind wie viele osteuropäische Staaten selbst von Überalterung betroffen.

Anders sieht es in Indien aus. "Das Potenzial ist weiterhin riesig", sagt Shikha Ahluwalia. "Allein in der IT gehen in Indien jedes Jahr rund 1,5 Millionen Absolventen von der Universität. Nicht alle finden danach Arbeit." Das Interesse an Deutschland sei unter jungen Indern ungebrochen hoch, erzählt Ahluwalia, die in Berlin den Deutschlandsitz des britischen Risikokapitalunternehmens Balderton Capital leitet. Die gebürtige Düsseldorferin ist Tochter indischer Migranten; nach ihrem Studium lebte sie selbst einige Jahre in Indien und gründete dort zwei Unternehmen. Die Heimat ihrer Eltern wurde lange von deutschen Politikern stiefmütterlich behandelt. Der letzte Wirtschaftsminister, der vor der amtierenden Regierung das Land besuchte, war Philipp Rösler (FDP) im Jahr 2012.

Erst elf Jahre später reiste Robert Habeck (Grüne) nach Neu-Delhi; es folgten Bundeskanzler Olaf Scholz und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Die Ampel, so scheint es, hat Indien in diesem Jahr neu für sich entdeckt. Kein Wunder: Mit 1,4 Milliarden Einwohnern hat Indien kürzlich China als bevölkerungsreichstes Land der Welt überholt. Zentrales Thema der Reisen: Anwerbung von Fachkräften. Nicht nur bei der Migration wird Indien wichtiger, sondern auch in den Handelsbeziehungen.

Sowohl die Importe als auch die Exporte mit Indien haben sich seit dem Jahr 2008 mehr als verdoppelt. Und bei der Migration liegt Indien deutlich vor China. Das macht sich auch in Deutschland bemerkbar. "Gerade in den Großstädten bilden sich zunehmend indische Communitys", sagt Ahluwalia. Ihre Beobachtung deckt sich mit den IW-Daten: Die meisten Inder zieht es nach Berlin, München und Frankfurt. Ahluwalia sieht in der Bürokratie einen der Hauptgründe, warum nicht längst mehr Fachkräfte von außerhalb der EU nach Deutschland gekommen sind. Die überbürokratisierte Verwaltung, sei ein Stück weit "broken", gerade für Einwanderer sei das Ganze "painful". Solche Anglizismen nutzt Ahluwalia im Gespräch mit WELT häufig. Neulich, so erzählt Ahluwalia, war sie mal wieder auf Facebook unterwegs. Auf der Plattform ist sie Mitglied zahlreicher Gruppen, in denen sich Migranten aus Indien über ihren neuen Alltag in Deutschland austauschen. Bei dem, was sie dort regelmäßig lese, fühle sich die 31-Jährige verpflichtet zu helfen, sagt sie. "Den Wohnsitz ummelden, die Visa-Papiere verlängern oder das Elterngeld beantragen - all das geht nur mit vielen Papierformularen und Vor-Ort-Terminen auf den Ämtern, wo nicht immer Englisch gesprochen wird." Viele seien damit überfordert. "Teilweise bekommt man mit, wie Leute vor dem Amt übernachtet haben. Das ist doch unwürdig für ein Land wie Deutschland."

In Indien funktioniere die Verwaltung ganz anders. "Ein Land mit 1,4 Milliarden Einwohnern lässt sich nur über eine digitalisierte Verwaltung managen - anders würde das gar nicht funktionieren." Ahluwalia nennt als Beispiel die personalisierte Identifikationsnummer, über die jeder in Indien ein Bankkonto eröffnen oder ein Unternehmen eintragen lassen und mit den Behörden kommunizieren kann, ohne die eigenen vier Wände verlassen zu müssen. "Deutschlands Attraktivität ist hinsichtlich der Bürokratie eher fraglich.", berichtet Ahluwalia. "Oft heißt es dann: Für jede Kleinigkeit zum Amt oder Notar gehen zu müssen, um sich Dinge beglaubigen zu lassen - das erschwert das Arbeiten enorm", sagt sie. "Wenn ein Großteil der Menschen nur kommt, um zwei bis drei Jahre Auslandserfahrung zu sammeln, hat das Land wenig davon." Dazu kommt aus ihrer Sicht: "Der Aufstieg der AfD wird Deutschland als Einwanderungsland unattraktiver machen. Über Verwandte und Netzwerke bekommen Inder in der Heimat schon mit, dass eine fremdenfeindliche Partei immer mehr an Boden gewinnt."

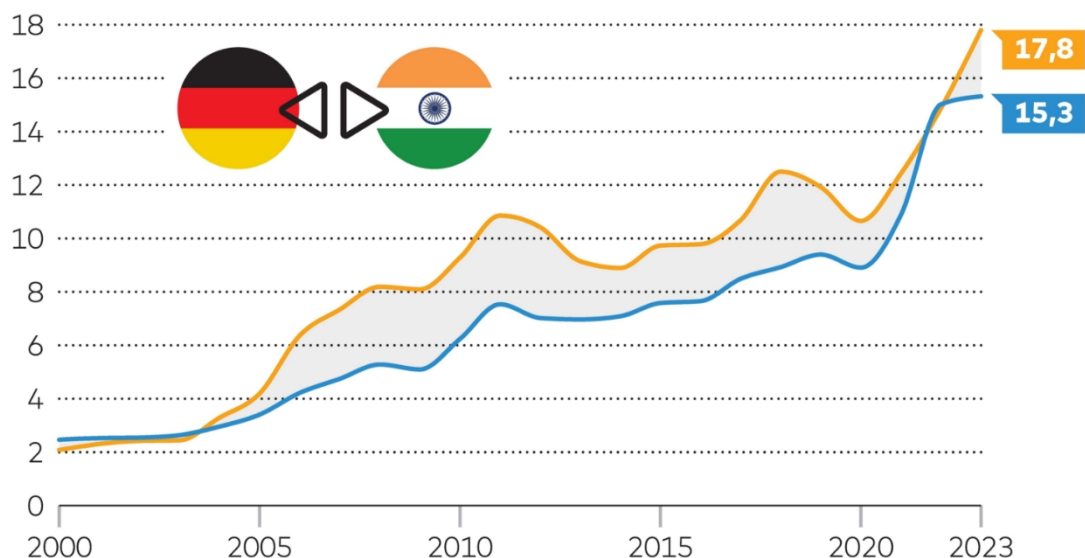
Die Ergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen hätten sie selbst schockiert. Ahluwalia hat enge familiäre Verbindungen zu Frankfurt. "Jetzt bin ich mir unsicher, ob ich dort wieder hinziehen würde." Die Belegschaft von Balderton Capital, sagt Ahluwalia, sei größtenteils international. Gerne würde sie weitere Arbeitskräfte einstellen, auch aus Indien.

Andererseits sei in Deutschland nicht alles schlecht. "Das System der sozialen Absicherung und der Krankenversicherung beispielsweise wird total unterschätzt", sagt sie. Die aus dem Ruder laufenden Kosten für Gesundheitsleistungen etwa in den USA seien für viele Inder abschreckend.

Unterschätztes Zuwanderungsland Die Inder, die es nach Deutschland zieht, sind besser qualifiziert als andere Migranten. Die Bundesregierung hat das zwar erkannt....

Handel mit Indien wird zunehmend wichtiger

Exporte und Importe in Milliarden Euro

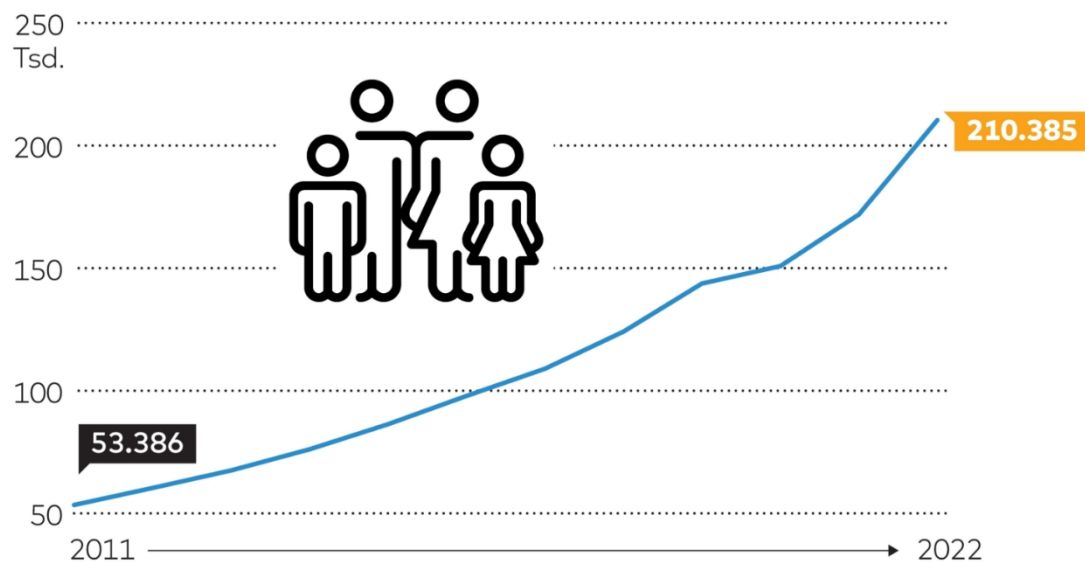


Quelle: Stat. Bundesamt; 2023 Prognose Business Insider

WELT

Indische Bevölkerung in Deutschland wächst stark

Anzahl der Ausländer aus Indien in Deutschland von 2011 bis 2022



Quelle: Statista

WELT

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 14, 2023

Unterschätztes Zuwanderungsland Die Inder, die es nach Deutschland zieht, sind besser qualifiziert als andere Migranten. Die Bundesregierung hat das zwar erkannt....

End of Document

Ein grüner Landrat, der nichts verklärt; Jens Marco Scherf aus dem unterfränkischen Miltenberg spricht Klartext zur Migrationskrise - der Druck vor Ort steige mit jeder Woche

Die Welt

Dienstag 14. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 52

Length: 1168 words

Byline: Frédéric Schwilden

Body

Miltenberg

Ist das schön hier. Die Berghänge der Täler werden langsam grün. Der Main fließt vorbei, und darauf schwimmen die Enten. Der Himmel ist blau, und manchmal fliegt ein Vogel über das churfränkische Fachwerk der Häuser in Miltenberg, einer Kleinstadt in Unterfranken, dieser Region, wo menschenhohe Frankenweinflaschen am Wegrand stehen. Die Straße geht über eine Kurve nach oben auf die Mainbrücke. Jetzt um die Mittagszeit sind die Straßen voll von Jugendlichen, die aus der Schule kommen.

Und dann geht es durch ein Tor hindurch, und dann ist da gleich das Landratsamt. Und wenn man mit dem Landrat spricht, dann vergisst man das alles ganz schnell. Denn dann ist man in einer anderen Realität.

Jens Marco Scherf also, 48 Jahre alt. Mitglied der Grünen. Wobei er ganz früher Mal in der Jungen Union war. Er hatte seine Eltern immer in politischen Dingen belehrt. Und als es denen zu bunt wurde, haben sie gesagt, er solle mal zur Jungen Union gehen. Später trat er wieder aus. Nach einem Jahr Lehramtsstudium wurde er Mitglied der Grünen. Bis heute ordnet er sich dem liberalen Flügel zu. "Es geht mir um Verantwortung und Freiheit", sagt er.

Das Studium schloss Scherf ab. Er arbeitete sich bis zum Schuldirektor hoch. Die einen kommen vom Völkerrecht, Scherf vom Boden der Tatsachen. Seit 2014 ist er nun Landrat des Landkreises Miltenberg. Scherf ist kein verschlafener Typ, der von Leberwurst- zu Bratwurst-Empfang von Kreissparkasse zu Kreissparkasse tänzelt, um dann gegen 14 Uhr die erste Halbe oder das zweite Vierteile zu trinken. Jens Marco Scherf ist hellwach, ein Schnell-, ein Viel-Denker. Muss er auch sein.

"Der Druck vor Ort wird immer größer", sagt er. "Jede Woche kommen 30 Geflüchtete neu in unserem Landkreis an." Das ist die Realität bei ihm. Er meint: "Einen Ort finden wir zur Not noch. Aber damit ist es nicht getan. Wir

Ein grüner Landrat, der nichts verklärt Jens Marco Scherf aus dem unterfränkischen Miltenberg spricht Klartext zur Migrationskrise - der Druck vor Ort steige mi....

werden sie nicht mehr versorgen, betreuen und integrieren können. Ob das in zwei Wochen oder in zwei Monaten sein wird, kann ich nicht sagen. Aber es wird passieren."

Kurz nach seinem Antritt als Landrat begann die erste Flüchtlingskrise durch den Bürgerkrieg in Syrien. Die Hilfsbereitschaft war groß. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte: "Wir schaffen das." Horst Seehofer (CSU), damals Innenminister, forderte eine Obergrenze für die Flüchtlinge. Prominente AfD-Politikerinnen dachten laut darüber nach, auf diese schießen zu lassen. Und Leute wie Katrin Göring-Eckardt von den Grünen sagten Sätze wie auf Ecstasy, wenn auf der evangelischen Afterhour die Sonne aufgeht. "Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt", war so einer.

Landrat Scherf sagt heute: "Wir haben das mit der Feuerwehr, dem BRK, dem THW (Bayerisches Rotes Kreuz und Technisches Hilfswerk, d. Red.), Caritas und der Zivilgesellschaft zusammen gewuppt." Jetzt sei die Situation aber anders: "Wir haben drei Jahre Krise mit Pandemie, eine fragliche Erdgas-Versorgungslage mit möglichen Blackouts. Und dazu kommt, dass die jetzige Situation bundespolitisch und gesellschaftlich noch gar nicht diskutiert wird." Anders als in der ersten Flüchtlingskrise, findet Scherf. Schon im November 2022 hat Scherf zusammen mit den Landräten Bayerns den Brüsseler Appell unterzeichnet. Im Schreiben heißt es: "Wir sehen dem Winter mit Blick auf die rasant steigenden Flüchtlingszahlen mit großer Skepsis entgegen. Tragfähige Lösungen fordern auch die Europäische Union." Aus Brüssel kam keine Antwort.

Im Januar schreibt Landrat Scherf direkt an Olaf Scholz (SPD) . In diesem Brief heißt es: "Wir sind am Ende der Leistungsfähigkeit, es geht nicht mehr!" Vom Kanzler kam keine Antwort. Wenn die Welt brennt, riecht man das Feuer im eigenen Haus nicht mehr - oder man will es gar nicht riechen. Anders ist es nicht zu erklären, warum niemand auf die Hilferufe von Scherf und den Landräten reagiert. Es zeigt aber unmissverständlich Verachtung und Ignoranz der scheinbar großen Politik gegenüber denen, die sie real tagtäglich umsetzen müssen. "Bund und Länder tun momentan nichts, was bei uns ankommt", sagt er. Auch an die eigene Bundesparteispitze hat sich Scherf gewendet und bekam auch von ihr keine Antwort.

Im Februar saß Jens Marco Scherf dann bei Markus Lanz. Serap Güler von der CDU war auch da, Schriftstellerin Juli Zeh und Zeit-Journalist Martin Machowecz. Zum ersten Mal wurde er gehört. Die Situation in Landkreisen in ganz Deutschland wurde zum Thema. Die Frage ist, was davon bleibt. Denn die nächste Friedens-Gegendemo, der nächste Hundekot-Angriff eines Tanztheatermachers und die nächsten irren, die mit Klebstoff und Öl die Menschen dieses Landes zu Tode nerven, werden kommen, und die Aufmerksamkeit an sich reißen. Immerhin: Seit einiger Zeit ist Scherf nun mit dem Grünen-Vorsitzenden Omid Nouripour im Austausch. Am Abend wollen sie wieder telefonieren, erzählt er.

Reden ist natürlich gut, aber wegreden kann man Probleme nicht. Scherf sagt: "Die Einschnitte für Bevölkerung und Geflohene sind noch vertretbar. Aber nicht mehr lange. Wir haben eine angespannte ärztliche Versorgungslage. Die Kindergartenplätze sind knapp. Die Schulen sind extrem belastet. Und für die Unterbringung möchte ich keine Turn- oder Gemeindehallen schließen. Das ist für mich ein absolutes Tabu. Kinder, Jugendliche und die Vereine haben die letzten Jahre genug gelitten. Lieber miete ich ein Schiff an oder nehme leer stehende Gewerbeimmobilien."

Scherf fordert: "Die Asylverfahren müssen extrem beschleunigt werden. In den Niederlanden dauert das vier bis sechs Wochen. Bei uns bis zu zwölf Monate." Seine Idee für die Verteilung der Menschen: "Im Idealfall kommen die Menschen erst in unsere kommunale Verantwortung, wenn der Aufenthaltsstatus geklärt ist. Dann brauchen wir auch keine Flüchtlingsunterkünfte, sondern können gleich mit der Integration loslegen ."

Weil Scherf Probleme direkt anspricht, nicht beschönigt, wird er von Träumern wie aus der Jugendorganisation seiner Partei als "rechts" bezeichnet oder als populistisch. Scherf versteht das nicht. "Durch so etwas machen wir erneut den Fehler, nicht zu diskutieren." Er denkt laut über die "Psyche" der Grünen nach. "Aber wir müssen uns mit den Bedingungen gelingender Migration auseinandersetzen", sagt er und kommt dann von den Grünen auf die gesamte Gesellschaft: "Wir müssen Fehlentwicklungen klar ansprechen. Ansonsten laufen wir Gefahr, dass die

Ein grüner Landrat, der nichts verklärt Jens Marco Scherf aus dem unterfränkischen Miltenberg spricht Klartext zur Migrationskrise - der Druck vor Ort steige mi....

Bevölkerung nicht mehr mitgeht." Genau das ist in Upahl in Mecklenburg-Vorpommern passiert oder gerade in Lörrach. Und darüber freuen sich nur Rechtsextremisten. Die keine Migration, aber auch sonst nichts fordern.

Scherf nennt Migration in seinem Landkreis "eine Erfolgsgeschichte". Und sagt: "Wir haben als Industrielandkreis seit Jahrzehnten Menschen türkischer, portugiesischer, italienischer, griechischer und sonstiger Abstammungen." Er spricht von der Notwendigkeit von Migration, auch um den Fachkräftemangel in Deutschland zu kompensieren.

Aber er verklärt eben nichts. Das ist selten dieser Tage. In allen Bereichen der Politik.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Jens Marco Scherf warnt die Grünen vor dem "Fehler, nicht zu diskutieren"

Load-Date: March 13, 2023

"Deutschland beginnt, anders über Migration zu denken"; Der italienische Außenminister Tajani erklärt, warum er zwar mit Meloni regiert - aber niemals ein EU-Bündnis mit der AfD eingehen würde

Die Welt

Montag 20. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 225

Length: 1159 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Antonio Tajani ist Italiens Außenminister und Vize-Ministerpräsident. Als ehemaliger Präsident des Europaparlaments gilt er als Garant für das Bekenntnis zur EU in der rechtsnationalistischen Regierungskoalition. Tajani leitet er nach dem Tod von Silvio Berlusconi dessen Partei Forza Italia und sorgt dafür, dass die Kommunikation zwischen Brüssel und Rom nicht in Stocken gerät.

WELT:

Minister Tajani, Sie sind Vizechef der christlich-konservativen EVP-Fraktion im europäischen Parlament, zu der auch die CDU/CSU gehört. Als kürzlich in Italien die Debatte darüber aufkam, dass die EVP nach der Europawahl im nächsten Juni auch mit der rechtsnationalistischen Fraktion Identität und Demokratie (ID) koalieren könnte, haben Sie sich klar dagegen ausgesprochen. Warum?

Antonio Tajani:

Es ist nicht möglich, mit Marine Le Pen (der französischen Partei Rassemblement National; d. Red.) und der AfD, die wichtige Mitglieder der ID sind, Bündnisse zu schließen, weil sie nicht an die EU und die Nato glauben. Sie vertreten fundamental andere politische Positionen als wir. Und mir gefallen ihre Themen nicht. Am negativsten ist mir aufgefallen, dass die AfD davon gesprochen hat, dass Kinder mit Behinderungen auf gesonderte Schulen gehen sollten. Das widerspricht jeder logischen und christlichen Lebensauffassung. Es handelt sich hier schließlich nicht um eine Frage der geistigen und körperlichen Fähigkeiten, jeder Mensch ist nützlich und unersetzbar.

Aus deutscher Perspektive ist es schwierig, ihre kategorische Ablehnung eines Bündnisses mit der AfD zu verstehen, weil sie ja in Italien gemeinsam mit der Lega regieren, die im EU-Parlament auch zur ID gehört. Wieso gibt es in der EU eine Brandmauer, die in Italien nicht existiert?

"Deutschland beginnt, anders über Migration zu denken" Der italienische Außenminister Tajani erklärt, warum er zwar mit Meloni regiert - aber niemals ein EU-Bün....

Auf EU-Ebene mögen AfD und Lega zur gleichen Gruppe gehören, aber inhaltlich sind sie völlig verschieden. In Italien ist der Minister für Menschen mit Beeinträchtigung ein Minister der Lega und hat daher entgegengesetzte Positionen zu denen der AfD. Mir geht es um den Inhalt, nicht um die Form. Ich respektiere die Wähler von Le Pen und jene der AfD. Aber ihre Ideen sind unvereinbar mit meinen. Unsere außenpolitischen Bezugspunkte sind die EU und die USA. Wie soll man also einen Deal mit ihnen machen können? Ich denke, das einzig mögliche Bündnis ist das zwischen den Fraktionen der EVP, der Sozialdemokraten, der Liberalen und der konservativen EKR.

In dieser EKR-Fraktion sind auch die polnische PiS, die Schwedendemokraten oder die tschechische Regierungspartei ODS. Und natürlich die Fratelli d'Italia Ihrer Ministerpräsidentin Giorgia Meloni. In Deutschland wird Meloni als ähnlich schwierige Koalitionspartnerin angesehen wie die Lega.

Die EKR ist ein integraler Bestandteil der EU-Institutionen. Ihre Mitglieder haben für Roberta Metsola als Präsidentin des EU-Parlaments gestimmt und teils auch für Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin. Die EKR-Fraktion ist also etwas völlig anderes als die ID.

In der EU wird derzeit heftig über das Thema Migration diskutiert. Italien hat sich über Jahre darüber beklagt, mit dem Thema alleingelassen zu werden. Hat sich das nun mit der Reform der Migrationspolitik, auf die sich die EU-Mitglieder geeinigt haben, geändert?

Auf EU-Ebene wurde ein Schritt nach vorn gemacht. Man beginnt zu verstehen, dass Migration ein europäisches und kein italienisches Problem ist. Und wenn der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sagt, dass er die Vereinbarungen, die wir mit Albanien getroffen haben, versteht und ihre Umsetzung genau beobachtet, bedeutet das, dass man auch in Deutschland beginnt, anders zu denken als früher. Denn wenn man das Problem der primären Migration nicht angeht, kann man gegen das Problem der sekundären Migration nichts tun.

Nicht nur Scholz beobachtet das Migrations-Abkommen mit Albanien, dessen Abschluss Meloni vergangene Woche verkündet hat. Auch vielen anderen ist unklar, wie genau es gelingen soll, dass Italien die Asylverfahren für einen Teil der Migranten, die über das Mittelmeer kommen, in Albanien durchführt. Wie können die Migrationszentren rechtlich zu Italien gehören - wenn sie doch in Albanien stehen?

Ein Teil der Vereinbarung besagt, dass die Zentren so behandelt werden, als lägen sie in Italien. Während ihres Aufenthalts dort werden die Migranten in ihnen festgehalten und unter italienische Aufsicht und Verwaltung gestellt. Die Zentren selbst unterstehen italienischer Kontrolle, außerhalb ist Albanien zuständig. Die Migranten bleiben in den Zentren nur für die Dauer der Überprüfung ihres Antrags. Wird ihm zugestimmt, kommen sie nach Italien. Wird er abgelehnt, bringen wir sie zurück in ihr Herkunftsland.

Aber die Rückführung funktioniert doch heute schon nicht, weil die Herkunftsländer nicht kooperieren. Wieso sollte sie aus Albanien klappen?

Die Dinge können sich durchaus verbessern. Aber wir müssen dafür sorgen, dass alles schneller geht. Gegen EU-Vorschriften werden die Zentren übrigens nicht verstoßen, dafür haben die vier Ministerien gesorgt, die daran beteiligt waren, das Abkommen zu verfassen.

Meloni hat damit geworben, dass dieses Abkommen die Migrationsströme verringern soll. Aber wie soll das gehen? Für viele Migranten ist es das Wichtigste, Afrika zu verlassen und auf den europäischen Kontinent zu kommen. Ob sie in Italien, Griechenland oder Albanien ankommen, ist ihnen doch erst mal egal.

Nein, es geht nicht darum, die Zahlen der Ankommenden zu verringern, sondern darum, dass wir mehr Platz haben, um die Menschen unterzubringen. Denn es besteht die Gefahr, dass ihre Zahl aufgrund des Kriegs im Nahen Osten weiter steigt. Außerdem bedeutet dieser Mechanismus auch mehr Kontrolle darüber, wer in die EU kommt. Schließlich handelt es sich auch um eine Frage der inneren Sicherheit. Der Terrorist, der den Anschlag in Brüssel verübt hat, war auch über das Mittelmeer und via Lampedusa in die EU gekommen. Um die Zahlen zu reduzieren, brauchen wir eine gesamteuropäische Strategie in Afrika, einen Investitionsplan ähnlich dem Marshall-

"Deutschland beginnt, anders über Migration zu denken" Der italienische Außenminister Tajani erklärt, warum er zwar mit Meloni regiert - aber niemals ein EU-Bün....

Plan, der dafür sorgt, die Entwicklung in der Region anzukurbeln, damit die Menschen ihre Heimat nicht mehr verlassen wollen.

Ein erster Schritt in diese Richtung hätte das Migrationsabkommen mit Tunesien sein können, das die EU unter italienischer Führung geschlossen hat. Doch bisher blockiert der tunesische Präsident Kais Saied die Umsetzung, indem er das Geld nicht annimmt, dass er von der EU erhalten sollte, oder indem er eine Delegation des EU-Parlaments nicht ins Land gelassen hat.

Die Beziehungen zwischen Italien und Tunesien sind weiterhin hervorragend. Ich war erst vor rund einem Monat dort, um ein Abkommen über 4000 zusätzliche Arbeitsvisa abzuschließen. Und in den vergangenen Wochen sind bereits weniger Migranten von Tunesien aus in Richtung Italien aufgebrochen, weil Tunis seine Küsten stärker kontrolliert hat. Doch diese Veränderungen brauchen Zeit, es gibt keinen Zauberstab, den man schwenkt, um alles zu beschleunigen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 19, 2023

End of Document

Wie Moskau und Minsk die Migration fördern; Belarussische Kräfte graben offenbar Fluchttunnel

Die Welt

Donnerstag 14. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 179

Length: 907 words

Byline: Philipp Fritz

Body

Warschau

Erst am Dienstagmorgen hat der polnische Grenzschutz nach eigener Aussage eine "Gruppe von 20 Ausländern, die illegal die Grenze von Belarus nach Polen überquert haben, festgenommen". Es sind mehrere kurze Statements wie dieses, die die Behörde beinahe jeden Tag online veröffentlicht und so dokumentiert, was seit nunmehr zwei Jahren auf der polnischen Grenzseite - und somit in der EU - vor sich geht.

Im Sommer 2021 begann das Regime des belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko, Menschen vorwiegend aus dem Nahen Osten nach Belarus zu schaffen. Von der Hauptstadt Minsk aus wurden diese mit Bussen an die polnisch-belarussische Grenze gefahren und dort teilweise gewaltsam von den Grenzern hinübergedrängt. Anfangs stellten die Belarussen vor allem Menschen im Irak Aufenthaltsdokumente für Belarus aus und gaben vor, ihnen eine einfache und ungefährliche Einreise in die EU garantieren zu können. Erste Flugzeuge voller Migranten starteten von irakischen Flughäfen nach Minsk, aber auch Istanbul war ein populäres Drehkreuz.

Die polnische Regierung bezeichnete dieses Vorgehen von Belarus seinerzeit als einen "Akt hybrider Kriegsführung" gegen Polen und reagierte entsprechend mit militärischen Mitteln. Die Armee wurde nach Osten entsandt, in mehreren Gemeinden der Ausnahmezustand ausgerufen und ein teilweise mehrere Kilometer tiefes Sperrgebiet entlang der mehr als 400 Kilometer langen Grenze zu Belarus eingerichtet. Lediglich Anwohner oder Armeeangehörige kommen seitdem hinein. Eine Migrationskrise konnte so jedoch nicht verhindert werden. Was der polnische Grenzschutz nicht veröffentlicht, sind Informationen darüber, wie viele Menschen sofort wieder über die Grenze nach Belarus gedrängt werden - diese Pushbacks werden von internationalen Organisationen verurteilt - oder auf der polnischen Grenzseite in den großen Waldgebieten verletzt oder sogar tot aufgefunden werden.

Die Migrantenzahlen über die Belarus-Route steigen jetzt wieder an. Sie hat sich neben der Mittelmeer- und der Balkan-Route als einer der drei großen Wege für Menschen in die EU etabliert. In diesem Jahr registrierte der

Wie Moskau und Minsk die Migration fördern Belarussische Kräfte graben offenbar Fluchttunnel

polnische Grenzschutz bis Anfang September 21.000 illegale Grenzübertritte aus Belarus. Die Migranten haben nach Angaben der polnischen Behörden mehr als fünfzig verschiedene Staatsangehörigkeiten. Die tatsächlichen Zahlen dürften deutlich höher liegen, denn auch über Litauen reisen immer mehr Menschen aus dem Nahen Osten oder Afrika ein. Sie wollen weiter nach Westen, nach Deutschland oder in die Niederlande. In Polen möchte kaum jemand bleiben.

Die Bundespolizei kontrolliert deswegen verstärkt stichprobenartig im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Bis Mitte des Jahres wurden laut dem Sprecher des Grenzschutzes, Jens Schobranski, 12.000 illegal eingereiste Migranten aus Polen aufgegriffen. Eine Zunahme von 168 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In Deutschland werden die Menschen aus Syrien oder Afghanistan meist in Erstaufnahmeeinrichtungen gebracht und können einen Antrag auf Asyl stellen.

Aus der CDU werden nun Stimmen laut, die stationäre Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze fordern, um der Lage Herr zu werden. In Warschau stößt dieser Gedanke bereits auf Kritik. Die Sorge ist groß, dass ein solcher Schritt den Handel, aber auch den Personenverkehr schwer treffen könnte. Etliche Polen aus dem Grenzgebiet arbeiten in Deutschland, viele pendeln jeden Tag über die Grenze.

Dass die illegalen Grenzübertritte nach Polen derart stark ansteigen konnten, wundert Beobachter. Schließlich hat Polen im Juni 2022 eine mehr als vier Meter hohe massive Mauer an der Grenze zu Belarus fertiggestellt. Sie ist etwa 200 Kilometer lang und mit Kameras und Stacheldraht ausgestattet. Wo sie nicht verläuft, befinden sich Seen oder sumpfiges Terrain. Kurzum: Es ist äußerst schwierig, die Grenze zu überqueren, zumal unbemerkt.

Dass es dennoch häufig geschieht, zeugt davon, dass Belarus und Russland ihre Anstrengungen verstärkt haben, Menschen an die Grenze zu bringen. Polnische Sicherheitsbehörden sehen zudem, dass der Transport von Migranten nicht mehr ausschließlich direkt über Belarus erfolgt, sondern dass Moskau immer stärker involviert ist. "Seit vielen Monaten ist Russland der Hauptumschlagplatz für Migranten, die unsere Grenze zu Belarus 'stürmen'. Die Ausländer kommen über Russland nach Belarus", erklärte Stanislaw Zaryn, der Sprecher des Koordinators der polnischen Geheimdienste. Zudem helfen die belarussischen Grenzer den Migranten beim Grenzübertritt. Seit die Mauer steht, werden immer öfter Tunnel unter ihr hindurchgegraben. Nach polnischen Angaben buddeln nicht nur die Migranten selbst die Tunnel, sondern werden von belarussischen Kräften dabei unterstützt. Für die polnische Opposition wird die Mauer so zum Kritikpunkt. Am 15. Oktober wählen die Polen ein neues Parlament, der Wahlkampf ist in vollem Gang - und die Opposition kritisiert die Migrationspolitik der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) als zu lasch.

Die Mauer bezeichnet sie als "löchrig". Sie sei zwar schnell errichtet worden, aber die Nationalkonservativen hätten es versäumt, sicherzustellen, dass sie auch entsprechend tief unter die Erde gebaut werde, so die Kritik. In Warschau rechnen Politiker wie Beobachter der Lage damit, dass die Migrantenzahlen weiter steigen. Die Befürchtung: Minsk und Moskau wollen während der polnischen Parlamentswahlen für Unmut in Polen sorgen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 13, 2023

Deutschland scheitert im Kampf um Top-Talente; OECD-Studie: Es kommen viele Flüchtlinge. Hochqualifizierte zieht es meistens in andere Länder

Die Welt

Freitag 10. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Wirtschaft; S. 12; Ausg. 50

Length: 678 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Deutschland ist seit Jahren ein Magnet für **Migranten** aus aller Welt. Bei den begehrten Top-Talenten stehen allerdings andere Staaten höher im Kurs, wie ein Ranking der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zeigt, das mit Unterstützung der Bertelsmann-Stiftung erstellt wurde. Für hoch qualifizierte Arbeitnehmer ist demnach Neuseeland am attraktivsten, gefolgt von Schweden, der Schweiz, Australien und Norwegen. Deutschland schafft es im Vergleich der 38 OECD-Mitglieder nicht einmal in die Top Ten. Mit dem 15. Platz hat die Bundesrepublik seit dem ersten Ranking 2019 drei Plätze eingebüßt.

Erstmals hat die OECD auch die Attraktivität für Start-up-Gründer verglichen. Schließlich sind Innovationen und Unternehmergeist in Zeiten des rasanten technologischen Wandels von entscheidender Bedeutung. Gerade alternde Gesellschaften können eine entsprechende Energiezufuhr gut gebrauchen. Viele Staaten buhlen denn auch intensiv und teilweise auch mit großem Erfolg um ausländische Gründer. Kanada, die Vereinigten Staaten und Frankreich belegen bei der Attraktivität für diese Personengruppe die ersten drei Plätze. Auch Großbritannien und Irland werden gut bewertet. Deutschland kommt auch hier nur auf einen mittelmäßigen 12. Rang.

Die Regierung will die Zahl der Arbeitsmigranten kräftig erhöhen, um den wachsenden Fachkräftemangel zu bekämpfen. Die von der Bundesregierung geplanten Lockerungen im Rahmen des Fachkräftezuwanderungsgesetzes sehen allerdings nicht nur Verbesserungen für Hochqualifizierte vor. Auch für Personen ohne nachgewiesene Berufsausbildung will man legale Zuwanderungswege öffnen. Schneller als bisher soll zudem die deutsche Staatsbürgerschaft ermöglicht werden.

Bislang handelt es sich bei den Migranten, die aus Drittstaaten in die Bundesrepublik kommen, größtenteils um Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge sowie um Angehörige, die im Rahmen des Familiennachzugs einreisen. Arbeitsmigration spielt eine geringe Rolle, obwohl Deutschland die Hürden für qualifizierte Arbeitskräfte - etwa Vorgaben zum Mindestgehalt oder für das Mindestqualifikationsniveau - in den vergangenen Jahren bereits gesenkt hat.

Deutschland scheitert im Kampf um Top-Talente OECD -Studie: Es kommen viele Flüchtlinge. Hochqualifizierte zieht es meistens in andere Länder

Die für Deutschland wenig schmeichelhaften Ergebnisse der OECD-Studie "Indicators of Talent Attractiveness" geben Aufschluss darüber, warum es Deutschland schwerer als anderen Ländern fällt, Top-Talente anzulocken. Die Forscher haben dafür die Rahmenbedingungen analysiert, die Arbeitsmigranten mit mindestens einem Hochschulabschluss in den einzelnen Ländern vorfinden. Dabei geht es sowohl um rein ökonomische Faktoren wie die beruflichen Chancen, Einkommensaussichten und Steuerbelastung, aber auch um Perspektiven für Familienmitglieder, etwa auf eine Arbeitsgenehmigung oder eine gute Schulausbildung. Auch die Frage der allgemeinen Lebensqualität sowie mögliche Hürden bei der Visaerteilung werden berücksichtigt. Bei den Unternehmen beeinflussen darüber hinaus auch gesetzliche Vorgaben wie eine verlangte Mindestinvestitionssumme oder eine Mindestanzahl von Angestellten das Ergebnis.

Dass Deutschland als viertgrößte Wirtschaftsnation im internationalen Konkurrenzkampf sowohl bei hoch qualifizierten Arbeitnehmern als auch bei Unternehmen trotz seiner vergleichsweise liberalen Regelungen nur mittelmäßig abschneidet, liegt zum Teil auch an Standortschwächen, unter denen nicht nur Migranten leiden. Die hohe Steuer- und Abgabenbelastung von mehr als 50 Prozent für Top-Verdiener schreckt ab. Die Bertelsmann-Stiftung beklagt zudem, dass viele eingewanderte Akademiker auch nach zehn Jahren noch keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Ein weiterer Nachteil der Bundesrepublik sei zudem, dass hier ein besonders hoher Anteil der erwerbstätigen Migranten für ihre Jobs überqualifiziert sei.

Einen Lichtblick gibt es immerhin: Bei den Studenten befindet sich Deutschland im Spitzenfeld und belegt hinter den USA den zweiten Platz. Nach Kanada weist Deutschland mittlerweile die zweithöchste Quote an internationalen Hochschulabsolventen auf, die nach dem Studium bleiben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 9, 2023

Daran scheitert Melonis Migrationspolitik; Italien verzeichnet höchste Ankunftsahlen seit Jahren

Die Welt

Freitag 1. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 170

Length: 922 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Ein Wochenende wie das vergangene hat es in Italien lange nicht gegeben: Nicht Hunderte, sondern Tausende **Migranten** kamen zwischen Freitag und Sonntag an den Küsten des Landes an. Insgesamt waren es 6333 Menschen - so viele, wie vor zwei Jahren noch in einem gesamten Monat. Seit Sommer 2022 steigen die **Migrationszahlen** über das Mittelmeer stark und in diesen Tagen haben sie einen neuen Höhepunkt erreicht. Immer mehr Menschen fliehen vor Konflikten, Kriegen oder schlechten Zukunftsaussichten in ihrer Heimat, um in Europa ein neues Leben zu beginnen. Und für die große Mehrheit von ihnen führt dieser Weg über Italien. So kamen im laufenden Jahr schon rund 114.000 Menschen ins Land, ein Anstieg um 100 Prozent im Vorjahresvergleich.

Geht es so weiter, dürfte 2023 das Jahr mit den meisten Ankünften seit dem Höhepunkt der Migrationskrise 2016 werden. Und auch die Todesfälle nehmen zu: In diesem Jahr starben bereits mehr als 2000 Menschen bei der gefährlichen Überfahrt. Für die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sind diese Zahlen ein Problem. Denn die rechtsnationalistische Politikerin, die das Land seit Oktober 2022 regiert, hat die Wahl auch dank ihrer harten Asyl-Rhetorik gewonnen. Meloni hatte versprochen, die Migration zu bekämpfen und mehr Menschen, die es bis nach Italien geschafft haben, in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. An beiden Vorhaben ist sie bisher gescheitert. Denn seit sie die Regierung anführt, ist Meloni mit der Realität konfrontiert, dass der Migrationsfluss sich eben nicht so einfach kontrollieren lässt, wie sie es einst versprochen hatte - von Rückführungen ganz zu schweigen. Zusätzlich sind die Zahlen stark gestiegen, weil immer mehr Menschen Zuflucht in der EU suchen.

Für Meloni ist diese Entwicklung gefährlich, weil ihre Wähler sie bei den 2024 anstehenden EU-Wahlen dafür abstrafen könnten, dass sie beim Thema Migration bislang keine Antworten liefert. Wie ratlos ihre Regierung ist, gab die Ministerpräsidentin Anfang der Woche zu, als sie bezüglich der massenhaften Ankünfte ungewohnt kleinlaut beschied: "Es ist schwierig, der Öffentlichkeit zu erklären, was wir derzeit erleben." Während die EU-Wahl weit entfernt scheint, kämpfen die italienischen Politiker schon jetzt um die Gunst der Wähler, und gerade das

Daran scheitert Melonis Migrationspolitik Italien verzeichnet höchste Ankunftsahlen seit Jahren

Thema Migration ist dabei zentral. Entsprechend bereitet Matteo Salvini, Chef der rechtspopulistischen Lega-Partei und Melonis Junior-Koalitionspartner, einen Griff nach mehr Macht vor. Bei der vergangenen EU-Wahl 2019 hatte er mit einer besonders migrationsfeindlichen Rhetorik mit 34 Prozent Stimmenanteil die Wahl in Italien gewonnen.

Ganz in diesem Stil setzt er nun Meloni und ihre Partei Fratelli d'Italia mit seiner Forderung unter Druck, erneut jene Politik umzusetzen, die er 2018 als der für Migration verantwortliche Innenminister verfolgt hatte. Tatsächlich schrumpften die Ankunfts-Zahlen damals drastisch. Das war zwar nicht Salvinis Verdienst, sondern das der Vorgängerregierung, die ein erfolgreiches Migrationsabkommen mit Libyen abgeschlossen hatte. Doch das hindert den Rechtspopulisten jetzt nicht daran, mit dem Ergebnis seinen Wahlkampf zu befeuern. Meloni muss jetzt gleich auf zwei Feldern kämpfen. Zum einen gegen die hohen Migrationszahlen, zum anderen gegen Salvini, der damit auf Stimmenfang geht. Daher entschied Meloni, das Thema zum Mittelpunkt ihrer Politik zu machen. Am Montag verkündete sie die Einsetzung eines dauerhaften Ausschusses für Migration, dem ihr Vertrauter, der Staatssekretär Alberto Mantovano, vorsitzt. Mit diesem Schritt hat Meloni ihren Koalitionspartnern Lega und Forza Italia, die bisher mit dem Innen- und Außenministerium für Migration zuständig waren, einen Teil der Verantwortung entzogen.

Unmittelbar nach Amtsantritt hatte Meloni einen Verhaltenskodex für die Schiffe privater Hilfsorganisationen erlassen, den diese unterzeichnen mussten, obwohl er ihre Arbeit erheblich erschwert und einschränkt. In den Folgemonaten zeigte sich, dass daraufhin zwar weniger NGO-Schiffe im Mittelmeer unterwegs waren, aber die italienische Küstenwache die Rettungen der Migranten in Seenot selbst übernahm. Ein Ergebnis, dass Meloni schon vorher klar gewesen sein dürfte, dass sie aber offenbar in Kauf nahm. Auch der nationale Notstand, den Meloni anschließend wegen der steigenden Ankünfte ausrief, blieb eine symbolische Maßnahme. Und nun scheint auch das Migrations-Abkommen mit Tunesien, das die EU unter der Führung von Meloni Mitte Juli unterzeichnet hat, zu scheitern.

Der umstrittene Deal mit dem wichtigen Transitland verspricht der Regierung in Tunis Hunderte Millionen Euro dafür, dass sie die Migranten vom Übersetzen in die EU abhält. Der autoritäre Präsident Tunesiens, Kais Saied, unterzeichnete das Abkommen, weil sein Land vor dem Staatsbankrott stand - nur die EU-Millionen und die Vermittlung Italiens zwischen Tunesien und dem Internationalen Währungsfonds retteten es davor. Matteo Villa von italienischen Thinktank ISPI hat ausgerechnet, wie wenig die EU-Millionen bisher de facto bewirkt haben. So sind in den sechs Wochen seit der Unterzeichnung des Abkommens 69 Prozent mehr Migranten aus Tunesien in Italien angekommen als in den sechs Wochen davor. Der Grund dafür dürfte eine neue Geldquelle sein, sodass Saied das Abkommen mit der EU nicht mehr so genau nehmen muss: Saudi-Arabien zahlte Tunesien Ende Juli überraschend 100 Millionen US-Dollar und weitere 400 Millionen US-Dollar als Kredit - ohne, wie Brüssel, umfangreiche Gegenleistungen zu fordern.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 31, 2023

"Wir sind dafür gewählt, die Situation in den Griff zu bekommen"; Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) fordert mehr Pragmatismus bei der Bewältigung der Migrationskrise - und Investitionen in den Standort Deutschland

Die Welt

Montag 11. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 240

Length: 1283 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Belit Onay, 42, ist nach dem Parteiaustritt Boris Palmers der wohl bekannteste grüne Kommunalpolitiker. Die Debatte über eine Begrenzung der **Migration** hält der Oberbürgermeister von Hannover für realitätsfern, manche Ideen der Regierungschefs von Bund und Ländern für "Gefasel".

WELT:

Herr Onay, als erste Großstadt in Deutschland hat Hannover eine Bezahlkarte für Migranten getestet und will sie jetzt einführen für alle, die der Stadt zugeteilt werden und über kein eigenes Bankkonto verfügen. Welche Erfahrungen haben Sie in der Testphase gemacht?

Belit Onay:

Die Rückmeldungen sowohl aus der Verwaltung als auch von den Menschen, die sie als erste genutzt haben, waren durchweg positiv. Für die Stadt Hannover bedeutet diese digitalisierte Form der Auszahlung von Sozialleistungen einen erheblich verringerten Verwaltungsaufwand. Die monatliche Bargeld-Auszahlung bindet in den Kommunen viel Personal. Für die Geflüchteten bedeutet die Karte keinerlei Einschränkungen, sondern eher einen Mehrwert.

In die bundesweite Debatte wurde die Bezahlkarte nicht als Erleichterung für die Verwaltungen eingeführt, sondern als eine Möglichkeit zur Steuerung von Migration. Sie soll helfen, Deutschland weniger attraktiv für illegale Migranten zu machen. Die Karte soll es unmöglich machen, Bargeld an die Familien in den Heimatländern zu schicken. Spielt dieser Gedanke bei Ihnen auch eine Rolle?

"Wir sind dafür gewählt, die Situation in den Griff zu bekommen" Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) fordert mehr Pragmatismus bei der Bewältigung de....

Nein. Wir geben eine Bezahlkarte aus, die keine Beschränkung hat. Die Geflüchteten können sich damit auch am Automaten Bargeld holen. Natürlich nur die Summe, die ihnen gesetzlich zusteht. Eine Kredit-Funktion gibt es nicht.

Also liegen der Kanzler und die Ministerpräsidenten, inklusive des Grünen Winfried Kretschmann, allesamt falsch mit der Idee, eine Bezahlkarte könne zur Begrenzung illegaler Migration beitragen?

Ich teile diese Idee jedenfalls nicht. Es ist doch ein Irrglaube, dass Menschen sich aufgrund von Sozialleistungen für ein bestimmtes Fluchtland entscheiden. Das ist genauso realitätsfern wie die Forderung nach einer Arbeitspflicht für Geflüchtete. Die Realität vor Ort ist, dass die Kommunen dazu gezwungen werden, erst einmal Arbeitsverbote auszusprechen, wenn die Menschen hier ankommen. Gleichzeitig wird auf Bundes- und Landesebene davon gefaselt, dass es einen Arbeitszwang geben soll. Statt erst einmal die vorhandenen Barrieren abzubauen und einen schnelleren Arbeitsmarktzugang überhaupt zu ermöglichen. Das würde im Übrigen auch das Zusammenleben von Einheimischen und Geflüchteten deutlich vereinfachen.

Woran liegt es aus Ihrer Sicht, dass das Ziel der meisten Migranten, die nach Europa kommen, Deutschland heißt?

Dafür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Sicherheit ist einer davon, auch die Frage, ob es Anknüpfungspunkte gibt, Bekannte, Verwandte, spielt eine Rolle. Die Hoffnung auf einen Job. Aber darauf kommt es in dieser Debatte am Ende, also vor Ort, in den Städten und Gemeinden auch gar nicht an. Hier geht es darum, dass wir die Menschen, die schon hier sind, erheblich einschränken würden, wenn wir ihnen zum Beispiel das Bargeld vorenthalten. Wenn Menschen nicht frei über ihr Geld, über ihr Existenzminimum verfügen können, ist das nicht nur verfassungsrechtlich fragwürdig. Es führt in der Praxis vor allem dazu, dass sie nicht am Leben vor Ort teilnehmen können. Wir Kommunen wollen aber, dass diese Menschen teilhaben, dass sie sich integrieren können und möglichst schnell dazu in die Lage versetzt werden, ein ganz normales Leben zu führen.

Anders als Sie klagen viele Bürgermeister und Landräte darüber, dass zu viele illegale Migranten kommen. Die fühlen sich und ihre Kommunen schlicht überfordert. Können Sie das nachvollziehen?

Ich kenne die Situation der jeweiligen Kommunen nicht. Am Ende muss das jeder Bürgermeister, jede Landrätin selbst entscheiden. Das Gefühl von Überforderung entsteht aber häufig auch erst durch den Ton, den die politisch Verantwortlichen bei diesem Thema anschlagen. Der Eindruck des drohenden Kontrollverlusts, der in den vergangenen Monaten immer wieder erweckt worden ist, entspricht aus meiner Sicht jedenfalls nicht der Realität.

Realität ist, dass zum Beispiel Niedersachsens Innenministerin gerade händeringend nach Liegenschaften sucht, um zusätzliche Erstaufnahmeplätze zu schaffen. Wo immer sie eine passende Fläche oder ein passendes Gebäude entdeckt, sagen ihr die politisch Verantwortlichen: Nein, bitte nicht bei uns.

Das ist nicht unsere Haltung. Wir sind mit dem Land in guten Gesprächen, hier eine weitere Erstaufnahme einzurichten. Da bräuchte es jetzt allerdings mal ein bisschen Tempo - auch auf Landesebene. Wir sind da sehr kooperativ. Nicht falsch verstehen: Auch in Hannover ist die Lage angespannt, auch ich wünsche mir, dass weniger Menschen fliehen und zu uns kommen müssen. Aber es ist nun einmal so, dass wir, die politisch Verantwortlichen, dafür gewählt sind, eine solche Situation in den Griff bekommen. Das ist unsere Aufgabe. Weniger reden, mehr tun. Wir haben ein Umsetzungsproblem, kein Erkenntnisproblem.

Ein Beispiel?

Nehmen Sie das Thema Digitalisierung. Es gab im Mai bei der Ministerpräsidentenkonferenz die klare Verabredung, dass der Bund mit dem Online-Zugangsgesetz die Rahmenbedingungen dafür schafft, sodass wir hier vor Ort die Ausländerbehörden, die allesamt an ihren Kapazitätsgrenzen arbeiten, erheblich entlasten können. Was ist seitdem passiert? Nichts. Null. Das geht nicht. Oder nehmen Sie das Thema Investitionen in Kitas und Schulen. Brauchen wir dringend. Steht jetzt alles auf der Kippe - und zwar nicht nur wegen des Verfassungsgerichtsurteils zum Bundeshaushalt.

Sondern?

"Wir sind dafür gewählt, die Situation in den Griff zu bekommen" Hannovers Oberbürgermeister Belit Onay (Grüne) fordert mehr Pragmatismus bei der Bewältigung de....

Rückblickend ist es so, dass wir ein goldenes Jahrzehnt liegen gelassen haben. Die 2010er-Jahre, eine Zeit wirtschaftlicher Prosperität und niedriger Finanzmarktzinsen, hätten wir dringend für Investitionen in unsere Infrastruktur - Schulen, Kitas, Infrastruktur, die Bahn - nutzen müssen. Jetzt stehen wir da, wo wir stehen, und sehen, dass wir als Deutschland schlicht und ergreifend den Anschluss verpasst haben. Also müssen wir jetzt investieren.

Damit tut sich die Ampel-Regierung in Berlin gerade ziemlich schwer. Was raten Sie?

Die starre Anwendung der Schuldenbremse auch für den Investitionshaushalt halte ich für deplatziert. Das würde kein Unternehmen so machen. Investitionen haben einen Mehrwert, sie sorgen auch für Generationengerechtigkeit. Wir merken doch gerade, was passiert, wenn die Infrastruktur sukzessive wegbricht, wenn sie nicht mehr funktioniert. Dann stottert der ganze Staat. Wenn wir als Standort Deutschland konkurrenzfähig bleiben wollen, müssen wir uns anders aufstellen. Dazu brauchen wir Investitionen - und, Stichwort Fachkräftemangel, die Bereitschaft zu einer zu zukunftsweisenden Migrationspolitik.

Ein aus Ihrer Sicht zukunftsweisendes Projekt ist gerade krachend gescheitert. Die SPD hat die rot-grüne Rathaus-Koalition aufgekündigt, weil der Partei Ihr Konzept für eine nahezu autofreie Innenstadt zu weit ging. Bauen Sie Hannover trotzdem weiter um?

Wir haben aus der Stadt viele positive Rückmeldungen für das Konzept bekommen, auch aus der Politik. Es hat dann bei den Sozialdemokraten offensichtlich eine strategische Neubewertung gegeben. Aber das wird die Mobilitätswende nicht verhindern. Dass die Städte sich verändern müssen, dass sie klimaresilienter, attraktiver, zukunftsfähiger werden müssen, sehen Sie überall in Deutschland, überall in Europa. Die Frage ist nur, ob Hannover selbst das Heft des Handelns in der Hand behält. Oder ob die Stadt in ein paar Jahren von den klimatischen und wirtschaftlichen Verhältnissen dazu gezwungen wird. Und ja: Selbstverständlich verliere ich mein Ziel auch bei der Mobilität nicht aus den Augen.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migrantin in der Außenstelle der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen in der Messe Hannover

Load-Date: December 10, 2023

Unerwartete Rückendeckung für Giorgia Meloni in Brüssel; EVP-Chef Weber unterstützt harten Migrationskurs

Die Welt

Donnerstag 20. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 77

Length: 793 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Rom

Die Zahl der **Migranten**, die über das Mittelmeer nach Italien kommen, steigt immer weiter an und baut zunehmend Druck auf die Politik auf - in Rom und nun auch in Brüssel. Seit Jahresanfang sind rund 33.000 Menschen auf dem Seeweg nach Italien gekommen - knapp viermal so viele wie in den beiden Jahren zuvor.

Eine große Rolle spielt dabei Tunesien, das Libyen als Hauptabfahrtsland abgelöst hat. Und Besserung ist nicht in Sicht: Dem Land, das von seinem Präsidenten Kais Saied seit zwei Jahren in eine Diktatur verwandelt wird, droht der finanzielle Kollaps. Schon heute leidet die Bevölkerung unter Inflation, Armut und Perspektivlosigkeit.

Kürzlich sagte Italiens rechtsnationalistische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, dass aus dem Land 900.000 Menschen in die EU kommen könnten, sollte die tunesische Wirtschaft zusammenbrechen. Meloni wirbt daher seit Wochen in der EU intensiv um Wirtschaftshilfen für Tunesien und fordert die EU-Partner auf, Italien solidarisch dabei zu unterstützen, mit den steigenden Migrationszahlen fertig zu werden. Bisher fand Meloni bei den EU-Partnern kaum Gehör.

Doch neuerdings hat Meloni in Brüssel einen wichtigen Fürsprecher: Der deutsche CSU-Politiker Manfred Weber, Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), wirbt seit ein paar Tagen offen für ihre Anliegen. So forderte Weber zu Beginn dieser Woche in Interviews mit der deutschen "Bild"-Zeitung und dem italienischen "Corriere della Sera" einen Migrationspakt zwischen der EU und Tunesien sowie die Finanzierung von Grenzschutzzäunen an den EU-Außengrenzen mit dem EU-Budget 2024.

Einen entsprechenden Änderungsantrag für das Budget will die EVP-Fraktion am Mittwoch im EU-Parlament einbringen. Dazu sagte Weber zum "Corriere": "Mauern sollten die Ausnahme sein, die letzte Antwort, aber wenn die illegale Einwanderung nicht anders gestoppt werden kann, dann müssen wir auch bereit sein, Zäune zu bauen." Der "Bild" erklärte Weber, warum er das Thema ausgerechnet jetzt offensiv angeht: "Die EU schlafwandelt in eine

Unerwartete Rückendeckung für Giorgia Meloni in Brüssel EVP-Chef Weber unterstützt harten Migrationskurs

neue Migrationskrise, obwohl der rasant steigende Migrationsdruck offensichtlich ist. () Italien hat bereits den Notstand ausgerufen - und die anderen EU-Staaten schauen weg."

Seine Äußerungen sind also eine direkte Reaktion auf die rhetorische Zuspitzung, auf die Meloni zuletzt gesetzt hatte: Denn ihre Regierung rief vergangene Woche wegen der hohen Ankunftsahlen den nationalen Notstand aus. Mit diesem administrativen Kniff soll einerseits Südtalien finanziell dabei geholfen werden, die vielen Ankünfte zu bewältigen, gleichzeitig sollen Abschiebungen schneller und einfacher durchgeführt werden. Ende der Woche legte Melonis Regierung nach und kündigte an, das Asylrecht einschränken zu wollen.

Geplant ist, einen der drei Wege zum Bleiberecht zu streichen. Gegen diese Veränderung protestierten Anfang der Woche viele italienische Bürgermeister, die fürchten, dass damit Tausende von Migranten aus dem Asylsystem in die Illegalität gedrängt werden würden. Stellvertretend für sie warnte Beppe Sala, Bürgermeister von Mailand: "Diese Menschen verschwinden nicht einfach. Sie bleiben hier und es besteht die Gefahr, dass dann Zeltstädte entstehen."

Mit beiden Maßnahmen zielt Melonis Regierung gleichermaßen nach innen und nach außen: Innenpolitisch will sie damit Punkte bei ihren Wählern sammeln, denen sie im Wahlkampf versprochen hatte, "hart gegen illegale Migration" vorzugehen. Außenpolitisch sendet sie Signale an die EU-Partner, dass diese ihr Land mit der Situation nicht alleinlassen dürfen.

Beobachter glauben, dass diese Signale bei Weber nun auch deshalb eine Reaktion hervorgerufen haben, weil dieser bereits auf die Wahlen zum EU-Parlament im Jahr 2024 schaut. Sein Plan ist, die Macht der EVP zu erhalten, indem sie enger mit einigen der rechtsnationalistischen Parteien kooperiert, die aktuell noch dem Lager der Europäischen Konservativen und Reformen (EKR) angehören. Allen voran Melonis Fratelli d'Italia. Meloni selbst ist heute Präsidentin der EKR.

Am Montag scheiterte allerdings eine erste Offensive, die Weber bei der Eröffnung der Plenarsitzung des EU-Parlaments lanciert hatte: Seine EVP hatte eine Solidaritätsbekundung von EU-Kommission und Rat "gegenüber Italien, das sich aufgrund des zunehmenden Migrantenstroms in einer Notsituation befindet" gefordert. Sein Vorstoß wurde abgelehnt und stattdessen ein Vorschlag von Sozialdemokraten, Linken, Liberalen und Grünen angenommen, der einen anderen Fokus setzte: Der Antrag betont die "Notwendigkeit der europäischen Solidarität zur Rettung von Menschenleben im Mittelmeer, insbesondere in Italien". Webers EVP stimmte dafür, Melonis Fratelli d'Italia dagegen.

Die EU schlafwandelt in eine neue Migrationskrise Manfred Weber, EVP-Chef

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: April 19, 2023

Schweden will Ausländer wegen "fehlgeleiteten Lebensstils" ausweisen; Die liberal-konservative Regierung in Stockholm verschärft erneut ihre Migrationspolitik. Experten erwarten allerdings Probleme bei der Umsetzung

Die Welt

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 247

Length: 952 words

Byline: Johanna Sahlberg

Body

Während die Ampel Abschiebungen von Personen ohne Bleiberecht vereinfachen will, hat Stockholm einen umstrittenen und viel weitreichenderen Schritt initiiert. Die schwedische Regierung will künftig Ausländer des Landes verweisen, wenn diese einen "fehlgeleiteten Lebensstil" führen. Das gilt für Menschen, die einen gültigen Aufenthaltstitel haben - etwa anerkannte Asylbewerber. Damit verschärft das Land seine Migrationswende noch weiter.

"Nur schwedische Staatsbürger haben ein uneingeschränktes Recht auf Aufenthalt in Schweden", stellten die liberal-konservative Koalitionsregierung und ihre Unterstützerpartei, die rechtsnationalen Schwedendemokraten, fest, als sie ihre neue Offensive in der Asylwende auf einer Pressekonferenz vorstellten. In der Praxis ist der Entzug eines Aufenthaltstitels gleichbedeutend mit einer Ausweisung. Da Personen aus anderen EU-Ländern keinen Aufenthaltstitel benötigen, wären nur Drittstaatsangehörige betroffen.

Der Vorschlag wird von einem Komitee geprüft und es ist noch ungeklärt, was genau einen "fehlgeleiteten Lebensstil" definiert. Als Beispiel nennt die Regierung Sozialleistungsbetrug, Verschuldung, Beteiligung an kriminellen Netzwerken, Drogenmissbrauch und "unehrliche Versorgung". In einem Entwurf hieß es, dass damit zum Beispiel Prostitution gemeint sei. Das hat für Erstaunen gesorgt, da in Schweden nur das Kaufen von Sex verboten ist, nicht aber das Anbieten sexueller Dienstleistungen verboten ist. Diese explizite Formulierung wurde zunächst gestrichen, ist aber laut Schwedendemokrat Ludvig Aspling damit noch nicht endgültig vom Tisch. "Ein Grundprinzip für das Leben in Schweden mit einem Aufenthaltstitel ist, dass man ehrlich seinen Lebensunterhalt verdienen sollte, und Prostitution ist keine ehrliche Art, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen", sagt er der Nachrichtenagentur TT.

Äußerungen, die die schwedische Demokratie bedrohen könnten, werden als ein weiterer Grund angeführt, der zum Entzug des Aufenthaltstitels führen soll. Die Opposition sieht das kritisch. Der Staat werde rassistisch, wenn Menschen mit dauerhaftem Aufenthaltstitel nicht das gleiche Recht hätten, Behörden und staatliche Institutionen zu

Schweden will Ausländer wegen "fehlgeleiteten Lebensstils" ausweisen Die liberal-konservative Regierung in Stockholm verschärft erneut ihre Migrationspolitik. E....

kritisieren, sagt Märta Stenevi, Sprecherin der Grünen Partei, dem Fernsehsender SVT. "Wenn Privatpersonen zögern, die Behörden zu kritisieren, weil sie Angst vor den Repressalien des Staates haben, dann haben wir in Schweden ein großes Problem", befürchtete Stenevi.

Rebecca Thorburn Stern, Professorin für Völkerrecht an der Universität Uppsala und Expertin für Migrationsrecht, warnt vor der Gefahr einer willkürlichen Gesetzgebung. Das führe zu einem Mangel an Rechtssicherheit, da es schwierig sei, einen ehrenhaften Lebensstil zu definieren. Sie findet den Vorschlag, die Meinungsfreiheit von Ausländern, die sich legal in Schweden aufhalten, einzuschränken, merkwürdig: "Es wird zu einer Art Anreiz, nichts zu sagen, von dem man glaubt, dass es eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen könnte, um nicht zu riskieren, sein Aufenthaltstitel zu verlieren. Wo sollte die Grenze gezogen werden, was eine Bedrohung darstellt, und wer entscheidet darüber?"

Wiederholte Koran-Verbrennungen haben zu heftigen Reaktionen in der muslimischen Welt geführt, und die schwedische Regierung prüft nun, den Aspekt der Sicherheit bei der Genehmigung von Demonstrationen und Ähnlichem noch stärker zu berücksichtigen. Einer, der wiederholt Korane geschändet hat, ist der irakische Staatsbürger Salwan Momika, der seit 2021 eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis in Schweden hat. Thorburn Stern glaubt, dass die Regierung mit dem neuen Vorschlag unter anderem auf Fälle dieser Art abzielt. Das sogenannte Non-Refoulement-Prinzip könne aber einer Ausweisung immer noch einen Strich durch die Rechnung machen. Diese Regel, die in einer Reihe völkerrechtlicher Konventionen verankert ist, besagt, dass Menschen nicht in Gebiete abgeschoben werden dürfen, in denen sie zum Beispiel Folter oder Tod ausgesetzt sind. "Salwan Momika hat einen heiligen Text in aller Öffentlichkeit geschändet. Das würde sicherlich eine Gefahr für ihn darstellen, wenn er in den Irak zurückkehren würde, also darf man ihn nicht dorthin schicken", so Thorburn Stern.

Ein Aufenthaltstitel kann bereits nach bestehender Rechtslage widerrufen werden, wenn die betreffende Person dauerhaft ins Ausland gezogen ist, bei der Beantragung des Aufenthaltstitels absichtlich Informationen zurückgehalten hat oder, unter bestimmten Voraussetzungen, eine Straftat begangen hat. Eine solche Entscheidung zu widerrufen wird jedoch umso schwieriger, je länger eine Person in Schweden gelebt hat, da auch persönliche Bindungen berücksichtigt werden müssen. Wird die Aufenthaltserlaubnis entzogen, erhält man in der Regel keine Sozialleistungen mehr. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2023 wurden rund 6000 Aufenthaltstitel widerrufen, die meisten davon, weil die Person aus Schweden weggezogen war.

Der Europäische Gerichtshof hat in drei Fällen aus Österreich, Belgien und den Niederlanden bestätigt, dass Aufenthaltstitel entzogen werden können. Eine besonders schwere Straftat allein genüge jedoch nicht, die Person müsse eine "tatsächliche, gegenwärtige und erhebliche Gefahr" für die Allgemeinheit darstellen. Der Gerichtshof betonte auch das Non-Refoulement-Prinzip. Anders Ygema, Sozialdemokrat und ehemaliger Migrationsminister, hält den Entzug des Aufenthaltstitels bei strafbaren Handlungen für angemessen. In einem Interview mit dem Fernsehsender SVT kritisiert er jedoch, dass Menschen für Gründe abgeschoben werden könnten, die keine Straftaten sind. Es bestehe die Gefahr, dass Menschen kriminalisiert werden, um sie loszuwerden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 19, 2023

"Wir können nicht das Völkerrecht aushöhlen"; Die Grüne Jamila Schäfer sagt, warum sie die EU-Asylreform in ihrer jetzigen Form für eine "Scheinlösung" hält

Die Welt

Mittwoch 14. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 113

Length: 1033 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

Jamila Schäfer, 30, ist Außenpolitikerin der Grünen im Bundestag. Bis Anfang 2022 war sie vier Jahre lang stellvertretende Bundesvorsitzende ihrer Partei.

WELT:

Frau Schäfer, Sie gehören zu den Kritikerinnen der EU-Asyl-Einigung. Über die Ergebnisse wird in Ihrer Partei heftig gestritten. Der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU), sagt: Die Grünen seien in ihrer Zerstrittenheit geradezu "paralysiert". Können Sie dem ernsthaft widersprechen?

Jamila Schäfer:

Ja. Die Debatte, ob es richtig oder falsch war, dem Kompromiss zuzustimmen, können wir nicht unter den Teppich kehren. Wir tragen sie respektvoll miteinander aus. Es geht um das Leid an den EU-Außengrenzen und darum, wie wir zu einer nachhaltigen Entlastung unserer Kommunen kommen, wie wir das Chaos und Leid an den Außengrenzen beenden. Das ist ja eine Frage historischer Dimension.

Nun liegt es in der Natur der Sache, dass man bei Kompromissen nicht alles durchsetzen kann, was man gerne hätte. Was stört Sie denn konkret an der Vereinbarung, die jetzt in Brüssel getroffen wurde?

An welcher Stelle hat sich Deutschland denn durchgesetzt? Mich stört aber zum Beispiel, dass so getan wird, als würden die Beschlüsse zu weniger irregulärer Migration nach Deutschland führen. Das wird nicht passieren. Viele Menschen kommen zu uns, weil die Bedingungen an den EU-Außengrenzen katastrophal sind. Man hätte Griechenland und Italien dazu verpflichten müssen, bessere Bedingungen zu schaffen und nicht schlechtere. Da braucht es Druck auf die Regierungen, nicht auf Flüchtlingskinder.

"Wir können nicht das Völkerrecht aushöhlen" Die Grüne Jamila Schäfer sagt, warum sie die EU-Asylreform in ihrer jetzigen Form für eine "Scheidlösung" hält

Sie glauben nicht, dass die Probleme an den Außengrenzen mit den beschleunigten Asylverfahren behoben werden können?

Grenzverfahren sind keine beschleunigten Asylverfahren, es sind Turboverfahren ohne wesentlichen Rechtsschutz in Haftbedingungen. Wie sollte die Reform etwas verbessern, wenn sie nicht einmal einen verbindlichen Verteilmechanismus bringt? Mit den Vereinbarungen werden zudem die UN-Kinderrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention geschwächt. Aus meiner Sicht können wir nicht selbst das Völkerrecht aushöhlen, gerade in Zeiten, in denen wir es gegen Autokraten wie Putin zu Recht verteidigen.

Ihr Parteichef Omid Nouripour unterstützt den Kompromiss; Co-Chefin Ricarda Lang sagt, man hätte nicht zustimmen dürfen. Ähnlich sieht das bei der Positionierung in der Spitze der Bundestagsfraktion aus. Lläuft hier ein Spiel mit verteilten Rollen?

Nein, das ist hier kein Spiel. Das ist eine sehr ernsthafte Auseinandersetzung über die Frage, was da rauszuholen war und was nicht.

Wenn Deutschland den Kompromiss auf der EU-Innenministerkonferenz abgelehnt hätte, säßen wir jetzt in einem Boot mit Polen und Ungarn. Was wäre das für ein Signal gewesen?

Ohne Deutschland hätte es keine Einigungen gegeben. Innenministerin Nancy Faeser (SPD, d. Red.) hätte mehr rausholen müssen. Mit dem jetzigen Ergebnis werden die deutschen Kommunen nicht entlastet, aber Kinder eingesperrt. Unterm Strich ist diese Reform nicht im deutschen Interesse und mit unseren Werten nicht vereinbar.

Was erwarten Sie denn jetzt vom Kanzler und der Bundesregierung in der Sache?

Ich erwarte, dass man im Detail überprüft, ob diese Reformen mit dem Völkerrecht und dem Grundgesetz vereinbar sind. Ich bezweifle das. In den weiteren Verhandlungen mit der EU-Kommission und Parlament müssen diese Position zusammengeführt werden. Und ich erwarte, dass auch von Olaf Scholz (SPD, d. Red.) Druck aufgebaut wird.

In welcher Richtung?

Bei der Frage der Verteilung von Geflüchteten in Europa sind wir doch nicht wirklich weitergekommen. Das muss der Kanzler ansprechen. Nur so können wir die Kommunen entlasten. Alles andere sind leere Versprechungen. Hier wird eine Erwartungshaltung geweckt, die gar nicht erfüllbar ist. Am Ende nutzt das nur den Rechtspopulisten.

Wie sieht denn der grüne Beitrag zur Begrenzung der irregulären Migration nach Europa aus? Kritiker werfen Ihnen vor, dass Sie da im Grunde nicht liefern, sich wegducken.

Wir wollen die Rechtsdurchsetzung an den Außengrenzen stärken. Wenn man jetzt aber die Situation nur verschlechtert, dann wird es auch für die Staaten an der Außengrenze mehr Anreize geben, ebendieses Recht gar nicht einzuhalten. Und die Leute, die ankommen, werden sich diesem Verfahren entziehen und versuchen, nach Deutschland zu kommen. Wir wollen Fluchtursachenbekämpfung. Das scheitert nicht an uns.

Am kommenden Wochenende findet ein kleiner Parteitag der Grünen, ein Länderrat, im hessischen Bad Vilbel statt. Wollen Sie dort einen Distanzierungsbeschluss durchsetzen?

Es muss wesentliche Verbesserungen geben. Die sind im Trilog, also in den Verhandlungen mit EU-Parlament und EU-Kommission, theoretisch auch möglich. Wir wollen, dass es eine faire Aufteilung bei der Flüchtlingsaufnahme gibt. Am Ende muss die Bundesregierung genau entscheiden, ob sich durch das Trilogergebnis in den einzelnen Verordnungen etwas verbessert und dementsprechend abstimmen. Ein Nein muss möglich bleiben.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat den EU-Kompromiss verteidigt. Wenn Sie sich davon distanzieren, wird Baerbock dann nicht politisch beschädigt?

"Wir können nicht das Völkerrecht aushöhlen" Die Grüne Jamila Schäfer sagt, warum sie die EU-Asylreform in ihrer jetzigen Form für eine "Scheinlösung" hält

Es geht hier nicht um Personen, sondern um echte Lösungen. Ich erwarte, dass der Länderrat das deutlich macht. Wir sind nicht zum Spaß in der Regierung. Das Leid und das Chaos an den Außengrenzen müssen aufhören. Wir brauchen mehr Humanität und Rechtsstaatlichkeit, dafür stehen wir als Bündnisgrüne. Und wir brauchen eine Reform, die tatsächliche Entlastungen liefert und nicht nur falsche Versprechungen macht.

Glauben Sie wirklich, dass der Kanzler das Paket noch mal aufschnürt?

Ich halte es für wichtig, dass wir als Regierungspartei klare Prioritäten setzen. Das bisherige Paket erfüllt unsere Anforderungen nicht. Das klar zu sagen, ist für mich eine Frage von ehrlicher Politik.

Die EU-Einigung ist ja offenbar auch der Versuch, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren in einer Zeit, in der rechtspopulistische Parteien großen Zulauf haben in der EU. Müssten Sie das nicht berücksichtigen in Ihrer Kritik?

Natürlich. Aber wenn wir uns in der EU auf eine Scheinlösung verständigen, wird das den Rechtsruck noch viel stärker nach vorne treiben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 14, 2023

Tabubruch beim Asylrecht; Weil die AfD Druck macht, will Sachsens CDU-Ministerpräsident Kretschmer für ein schärferes Asylrecht sogar das Grundgesetz ändern. Frankreich debattiert das ebenfalls. Forderungen der Rechtspopulistin Le Pen werden übernommen - und so salonfähig

Die Welt

Mittwoch 7. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 108

Length: 961 words

Byline: Martina Meister

Body

Paris

Was Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) jüngst in Sachen **Asylgesetzgebung** forderte, ist in Frankreich schon länger kein Tabu mehr. Nicht nur die Rechtspopulisten, auch die französischen Konservativen fordern eine Änderung des Grundgesetzes, um nationalem Recht gegenüber EU-Recht und internationalen Verträgen den Vorrang zu geben, wenn "fundamentale Interessen der Nation" auf dem Spiel stehen. So steht es im Gesetzesentwurf, den Les Républicains (LR) - die französische Schwesterpartei der CDU - Anfang des Monats im Senat eingebracht hat.

Mit der Parole "Wir müssen die Kontrolle zurückgewinnen", die an den Schlachtruf der Brexit-Befürworter erinnert, werben hochrangige LR-Vertreter für ein verschärftes Einwanderungsgesetz, mit dem sie "die Masseneinwanderung stoppen" wollen. "Wir müssen jetzt die Verfassung ändern, um unsere Entscheidungshoheit bei der **Migration** wiederherzustellen", sagte der Parteivorsitzende Eric Ciotti, der das "Auskommen der Nation" in Gefahr sieht. Als Abgeordneter für den ersten Wahlkreis Alpes-Maritimes an der französisch-italienischen Grenze, sei er täglich Zeuge der "Überflutung durch **Migranten**", so Ciotti jüngst im Interview mit einer Sonntagszeitung.

Der Parteichef der Konservativen, der als Hardliner seiner Partei berüchtigt ist, scheut nicht davor zurück, Begriffe zu benutzen, die Jean-Marie Le Pen, Gründungsvater des rechtsextremen Front National, schon vor Jahrzehnten im Mund führte. Seine Tochter Marine mag gemäßigter klingen, auch sie fordert seit Langem eine Volksabstimmung zur Einwanderung, eine Forderung, die die französischen Konservativen jetzt übernommen haben.

Tatsächlich wirken zahlreiche Vorschläge der CDU-Schwesterpartei wie eine Kopie von Le Pens Wahlkampfprogramm: Rechte von Migranten und Asylbewerbern sollen drastisch eingeschränkt werden. Das

Tabubruch beim Asylrecht Weil die AfD Druck macht, will Sachsens CDU-Ministerpräsident Kretschmer für ein schärferes Asylrecht sogar das Grundgesetz ändern. Fra....

Parlament soll alle drei Jahre Einwanderungsquoten beschließen dürfen. Studierende solle eine Kautionszahlung bezahlen, die erst nach Ausreise zurückerstattet wird. Auch der Familiennachzug soll erheblich erschwert werden. Asylanträge solle innerhalb von zwei Wochen entschieden werden. Illegal nach Frankreich Eingereisten will man wie in Großbritannien grundsätzlich die Möglichkeit verwehren, einen Antrag auf Asyl zu stellen.

Den Druck, dem Kretschmer in seinem Bundesland Sachsen durch die jüngsten Umfrageerfolge der AfD ausgesetzt ist, kennen seinen Kollegen von Les Républicains schon seit Jahrzehnten. Denn die Bekämpfung illegaler Einwanderung und die Angst vor "Überfremdung" und Identitätsverlust sind seit jeher die Kernthemen der Familienpartei der Le Pens. Seit Gründung vor mehr als einem halben Jahrhundert hat sich die Partei von einer marginalen Gruppierung in eine mehrheitsfähige politische Kraft verwandelt. Hatte Jean-Marie Le Pen bei Präsidentschaftswahlen 1974 nicht einmal ein Prozent bekommen, gilt seine Tochter Marine als Favoritin für die kommenden Wahlen 2027, bei denen Präsident Emmanuel Macron nicht mehr antreten kann. Vergangenes Jahr unterlag sie in der Stichwahl mit 41 Prozent, das entspricht 13 Millionen Stimmen. Damit erreichte sie das beste Ergebnis in der Geschichte ihrer Partei bei einer überregionalen Wahl und schloss den Normalisierungsprozess ab, der mit dem Parteiausschluss des eigenen Vaters und der Namensänderung in Rassemblement National seinen Höhepunkt erreicht hatte.

Diesem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg von Le Pen ist die Forderung der Republikaner geschuldet, das Einwanderungsgesetz zu verschärfen und das Grundgesetz zu ändern. Bruno Retailleau, Fraktionsvorsitzender von LR im Senat, spricht von einem schleichenden Prozess, bei dem das Parlament seine Entscheidungshoheit an die obersten Gerichtshöfe abgegeben habe. Die Macht läge beim französischen Verfassungsrat und beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. "Wenn wir die Verfassung nicht ändern, können wir im Parlament so viele Gesetze, wie wir wollen beschließen, die Regierung der Richter würde ihnen sofort widersprechen", so Retailleau. Innenminister Gérald Darmanin bezeichnete den Vorschlag als einen versteckten "Migrations-Frexit", also ein heimliches Plädoyer für das Ausscheiden aus der Europäischen Union.

Die Radikalisierung von LR kommt für Macron zur Unzeit. Seit bald einem Jahr ist das angekündigte Einwanderungsgesetz immer wieder verschoben worden. Nach dem Fiasko der Rentenreform war Regierungschefin Elisabeth Borne klar, dass sie auch für dieses Gesetz keine Mehrheit im Parlament bekommen würde. Doch mit dem radikalen Gesetzesvorschlag spalten die Konservativen die Regierungspartei, deren sozialdemokratischer Flügel klar gegen den Entwurf ist.

Dass die Forderungen von Cioti und Kollegen inzwischen Mainstream sind, zeigt ein Interview, das Macrons Ex-Regierungschef Edouard Philippe am Montag dem Nachrichtenmagazin "L'Express" gegeben hat. Philippe spricht darin von einer "Einwanderung der vollendenden Tatsachen", die erlitten werde. "Als Nation sollten wir sagen können, wer wir sind und wen wir auf unserem Territorium akzeptieren", so Philippe.

Der Begriff der "Kontrolle" sei zwar als Brexit-Parole gebrandmarkt, sage aber klar, worum es ginge. Man komme in Bezug auf Asyl nicht um eine Debatte zur Verfassungsreform umhin, räumte er ein. Obwohl er Verständnis für den Vorschlag seiner ehemaligen Parteikollegen hat, hält Philippe das Aussetzen der EU-Regeln dennoch für falsch. Frankreich würde gegenüber seinen Partnern alle Glaubwürdigkeit verlieren. Philippe hat im Herbst 2021 seine eigene Mitte-rechts-Partei Horizons gegründet. Er macht kein Geheimnis daraus, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2027 antreten will. Jüngste Umfragen zeigen, dass er derzeit die besten Chancen hätte, um Marine Le Pen den Weg in den Elysée-Palast zu versperren.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Migration ist das Kernthema der französischen Rechtspopulistin Marine Le Pen

Tabubruch beim Asylrecht Weil die AfD Druck macht, will Sachsens CDU-Ministerpräsident Kretschmer für ein schärferes Asylrecht sogar das Grundgesetz ändern. Fra....

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Mächtig Ärger für Lineker nach Nazi-Vergleich; Forderung nach Entlassung des englischen Fußballidols

Die Welt

Donnerstag 9. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Sport; S. 13; Ausg. 49

Length: 308 words

Body

Im britischen Fußball zählt er zu bekanntesten Fußballexperten. Wegen eines Vergleichs der britischen **Flüchtlingspolitik** mit Nazi-Deutschland hat die BBC ihren Fußball-Moderator Gary Lineker nun aber gerügt.

Der ehemalige englische Nationalspieler, der 80 Länderspiele für die "Three Lions" bestritten hat, werde "an seine Verantwortung erinnert" werden, teilte der öffentlich-rechtliche Sender in der Nacht zum Mittwoch mit. Der konservative Abgeordnete Craig Mackinlay sagte der Zeitung "Telegraph", Linekers Kommentar sei "faul, schlecht durchdacht und schändlich". Die BBC müsse den 62-Jährigen entlassen.

Lineker hatte am Dienstag in einem Tweet das neue Asylgesetz der konservativen britischen Regierung als "mehr als schrecklich" bezeichnet. Auf Kritik, er sei "nicht ganz bei Trost" ("out of order"), antwortete er: "Dies ist eine unermesslich grausame Politik, die sich gegen die am stärksten gefährdeten Menschen richtet, in einer Sprache, die der von Deutschland in den 1930er Jahren nicht unähnlich ist, und ich soll nicht ganz bei Trost sein?"

Die britische Regierung will Migranten, die ohne offizielle Erlaubnis einreisen, zunächst in Unterkünften festhalten und dann nach Ruanda oder in andere Staaten ausweisen. Das Recht, Asyl zu beantragen, soll ihnen entzogen werden. Die Pläne könnten gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Innenministerin Suella Braverman hatte mit Blick auf die steigende Zahl von Menschen, die über den Ärmelkanal ins Land kommen, unter anderem von einer "Invasion" gesprochen.

Die BBC hat sich einer klaren Neutralität verschrieben. Lineker, der bei Twitter etwa 8,6 Millionen Follower hat, hat die konservative Regierung wiederholt kritisiert. Der Ex-Stürmer gilt mit einem Grundgehalt von 1,35 Millionen Pfund (1,51 Millionen Euro) als bestbezahlter BBC-Moderator.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 8, 2023

Mächtig Ärger für Lineker nach Nazi-Vergleich Forderung nach Entlassung des englischen Fußballidols

End of Document

Warum wird das nicht schon längst gemacht?

Die Welt

Montag 8. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 88

Length: 336 words

Byline: Rainer Haubrich

Body

Markus Söder hat recht mit seiner Forderung, jenen Ländern die Entwicklungshilfe zu kürzen, die abgelehnte **Asylbewerber** nicht zurücknehmen. Die einzige Frage, die sich in dieser Diskussion vor dem **Flüchtlingsgipfel** am Mittwoch in Berlin stellt, ist: Warum wird das nicht schon längst gemacht?

Denn der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende ist nicht der Erste, der das will, und er ist auch nicht der Einzige. Schon vor sieben Jahren war der damalige Innenminister Thomas de Maizière (CDU) in Marokko, Algerien und Tunesien, um das Problem zu lösen, hatte aber nur vage Zusagen einer besseren Zusammenarbeit bekommen. Selbst sein damaliger Kollege Heiko Maas (SPD) vom Justizressort sagte klipp und klar: "Wer nicht kooperiert, wird sanktioniert." Damals forderten Marokko und Tunesien von Deutschland, die Herkunft zurückgewiesener Flüchtlinge eindeutig durch biometrische Daten festzustellen. Auch da fragte man sich: Warum wurde das nicht schon längst gemacht?

Neben der Entwicklungshilfe gibt es noch einen anderen Hebel. Er zielt auf die Vergabe von Visa an die Eliten der unwilligen Länder, wenn sie nach Europa reisen wollen. Ihnen wird deutlich gemacht, dass sie Verzögerungen und Schwierigkeiten beim Antrag zu befürchten haben. Vor fünf Jahren war Bangladesch das erste Land, bei dem die EU diesen Visum-Hebel erfolgreich angewandt hatte.

Die EU-Kommissarin für Inneres Ylva Johansson hat eine weitere Maßnahme vorgeschlagen: Um Rückführungen zu erleichtern, sollten alle Rückführungsentscheidungen eines EU-Landes von den anderen EU-Staaten anerkannt werden, sagte sie der WELT AM SONNTAG. Auch da fragt man sich: Warum wird das nicht längst gemacht? Das Gleiche gilt für den Vorschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), an der EU-Außengrenze alle Migranten zu registrieren, damit sie nicht unkontrolliert weiterreisen.

Deutschland und die EU haben ihre Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. Es wird höchste Zeit.

rainer.haubrich@welt.de (rainer.haubrich@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Warum wird das nicht schon längst gemacht?

Load-Date: May 7, 2023

End of Document

"Anzahl der Menschen ist einfach zu groß"; Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sieht die Republik vor dem Migrationskollaps und die Asylpolitik in der Sackgasse. Er bringt eine Grundgesetzänderung ins Spiel

Die Welt

Dienstag 30. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; THEMA DES TAGES; S. 2; Ausg. 102

Length: 1349 words

Byline: Claus Christian Malzahn

Body

Michael Kretschmer (CDU), 48, ist seit Ende 2017 Ministerpräsident von Sachsen. Für das Erstarken der AfD macht er auch das "selbstherrliche" Vorgehen von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mitverantwortlich.

WELT:

Herr Kretschmer, der **Flüchtlingsgipfel** des Kanzlers und der Ministerpräsidenten liegt ein paar Wochen zurück. Was hat sich für die Kommunen bei der Aufnahme, Verteilung und Betreuung von **Migranten** seitdem verbessert?

Michael Kretschmer:

Es hat sich noch nichts verbessert. Der Bund hat finanzielle Erleichterung versprochen. Aber diese eine angekündigte Milliarde Euro wird nicht reichen. Das Hauptproblem ist, dass es physisch nicht klappt.

Was meinen Sie damit?

Die Anzahl der Menschen ist einfach zu groß. Wir können sie nicht integrieren. Schulen und Kindergärten sind überlastet, es gibt keine Wohnungen. Wir können kaum noch Sprachunterricht anbieten. Deshalb müssen die Zahlen reduziert werden. Dazu ist die Ampel-Koalition nicht bereit, weil die Grünen quer im Stall stehen. Wir stehen aber vor einem Kollaps.

Was erwarten Sie vom Bund?

Ich bin die Ausreden leid. Mit Trippelschritten können wir nicht weitermachen. Ständig höre ich, dass die Dreier-Koalition in Berlin schwierig ist, dass deshalb alles länger dauert. Diese Selbstverzweigung muss aufhören.

"Anzahl der Menschen ist einfach zu groß" Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sieht die Republik vor dem Migrationskollaps und die Asylpolitik i....

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD, d. Red.) muss den Stier bei den Hörnern packen. Es ist höchste Zeit für beherzte Entscheidungen. An erster Stelle muss das Wohl des Landes stehen, nicht parteipolitischer Streit. Im Mittelpunkt muss stehen, dass wir beim Thema Asyl endlich eine Lösung finden, die dieses Land befriedet. Die Spannungen steigen, die Frustrationen nehmen zu. Das wird nicht gut ausgehen, wenn wir die Dinge so weiterlaufen lassen.

Wie könnte diese Lösung denn aussehen?

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind 100.000 Migranten in Deutschland angekommen. Ende des Jahres werden es zwischen 400.000 und 500.000 sein. Wenn wir der Meinung sind, dass es so in Ordnung ist, können wir es so belassen. Die Bürgermeister aber sagen, dass es so nicht geht. Darum muss gehandelt werden. Mein Vorschlag ist eine Kommission, in der alle politischen und gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind. Diese Kommission erarbeitet einen Vorschlag, hinter dem sich Bund und Länder versammeln können und zu der auch eine Grundgesetzänderung gehören könnte. Vieles muss geklärt werden, etwa die Höhe von Sozialleistungen für Flüchtlinge, die in Europa sehr unterschiedlich und für Deutschland ein klarer Pull-Faktor sind. Wir brauchen stärkere Instrumente und wirksame Abkommen zur Rückführung abgelehnter Asylbewerber und illegaler Einwanderer. Und wir brauchen sichere Außengrenzen in der EU.

Für eine Asyl-Grundgesetzänderung brauchen Sie eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Wo soll die herkommen?

Deswegen schlage ich eine Kommission vor. Im parteipolitischen Streit kommen wir nicht weiter. Um zu einem guten Ergebnis zu kommen, werden alle über ihren Schatten springen müssen. Aber dann wäre unserem Land geholfen. Wir können diesen Weg nur gemeinsam gehen. Wir sind parteipolitische Konkurrenten, keine Feinde. Das hat die Bundesrepublik in ihrer Geschichte stark gemacht. Diese Kompromissbereitschaft braucht es heute mehr denn je.

Das Ziel wäre, die illegale Einwanderung zu minimieren?

Die Probleme liegen doch auf der Hand und sind in jeder Stadt, jeder Kommune spürbar. Die Politik darf sich nicht wegducken. Wir müssen versuchen, einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens zu erzeugen, der am Ende dafür sorgt, dass es keine parteipolitischen Gewinner und keine Verlierer gibt. Gewonnen hätten dann vielmehr dieses Land und die Handlungsfähigkeit der Politik. Die Länder haben die Hand zum Bund ausgestreckt. Der Kanzler sollte sie ergreifen. Wir haben beim Braunkohleausstieg und beim Atomausstieg auch solche Kommissionen gehabt, die in einer kurzen Zeit Lösungen präsentiert haben und mit einer großen Autorität versehen waren.

Werden wir konkret: Sachsen grenzt an Polen, auch hier registriert die Bundespolizei verstärkt illegale Einwanderung. Halten Sie Kontrollen an der Grenze deshalb für notwendig?

Wenn die EU-Außengrenzen nicht sicher sind, müssen wir dafür sorgen, dass an den Binnengrenzen die Flüchtlinge angehalten, registriert und auch zurückgewiesen werden, beispielsweise nach Polen. Darüber sind wir mit Innenministerin Nancy Faeser (SPD, d. Red.) im Gespräch. Freizügigkeit innerhalb Europas kann es nur geben, wenn nach außen alles sicher ist.

Die Einschränkungen in der deutsch-polnischen Nachbarschaft nehmen Sie in Kauf?

Man sieht an der Grenze zu Österreich, dass es auch ohne Staus geht.

Sie waren gerade zu Gesprächen in den USA. Was nehmen Sie mit, was würden Sie lieber auf der anderen Seite des Atlantiks zurücklassen?

Die USA wollen Technologieführerschaft im Bereich der Mikroelektronik, beim Thema Wasserstoff und bei allen digitalen Themen. Und man kommt zurück und fragt sich: Was will Deutschland? Was will Europa? Wir sind Exportweltmeister. Der Kanzler hat recht, wenn er viel dafür tut, dass jetzt Produktion in Deutschland angesiedelt wird. Aber wir müssen darüber hinausgehen.

"Anzahl der Menschen ist einfach zu groß" Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sieht die Republik vor dem Migrationskollaps und die Asylpolitik i....

Die USA sind gesellschaftlich tief gespalten. Droht uns das auch?

Die Gefahr besteht auch bei uns. Da müssen wir wachsam sein. Die gemeinsame Wissensbasis erodiert. Viele Bürger weichen in soziale Medien aus, wo die Desinformation beängstigend ist. Immer weniger Menschen lesen Zeitung. Auch auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kommt es deshalb mehr denn je an. Aber manche Sender verschrecken mit einem belehrenden Ton oder Gender-Sprache viele Menschen.

Die AfD bricht gerade Umfragerekorde, vor allem im Osten. Haben Sie Sorgen wegen der Landtagswahl im kommenden Jahr?

Der radikale Populismus zerstört sehr viel an Vertrauen und Gemeinsinn. Diesen Demagogen darf das Spiel aber auch nicht ohne Not leicht gemacht werden. Der selbstherrliche Politikstil, mit dem gerade Energie- oder Wirtschaftspolitik betrieben wird, hat großen Schaden angerichtet. Robert Habeck hat gut angefangen, und viele haben Hoffnungen in ihn gesetzt. Ich möchte gern, dass sich die Zusammenarbeit ändert. Das Wohl des Landes sollte immer im Mittelpunkt stehen. Das vermisste ich gerade bei den Grünen. Es geht nur um ihre eigene Ideologie. Es geht nicht um das, was das gesamte Land braucht. Das muss aufhören. Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern war noch nie so schlecht.

Sie machen Habeck verantwortlich für die hohen Werte der AfD? Ist das nicht zu einfach?

Es ist nicht nur die Aufgabe der Union, die AfD politisch einzuhegen und zu bekämpfen. Wir machen das jeden Tag. Aber woher kommen denn diese hohen Werte? Weil die Leute das Gefühl haben, es wird nicht über ihre Themen gesprochen. Und die Lösungen, die im Raum stehen, haben nichts mit dem zu tun, was sie bewegt. Dieser ganze Murks beim Heizungsgesetz frustriert die Leute.

Der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz wirft Ihnen vor, eine Zusammenarbeit von CDU und AfD auf kommunaler Ebene in Sachsen zu dulden. Was antworten Sie?

Er spricht ein ganz wichtiges Thema an. Die AfD radikalisiert sich immer weiter. Sie ist unser größter politischer Gegner in Sachsen, mit denen gibt es keine Absprachen oder Zusammenarbeit. Wenn in Kommunalparlamenten Beschlüsse gefasst werden, um etwa einen Kindergarten zu bauen, ist das aber keine Hinwendung der CDU zur AfD.

Sie regieren in Sachsen mit SPD und Grünen. Wollen Sie diese Koalition nach der Landtagswahl im kommenden Jahr fortsetzen?

Wir arbeiten sehr vertrauensvoll zusammen. Ich bin froh, dass wir Sachsen eine stabile Regierung gegeben haben. Und die wollen wir bis September 2024 fortführen. Dann entscheidet der Wähler neu. Mein Ziel ist es, eine Regierung aus der demokratischen Mitte heraus zu bilden, besser zu zweit als zu dritt. In einem Dreieck gibt es eben doch viel höheren Abstimmungsbedarf, das reduziert die Geschwindigkeit.

Fürs Protokoll: Eine Zusammenarbeit, Koalition oder Tolerierung mit oder durch die AfD schließen Sie aus?

Das habe ich vor der letzten Wahl gesagt, und das gilt auch vor der nächsten Wahl.

Original Gesamtseiten-PDF

Original Gesamtseiten-PDF

"Anzahl der Menschen ist einfach zu groß" Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) sieht die Republik vor dem Migrationskollaps und die Asylpolitik i....

Der sächsische Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) warnt vor einer gesellschaftlichen Spaltung wie in den USA

Load-Date: May 29, 2023

End of Document

Fehlanreiz Bürgergeld?; Nur rund ein Fünftel der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine geht einer Beschäftigung nach. Rufe werden laut, die Leistungen zu kürzen

Die Welt

Donnerstag 14. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 243

Length: 1312 words

Byline: Tim Daldrup

Body

Deutschland bietet rund einer Million Menschen Schutz, die aus der Ukraine **geflüchtet** sind. Viele von ihnen sind gut ausgebildet: Der Anteil der seit dem Start des russischen Angriffskriegs Zugewanderten, die einen akademischen Bildungsabschluss nachweisen können, übersteigt den in der deutschen Bevölkerung. Und doch: Nur jeder Fünfte von ihnen im Alter von 25 bis 59 Jahren ist erwerbstätig.

Das ergibt eine Erhebung des Statistischen Bundesamtes für das erste Halbjahr 2023. Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) kommt auf einen leicht höheren Wert von 23 Prozent bei den 18- bis 65-Jährigen. Damit reiht sich Deutschland im europäischen Vergleich unten ein; in vielen anderen Ländern sind die ukrainischen Kriegsflüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt integriert als hier, obwohl dort häufig die Löhne niedriger sind.

Ein Argument, das häufiger vorgebracht wird: Die Sozialleistungen in Deutschland seien so hoch, dass sie den Anreiz zur Jobsuche verringerten. Ukrainische Flüchtlinge erhalten seit Juni 2022 eine automatische Anerkennung ihrer Schutzberechtigung und haben somit vollwertigen Zugang zum Sozialsystem. Den deutschen Staat kostet dies laut der Bundesagentur für Arbeit im nächsten Jahr allein für das Bürgergeld knapp 5,5 Milliarden Euro, das sind 13 Prozent des dafür vorgesehenen Gesamtbudgets. Der Regelsatz liegt aktuell bei 502 Euro im Monat für Alleinstehende und steigt zum ersten Januar 2024 auf 563 Euro. Hätten mehr Ukrainer eine Arbeitsstelle, wären die Ausgaben fürs Bürgergeld geringer. Aber gilt umgekehrt auch: Wenn die erwerbslosen Geflüchteten weniger Geld als das Bürgergeld zur Verfügung hätten, stiege dann auch ihre Erwerbsquote?

Die Sozialleistungen bleiben allerdings von den Sparplänen der Bundesregierung weitestgehend unberührt. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte am Mittwoch mit Blick auf den Bundeshaushalt 2024: "Die Unterstützung der Ukraine stemmen wir aus dem Regelhaushalt so, wie wir es geplant haben." Dazu zählten "voraussichtlich über sechs Milliarden Euro zur Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge hier in Deutschland".

Fehlanreiz Bürgergeld? Nur rund ein Fünftel der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine geht einer Beschäftigung nach. Rufe werden laut, die Leistungen zu kürzen

Im Lichte der neuen Zahlen fordert die Unionsfraktion im Bundestag trotzdem, das Bürgergeld für Ukrainer auf Asylbewerberleistungen zu reduzieren. "Das Prinzip des Förderns und Forderns muss wieder mehr in den Vordergrund rücken. Statt Geflüchtete im Bürgergeld zu parken, müssen wir genau das Gegenteil tun: Wir müssen Geflüchtete so schnell wie möglich in Arbeit bringen", sagt Stephan Stracke (CSU), arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, WELT. Der Spracherwerb funktioniere zudem am besten, wenn eine schnelle Vermittlung in Arbeit gelinge.

Der Grund dafür, dass Geflüchtete aus der Ukraine von Anfang an Bürgergeld beziehen können, liegt in der Anwendung der Massenzustrom-Richtlinie der EU. Diese Richtlinie wurde 2001 als Reaktion auf die vorherige Zuwanderung jugoslawischer Bürgerkriegsflüchtlinge geschaffen und kam im vergangenen Jahr das erste Mal bei den Menschen aus der Ukraine zur Anwendung. Sie garantiert dann Geflüchteten, die wegen Krieg, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen nicht in ihr Land zurückkehren können, automatisch sofortigen Schutz. In Deutschland müssen deshalb Flüchtlinge aus der Ukraine nicht erst ein Asylverfahren durchlaufen, sondern erhalten automatisch eine Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz und somit die gleichen Rechte wie bereits anerkannte Flüchtlinge, deren Anspruch in einem Regelverfahren festgestellt wurde.

Pascal Kober von der FDP-Bundestagsfraktion hält nichts von einem Kurswechsel im Umgang mit den ukrainischen Kriegsflüchtlingen auf Basis der EU-Richtlinie: "Es ist ein Rechtsinstrument, das genau für den Fall eines Kriegs in Europa eingeführt wurde und sicherstellt, dass Menschen, die verzweifelt aus einem Kriegsgebiet fliehen, schnell und unbürokratisch Hilfe bekommen, ohne ein aufwendiges Asylverfahren zu durchlaufen." Durch die sofortigen Leistungen wie das Bürgergeld sollte eine umgehende Betreuung durch die Jobcenter für die Integration in Arbeit ermöglicht werden. Ähnlich äußerte sich Beate Müller-Gemmeke von den Grünen: "Die Geflüchteten werden, wenn sie jetzt den Besuch eines Integrationskurses abgeschlossen haben, individuell beraten und bekommen bei Bedarf weitere Qualifizierung. Das wird spürbar dazu führen, dass mehr Menschen nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden."

Der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Rosemann, betont, dass eine Versorgung der Geflüchteten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Kosten kaum gedrückt hätte. "Zudem hätten die Ukrainerinnen und Ukrainer auch bei einem regulären Asylverfahren nach einigen Monaten Anspruch auf einen Aufenthaltstitel erhalten und damit einen Anspruch auf Bürgergeld erhalten - allerdings mit erheblichem bürokratischem Mehraufwand."

Darüber hinaus gibt es neben den Sozialleistungen andere Faktoren, warum die Erwerbstätigkeit der Ukrainer in Deutschland im internationalen Vergleich so niedrig ist. Andreas Ette, Leiter der Forschungsgruppe Internationale Migration am BiB, weist auf einen "Lock-In-Effekt" in Deutschland hin: "Das heißt, eine große Zahl der Geflüchteten aus der Ukraine befindet sich noch in Integrations- und Sprachkursen. Währenddessen ist es schwierig, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen." Betrachte man Erwerbstätige und Personen in Sprachkursen zusammen, dann sei der Wert in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern sogar hoch: "Zum Zeitpunkt der zweiten BiB-Befragung im Frühjahr 2023 waren es bereits 75 Prozent, die entweder einen Integrationskurs abgeschlossen haben oder derzeit einen besuchen." Zudem spiele auch die sprachliche Nähe in anderen Ländern eine Rolle - wie etwa in Polen.

Ein weiterer Grund: 15 Prozent der aus der Ukraine Geflüchteten sind Alleinerziehende mit Kind, in der deutschen Gesamtbevölkerung sind dies nur drei Prozent. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist für diese Gruppe besonders schwer. Das zeigt ein Forschungsprojekt des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom August. Die Direktorin des BiB Katharina Spieß fordert deshalb: "Wir müssen die Betreuungsmöglichkeiten für die ukrainischen Kinder verbessern, damit auch alleinerziehende Mütter eine bessere Möglichkeit haben, in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Die Sprachkenntnisse haben sich bereits deutlich verbessert. Bei anderen Gruppen brauchen wir bessere Zugänge zu qualifikationsadäquaten Beschäftigungen."

Die Bundesregierung will dem schleppenden Übergang in die Beschäftigung mit einem "Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration" entgegenwirken. Der sieht etwa vor, dass Unternehmen Geflüchtete vermehrt auch ohne

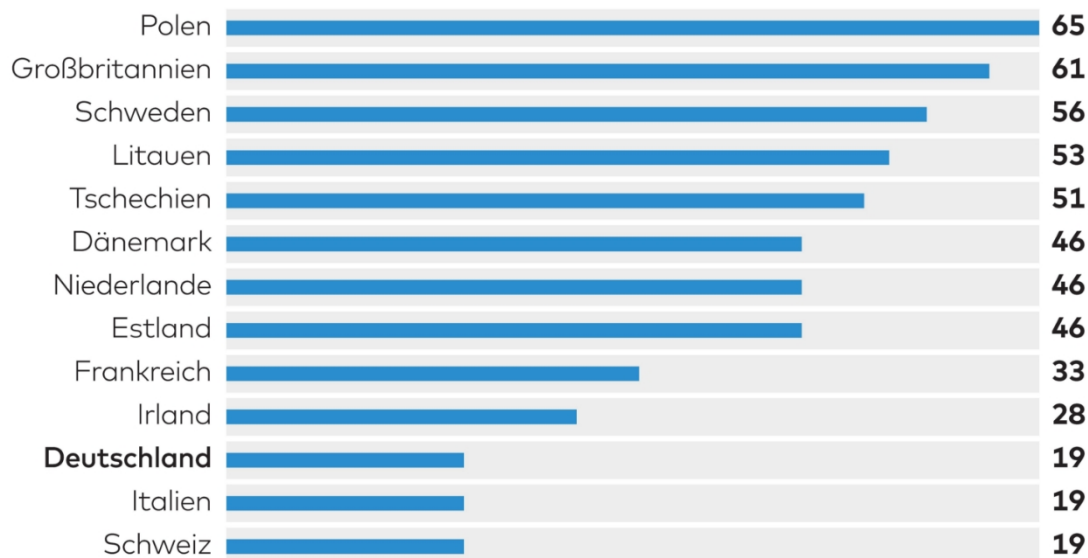
Fehlanreiz Bürgergeld? Nur rund ein Fünftel der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine geht einer Beschäftigung nach. Rufe werden laut, die Leistungen zu kürzen

gute Deutschkenntnisse beschäftigen und berufsbegleitend weiter qualifizieren. Zudem sollen Integrationskurse mit dem Berufseinstieg verbunden werden.

Mittlerweile geben mehr als die Hälfte der Flüchtlinge aus der Ukraine an, längerfristig in Deutschland bleiben zu wollen - Tendenz steigend. Viele Ukrainer sind nach eigenen Angaben motiviert und wollen arbeiten: Mehr als 90 Prozent der nicht erwerbstätigen Geflüchteten geben laut IAB-Studie an, eine Arbeit aufnehmen zu wollen. "Das könnten wir viel deutlicher fördern, indem die Berufsabschlüsse schneller anerkannt und Sprach-, beziehungsweise Integrationskurse parallel zur Erwerbstätigkeit ermöglicht werden", sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds. Dieselbe IAB-Studie führt außerdem an, dass die Erwerbstätigkeitsquote nach einem Jahr Aufenthalt auf 28 Prozent steige. Hinzu kommt, dass die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes sich auf das 1. Halbjahr 2023 beziehen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, erklärt: "Inzwischen haben etliche weitere ukrainische Geflüchtete ihre Sprach- und Integrationskurse erfolgreich beendet oder stehen kurz davor."

Erwerbstätigenquote von Geflüchteten aus der Ukraine

Angaben in Prozent (Schätzung)



Quelle: OECD 2023, Statistisches Bundesamt 2023

welt

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Flüchtlinge aus der Ukraine spielen in einer Unterkunft im bayerischen Eichenau

Load-Date: December 13, 2023

Frankreich streitet über die Asylwende; Einwanderungsgesetz soll bald verschärft werden

Die Welt

Mittwoch 15. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 222

Length: 901 words

Byline: Martina Meister

Body

Paris

Das Hinspiel hat Frankreichs Innenminister Gérald Darmanin schon mal gewonnen. Der Pariser Senat hat den Weg frei gemacht für die Verschärfung des französischen Asyl- und Einwanderungsgesetzes. Am Dienstag wurde das Gesetz, das nach seinen Worten für "mehr Härte und mehr Vereinfachung" sorgen soll, vom konservativ dominierten Senat wider Erwarten verabschiedet. Im Dezember geht der Entwurf zurück ins Parlament zur endgültigen Entscheidung. Nach Darmanin soll es ab Januar in Kraft treten.

"Immigration kontrollieren, Integration verbessern" lautet das Leitmotiv. Um das zu gewährleisten, will die Regierung etwa Zuwanderern, die sich zwar illegal im Land aufhalten, aber in Mangelberufen tätig sind, eine Aufenthaltsgenehmigung erteilen. Es müsse doch möglich sein, "das Kindermädchen zu legalisieren und den straffälligen Ausländer auszuweisen", so Innenminister Darmanin vor dem Senat. Die konservative Opposition ist jedoch strikt dagegen und hat diesen Teil des Gesetzes im französischen Oberhaus gekippt.

Mit 131.000 Asylanträgen im vergangenen Jahr ist Frankreich nach Deutschland und vor Spanien das zweitbeliebteste Land für Schutzsuchende in der EU. Allerdings werden nach Angaben des französischen Innenministeriums 70 Prozent der Anträge abgelehnt, in Deutschland sind es nur etwa die Hälfte. Bei der finanziellen Unterstützung für Asylbewerber ist Frankreich ähnlich großzügig wie Deutschland, zumindest, solange der Antrag noch läuft. Zwar kennt Frankreich, anders als Deutschland, das Instrument der Duldung offiziell nicht. Doch auch unser Nachbarland hat große Schwierigkeiten damit, abgelehnte Asylbewerber abzuschieben. "Eine Person, der wir vier Mal 'Nein' gesagt haben, kann sich zwei bis drei Jahre hier aufhalten", rechnete Darmanin vor. Erst dann seien alle Rechtswege erschöpft. Paris will die Ausweisung abgelehnter Bewerber nun erleichtern und beschleunigen. Und nicht nur das: Mit 200 zu 136 Stimmen hat der Senat dafür gestimmt, dass abgelehnte Asylbewerber nur noch eine medizinische Notfallversorgung erhalten.

Frankreich streitet über die Asylwende Einwanderungsgesetz soll bald verschärft werden

Damit geht Frankreich weiter als Deutschland, das in der vergangenen Woche ebenfalls Änderungen des Asylrechts angestoßen hatte. Kanzler Olaf Scholz und die Ministerpräsidentenkonferenz einigten sich darauf, den Zeitraum, nach dem illegale Migranten Analogleistungen erhalten, auf 36 Monate zu verdoppeln. Die Begründung: Man wolle damit "Anreize für eine Sekundärmigration innerhalb Europas nach Deutschland senken". In Frankreich wird schon deutlich länger über sogenannte Pull-Faktoren debattiert, also die Frage, ob es Sozialleistungen im Zielland sind, die Migranten anziehen. Mit dem verschärften Asyl- und Einwanderungsgesetz reagiert Paris nun auf ein Reizthema, das zuerst Marine Le Pens rechtspopulistisches Rassemblement National besetzte, das seit dessen Aufstieg aber auch zentral für die konservative Oppositionspartei Les Républicains (LR) ist. Innenminister Darmanin hat sich im Senat für die Abschaffung der AME ausgesprochen, Kollegen seiner Regierung dagegen. Offen ist deshalb, ob Hardliner Darmanin das Rückspiel im Palais Bourbon gewinnen und der Artikel im Parlament durchgehen wird. Emmanuel Macrons Regierungspartei Renaissance hat keine Mehrheit in der Nationalversammlung und ist in der Frage gespalten. Macron braucht deshalb die Stimmen von LR, kann es sich gleichzeitig aber nicht leisten, die eigenen des linken Flügels zu verlieren.

Sicher ist, dass Macrons politisches Credo des "sowohl als auch" beim Einwanderungsgesetz an seine Grenzen stößt. Nicht umsonst ist die Entscheidung seit über einem Jahr verschoben worden. Sein Innenminister wollte die Kontrolle der Einwanderung lange auf die Formel "böse zu den Bösen, nett zu den Netten" herunterbrechen, aber für den zweiten Teil der Devise bekommt er keine Unterstützung von den Konservativen. Für die konservative Oppositionspartei LR war der Vorschlag, Beschäftigte in Mangelberufen zu legalisieren, schon immer eine "rote Linie". Dieser würde Anreize schaffen für zukünftige Einwanderer, argumentieren sie. Tatsächlich wurde der Artikel unter ihrer Führung im Senat gekippt und durch einen ersetzt, der den Vorstehern der Regionen (Präfekten, Anm.) die Entscheidung in den einzelnen Fällen überlässt - bei strikten Kriterien.

Für den linken Flügel vom Macrons Renaissance-Partei bleibt dieser Aspekt aber unerlässlich. "Wir werden das ehrgeizige Gesetz der Regierung im Parlament wieder geraderichten", verspricht Sacha Houllié, Abgeordneter von Macrons Partei und Präsident der Kommission für die Reform. Auch die Abschaffung der Krankenversicherung AME stößt in seiner Fraktion auf Kritik. Ihr haben sich 3000 Vertreter aus medizinischen Berufen angeschlossen, die einen Appell in der Zeitung "Le Monde" veröffentlichten. Abgesehen von epidemischen Risiken für die Gesellschaft würden bei einer reinen Notfallversorgung verspätete Diagnosen mehr Andrang in den Notaufnahmen und längere Krankenhausaufenthalte in einem ohnehin überlasteten System auslösen, argumentieren sie. Eine Studie der Europäischen Union stützt das Argument. Spanien, das 2012 auf eine Notversorgung umgestiegen ist, kehrte man 2018 wieder zum alten System zurück. In Frankreich kommen schon heute nur diejenigen in den Genuss der Krankenversicherung, die nicht mehr als 810 Euro monatlich verdienen. Derzeit betrifft das rund 400.000 Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 14, 2023

Einfach ausgesetzt; Zu: "Mehr Anti-Migrations-Deals mit Nordafrika" vom 19. Juli

Die Welt

Dienstag 25. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 142

Length: 232 words

Body

Ich bin davon überzeugt, dass die Europäische Union mit ihrem "Anti-**Migrationsabkommen**" mit Tunesien eine Sauerei verbrochen hat. Da die von der Grenzschutztruppe Frontex und anderen praktizierten Push-Backs zu sehr in die Öffentlichkeit gelangt sind, wird nun mal wieder etwas Neues ausprobiert. Natürlich fließt dabei viel Geld der EU in die dunklen Kanäle der nordafrikanischen Machthaber, in diesem Falle der Leute, die derzeit in Tunesien das Sagen haben. Dass das windige Gesellen sind, mit denen ein ordentlicher Kaufmann niemals Geschäfte machen würde, weiß doch jedes Kind. Aber für das EU-Establishment um Kommissionspräsidentin von der Leyen sind das offenbar die richtigen Partner für das hier angedachte und nun vereinbarte Geschäft. Das Ganze hat umso mehr ein übles Geschmäckle, als just am vergangenen Wochenende bekannt wurde, dass offenbar tunesische Sicherheitskräfte etwa 200 **Flüchtlinge** bzw. **Migranten**, die versuchen wollten, nach Europa zu gelangen, in die libysche Wüste, also auf das Staatsgebiet des Nachbarlandes verbracht und dort hungernd und durstend ausgesetzt haben - vermutlich in der Hoffnung, dass die Leute dort zugrunde gehen und im Wüstensand auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Ist das jetzt die neue von der EU finanzierte Vorgehensweise? Sind das die Werte der EU, die da praktisch umgesetzt werden?

Frank Wunderlich, Nöbdenitz

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 24, 2023

"Migrationspolitik ist oftmals eine Schwäche von Demokratien"; Europa müsse sich dauerhaft auf eine forcierte Migration über Belarus einstellen, sagt Lettlands neuer Präsident Edgars Rinkevics, der an den EU-Außengrenzen inzwischen "ein neues Muster" beobachtet. Unter einer Bedingung kann er sich zudem einen "Dialog" mit Moskau vorstellen, der den Krieg in der Ukraine beenden könnte

Die Welt

Mittwoch 4. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 192

Length: 1485 words

Byline: Philipp Fritz

Body

Edgars Rinkevics ist seit Juli 2023 Präsident von Lettland. Der 50-Jährige war zuvor mehr als zehn Jahre lang lettischer Außenminister. Rinkevics outete sich 2014 als schwul, was damals über seine Heimat hinaus für Schlagzeilen sorgte. Er ist derzeit das einzige homosexuelle Staatsoberhaupt weltweit.

WELT:

Herr Präsident, gerade erst hat die Deutsche Marine eine Nato-Übung in der Ostsee angeführt und so eine Verteidigung des Baltikums trainiert. Bis zu 4000 Bundeswehr-Soldaten sollen dauerhaft in Litauen stationiert werden. Ist das das sicherheitspolitische Engagement von Deutschland, das Sie sich wünschen?

Edgars Rinkevics:

Tatsächlich war auch Verteidigungsminister Boris Pistorius gerade bei uns in Riga. Ihm, wie auch mir, ist es wichtig zu betonen, dass die Luftraumüberwachung über dem Baltikum von Deutschland übernommen wird und Kampfflugzeuge zu diesem Zweck im nächsten Jahr von Estland nach Lettland verlegt werden. Dass die Deutschen eine komplette Brigade nach Litauen verlegen wollen, ist auch für uns Letten sehr wichtig. Sie wissen ja um die Suwalki-Lücke, die eine Schwachstelle der Nato ist und daher im besonderen Maß gesichert werden muss. Für uns ist sie eine Lebenslinie nach Polen und weiter in den Westen. Es geht hier nicht nur um die Sicherheit der Grenzen, sondern auch um Energie und Verkehr. Was etwa das Schienennetz angeht, sind wir aktuell dabei, uns vollständig von Belarus und Russland zu entkoppeln und uns besser mit dem europäischen Netz zu verbinden. 2025 sollte der Bau der Rail Baltica abgeschlossen sein.

"Migrationspolitik ist oftmals eine Schwäche von Demokratien" Europa müsse sich dauerhaft auf eine forcierte Migration über Belarus einstellen, sagt Lettlands n....

Das Bahnprojekt soll Helsinki über die baltischen Hauptstädte mit Warschau verbinden.

Richtig. In dem Zusammenhang würde ich mir mehr deutsche Investitionen wünschen. Die deutsch-lettischen Beziehungen sind kulturell und politisch exzellent. Ausbaufähig sind die Wirtschaftsbeziehungen. Investoren sind vorsichtig. Lettland grenzt an Russland und es gab nach 2014 und dann wieder 2022 die Sorge, wir könnten nach der Ukraine die nächsten sein. Die Wirtschaft muss verstehen, dass wir in der Nato sind, dass Artikel 5 gilt. Da kann Deutschland sicher ein Zeichen setzen, ich richte mich aber auch an meine Regierung, die das offener nach außen kommunizieren könnte. Es ist auch deshalb wichtig, dass eine deutsche Brigade nach Litauen verlegt wird. Das wird die Sicherheit der Region stärken. Dazu müssen wir den nachrichtendienstlichen Austausch stärken; Luftverteidigung ist für uns ein zentrales Thema. Gerade erst hat die lettische Regierung Verträge zur Anschaffung des deutschen Abwehrsystems Iris-T unterschrieben. Bis 2026 wollen wir unsere Verteidigungsausgaben auf drei Prozent unserer Wirtschaftsleistung erhöhen. Wir müssen uns jedoch nicht nur auf einen konventionellen Krieg, sondern auch auf hybride Angriffe vorbereiten. Das heißt: auf Spionage, Cyberangriffe, darauf, dass Energie, vor allem aber Migration als Waffe gegen uns eingesetzt wird.

Immer mehr Migranten gelangen illegal über die sogenannte Belarus-Route in die EU, viele wollen nach Deutschland. Es heißt, dass das Regime von Diktator Alexander Lukaschenko zunehmend Menschen über die Grenze nach Lettland oder Litauen drängt, da Polen eine Mauer gebaut hat. Wie bewerten Sie die Lage?

Sehen Sie, es ist richtig, dass Polen eine Mauer gebaut hat. Aber auch Litauen und Lettland verstärken ihre Grenzen durch den Bau einer Schutzanlage. Wir gehen davon aus, dass das Lukaschenko-Regime Migration weiterhin als Waffe gegen uns einsetzen wird. Vor zwei Jahren war es noch so, dass Menschen über irakische Flughäfen oder aus Istanbul direkt nach Minsk geholt und von da an die EU-Grenze geschafft wurden. Mittlerweile sehen wir ein neues Muster: Migranten werden nach Russland geflogen und dann erst nach Belarus transportiert. Sie kommen in Wellenbewegungen an die Grenzen von Litauen, Lettland oder Polen. Nur selten werden sie gleichzeitig an mehreren Stellen über die Grenze geschafft. Es geht darum, Schwachstellen im Grenzsystem zu finden. Wir müssen leider einsehen, dass diese Praxis vorerst weiter durchgeführt wird. Anders sieht es an unserer Grenze zu Russland aus.

Migranten werden also von Russland nach Belarus geschafft und von da über die Grenze gedrängt. Warum nicht direkt aus Russland?

Für Lukaschenko sind diese Menschen ein Druckmittel, um eine Aufhebung der Sanktionen zu erzwingen. Russland hingegen will tatsächlich noch als verantwortungsbewusster Akteur gegenüber Europa wahrgenommen werden, egal, was Moskau woanders tut. Wo genau die Migranten herkommen, ist aber zweitrangig. Ich habe darüber auch mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gesprochen: Wir brauchen dringend eine Reform der europäischen Migrations- und Asylpolitik. Dabei müssen wir zwischen dem humanitären Aspekt und dem Einsatz von Migration als Waffe unterscheiden. Es ist sehr schwierig, hier eine Lösung zu finden. Migrationspolitik ist oftmals eine Schwäche von Demokratien. Das weiß jemand wie Lukaschenko und nutzt das aus. Er weiß, dass wir Menschen nicht einfach an unseren Grenzen erschießen würden, so wie seine Leute es täten. Wir müssen einsehen, dass unsere Asylpolitik aus den 50er- und 60er-Jahren stammt und nicht an die heutigen Herausforderungen angepasst ist. Migration spaltet unsere Gesellschaften, es ist ein "heißes Thema", bei dem die Fronten zwischen denen, die sagen, alle sollen rein, und den Befürwortern einer "Festung Europa" sich verhärten.

Gemessen an der Wirtschaftskraft hat kaum ein Land so viel Militärhilfe für die Ukraine gelistet wie Lettland. Welche Unterstützung benötigt die Ukraine jetzt am dringendsten?

Kurz gesagt: Die Ukraine braucht Waffen, Waffen und noch mal Waffen. Sie braucht alles, um die Gegenoffensive weiterzuführen und gleichzeitig ihre Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Überdies müssen wir die finanzielle Hilfe verstärken und mit dem Wiederaufbau beginnen. Nötig ist auch ein politisches Signal, zum Beispiel, dass wir Ende des Jahres konkret Beitrittsverhandlungen beginnen. Das Gleiche sollte übrigens auch für Moldau gelten.

"Migrationspolitik ist oftmals eine Schwäche von Demokratien" Europa müsse sich dauerhaft auf eine forcierte Migration über Belarus einstellen, sagt Lettlands n....

Viele blicken mit Sorge nach Washington. Sollte im kommenden Jahr ein Republikaner Präsident werden, könnten die Militärhilfen für die Ukraine drastisch zurückgehen.

Darauf setzt Russland. Auf einen langen Krieg und darauf, dass eine Müdigkeit bei den westlichen Unterstützern der Ukraine einsetzt. Das sollten wir nicht zulassen.

Für wie realistisch halten Sie Waffenstillstands- oder gar Friedensverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine?

Im Moment für überhaupt nicht realistisch. Beide Seiten lehnen das ab. Das deckt sich mit meiner Einschätzung, dass Russland glaubt, die Zeit auf seiner Seite zu haben. Wir dürfen jedoch keinen Druck auf die Ukraine ausüben. Die Ukrainer haben bittere Erfahrungen mit Deals mit Russland gemacht, angefangen beim Budapester Memorandum bis hin zu den Abkommen Minsk I und II. Wenn wir eine politische Lösung des Krieges wollen, müssen wir der Ukraine geben, was wir geben können, damit sie mehr Territorium befreien kann. Wenn Russland sieht, dass der Wille der Ukraine nicht gebrochen werden kann und der Westen nicht nachgibt, dann kann es zu einem Dialog kommen.

Sie denken, dass ein Dialog mit der aktuellen russischen Führung möglich ist?

Wenn Putin in eine Ecke gedrängt wird, würde er sich auf Gespräche einlassen. Aber lassen Sie uns nicht vergessen, was mit Jewgeni Prigoschin geschehen ist. Was da passiert ist, ist doch spektakulär. Als Putin verstand, dass er keine Chance hat, diesen Aufstand schnell zu beenden, hat er einen Deal gemacht. Und dann - zufällig - fiel zwei Monate später ein Flugzeug vom Himmel. Uns sollte das eine Lehre sein. Selbst wenn Putin am Tisch sitzt, wird er einen Deal nicht als langfristige Lösung anerkennen, sondern nur als Pause. Wenn er kann, wird er wieder angreifen. Deswegen sollten wir die Ukraine nicht in einen Dialog mit Russland drängen.

Gerade in Deutschland, aber auch in anderen Ländern des westlichen Bündnisses ist die Sorge groß, dass ein in die Ecke gedrängter Putin den Krieg auf Nato-Gebiet bringen oder sogar Atomwaffen einsetzen könnte.

Die Atomdrohungen sind eine russische Propagandawaffe, die recht erfolgreich ist. Die Angst verfängt vor allem in Ländern, die keine direkten oder historischen Erfahrungen mit Russland haben. Wenn Putin gegen die Nato eskaliert oder Atomwaffen einsetzt, dann wird die Antwort darauf für Russland sehr hässlich sein. Ich denke, das verstehen die Russen. Es ist klar, dass die Nato ohne eine entsprechende Antwort tot ist. Im Konfliktfall ist sie dazu gezwungen, zu reagieren. Ich möchte keine Prognosen abgeben, aber für den Moment halte ich es für sehr unwahrscheinlich, dass Russland Nato-Territorium angreift. Wenn es so schlecht für Russland läuft, dass Putin glaubt, seine Macht zu verlieren oder persönlich in Gefahr ist, dann ist die Lage vielleicht eine andere. Dann führen wir noch ein Interview.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 4, 2023

Leserbriefe

Die Welt

Dienstag 29. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; LESERBRIEFE; S. 7; Ausg. 167

Length: 288 words

Body

Aggressor Russland

Zu: "Der Mut der kleinen Länder" vom 22. August

Bewundernswert, wie sich diese "kleinen Länder" über alle Ängste vor dem Aggressor Russland hinweggesetzt und sich zu diesen Entscheidungen durchgerungen haben. Oder gerade aufgrund dieser Ängste? Stattdessen sehen wir bei Olaf Scholz ein Lavieren und ein Wegducken. Diese Haltung äußert sich auch bei der **Migrationspolitik**. Und dies nur aus Rücksicht auf den linken Flügel der SPD und vor allem den grünen Koalitionspartner, der ja bisher die Leitlinien in der **Asyl-** und **Migrationspolitik** vorgegeben hat und somit die "Wir schaffen das"-Politik Merkels fortgeführt hat.

Gerhard Banholzer, per Mail

Danaergeschenk

Zu: "Freigabe? Überregulierung!" vom 17. August

Die Teillegalisierung von Cannabis ist ein gefährliches Danaergeschenk in vielerlei Hinsicht: ein vergiftetes Geschenk für besonders gefährdete junge Menschen, die eigentlich geschützt werden müssen; verkorkst, weil Cannabis-Vereine nur mit großem bürokratischen Aufwand reguliert und kontrolliert werden können; teuer, weil der Steuerzahler für das Gesundheitswesen mit mehr Therapieplätzen und mehr Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen zur Kasse gebeten werden wird; folgenreich, weil Justiz und Polizei gewiss dadurch noch mehr Arbeit bekommen.

Dr. Burkhard Budde, Bad Harzburg

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de (forum@welt.de)

Leserbriefe

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 28, 2023

End of Document

Wie viel Einwanderung verträgt ein Land? (1); Die Politik überschätzt ihre Fähigkeit, Einwanderung zu regulieren, glaubt der französische Migrationsforscher François Héran

Die Welt

Donnerstag 13. April 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 72

Length: 1484 words

Byline: Martina Meister

Body

Paris

Seit Herbst wird in Frankreich die Debatte über ein neues Einwanderungsgesetz immer wieder verschoben. Nun soll es nicht als Paket, sondern einzeln im Parlament abgestimmt werden, weil die Regierungspartei Renaissance in einzelnen Fragen auf eine Mehrheit mit der linken, in anderen mit der rechten Opposition hofft. Die Rechtspopulistin Marine Le Pen verspricht, sollte sie Präsidentin werden, Einwanderung komplett zu unterbinden. Innenminister Gérald Darmanin, eigentlich ein Hardliner, sagt dagegen, Frankreich sei schon immer ein Einwanderungsland gewesen und werde es bleiben.

Tatsächlich habe ein knappes Drittel der französischen Bevölkerung ausländische Wurzeln, rechnet der **Migrationsforscher** François Héran vor. Sie sind Einwanderer, Kinder oder Enkelkinder von Einwanderern. Dazu gehören nicht nur Ex-Präsident Nicolas Sarkozy, sondern auch der Philosoph Alain Finkielkraut, der rechtsextreme Präsidentschaftskandidat Éric Zemmour und Jordan Bardella, Parteivorsitzender des Rassemblement National, der Partei, die heute als die Verteidigerin von französischer Identität und historischer Kontinuität auftritt. In seinem Buch "Einwanderung. Die große Realitätsverweigerung" (Immigration. Le grand déni, Verlag Seuil) räumt der Anthropologe, Philosoph und Demograf Héran, 79, mit verschiedensten Mythen über **Migration** auf.

WELT:

Monsieur Héran, Sie haben den Lehrstuhl für Migrationswissenschaften am renommierten Collège de France inne. Ist ein sachlicher Blick auf Einwanderung überhaupt möglich, wenn die Debatten wie hier in Frankreich vor allem politisch geprägt sind?

François Héran:

Wie viel Einwanderung verträgt ein Land? (1) Die Politik überschätzt ihre Fähigkeit, Einwanderung zu regulieren, glaubt der französische Migrationsforscher Fran....

Uns Wissenschaftlern und Statistikern wird von Rechtspopulisten gerne vorgeworfen, die Zahlen zu minimieren, das Ausmaß der Einwanderung zu untertreiben und die Realität nicht sehen zu wollen. Das ist so, seitdem ich zu dem Thema arbeite.

Ihr Buch trägt den Titel "Die große Realitätsverweigerung", was wie eine Anspielung auf die in Frankreich gerne zitierte Theorie vom "großen Bevölkerungsaustausch" klingt. Was verstehen Sie unter Realitätsverweigerung?

Damit ist eine Situation gemeint, in der Einwanderung nicht als wesentlicher, unvermeidlicher und letztlich normaler Bestandteil der französischen Gesellschaft akzeptiert wird. Dahinter steckt die Vorstellung, Frankreich könne nur Frankreich bleiben ohne Immigration, ein Gedanke, der natürlich auch in Deutschland und in anderen Ländern verbreitet ist. Er wird in Frankreich genährt von übertriebenen Zahlen, die in der Regel benutzt werden, um Forderungen nach Zuwanderungsbeschränkungen zu rechtfertigen.

Viele Politiker in Frankreich - und nicht nur Marine Le Pen - sprechen von einer "Explosion der Immigration". Ist das falsch?

Es besteht kein Zweifel daran, dass es ein lineares Wachstum gibt. Es gab nur zwei Ausnahmen in der jüngsten Vergangenheit. In den Jahren 2015/16 hat sich die Zahl der Asylbewerber verdoppelt, während der Pandemie ging sie dann wieder stark zurück. Inzwischen sind wir zu den Zahlen von vor 2019 zurückgekehrt. Wir verzeichnen also auf der ganzen Welt, aber vor allem in Westeuropa einen Anstieg der Immigration. Doch es handelt sich nicht um eine Explosion. Dies würde bedeuten: exponentielles Wachstum, was nicht der Fall ist.

Sie weisen nach, dass die Zahlen in Frankreich kontinuierlich steigen, egal, welcher Präsident regiert und welche Versprechungen er gemacht hat. Muss man daraus folgern, dass die Politik machtlos und die Vorstellung von Regulierung eine Illusion ist?

Ganz allgemein kann man festhalten, dass die Politik ihre Fähigkeit überschätzt, Einwanderung zu regulieren. Der Migrationsdruck hängt mit der Vermehrung weltweiter Konflikte zusammen, auf die kein einheimischer Politiker Einfluss hat. Es ist ein globales Phänomen: Die Zahl der Migranten ist seit der Jahrtausendwende weltweit um 67 Prozent gestiegen. In Frankreich mögen die unterschiedlichen Einwanderungsgesetze, von denen es etwa alle anderthalb Jahre ein neues gibt, den Familiennachzug eingeschränkt haben, aber nicht die Zahl derjenigen, die mit einem Studentenvisum kommen, die Wirtschaftsflüchtlinge sind oder Asylsuchende. Die Vorstellung, dass man mit Strenge für eine drastische Reduktion der Einwanderungswellen der unterschiedlichen Kategorien sorgen kann, ist Realitätsverweigerung.

Die Hoffnung, Einwanderung kontrollieren zu können, war ein Grund für den Brexit. Großbritannien will nun das strengste Einwanderungsgesetz überhaupt durchsetzen

Der britische Premierminister Rishi Sunak will verhindern, dass man einen Asylantrag in Großbritannien stellen darf, was komplett unrealistisch ist. Man kann nicht für oder gegen Immigration sein: Man muss damit mehr oder minder leben. Das britische Königreich ist im Übrigen das Land, das im europäischen Vergleich am wenigsten Asylbewerber seit 2015 aufgenommen hat.

Gemeinsam mit Emmanuel Macron hat Sunak angekündigt, ein französisch-britisches Internierungslager in Calais zu finanzieren. Was muss man sich darunter vorstellen?

Calais ist sehr interessant, weil wir Franzosen alles dafür tun, dass Migranten nicht zu uns kommen. In Calais sorgen wir dafür, dass sie bleiben. Das ist außerordentlich widersprüchlich. Tatsächlich versuchen die französischen Behörden, Migranten in Calais davon zu überzeugen, Asyl in Frankreich zu beantragen. Die wenigsten akzeptieren das. Zu Beginn seiner ersten Amtszeit hatte Macron gefordert, die Touquet-Verträge aufzulösen, die gemeinsame Kontrollen ermöglichten. Davon ist heute nichts mehr zu hören. Wir sind die demutsvollen, folgsamen Unterhändler der Briten und kontrollieren ihre Grenze. Wir spielen für sie die Rolle, die wir uns von den Italienern für uns erhoffen. Die Situation an der italienisch-französischen Grenzen ist genau dieselbe.

Wie viel Einwanderung verträgt ein Land? (1) Die Politik überschätzt ihre Fähigkeit, Einwanderung zu regulieren, glaubt der französische Migrationsforscher Fran....

Sie werfen Frankreich vor, sich einen schlanken Fuß zu machen und sagen, es leistet seinen Beitrag nicht. Paris tut aber gerne so, als würde es mehr leisten als andere. Täuscht der Eindruck?

Die Rechnung ist ganz einfach. Frankreich macht ungefähr 15 Prozent der EU-Bevölkerung aus, 18 Prozent seines Bruttoinlandproduktes. Seinen Beitrag leisten, hieße in unserem Fall: 15 bis 18 Prozent der Asylbewerber aufzunehmen. Davon sind wir weit entfernt. Deutschland hat 17-mal mehr Syrier aufgenommen als Frankreich. Aber wir bilden uns ein, dass wir im europäischen Vergleich Champions sind. Es werden große Reden gehalten, dass Frankreich das großzügigste und für Einwanderer attraktivste Land ist. Aber das ist großer Unsinn. Es besteht ein Graben zwischen der öffentlichen Meinung und den wahren Zahlen. Frankreich ist im europäischen Vergleich Mittelmaß. Anders als der hartnäckige Mythos vom attraktiven Frankreich vermuten lässt, ziehen wir wenig Einwanderer an.

In Deutschland kommen viele Kommunen an ihre Grenzen. Sie sind finanziell, aber auch menschlich überfordert. Immer öfter hört man: "Wir schaffen das nicht". Wie viel Einwanderung verträgt ein Land?

Es gibt keine Zahl für "optimale" Immigration. Es sind rein politische Entscheidungen. Doch es gibt zwei Theorien. Die Theorie der Schwellentoleranz geht davon aus, dass Integration über eine bestimmte Prozentzahl hinaus nicht machbar und für die Bevölkerung unzumutbar ist. Das ist die banalste und am meisten verbreitete These, aber wissenschaftlich lässt sie sich nicht belegen, weil das Niveau der Toleranz nicht proportional zum Prozentsatz der Ausländer in der Bevölkerung ist. Die zweite Theorie ist die Kontaktthese, die der amerikanische Psychologe Gordon W. Allports 1954 in seinem berühmten Buch "Die Natur des Vorurteils" entwickelt hat. Er hat mit sozialpsychologischen Versuchen bewiesen, dass zwei unterschiedlichen Gruppen von Menschen, die zusammenleben, zusammenarbeiten oder einfach miteinander zu tun haben, ihre Vorurteile abbauen und gut miteinander auskommen. Diese These ist durch viele hundert Versuche bestätigt worden und widerlegt die Annahme einer Schwelle, die nicht überschritten werden darf. Alle besagen, je enger der Kontakt, desto höher die Toleranz. Der Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland ist ein gutes Beispiel für diese Theorie: Dort, wo am wenigsten Ausländer sind, ist die Ausländerfeindlichkeit am stärksten.

In ihrem Bücherregal steht Thilo Sarrazins Buch "Deutschland schafft sich ab". Welche Erkenntnisse hat es Ihnen vermittelt?

Sarrazins Buch hatte vermutlich Einfluss darauf, dass deutsche Muslime bei der Volkszählung ihre Religion verschwiegen haben, weil sie Angst hatten, sich als Muslime zu erkennen zu geben. Erschütternd ist Sarrazins eugenische Vision und die Vorstellung, dass die Völker des Südens die Qualität des Genoms der Deutschen verschlechtern werden. Diese Renaissance alter Rassentheorien haben wir zum Glück nicht in Frankreich. Aber auch die französische Theorie der historischen Kontinuität, die beispielsweise Alain Finkielkraut vertritt, ist in Wahrheit nur eine schicke Spielart der Theorie des großen Bevölkerungsaustausches.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

François Héran

Load-Date: April 12, 2023

Ausgerechnet Meloni sucht neue Wege

Die Welt

Freitag 24. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 60

Length: 340 words

Byline: Virginia Kirst

Body

Seit dem Bootsunglück von Cutro, bei dem vor der kalabrischen Küste mindestens 88 **Migranten** gestorben sind, ist genau ein Monat vergangen. Ein Monat, in dem die Italiener voller Entsetzen auf die Toten blickten, die an ihren Strand gespült wurden. Auf die vielen Kinder unter ihnen. Ein Monat, in dem die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni feststellen musste: Sie braucht neue Lösungen in der **Migrationspolitik**, wenn sie langfristig im Amt bleiben will.

Anfangs hatte sie die Bedeutung, die die Italiener der Tragödie beimessen würden, unterschätzt. Doch in Cutro hat sich das tödlichste Unglück eines Migrantenboots der vergangenen zehn Jahre ereignet und die Bevölkerung tief getroffen. Seitdem fordern die Italiener, dass sich ein solches Unglück nie wieder ereignet. Meloni kann deshalb nicht mehr die alte, rechte Rhetorik der "geschlossenen Häfen" aufwärmen, mit der ihr Koalitionspartner Matteo Salvini in seiner Zeit als Innenminister stets vorgab, das Migrationsproblem lösen zu wollen. Denn geschlossene Häfen halten niemanden von der Überfahrt ab, und sie retten vor allem auch niemanden vor dem Ertrinken.

Meloni wird daher in Brüssel andere Wege sondieren. Dabei kann es nicht mehr wie in der Vergangenheit nur darum gehen, nach welchem Schlüssel die Migranten unter den EU-Ländern aufgeteilt werden, wenn sie einmal in Italien angekommen sind. Vielmehr sollte es im Interesse aller Länder liegen, legale und sichere Migration zu ermöglichen: für jene Menschen, die in die EU kommen wollen, um Asyl zu beantragen - und auch für jene, die hier arbeiten wollen. Die Regeln dafür muss die EU gemeinsam beschließen und durchsetzen. Auch, indem sie in Verhandlungen mit Drittstaaten geschlossen auftritt.

Meloni hat bereits die ersten Schritte in diese Richtung gemacht. Sie hat die Kontingente für legale Arbeitsmigration nach Italien erhöht sowie die Kontakte in die Herkunfts- und Transitländer verstärkt. Nun ist es an der EU, diesen Weg gemeinsam mit ihr zu gehen.

forum@welt.de (forum@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Ausgerechnet Meloni sucht neue Wege

Load-Date: March 23, 2023

End of Document

Russlands Rache für die Nato-Norderweiterung; Beamte drängen Migranten über die Grenze nach Finnland, um Helsinki und die EU unter Druck zu setzen. Und auch die Inselgruppe Aland hat Moskau im Visier

Die Welt

Mittwoch 22. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 227

Length: 1078 words

Byline: Marc Pfitzenmaier

Body

Mehr als 1300 Kilometer Grenze trennen Finnland und Russland. Das Gebiet ist dünn besiedelt, es ist ruhig im hohen Norden. Doch seit einigen Wochen spielt sich an den wenigen Grenzübergängen plötzlich Erstaunliches ab: Dutzende **Asylsuchende** drängen über die Grenze nach Finnland. Allein in der vergangenen Woche kamen rund 300 Personen an, vor allem aus dem Irak, Jemen, Somalia und Syrien.

Der Leiter der Grenzstation Vartiuss im Südosten Finnlands warf den russischen Behörden vor, systematisch **Migranten** in das Grenzgebiet zu bringen, sie sogar regelrecht über die Grenze zu zwingen. Russische Beamte hätten die Menschen nicht nur durch die Grenzöffnung gedrängt, sondern die Tore hinter ihnen auch direkt wieder geschlossen, um eine Rückkehr auszuschließen, sagte Jouko Kinnunen dem öffentlich-rechtlichen Sender Yle. Für die finnische Regierung ist klar, was dahintersteckt: Moskau schickt **Asylsuchende** über die Grenze, um sein Nachbarland zu destabilisieren - eine Taktik, die Europa von der Grenze zwischen Belarus und Polen kennt.

Man sei auf so eine Reaktion gefasst gewesen, sagte Finnlands Ministerpräsident Petteri Orpo bei einer Pressekonferenz am vergangenen Donnerstag. Das Ziel solcher Aktionen sei es, die Bevölkerung zu spalten. Daher sei es notwendig, schnell zu reagieren. Genau das tat seine Regierung dann am Wochenende auch: Sie schloss mehrere Grenzübergänge, die verkehrsgünstig in der Nähe der russischen Stadt Sankt Petersburg liegen - und drohte mit der Schließung aller restlichen Stationen. Moskau stritt seine Beteiligung erwartungsgemäß ab, Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Vorwürfe als "an den Haaren herbeigezogen", und attestierte Helsinki eine "russophobe Haltung".

Seit der russischen Invasion der Ukraine hat sich das Verhältnis zwischen den Nachbarn dramatisch verschlechtert, die vorsichtige Kooperation wich ständiger Alarmbereitschaft. Mit weitreichenden Folgen: Nach Jahrzehnten der Neutralität entschied sich Finnland - ebenso wie Schweden - der Nato beizutreten. Im April wurde das Land offiziell Mitglied des Verteidigungsbündnisses. Und der Kreml sinnt auf Rache.

Russlands Rache für die Nato-Norderweiterung Beamte drängen Migranten über die Grenze nach Finnland, um Helsinki und die EU unter Druck zu setzen. Und auch die

In den vergangenen Monaten hat sich Russlands Ton noch einmal deutlich verschärft, wie der finnische Sicherheitsnachrichtendienst (SUPO) in seinem Jahresbericht vom 12. Oktober festhält. Laut SUPO wird Finnland von Russland als "feindliches Land" betrachtet. Als Helsinki Anfang Oktober russische Diplomaten wegen Spionageverdachts auswies, schloss Moskau das finnische Konsulat in Sankt Petersburg. Auch gibt es immer wieder Cyberattacken. Am Tag des Nato-Beitritts im April legten prorussische Hacker die Webseite des finnischen Parlaments lahm; weitere Attacken folgten am 11. Oktober, als mehrere Regierungsbehörden nicht mehr erreichbar waren. Die Hackergruppe Noname 057 bekannte sich zu dem Angriff und erklärte, er sei eine Reaktion auf erneute finnische Militärhilfe für die Ukraine. Am 15. Oktober wurden die Webseiten von Medien auf der zwischen Russland und Finnland gelegenen Inselgruppe Åland angegriffen. Die Attacke ereignete sich am Abend der Kommunalwahlen, bei denen die Frage nach den Beziehungen zu Russland im Fokus stand. Die Insel ist entmilitarisiert und gilt als "Achillesferse" der finnischen Verteidigungsstrategie. "Mit diesen zunehmenden Cyberangriffen hat Russland bewiesen, dass es eine erhebliche Bedrohung für Finnlands Sicherheitsumfeld darstellt", heißt es in einer Analyse der Henry M. Jackson School of International Studies in Washington.

Auch im Bereich der kritischen Infrastruktur hat Helsinki Grund zur Sorge. So wurde Anfang Oktober die Ostsee-Pipeline Baltconnector zwischen Finnland und Estland beschädigt. Alles deutet laut dem finnischen Geheimdienst auf einen Angriff von außen hin - und viele Hinweise lassen eine russische Beteiligung vermuten. Finnische Ermittler gehen mittlerweile davon aus, dass ein chinesisches Frachtschiff mit seinem Anker die Pipeline aufriss. Die Reederei hinter der "Newnew Polar Bear" ist in Hongkong ansässig und auf den Handel mit Russland spezialisiert. Kurz nach dem Vorfall lief das Schiff mit einem beschädigten Anker in einem russischen Hafen ein. Auch in Estland laufen Ermittlungen zu den Vorfällen. Der Nachrichtenagentur Reuters sagten dortige Ermittler, dass neben dem Hongkonger Schiff auch ein russisches namens "Sevmorput" in der Nähe gewesen sein soll.

Auch wenn es schwer sein dürfte, eine direkte russische Beteiligung nachzuweisen: Dass Moskau sich sehr wahrscheinlich auf solche Aktionen spezialisiert hat, liegt nahe. Im April stellte eine gemeinsame Recherche der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Schwedens, Dänemarks, Norwegens und Finnlands fest, dass Moskau über eine Flotte mutmaßlicher Spionageschiffe verfügt, die in nordischen Gewässern operieren und Teil eines Programms zur potenziellen Sabotage von Unterwasserkabeln und Windparks in der Region sind. Die Sender nutzten Datenanalysen, abgefangene Funksprüche und nachrichtendienstliche Quellen, um zu zeigen, dass etwa 50 Boote in den letzten zehn Jahren Informationen gesammelt und Überwachungstechnik eingesetzt haben, um Schlüsselstellen für potenzielle Sabotageakte zu kartieren, wie der norwegische Sender "NRK" und der schwedische "SVT" berichteten.

Dass ausgerechnet jetzt auch noch Migranten an der Grenze auftauchen, hält Finnlands Präsident Sauli Niinistö für geplant. Er bewertet die Aktion als "Vergeltung" für den nahenden Abschluss eines Verteidigungskooperationsabkommens mit den USA. Das Abkommen würde es Washington erlauben, Truppen nach Finnland zu entsenden sowie Stützpunkte und Lager nahe der finnisch-russischen Grenze zu errichten.

Die Grenze erstreckt sich über 1340 Kilometer, wegen ihrer Länge und dem rauen Klima ist sie an den meisten Stellen unbewacht. Es gibt nur wenige offizielle Übergänge. Weil Finnland früh befürchtete, dass Moskau Migranten für politische Zwecke instrumentalisieren könnte, begann man im Frühjahr mit dem Bau eines 200 Kilometer langen und drei Meter hohen Zauns, der das Risiko unerlaubter Grenzübertritte vermindern sollte - ganz ähnlich, wie es die polnische Regierung an der Grenze zu Belarus getan hat. Im Sommer 2022 hatte die finnische Regierung zudem ein Gesetz geändert, das den Behörden nun erlaubt, im Falle eines groß angelegten Einreiseversuchs Grenzübergänge unmittelbar zu schließen und Asylsuchende an bestimmten Punkten zu sammeln. Bleibt abzuwarten, ob Helsinki darauf zurückgreifen muss.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 21, 2023

Russlands Rache für die Nato-Norderweiterung Beamte drängen Migranten über die Grenze nach Finnland, um Helsinki und die EU unter Druck zu setzen. Und auch die

End of Document

Nichts ist nur schwarz-weiß; Man muss kein Leugner des Klimawandels sein, um viele Ereignisse differenziert zu sehen. Man muss kein Migrationsgegner sein, wenn man auf die Verwerfungen durch Migration hinweist. Der mündige Bürger hält Ambivalenz aus

Die Welt

Mittwoch 12. Juli 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; LEITARTIKEL; S. 7; Ausg. 133

Length: 1093 words

Byline: Ulf Poschardt

Body

Das Aufregende an der Wirklichkeit: Sie ist komplex und vielschichtig. Sie bietet jede Menge Ambivalenzen. Den Ideologen erkennt man daran, dass er Wirklichkeit entlang seiner Überzeugungskerne möglichst ambivalenzfrei interpretiert. Die Medien spielen dabei eine zentrale Rolle. Während einige Medien hinter jeder Gewalttat einen Migranten vermuten, blenden andere Medien, insbesondere auch öffentlich-rechtliche, migrantische Gewalt gerne aus. Während die einen Integration als komplettes Desaster darstellen wollen, ignorieren andere, dass Integration nicht nur gelingt in Deutschland. Ähnliches gilt für die Klima-Berichterstattung. Einige Aktivist:innen, "Journalist:innen" und "Wissenschaftler:innen" (Anführungszeichen, weil dabei vor allem Aktivist:innen) posten dann Dutzende Male ein Überschwemmungsvideo aus Saragossa oder Dürrefotos.

Dabei wird auch deutlich, dass häufig Erklärungen für das Plakative existieren, die das Appellhafte der gezeigten Wirklichkeit unterlaufen. Wenn der aktivistische Klimaforscher Stefan Rahmstorf auf Twitter auf ein Video aus Saragossa verweist, um damit eine "eskalierende Klimakrise" zu unterfüttern, dann unterschlägt er, dass es keinen Trend zu schlimmeren Überschwemmungen gibt. Zudem seien, so unser Klimareporter Axel Bojanowski, die Fluten im Video durch ein kanalisiertes Tal geflossen ("Todesschlucht"), in dem idiotischerweise eine Straße gebaut wurde. Also menschliches Versagen.

Ideologie sucht sich ihre Wirklichkeit selektiv. Ideologen durchkämmen die medialen Bilderfluten und wissenschaftlichen Studienberge, um mit möglichst passgenauen "Belegen" für die eigene Weltanschauung arbeiten zu können. Aufgabe kritischer Medien hingegen ist es, die gängigen und mächtigen - sorry, Unwort - Narrative ständig auf ihre Griffigkeit und Gültigkeit hin zu überprüfen. Unser Kollege Axel Bojanowski tut dies in der ideologisch geführten Klima-Debatte oft genug mutterseelenallein. Angesichts der großen Herausforderung, die der Klimawandel mit sich bringt, ist die Neigung in Deutschland außerordentlich ausgeprägt, daraus ein manichäisch

Nichts ist nur schwarz-weiß Man muss kein Leugner des Klimawandels sein, um viele Ereignisse differenziert zu sehen. Man muss kein Migrationsgegner sein, wenn m....

anmutendes Schlachtengemälde zwischen den "Anständigen" und "Guten" auf der einen und den bösen, abgründigen Marionetten der "Fossil-Lobby" auf der anderen Seite zu machen.

Auf diesem Pfad hat sich Deutschland energiepolitisch ins globale Abseits manövriert. Es ist der Urgrüne (und Ex-Urlinke) Ralf Fücks, der diese Woche darauf hinwies, wie sehr der deutsche Atomausstieg ein nationaler Alleingang sei. Da seine Partei federführend bei diesem Irrweg war, versah er seinen Befund zur internationalen Energiepolitik mit einem sarkastischen Kommentar: "Aber vermutlich sind wir schlauer als der Rest der Welt."

Jede Gesellschaft, jeder Bürger kann sich lange gegen die Realität auflehnen, sie ignorieren, infragestellen, ausblenden. Irgendwann folgt jedoch der Aufschlag. Der fantastische und prophetische französische Spielfilm "La Haine" von Mathieu Kassovitz aus dem Jahr 1995 beginnt mit folgenden Worten: "Dies ist die Geschichte von einem Mann, der aus dem 50. Stock von 'nem Hochhaus fällt. Während er fällt, wiederholt er, um sich zu beruhigen, immer wieder: 'Bis hierher lief 's noch ganz gut, bis hierher lief 's noch ganz gut, bis hierher lief 's noch ganz gut '. Aber wichtig ist nicht der Fall, sondern die Landung!" Dann erzählt der Film die Geschichte dreier Freunde in einer der abgehängten Banlieues von Paris, Chanteloup-les-Vignes - und wie der Hass und die Gewalt alles zerstören kann und muss.

Die Migrationspolitik hat noch ideologischere Wirklichkeitskonstrukte erschaffen. Vor dem Aufkommen der AfD gab es sowohl in der SPD wie der Union ganz selbstverständlich Politiker und auch Minister, die zum Teil in scharfen Tönen Integrationsmissstände und -versäumnisse benannten. Vollkommen tabufrei war die Diskussion aufgrund der deutschen Geschichte nie, aber sie war doch oft unidyllisch. Viele der migrationskritischen Titel auch links-"liberaler" Medien wie des "Spiegel" aus den 90er-Jahren wären heute undenkbar.

Die von der "Bild"-Zeitung unter Kai Diekmann und Julian Reichelt gelaunchte Kampagne "Refugees Welcome" bezog klar Position. "Die Menschen, die zu uns kommen, brauchen Wohnungen, Schulen, Perspektiven - sie brauchen uns. Diese riesige Aufgabe ist nicht von staatlichen Behörden allein zu bewältigen. Hier ist jeder Einzelne gefordert - mit Ideen, mit Engagement, mit Einsatz", sagte der damalige "Bild"-Chefredakteur Diekmann. Merkels Flüchtlingspolitik wurde von vielen Redaktionen, nicht der unseren, so wahrgenommen. Als: "Sie brauchen uns." Das hat dazu geführt, dass die unschönen Bilder der Flüchtlingskrise als Spielverderberei wahrgenommen wurden. Obwohl es das Gegenteil war: nämlich der Glaube an mündige Bürger, die sich selbst ein Bild davon machen können.

Die AfD lag in Umfragen im Mai 2015 bei sechs Prozent. Die Union bei über 40 Prozent. Was dann kam, ist allen bewusst. Die AfD musste nur die Repräsentationslücken und verdrängten Wirklichkeiten bemühen, um sich selbst als deren Repräsentantin stark werden zu lassen. Wäre die Union integrationsrealistisch geblieben und nicht linksidealistisch naiv geworden, die AfD wäre nie zu jenem Machtfaktor geworden, der sie heute ist. In Demokratien und liberalen Gesellschaften holen einen auch eitle, vermeintlich gut gemeinte Realitätsumdeutungen ein. "Es wird nicht reichen", so rasonieren jetzt auch moderate Konservative aus der Berliner Republik, "uns gegenseitig für differenzierte Haltungen in der Migrationspolitik zu gratulieren. Die Bilder von verprügelten Lokführern, Straßenkämpfen und überfallenen Abi-Feiern sind stärker. Dafür brauchen die demokratischen Parteien demokratische Antworten."

Das Frühjahr 2023 war einer Bilanz des Deutschen Wetterdienstes zufolge deutlich nasser als in den vergangenen Jahren. Man muss kein Klimawandel-Leugner sein, um die Dinge differenziert sehen zu wollen. Man muss kein Migrationsgegner sein, wenn man auf die eklatanten - und schlimmer werdenden - Verwerfungen durch Migration hinweist. Der mündige, aufgeklärte Bürger hält Ambivalenz aus. Jemand, der seit Jahren in seinem Supermarkt im bürgerlichen Viertel Dutzende Studenten aus allen Ecken der Welt jobben sieht, freut sich über Kopftuch, Turban oder Dreadlocks. Wenn zwei Kilometer Luftlinie entfernt aus den selben Herkunftsländern Drogen gedealt und "Schweinefleischesser"-Jugendliche bedroht werden, ist er zu Recht empört.

Nichts ist einfach. Nichts ist schwarz-weiß. Nichts ist ohne Schatten.

ulf.poschardt@welt.de (ulf.poschardt@welt.de)

Nichts ist nur schwarz-weiß Man muss kein Leugner des Klimawandels sein, um viele Ereignisse differenziert zu sehen. Man muss kein Migrationsgegner sein, wenn m....

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: July 11, 2023

End of Document

Letzte Chance für eine europäische Lösung

Die Welt

Montag 5. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 106

Length: 331 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Irgendwann ist Schluss. Irgendwann nehmen einem die Wähler die ständige Vertröstung auf eine "europäische Lösung" der **Migrationsfrage** nicht mehr ab. Irgendwann wird das Problem auf die klassische Manier gelöst, nämlich mit nationalem Grenzschutz. Und dann ist das offene Schengen-Europa nur noch eine halbe Seite im Geschichtsbuch. Das hat nun auch Außenministerin Annalena Baerbock erkannt, die als deutsche Grüne für die **migrations**-enthusiastischste Bevölkerungsgruppe Europas steht.

Deswegen stellte sie sich nun hinter den Reformplan der EU-Kommission, nach dem künftig Schutzsuchende mit geringer Anerkennungschance bereits in Zentren an den EU-Außengrenzen ihr Verfahren durchlaufen sollen. Der Kommissionsvorschlag, so Baerbock, sei die einzige Chance, auf absehbare Zeit zu einem "geordneten und humanen Verteilungsverfahren" zu kommen. Wenn dies nicht gelinge, werde "ein EU-Land nach dem anderen" die Grenzen hochrüsten. Der Plan funktioniert aber nur dann, wenn die in den Zentren Abgelehnten in relevanter Zahl auch abgeschoben werden und wenn die Ankömmlinge mit hoher Schutzchance auf viele Staaten verteilt werden.

In der Vergangenheit waren Vorstöße in Sachen Verteilung seitens der EU-Kommission sowie der aufnahmewilligen Staaten immer gescheitert. 2016 hatte die EU-Kommission einen Reformvorschlag vorgelegt, nach dem Staaten pro nicht aufgenommenem Asylbewerber 250.000 Euro an den EU-Mitgliedstaat zahlen sollten, der ihn stattdessen unterbringt. Mit diesem "Fairness-Mechanismus" wollte man dafür sorgen, dass die Belastung für die Hauptankunftsländer nicht zu groß wird.

Beim derzeitigen Versuch, eine Migrationseinigung zu finden, geht die Kommission nun sehr schlau und behutsam vor und schreibt nur 22.000 Euro auf das Preisschild. Wenn die Verteilungsgegner im Osten Europas jetzt nicht zugreifen, was sich schon wieder abzeichnet, dann war es das wohl mit der "europäischen Lösung".

marcel.leubecher@welt.de (marcel.leubecher@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Letzte Chance für eine europäische Lösung

Load-Date: June 4, 2023

End of Document

Ampel senkt Hürden für ausländische Arbeitskräfte; Die Grünen setzen für bestimmte Asylsuchende eine neue Bleibemöglichkeit durch

Die Welt

Dienstag 20. Juni 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Titel; S. 1; Ausg. 117

Length: 834 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Mehr als zwei Monate nach Vorstellung des Regierungsentwurfs haben sich die Ampel-Fraktionen auf Änderungen des geplanten Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes geeinigt. Einerseits geht es um Details, andererseits um grundsätzliche Nachjustierungen. So soll etwa der Zweck des Aufenthaltsgesetzes, das mit angepasst wird, nachträglich verändert werden. Seit Jahren heißt es hier in Paragraph 1: "Das Gesetz dient der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländern." Künftig soll nur noch das Wort "Steuerung" vorkommen, nicht mehr "Begrenzung". Das passe nicht zu einer "Willkommenskultur" für ausländische Arbeitskräfte, hieß es aus Kreisen der Ampel.

Zwar betonten vor allem Vertreter der FDP nach der Einigung, dass irreguläre **Migration** weiter gedrosselt werden müsse. Dafür seien die zahlreichen Verschärfungen, auf die sich die Ministerpräsidenten der Länder im Mai mit dem Kanzler geeinigt hatten, wichtig. Zugleich aber müsse Deutschland deutlich attraktiver für Arbeitskräfte, die aus dem Ausland herkommen wollen. Die Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, Katja Mast, sagte auf einer Pressekonferenz, dass humanitäre Zuwanderung und Arbeitsmarktzuwanderung nicht vermengt werden dürften. Wobei noch offen ist, ob das Gesetz diesen Anspruch einlöst.

Alle Fraktionen verbreiteten im Nachgang jedenfalls den Spin, dass sie in den Nachverhandlungen zahlreiche Verbesserungen erreicht hätten. Etwa beim sogenannten Punktesystem, einem Herzensanliegen der Liberalen. Schon die Bundesregierung hatte entsprechende Pläne skizziert. Experten fanden aber, dass die Kriterien zu unflexibel seien. Künftig soll man zusätzlich Punkte sammeln können, wenn man Englisch spricht oder in einem Mangelberuf arbeitet. Allerdings ist das ganze System weiterhin auf Menschen auf Jobsuche begrenzt. Wer bereits einen Arbeitsvertrag hat, fällt nicht darunter. Was die Frage aufwirft, welche Wirkung es am Ende entfaltet. Einen Job suchten Menschen in der Regel heute online, sagte vor Kurzem der Arbeitsmarktexperte Enzo Weber. "Wer dafür wirklich einreisen muss, kann das im Rahmen eines Touristenvisums tun."

Der SPD war es wichtig, nicht nur Fachkräfte nach Deutschland zu holen, sondern auch "inländische Potenziale" zu stärken, wie Mast sagt. Sie will deswegen gleichzeitig ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem die Weiterbildung

Ampel senkt Hürden für ausländische Arbeitskräfte Die Grünen setzen für bestimmte Asylsuchende eine neue Bleibemöglichkeit durch

gefördert wird. Außerdem soll es eine Ausbildungsplatzgarantie für Jugendliche geben. Wenn sich kein Betrieb findet, der die Jugendlichen einstellt, sollen sie in staatlichen Einrichtungen unterkommen.

Auch die Grünen nehmen für sich in Anspruch, zentrale Änderungen durchgesetzt zu haben. Gleich mehrere Punkte verbuchen sie als eigene Erfolge. So soll künftig der Familienmitzug für Ausländer erleichtert werden: Nicht nur Ehepartner und Kinder von ausländischen Arbeitskräften sollen mitreisen können - sondern auch Eltern. Voraussetzung ist, dass der Lebensunterhalt in Deutschland gesichert ist. Damit wolle man zum Beispiel verhindern, dass Hochqualifizierte wieder abreisen, wenn die eigenen Eltern zu Hause pflegebedürftig werden, heißt es.

Wirklich neu ist der "Spurwechsel", den die Grünen mit in das Gesetz verhandelt haben: Das Konzept sieht vor, dass Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht entschieden ist, in einen Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken wechseln sollen, wenn sie die Voraussetzungen dafür erfüllen. Wer etwa einen Arbeitsplatz hat, ausreichend qualifiziert ist, seinen Lebensunterhalt sichert und die deutsche Sprache spricht, könnte künftig ganz legal als Arbeitskraft im Land bleiben - selbst wenn der Asylantrag abgelehnt wird. Allerdings ist ein Stichtag vorgesehen: Die Regelung soll nur für Menschen gelten, die Ende März bereits im Land waren.

Dass es diese Einigung gibt, war dennoch nicht absehbar. Der Koalitionsvertrag sieht einen entsprechenden Spurwechsel nicht vor. In der Vergangenheit hatte der Sachverständigenrat für Migration und Integration gegen einen solchen Wechsel argumentiert, weil mit ihm "Pull-Effekte" in das Asylsystem einhergingen. Noch im März erklärte Stephan Thomae, parlamentarischer Geschäftsführer der FDP, dass man sich "langfristig" dafür einsetze, "Asylverfahren und Arbeitskräfteeinwanderung klar zu trennen". Auch für abgelehnte Asylbewerber, die sich in einer Ausbildung befinden, sind Erleichterungen vorgesehen. Bislang können sie zwar "geduldet" im Land bleiben, was allerdings keine langfristige Aufenthaltsperspektive beinhaltet. Künftig sollen sie einen regulären Aufenthaltstitel erhalten können.

"Durch die erfolgreichen parlamentarischen Verhandlungen beenden wir die restriktive Migrationspolitik in der Erwerbsmigration und öffnen den deutschen Arbeitsmarkt für internationale Potenziale", sagte Grünen-Innenpolitikerin Misbah Khan WELT. Während man durch Abbau von Hürden den Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus dem Ausland öffnen, nehme man "durch den familienfreundlichen Spurwechsel endlich auch die Menschen in den Blick, die heute schon in Deutschland leben".

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: June 19, 2023

Migrationskurs der SPD löst neuen Koalitionskonflikt aus; Waschechte Sozialdemokratie

Die Welt

Montag 11. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: TITEL; KOMMENTAR; S. 1; Ausg. 240

Length: 362 words

Byline: Hannah Bethke

Body

Der Bundesparteitag der SPD geht mit einer klaren Botschaft zu Ende: Die Sozialdemokraten halten zusammen und kämpfen für soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat. Vorbei die Zeit, da man sich in symbolpolitische Schlachten um Anerkennung und Identität hineinsteigerte. Jetzt geht es wieder um reale Politik, um Verteilungskämpfe und wiederbelebte Grundsatzfragen über die angemessene Balance zwischen Markt und Staat. Der Parteitag hat keinen Zweifel daran gelassen: Man hat es wieder mit waschechten Sozialdemokraten zu tun, an deren Skepsis gegenüber wirtschaftsliberalen Ansätzen man sich zwar die Zähne ausbeißen kann. Ihre klare Erkennbarkeit aber dürfte dem deutschen Parteiensystem gut tun, das allzu lang durch proklamierte Alternativlosigkeit gelähmt wurde.

Dass die Sozialdemokraten auch dem Kanzler den Rücken gestärkt und potenzielle Differenzen geradezu weggeklatscht haben, zeigt, wie ausgeprägt ihr Wille, aber auch ihre Fähigkeit zur Geschlossenheit ist. Das ist nicht wenig in einer Zeit, da die Partei mit Umfragewerten um die 14 Prozent eigentlich am Boden liegt. Doch die SPD hat aus ihrem letzten tiefen Fall gelernt: Die Krise macht sie stark und kämpferisch.

So sehr aber ihre parteiinterne Strategie aufgegangen ist, so unklar bleibt, wie es mit einer so stark links definierten Sozialdemokratie in der Ampel-Koalition weitergehen soll, allen voran mit der FDP. Es macht die Sache nicht besser, dass die SPD das für sie heikelste Thema, nämlich die Migrationspolitik, nahezu ausgelagert und erst am Rande des Parteitags behandelt hat. Mit ihrem beschlossenen Antrag "Deutschland ist ein Einwanderungsland" gehen die Sozialdemokraten wieder ein paar Schritte rückwärts, nachdem die Regierung mühsam den Weg zu einer restriktiveren Einwanderungspolitik und dem Asylkompromiss der Europäischen Union gefunden hatte. Die Wogen im linken Parteiflügel der SPD mögen damit geglättet ein, für das Land aber ist es ein Fehler, die Probleme der Integration und Einwanderung wieder den politischen Rändern zu überlassen. Die AfD jedenfalls bekommt man auf diese Weise nicht klein.

hannah.bethke@welt.de (hannah.bethke@welt.de)

Migrationskurs der SPD löst neuen Koalitionskonflikt aus Waschechte Sozialdemokratie

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 10, 2023

End of Document

Die Gedankenspiele der FDP zum Ampel-Ausstieg; Liberale Politiker fordern die Parteispitze per Brandbrief auf, die Koalition zu überdenken. Die Migrationspolitik könnte nun zum Knackpunkt werden

Die Welt

Mittwoch 1. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 212

Length: 901 words

Byline: Thorsten Jungholt

Body

Niemand in der FDP ist glücklich in der Ampel-Koalition. Wie auch, wenn die eigene Existenz bedroht ist: Seit dem Eintritt in die Regierung mit SPD und Grünen vor knapp zwei Jahren setzte es für die Liberalen eine Serie von Pleiten bei den Landtagswahlen, auch die bundesweiten Umfragewerte erodieren. Es ist kein unrealistisches Szenario mehr, dass sich der größte Unfall der Parteigeschichte, der Sturz in die außerparlamentarische Opposition 2013, bei der Bundestagswahl in zwei Jahren wiederholen könnte.

Es gibt allerdings sehr unterschiedliche Sichtweisen, was in dieser verfahrenen Lage zu tun ist. 26 der insgesamt über 70.000 Parteimitglieder werben nun für eine radikale Lösung. In einem offenen Brief fordern Landes- und Kommunalpolitiker aus sieben Bundesländern - die prominenteste Mitzeichnerin ist die Landtagsabgeordnete Sandy van Baal aus Mecklenburg-Vorpommern -, Partei- und Fraktionsspitze auf, "ihre Koalitionspartner dringend" zu überdenken. In dem siebenseitigen Schreiben mit dem Titel "Weckruf Freiheit", über das zuerst die "Bild"-Zeitung berichtete, heißt es, die jüngsten Wahlen in Hessen und Bayern hätten "deutlich gezeigt, dass explizit die FDP von den Wählern in Deutschland für die Leistungen der Bundesregierung abgestraft wurde". Die Verfasser nennen als Probleme konkret die **Migrationsdebatte**, in der es nur Fortschritte "bei den Stimmanteilen der AfD und bei der Kriminalität" gebe.

Das Bürgergeld mache "ehrliche Arbeit" für all jene unattraktiv, die nicht in hoch bezahlten Jobs arbeiteten. Und die Energiepolitik der Regierung lasse sich mit jemandem vergleichen, "der ohne Fallschirm aus einem Flugzeug springt und dabei fest darauf baut, dass ihm auf dem Weg nach unten schon jemand einen Fallschirm bringen werde". Im Bündnis mit SPD und Grünen verbiege sich die FDP "bis zur Unkenntlichkeit", werde dafür von den Wählern "zu Recht abgestraft". Die Partei nehme "sehenden Auges in Kauf, dass ihr politisches Erbe" von den "Partnern" beschädigt werde. Das alles lässt sich zusammenfassend nur als Aufforderung zum Bruch der Ampel verstehen.

Die Gedankenspiele der FDP zum Ampel-Ausstieg Liberale Politiker fordern die Parteispitze per Brandbrief auf, die Koalition zu überdenken. Die Migrationspolitik....

Zumindest bei einigen Adressaten des Briefs in Partei- und Fraktionsspitze wird über diese Option jedenfalls nachgedacht, wenngleich das niemand offen formuliert. Einen Hinweis darauf lieferte Bijan Djir-Sarai am Abend nach den Wahlen in Hessen und Bayern in der "Berliner Runde" der ARD vor einem Millionenpublikum. "Wir müssen in der Koalition zu Wirtschaft und zum Mega-Thema Migration Lösungen finden", sagte da der FDP-Generalsekretär. Dazu werde man sich zusammensetzen und analysieren, "welches gemeinsame Verständnis - oder ob wir überhaupt ein gemeinsames Verständnis - entwickeln können". Der Schachtelsatz belegte kaum verbrämt die Zweifel, dass dies tatsächlich gelingen kann.

Allerdings gibt es bei der Mehrheit der Verantwortungsträger auch andere Zweifel. Nämlich die, ob ein von der FDP eingeleitetes, vorzeitiges Ende der Ampel der Partei tatsächlich nutzen würde - oder ihr gerade in Zeiten multipler außen- wie innenpolitischer Krisen nicht als staatspolitische Verantwortungslosigkeit aus parteitaktischen Motiven ausgelegt würde. "Aufstehen und Wegrennen wäre feige und unverantwortlich", sagte Fraktionsvize Michael Link WELT. Die FDP stehe "für Verlässlichkeit" und werde daran gemessen, "dass wir das Bestmögliche draus machen. Die drei Parteien, so verschieden sie sind, müssen sich zu pragmatischen Lösungen aufraffen, um die konkreten Probleme zu lösen, so wie jetzt beim Thema unkontrollierte Migration." Tatsächlich scheint die Frage, ob der Ampel eine "Migrationswende" gelingt, so nennt es der Fraktionsvorsitzende Christian Dürr, zur Nagelprobe für die Zukunft der Koalition zu werden. Den Bundeskanzler sieht Dürr dabei auf seiner Seite; Olaf Scholz (SPD) habe von den Liberalen alle Freiheiten für seine Verhandlungen mit der EU und den 16 Ministerpräsidenten bekommen. Er erwarte, sagte Dürr WELT AM SONNTAG, dass auch den Grünen bewusst sei, "dass politisch eine historische Stunde gekommen ist", eine "interessengeleitete Migrationspolitik in Deutschland zu etablieren".

Die Strategie der FDP-Führung ist es dabei, die Latte der eigenen Forderungen in dieser Debatte möglichst hoch zu legen, um am Ende einen vorzeigbaren Kompromiss vorweisen zu können. So erklärt sich der Vorstoß von Parteichef Christian Lindner und Justizminister Marco Buschmann nach Kürzungen von Sozialleistungen für Asylbewerber und abgelehnte Antragsteller. Beiden war bewusst, dass der Diskussionsbeitrag in WELT AM SONNTAG heftige Reaktionen bei Sozialverbänden und Menschenrechtsorganisationen hervorrufen würde und bei den Ampelpartnern nicht mehrheitsfähig ist. Aber er fließt in die Verhandlungsmasse der Koalition.

Dazu passt die Reaktion Lindners auf den Brandbrief seiner Basis. Im Rahmen einer Veranstaltung der "Rheinischen Post" am Montagabend sprach sich der FDP-Chef für einen Verbleib seiner Partei in der Ampel aus - solange er zu Kompromissen stehen könne. Käme es zu einem Punkt, an dem Kompromisse nicht mehr gefunden werden könnten, gelte sein Satz, dass es besser sei, nicht zu regieren als falsch zu regieren. Nach dem Kalkül der Parteistrategen müsse es am Ende der Migrationsdebatte auch nicht die FDP sein, die die Ampel scheitern lässt. Vorstellbar sei auch, so heißt es, dass sich innerhalb der Grünen ein Dissens entwickle, der ein Weiterregieren unmöglich mache.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 1, 2023

Arbeitgeber erwarten Wohlstandsverlust durch Personalmangel; Auch die FDP hält weitere Schritte der Ampel für erforderlich. Die CDU sieht einen Zusammenhang mit der illegalen Migration

Die Welt

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 230

Length: 934 words

Byline: Hannelore Crolly

Body

Bahnverbindungen und Unterrichtsstunden fallen aus, weil Personal fehlt, Berlin stutzt den Takt auf Hunderten Buslinien zusammen. Restaurants und Geschäfte schränken Öffnungszeiten ein, Handwerkertermine zu bekommen, dauert gern mal Wochen: Der Fachkräftemangel schlägt überall durch, laut Sachverständigenrat Wirtschaft wird er schon bald zur größten Wachstumsbremse in Deutschland. Die aktuelle Lücke von 1,7 Millionen unbesetzten Stellen wächst sich nach Schätzung der Wirtschaftsweisen binnen einer Generation auf fünf Millionen offene Jobs aus.

Und bei einem Wirtschaftsaufschwung fiele der Mangel sogar noch größer aus. Aber woher sollte dieser Aufschwung kommen, wenn nicht genügend Menschen da sind, um ihn zu erwirtschaften? Er wird ausbleiben, ist Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger überzeugt. In der "Bild am Sonntag" malte er ein düsteres Bild von Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft. Danach rechnet der Präsident des Wirtschafts-Spitzenverbandes fest damit, dass der Fachkräftemangel Deutschland um einen guten Teil seines Wohlstands bringen wird. "Vollständig beheben lässt sich der Fachkräftemangel nicht mehr", sagte er. "Und das wird dazu führen, dass wir in diesem Land Wohlstand verlieren." Um das Schlimmste abzuwenden, seien ausländische Kräfte unverzichtbar, weshalb die Politik dringend bessere Bedingungen für Arbeitsmigration schaffen müsse, fordert der gebürtige Heidelberger. Doch dort, wo die Fachkräfteeinwanderung gemanagt werden müsste, fehlt ebenfalls Personal. Daher stauen sich in Behörden, Ausländerämtern und diplomatischen Vertretungen rund um die Welt die Anträge. Das Problem lässt sich ebenso wenig schnell aus der Welt schaffen wie hohe Wohnungskosten und Steuern, Sprachhürden oder fehlende Kita-Plätze - alles Faktoren, die Deutschland Umfragen zufolge für gut ausgebildete Kräfte unattraktiv machen.

Besonders belastend sei die Ausländerfeindlichkeit, monierte jüngst etwa der Chiphersteller Infineon: Der erstarkende Rechtsextremismus in Sachsen erschwere die Anwerbung internationaler Fachkräfte für das Dresdner Werk immens. "Als Firma sind wir nicht imstande, gesellschaftliche Probleme allein zu lösen", sagte

Arbeitgeber erwarten Wohlstandsverlust durch Personalmangel Auch die FDP hält weitere Schritte der Ampel für erforderlich. Die CDU sieht einen Zusammenhang mit

Personalleiterin Silke Gottschlich dem Wirtschaftsmagazin "Capital". Man wünsche sich "von der Politik und von der Gesellschaft einen deutlich größeren Beitrag".

Daher warnt der Vize-Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Dirk Wiese, die politische Konkurrenz dringend davor, das Thema Migration weiter aufzuheizen und stets ausschließlich negativ zu diskutieren: "Nur Offenheit und eine echte Willkommenskultur werden die Fachkräfte für Deutschland gewinnen. Wenn wir weiterhin alles in einen Topf werfen und das Thema Migration zur Mutter aller Probleme machen, wie es die AfD und Teile der Union um CDU-Parteichef Merz tun, dann werden viele, die wir brauchen, einen Bogen um unser Land machen." Ähnlich sieht es Grünen-Fraktionsvize Andreas Audretsch, der auf zahlreiche Maßnahmen hinweist, mit denen die Ampel-Koalition bereits gegensteuere: "Wir haben die Ausbildungsgarantie beschlossen und investieren Milliarden in den Ausbau der Kinderbetreuung. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz öffnen wir Wege für Menschen, hier bei uns zu arbeiten, und wir werden Arbeitsverbote für Geflüchtete abbauen." Die Willkommenskultur sei wichtig, um den Wohlstand zu sichern.

Der liberale Fraktionsvize Konstantin Kuhle lobt als dritter Ampel-Partner zwar ebenfalls das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz, merkt aber selbstkritisch an, dass alle Prozesse bei der Einwanderung auf den Prüfstand gehörten, damit gut ausgebildete Arbeitskräfte überhaupt hierherkommen wollten. "Durch Digitalisierung und Spezialisierung müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer endlich schneller zusammenfinden. Ausländische Arbeitskräfte dürfen nicht in der deutschen Bürokratie verloren gehen", sagt Kuhle. "Statt Steuererhöhungen braucht es außerdem endlich eine Reform der sozialen Sicherungssysteme. Statt neuer Behörden und Staatsaufgaben braucht es eine Konzentration auf staatliches Handeln, das die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt - etwa durch eine digitale öffentliche Verwaltung und ein digitales Gesundheitssystem."

Doch Union und AfD halten weder von den eingeleiteten Maßnahmen der Regierung viel noch vom Schönreden der Migration. "Gerade weil wir eine Willkommenskultur für benötigte Fachkräfte und wirklich Verfolgte brauchen, muss die irreguläre Migration ein Ende finden", legt Unionsfraktionsvize Hermann Gröhe (CDU) den Finger in die Wunde. Außerdem glaubt er nicht, dass das Fachkräfteeinwanderungsgesetz weiterhelfe: "Dieses Gesetz ändert nichts daran, dass es viel zu lange dauert, bis ausländische Fachkräfte ein Visum erhalten und bis die Ausländerbehörden ihre Anträge bearbeitet haben."

Die Unionsfraktion hatte stattdessen vorgeschlagen, eine zentrale Einwanderungsagentur aufzubauen, um die Verfahren zu beschleunigen. Außerdem müsse, soweit es um ungelernte Tätigkeiten gehe, "zunächst aber auch alles unternommen werden, um Arbeitslose, auch arbeitslose Flüchtlinge mit Bleiberecht, in Arbeit zu vermitteln". Die AfD hält schon den Ansatz für falsch, die drohenden Wohlstandsverluste auf den Fachkräftemangel zu reduzieren. "Sie sind das Ergebnis einer völlig falschen Politik in den vergangenen Jahrzehnten, die auch von den Arbeitgeberverbänden willfährig mitgetragen wurde", sagt René Springer, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion. "Es braucht eine sofortige Kehrtwende in fast allen Politikbereichen."

Nur Offenheit und Willkommenskultur werden Fachkräfte gewinnen Dirk Wiese, SPD-Fraktionsvize

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 26, 2023

Von Kanada lernen

Die Welt

Donnerstag 10. August 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 154

Length: 409 words

Byline: Dorothea Siems

Body

Es ist die **Migrationspolitik**, die maßgeblich darüber entscheidet, wie unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen wird. Deutschland verändert sich rasant. Wie stark und mit welchen Folgen, wird einem klarer, wenn man andere Länder bereist und Vergleiche anstellt. Japan und Kanada eignen sich hierfür besonders gut.

Während der asiatische Inselstaat für Zuwanderer weitgehend verschlossen ist, buhlt das nordamerikanische Land erfolgreich um internationale Arbeitskräfte. Bei allen Unterschieden eint beide Staaten, dass sie ihre Strategie unbeirrt und im Einklang mit den Wünschen der Bevölkerung durchziehen. Dagegen fühlen sich hierzulande viele Bürger vom Wandel überrollt. Wie in Kanada nimmt der Anteil der Einwohner mit ausländischen Wurzeln stetig zu. Die Kanadier wählen allerdings strikt diejenigen aus, die ihnen wirtschaftlich nutzen. In der Bundesrepublik dagegen erfolgt der Großteil der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten unabhängig von den Erfordernissen des Arbeitsmarktes über die Asyl-Schiene. Und zu viele bleiben etliche Jahre und mitunter ein Leben lang abhängig von Sozialtransfers.

Im Gegensatz zu Deutschland und Kanada strebt Japan gar nicht erst an, die Folgen des demografischen Wandels mithilfe der Migration abzufedern. Der Ausländeranteil beträgt denn auch nur 2,4 Prozent. Die in heutiger Zeit ungewöhnliche ethnische Homogenität erachten die meisten Japaner als Stärke. Als Antwort auf die Alterung setzt man auf Technologie. Sich im Alter von einem Roboter versorgen zu lassen, erscheint vielen Japanern akzeptabler als eine ausländische Pflegekraft. Dass eine schrumpfende Bevölkerung das Wirtschaftswachstum dämpft, nimmt man in Kauf.

In Kanadas Großstädten ist die Gesellschaft zwar bunter als irgendwo sonst auf der Welt. Doch das Miteinander funktioniert, weil hier jeder die westlichen Werte von Freiheit und Demokratie akzeptieren muss, ebenso wie das Leistungsprinzip. Dieser gemeinsame Nenner mag Japanern zu klein erscheinen. Doch aus hiesiger Sicht wäre er ein großer Fortschritt. Deutschland kann nicht zu "japanischen" Verhältnissen zurückkehren, weil der gesellschaftliche Wandel unumkehrbar ist - auch wenn mancher Populist davon träumt. Ohnehin ist die kanadische Variante nicht nur ökonomisch sinnvoller, sondern auch interessanter. Noch haben die Deutschen die Chance, ihre Migrationspolitik umzukrempeln, bevor die Probleme überhandnehmen.

Von Kanada lernen

dorothea.siems@welt.de (dorothea.siems@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: August 9, 2023

End of Document

AfD fährt zweigleisig zum Erfolg; Mit unterschiedlichen Strategien verbessert die AfD ihre Ergebnisse in Hessen und Bayern. Davon profitieren die Parteivorsitzenden

Die Welt

Montag 9. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 195

Length: 920 words

Byline: Frederik Schindler

Body

Es waren zwei unterschiedliche Strategien, mit denen die AfD in Bayern und Hessen in den Wahlkampf gegangen war. So setzte die Partei in Bayern auf das Rechtsaußen-Duo Katrin Ebner-Steiner und Martin Böhm als Spitzenkandidaten. Beide sind dem formal aufgelösten völkisch-nationalistischen Flügel um den Thüringer Landeschef Björn Höcke zuzurechnen.

In ihrem Auftreten geben sich beide Kandidaten ihrer Parteiströmung entsprechend. In Bayern neu ankommende **Migranten** seien ein "Heer von Habe- und Taugenichtsen", sagte etwa Ebner-Steiner im Wahlkampf. Ihr Kollege Böhm spielte Deutsche gegen Ukrainer aus, die vor Russlands Angriffskrieg nach Deutschland geflohen sind. "Der deutsche Michel buckelt für die Ukrainerin", hieß es von ihm - ein pauschales "Wir gegen die Anderen".

In einer auf einem Landesparteitag beschlossenen Resolution hatte sich die bayerische AfD außerdem russlandfreundlich sowie antiwestlich orientiert. In Hessen machte die Partei mit Landeschef Robert Lambrou hingegen einen Mann zum Spitzenkandidaten, der die AfD noch immer als "bürgerlich", "konservativ" und "freiheitlich" bezeichnet. Lambrou steht für einen weniger radikalen Kurs, sagte aber gleichzeitig in der vergangenen Woche der "FAZ", dass er sich grundsätzlich nicht von Mitgliedern seiner Partei distanzieren wolle.

Die bayerischen und hessischen Landtagsfraktionen der AfD weisen aber auch eine bemerkenswerte Gemeinsamkeit auf. So haben beide Fraktionen seit Beginn der Wahlperiode mehrere Mitglieder verloren. In Bayern traten im Laufe der Legislatur gleich sechs Abgeordnete aus, meist im Streit über den politischen Kurs. Sogar zwei damalige Fraktionschefs waren darunter. Bereits nach wenigen Monaten im Landtag war Markus Plenk im April 2018 mit der Begründung ausgetreten, dass er es "satt" habe, "die bürgerliche Fassade einer im Kern fremdenfeindlichen und extremistischen Partei zu sein". Im März des vergangenen Jahres schmiss schließlich Christian Klingen hin und begründete dies kryptisch mit "gewissen Tendenzen" in der Partei, die er nicht mehr mittragen wolle.

AfD fährt zweigleisig zum Erfolg Mit unterschiedlichen Strategien verbessert die AfD ihre Ergebnisse in Hessen und Bayern . Davon profitieren die Parteivorsitze....

In Hessen waren 2018 19 AfD-Abgeordnete in den Landtag eingezogen. Einem Mitglied wurde gleich zu Beginn die Aufnahme in die Fraktion verwehrt, zuletzt bestand sie noch aus 14 Mitgliedern. Rainer Rahn und Walter Wissenbach traten im Dezember 2022 aus. In der Fraktion herrsche eine "Atmosphäre von Lügen, Intrigen und antidemokratischem Geist", hieß es, zudem gebe es "Sympathiebekundungen einzelner Parteifunktionäre zu rechtsextremen Organisationen". Beide hatten zuvor noch erfolglos versucht, auf die Liste für die Landtagswahl zu kommen. Die Wähler stören solche parteiinternen Streitigkeiten offenbar nicht. Die AfD landet in beiden Ländern zwar unter dem Bundestrend, kann ihr Ergebnis im Vergleich zu den Landtagswahlen im Jahr 2018 aber deutlich verbessern. In Bayern konkurriert die AfD mit der CSU um konservative Wähler, in beiden Ländern außerdem mit den Freien Wählern.

Die AfD kann mit den Ergebnissen bei den Landtagswahlen zeigen, dass sie nicht nur in Umfragen, sondern auch tatsächlich an der Wahlurne deutlich mehr Wähler erreicht als noch vor fünf Jahren - trotz einer weiteren Radikalisierung. Es könnten sogar die höchsten Wahlergebnisse werden, die die Partei jemals in Westdeutschland eingefahren hat. Sie kann dabei von der Schwäche der Ampel-Parteien profitieren und auch an eine sorgenvolle Grundstimmung in der Bevölkerung anknüpfen. 77 Prozent gaben bei einer repräsentativen Befragung von Infratest Dimap in Bayern und Hessen am Wahltag an, dass "die Verhältnisse in Deutschland Anlass zu Beunruhigung" gäben.

Die AfD-Parteivorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla gehen gestärkt aus den Wahlen. Zuletzt hatten noch nicht abschließend aufgeklärte Vorfälle rund um abgesagte Wahlkampfauftritte beider Vorsitzender für hohe Aufmerksamkeit gesorgt. Die AfD sprach von einem "tätlichen Angriff" auf Chrupalla bei einer Veranstaltung in Ingolstadt. Laut Staatsanwaltschaft kam es beim Schießen von Selfies zu einem Körperkontakt zwischen Chrupalla und mehreren Personen, am Oberarm sei eine Rötung festgestellt worden. In einem vorläufigen Arztbrief, der sich auch auf die Schilderungen des AfD-Chefs bezieht, wurde ein "Nadelstich am rechten Oberarm" festgehalten. Die Ermittler fanden in einer Blutuntersuchung keinen Hinweis auf eine Vergiftung. Chrupalla und seine Personenschützer hätten einen Angriff selbst nicht wahrgenommen, so die Staatsanwaltschaft. Weidel hatte bereits zuvor einen Auftritt in Mödlareuth abgesagt, weil es einen "sicherheitsrelevanten Vorgang" an ihrem Wohnsitz in der Schweiz gegeben habe. Die Kantonspolizei Schwyz bestätigte einen Polizeieinsatz. Laut dem Schweizer TV-Sender TeleZüri soll der Einsatz von einer Sonderkommission durchgeführt worden sein. Das Bundeskriminalamt (BKA) teilte mit, dass die abgesagte Teilnahme an der Wahlkampfveranstaltung "nicht auf Veranlassung oder Empfehlung des BKA" geschehen ist.

Die AfD hatte sowohl in Bayern als auch in Hessen voll auf ihr Kernthema Migration gesetzt. Mit der Forderung nach einer Begrenzung der Aufnahme von Asylbewerbern vertritt sie eine Position, die in der Mehrheit der Bevölkerung verbreitet ist. Im repräsentativen "Deutschlandtrend" von Ende September gaben knapp zwei Drittel der Befragten an, dass Deutschland "weniger Flüchtlinge aufnehmen" sollte. Die AfD vertritt hier eine deutlich radikalere Position: So forderte die bayerische Spitzenkandidatin Ebner-Steiner, es dürfe "keine neuen Asylforderer" geben.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Robert Lambrou führte die Hessen-AfD in die Wahl

Load-Date: October 9, 2023

"Integration funktioniert nur ohne Angst und Illusion"; In Offenbach bei Frankfurt haben 70 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund. Oberbürgermeister Felix Schwenke (SPD) erklärt, was das für das Miteinander bedeutet

Die Welt

Mittwoch 25. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Politik; S. 4; Ausg. 207

Length: 1183 words

Byline: Cigdem Toprak

Body

Felix Schwenke, 44, ist seit Anfang 2018 Oberbürgermeister im hessischen Offenbach mit rund 134.000 Einwohnern. Der SPD-Politiker sagt, warum es in seiner Großstadt kaum abgeschottete Communitys gebe.

WELT:

Herr Schwenke, bedrücken die Menschen in Offenbach mit und ohne **Migrationshintergrund** unterschiedliche Themen?

Felix Schwenke:

Das Thema bezahlbarer Wohnraum ist wichtig, egal ob es Menschen mit oder ohne Migrationshintergrund sind. Da geht es vielmehr um die soziale Schicht. Gleiches gilt für viele weitere Themen, etwa die kommunal spannenden Verkehrsthemen. Es gibt Leute, die fahren gerne Fahrrad, es gibt Leute, die fahren gerne Auto, und es gibt Leute, die fahren gerne beides. Da gibt es keinen Unterschied, der etwas damit zu tun hätte, wo Mutter oder Vater hergekommen sind.

Unterscheidet sich die Sicht auf die aktuelle Debatte um Migration zwischen Deutschen mit und ohne Migrationshintergrund?

Nicht wirklich. In meinen Gesprächen treffe ich oft auf Menschen, deren Eltern zum Beispiel aus Griechenland, Italien oder auch der Türkei kommen und die sagen: "Herr Schwenke, es sind hier zu viele Ausländer." Das überrascht vielleicht, aber Teil dieser Botschaft ist: Menschen, die so argumentieren, fühlen sich nicht als "Menschen mit Migrationshintergrund". Sie fühlen sich als Offenbacher oder im besten Falle Deutsche - die sie ja

"Integration funktioniert nur ohne Angst und Illusion" In Offenbach bei Frankfurt haben 70 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund. Oberbürgermeister

meistens auch sind. Genau das wollen wir ja: sich unabhängig von der Herkunft der Eltern mit unserer gemeinsamen Heimat identifizieren.

In Offenbach hat jeder Zweite einen Migrationshintergrund. Sie sagen, dass hier das Zusammenleben gut funktioniert.

Es sind mittlerweile sogar rund 70 Prozent. Und ja, wir sagen selbstbewusst: Offenbach ist nicht Neukölln. Weit überwiegend funktioniert das Zusammenleben gut. "Weit überwiegend", weil es natürlich auch hier mal Probleme gibt.

Was funktioniert gut in Offenbach?

Wir haben kaum abgeschottete Communitys. Wir haben das Glück, dass zum Beispiel unsere Moscheegemeinden nicht aggressiv sind oder versuchen, sich von der Gesellschaft abzukapseln und eine geschlossene Gemeinschaft zu bilden, wie das beispielsweise bei vielen Moscheegemeinden mit saudi-arabischem Hintergrund der Fall ist. Im Gegenteil: Auf unserem Mainuferfest mit immer fast 50.000 Besuchern feiern seit über 30 Jahren alle zusammen: Serben mit Kroaten, Muslime mit Christen - alle 160 Nationen miteinander.

Wie erleben Sie die aktuelle Debatte um Migration?

Ich sehe zwei harte Fronten gegenüberstehen: Ein Teil der Menschen führt die Debatte ausschließlich mit Angst. Für sie sind alle Migranten ein Problem. Und die anderen sagen: "Das ist doch eine fantastische Bereicherung. Es gibt keine Probleme." Beide liegen falsch. Integration funktioniert nur ohne Angst und ohne Illusion. Integration ist Arbeit.

Und worin sollte man sich keine Illusion machen?

Für mich gibt es für Integration eine klare Voraussetzung: das Erlernen der deutschen Sprache. Es ist ganz trivial: Gemeinschaft funktioniert nur mit einer Ebene der Verständigung. Und für diese Verständigung braucht es eine Sprache. Die ist hier Deutsch. Daneben gilt: Alle, die hier leben, müssen das Grundgesetz und die ihm zugrunde liegenden Werte akzeptieren.

Welche Politik folgt daraus?

Wir haben früh freiwillige "Mama lernt Deutsch"-Kurse angeboten. Hier haben wir Frauen ermöglicht, ausschließlich mit anderen Frauen zusammen Deutsch zu lernen. Es kamen in erster Linie muslimische Frauen, die von ihrer ursprünglichen kulturellen Prägung her nicht hätten kommen dürfen, wenn auch Männer anwesend gewesen wären. Eigentlich bin ich strikt gegen diese Art der Trennung. Wir haben uns aber knallhart der Realität gestellt: Was machen wir mit diesen Frauen? Schimpfe ich über sie und ihre Männer oder unterstütze ich sie, damit sie an unserer Gesellschaft teilnehmen können? Wir haben gesagt: Auch diese Frauen müssen unbedingt Deutsch lernen. Sie ziehen Kinder groß, die in unserer Gesellschaft leben. Wir müssen sie für uns gewinnen.

Kritiker der aktuellen Asylpolitik argumentieren, dass viele Migranten als Geflüchtete den Sozialstaat missbrauchen.

Ich empfinde es als gerecht, dass es jemandem, der arbeitet, besser geht als jemandem, der nicht arbeitet. Natürlich benötigen wir eine Grundsicherung, um in Würde zu leben. Aber es geht auch um die Würde des Menschen, der arbeitet. Ich treffe in meiner Stadt Menschen, die 45 Jahren gearbeitet haben, aber nicht genug Rente bekommen. Oder die hart arbeiten, und am Monatsende knapp sind. Sie sagen: "Ich habe gearbeitet beziehungsweise arbeite. Ich will genug Rente beziehungsweise Lohn bekommen. Und mir sagt man jetzt, für eine höhere Rente oder höhere Löhne sei kein Geld da. Und in der nächsten Nachrichtenmeldung heißt es: Auf der Welt geht es anderen schlecht, und die müssen wir jetzt aufnehmen. Für die ist Geld da. Herr Schwenke, erklären Sie mir das!" Wer so etwas fragt, ist kein Rassist.

Auch ehemalige "Gastarbeiter" empfinden es oft als ungerecht, wenn sie sehen, wie viele Leistungen Geflüchtete heute vom Staat beziehen können.

"Integration funktioniert nur ohne Angst und Illusion" In Offenbach bei Frankfurt haben 70 Prozent der Einwohner einen Migrationshintergrund. Oberbürgermeister

Ja, auch sie sagen zu mir: "Herr Schwenke: Mein ganzes Leben habe ich immer gearbeitet. Jetzt kommen Ausländer und kriegen einfach so Geld. Das geht nicht." Auch ich bin dezidiert der Auffassung, dass Arbeit dazu gehört, wenn jemand zu uns kommen will. Allerdings ist es absurd, dass wir Menschen, die zu uns kommen, mit Beschäftigungsverboten belegen. Das muss enden: Wer arbeiten will, muss arbeiten können. Dann passen die Wahrnehmung vieler Menschen und die Regeln auch wieder zusammen. Denn wir brauchen ja auch Zuwanderung mit dem Ziel, hier zu arbeiten, etwa wegen des Fachkräftemangels.

Und finden Sie es gerecht, dass Innenministerin Nancy Faeser (SPD) sagt, Ausländer sollten auch ein Stimmrecht für die Kommunalwahlen bekommen?

Für EU-Bürger gibt es das ja schon. Ich bin nicht dafür, das auf weitere Gruppen auszuweiten. Wir brauchen eine klare Linie: Wer Deutscher sein will, muss Deutscher werden können - entscheidend sind das Bekenntnis zu den Werten des Grundgesetzes und die Sprache, nicht die Abstammung. Es muss aber umgekehrt auch klar sein: Wer mitbestimmen will, muss sich zu diesen Werten bekennen. Deshalb werbe ich immer dafür: Werdet Deutsche! Einmal im Jahr haben wir hier einen Neubürgerempfang. Am Ende singen wir die Nationalhymne. Sie glauben nicht, wie stolz die Menschen sind, die Deutsche geworden sind. Genau das brauchen wir!

In deutschen Großstädten kommt es zu propalästinensischen Demonstrationen. Gab es auch in Offenbach solche Demos?

Bisher keine, von denen ich erfahren habe. Ich halte das Verteilen von Süßigkeiten und das Feiern beim Ausbruch eines Angriffskriegs und beim Verschleppen von Zivilisten für völlig inakzeptabel. Manche sagen dann: "Ja, aber auch in Gaza geht es den Menschen schlecht." Richtig ist: Auch die Menschen in Gaza sind Menschen, leiden unter dem Terror der Hamas und brauchen eine Perspektive für ein Leben in Würde und Frieden. Das ändert aber alles nichts daran, dass es durch nichts zu rechtfertigen oder zu entschuldigen ist, ein Land auslöschen zu wollen und Zivilisten förmlich abzuschlachten.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 25, 2023

Es geht auch ohne gutes Deutsch; Arbeitsminister Heil fordert von Unternehmen, bei der Einstellung von Flüchtlingen Ansprüche an die Sprachkenntnisse zu senken. Kritik kommt aus der Wirtschaft

Die Welt

Mittwoch 27. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Wirtschaft; S. 10; Ausg. 250

Length: 956 words

Byline: Jan Klauth

Body

Knapp zwei Monate ist es her, dass Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) den "Jobturbo" zündete. Bisher arbeiten knapp 21 Prozent der erwerbsfähigen **Flüchtlinge** aus der Ukraine. Bei **Flüchtlingen**, die 2015 und 2016 **Asyl** beantragten, liegt die Quote Hochrechnungen zufolge bei 54 Prozent.

Heil hat klargemacht: Das reicht ihm nicht aus. Rund 400.000 **Flüchtlinge**, der überwiegende Teil aus der Ukraine, kommt bald aus Sprachkursen. Die Menschen sind also zumindest halbwegs sprachlich qualifiziert und stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung - sofern die Kinderbetreuung geregelt ist. Minister Heil sieht nun vor allem Unternehmen in der Pflicht, Hürden zu senken. Arbeitgeber müssten sich offener zeigen und auch vermehrt Menschen einstellen, die "kein perfektes Deutsch sprechen", betonte er mehrfach.

In der Wirtschaft ruft diese Aufforderung ein geteiltes Echo hervor, wie eine Umfrage von WELT zeigt. "Viele Arbeitgeber beschäftigen bereits Personen mit Fluchtgeschichte. Die stetig steigende Zahl von Beschäftigten aus den Hauptasylherkunftsländern macht das deutlich", sagt Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer, des Arbeitgeberverbandes BDA auf Nachfrage. Im August dieses Jahres waren es rund 650.000 Beschäftigte. "Für bestimmte Tätigkeiten sind höhere Sprachforderungen erforderlich, zum Beispiel bei komplexen Sicherheitsanforderungen, im direkten Kundenkontakt oder um während der Berufsausbildung in der Berufsschule mitzukommen", so Kampeter weiter. Es gebe aber auch eine große Zahl von Tätigkeiten, bei denen das nicht notwendig sei.

Je nach Branche und Job gibt es große Unterschiede. "Solide Deutschkenntnisse" seien zwar eine Voraussetzung in Tätigkeiten, die akademische oder kaufmännische Qualifikation erfordern, sagt Frank Huster, Geschäftsführer des Bundesverbands Spedition und Logistik (DSLTV). "Alltagsdeutsch ist allerdings oftmals ausreichend für Verpackungs- und Sortieraufgaben und technisch unterstützte Warenbewegungen in Logistikanlagen", so der Unternehmer. "Begrenzte Deutschkenntnisse" seien auch für Lkw-Fahrer ausreichend.

Es geht auch ohne gutes Deutsch Arbeitsminister Heil fordert von Unternehmen, bei der Einstellung von Flüchtlingen Ansprüche an die Sprachkenntnisse zu senken.

In der Gastronomie zähle nicht die Herkunft, sondern Arbeitseinstellung, Verlässlichkeit und Teamgeist, beteuert Sandra Warden, Geschäftsführerin des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA. Die Bereitschaft, Flüchtlinge einzustellen, sei hoch, auch wenn zunächst nur Grundkenntnisse in Deutsch vorhanden seien. Vor allem da, wo die direkte Kommunikation mit den Gästen nicht im Vordergrund stehe, zum Beispiel in Küche oder Housekeeping, gebe es zahlreiche Möglichkeiten. "Wichtig ist, dass die Politik stärkere Arbeitsanreize setzt und Geflüchteten und Langzeitarbeitslosen nicht signalisiert, dass es in Ordnung ist, wenn sie vom Sozialsystem abhängig bleiben", so Warden.

Mit Erfolgen rühmt sich auch das Handwerk. "Dem Handwerk macht kein anderer Wirtschaftsbereich etwas vor, wenn es um die Integration von Geflüchteten geht", sagt Jörg Dittrich, Chef des Zentralverbands ZDH. Im Vergleich zu anderen Sektoren würden überproportional viele geflüchtete Menschen ausgebildet. Es gelte das Leitmotiv: "Es kommt nicht darauf an, wo Du herkommst, sondern wo Du hinwillst." 2022 hatten 44.953 der 349.295 Azubis im Handwerk einen ausländischen Pass. Sie wiesen 168 verschiedene Staatsangehörigkeiten auf.

Doch nicht überall klappt es so gut wie in Gastronomie und Handwerk, wie die Erwerbsquoten zeigen. "Die Politik hat das Thema lange vernachlässigt", sagt Peter Blersch, Geschäftsführer der Adecco Group Deutschland. Sein Unternehmen, ein Personaldienstleister mit Hauptsitz in Zürich, hat in den letzten vier Jahren hierzulande knapp 2500 Flüchtlinge in Jobs vermittelt, die Mehrheit davon Afghanen und Syrer. Angesichts der Dimensionen der Fluchtmigration will Blersch diese Zahlen vervielfachen, wie Blersch im Gespräch mit WELT sagt. Mit Blick auf die vielen offenen Stellen sei klar: "Es müssen jetzt mehr Menschen für den Arbeitsmarkt aktiviert werden. Wir glauben, dass das gelingen kann."

Arbeitsminister Heil hat bisher kein konkretes Ziel genannt, wie viele Menschen in Arbeit kommen sollen. Klar ist: Mit der avisierten Einsparung im Zuge der Haushaltsverhandlungen steigt der Druck, im kommenden Jahr Erfolge vorweisen zu können. Blersch ist weniger zurückhaltend. "Von den 400.000 Menschen sollte nach einem Jahr mindestens die Hälfte in Arbeit sein. Das wäre ein sinnvolles Ziel", sagt er. Für noch bestehende Sprachbarrieren gebe es mittlerweile einige Hilfsmittel. Etwa im Lager- und Logistikbereich, wo der Anteil der Beschäftigten ohne deutschen Pass ohnehin sehr hoch ist: zum Beispiel KI-Tools, die Dialoge quasi simultan übersetzen.

Doch Blersch sieht auch Nachholpotenzial bei den Unternehmen. Hier hätte Minister Heil einen Punkt. "Gleichzeitig hat die Wirtschaft nicht alles getan, um zu mobilisieren. Da müssen wir besser werden." Und am Ende gehe es auch um Motivation und Leistungswillen. "Der Grundsatz von 'Fordern und Fördern' muss stärker in den Vordergrund rücken", sagt Blersch.

Die aktuellen Zahlen aus den Sprachkursen zeichnen ein geteiltes Bild. Nur rund 46 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge haben die Integrationskurse mit Erfolg absolviert. Allein 2022 haben 340.438 Migranten einen Integrationskurs begonnen. "Die bisherige Erfolgsquote ist ernüchternd und kann nicht zufriedenstellen", heißt es in einem Bericht des Bundesrechnungshofes, der die Zahlen aufgegriffen hatte.

Experten jedoch relativieren die Quote. Die Erfolgsquote sei beinahe doppelt so hoch. Laut Innenministerium haben rund 90 Prozent aller ukrainischen Flüchtlinge, die bis Dezember am Sprachtest teilgenommen haben, entweder das Sprachniveau B1 oder das darunter liegende Niveau A2 erreicht.

Es kommt nicht darauf an, wo Du herkommst Jörg Dittrich, ZDH

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 26, 2023

Flüchtlinge als Putins Waffe; Aus Belarus brachte Diktator Lukaschenko im Sommer 2021 Tausende Migranten an die EU-Grenze. Das könnte Moskau in Kaliningrad nachmachen - Polen baut bereits einen Zaun

Die Welt

Dienstag 7. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 27

Length: 960 words

Byline: Philipp Fritz

Pavel Lokshin

Body

Es ist eine Krise, die längst nicht vorüber ist: Immer noch überqueren **Migranten** aus dem Nahen Osten oder Afrika nahezu täglich die Grenze von Belarus nach Polen und damit in die EU. Kürzlich meldete der polnische Grenzschutz, dass allein am 2. Februar 46 Personen illegal über die Grenze eingereist seien. Unter ihnen, so die Behörde, seien unter anderem fünf Menschen aus dem Irak und fünf aus Somalia gewesen.

Außerhalb Polens wird dem Thema kaum noch Aufmerksamkeit geschenkt. Seit dem Sommer 2021 hat sich so eine neue **Migrationsroute** vorwiegend für Syrer und Iraker etabliert, allerdings sind die Zahlen seitdem deutlich zurückgegangen. Vor eineinhalb Jahren hatten noch Tausende versucht, die Grenze zu übertreten. Das Regime des belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko ließ Menschen von türkischen oder irakischen Flughäfen nach Minsk fliegen und schaffte sie von dort an die Grenze. Grenzbeamte oder Soldaten trieben sie schließlich teils gewaltsam hinüber.

Lukaschenko, ein Verbündeter Moskaus, versuchte so eine Flüchtlingskrise zu inszenieren und die EU zu spalten. Was in Deutschland vor allem als Flüchtlings- oder Migrationskrise wahrgenommen wurde, war aus polnischer Sicht ein Akt "hybrider Kriegsführung", also ein Angriff auf Polen. Die polnische Führung reagierte mit militärischen Mitteln. Sie richtete entlang der Grenze ein Sperrgebiet ein und schickte die Armee. Niemand wurde durchgelassen. Menschen, die es doch in die Wälder Ostpolens geschafft hatten, wurden vielfach zurückgedrängt. Es gibt etliche Berichte über sogenannte Pushbacks, mehrere Todesfälle sind dokumentiert.

Als Konsequenz begann Polen bereits im August 2021, einen Grenzzaun zu errichten. Wenig später kam eine Mauer über 170 Kilometer dazu, gewaltige 5,5 Meter hoch, versehen mit Kameras und Bewegungsmeldern. Im

Flüchtlinge als Putins Waffe Aus Belarus brachte Diktator Lukaschenko im Sommer 2021 Tausende Migranten an die EU-Grenze. Das könnte Moskau in Kaliningrad nachm....

Juni 2022 wurde der Bau fertiggestellt. Es gibt aber noch ungesicherte Stellen, darunter Gewässer, über die zum Beispiel die 46 Flüchtlinge am 2. Februar nach Polen kamen. Sie wurden von Wärmebildkameras aufgezeichnet.

In Warschau befürchtet man nun, dass auch Moskau eine neue Route für Migranten schaffen könnte, und zwar aus der russischen Exklave Kaliningrad, die im Süden an Polen und im Osten an Litauen grenzt, beide Mitglieder von EU und Nato. "Polen ist bewusst, dass es auch aus Richtung Kaliningrad ein Opfer von Russlands 'hybridem Krieg' werden kann", sagt Lukasz Jasina, Sprecher des polnischen Außenministeriums, zu WELT. Das mögliche Ziel: Ähnlich wie es Diktator Lukaschenko seit 2021 tut, würde aus einer weiteren Himmelsrichtung Druck auf die polnische Gesellschaft und die europäischen Partner aufgebaut. Die Frage, wie mit Migranten oder Flüchtlingen umgegangen werden soll, spaltet die Europäer. Das weiß auch Putin.

Polnische Offizielle sehen Anzeichen, dass Russland ein "Belarus-Szenario" vorbereitet. Vertreter des internationalen Flughafens in Kaliningrad hätten bereits Verträge mit syrischen, türkischen und belarussischen Fluglinien unterzeichnet. "Wir müssen darauf vorbereitet sein", sagte Vizeaußenminister Arkadiusz Mularczyk bereits zum Ende des vergangenen Jahres. Russland haben ein besonderes Interesse, Polen zu destabilisieren - weil es eine "Drehscheibe für Transport, Lebensmittel und Hilfsgüter" für die Ukraine sei.

Polen trifft bereits Vorbereitungen. Seit November wird ein 2,5 Meter hoher Zaun an der Grenze zu Kaliningrad errichtet. Ende des Jahres soll der Bau fertiggestellt sein. Noch scheint die Gefahr abstrakt. Zumal Kaliningrad nicht gerade ideal für die Umleitung von Migrantenströmen im Sinne eines "hybriden Krieges" ist. Die Verkehrsanbindung der westlichsten russischen Region ist umständlich. Der polnische Teil der Grenze ist mit knapp 204 Kilometern der kürzere, der litauische Grenzabschnitt ist 265 Kilometer lang. Nach Polen gibt es sieben Grenzübergänge, davon zwei für den Bahnverkehr. Die russisch-polnische Grenze ist etwa halb so lang wie die polnisch-belarussische, kann also leichter bewacht werden, wenn auch die Grenze nach Belarus durch die Mauer besser geschützt ist.

In der Vergangenheit hatte der russische Ferienflieger Azur Air mehrmals die Woche Flüge zwischen Kaliningrad und Antalya sowie Dubai angeboten. Aktuell stehen diese Ziele aber nicht auf dem Flugplan. Auch Emirates flog gelegentlich zwischen Kaliningrad und Dubai. Der kleine Flughafen in der russischen Exklave verbindet diese derzeit hauptsächlich mit der belarussischen Hauptstadt Minsk sowie mit Moskau und Sankt Petersburg. Andere russische Städte werden kaum angeflogen. Derzeit verbinden vier Züge die Exklave mit dem russischen Festland: zwei aus Moskau und je einer aus Sankt-Petersburg und Sotschi am Schwarzen Meer. Trotz der EU-Sanktionen, die zur Aussetzung des Personenverkehrs zwischen Russland und EU geführt haben, dürfen sie aufgrund eines bilateralen Abkommens zwischen der EU und Russland weiter verkehren.

Für die Einreise in die Oblast Kaliningrad auf dem Landweg werden Transiterlaubnisse benötigt, die Litauen ausstellt. Diese werden allerdings nur an russische Staatsbürger vergeben. Alle anderen brauchen ein Visum. Bürger von Drittstaaten ohne gültiges Visum für die EU können also von Litauen an der Grenze abgewiesen werden.

Dass es ein mögliches, aber kein leichtes Unterfangen ist, von Kaliningrad aus eine Flüchtlingskrise zu inszenieren, geht auch aus der Lagebeschreibung des polnischen Grenzschutzes hervor. Auf Anfrage von WELT hieß es: "Von September 2022 bis Ende 2022 gab es kein illegales Überschreiten der sogenannten grünen Grenze - also außerhalb der Grenzübergangsstelle. Und die wenigen Vorfälle, die es davor gab, waren auf dem gleichen Niveau wie in den Vorjahren". Dennoch möchte Polen vorbereitet sein. Der Grenzzaun wird weiter gebaut.

Flüchtlinge als Putins Waffe Aus Belarus brachte Diktator Lukaschenko im Sommer 2021 Tausende Migranten an die EU-Grenze. Das könnte Moskau in Kaliningrad nachm....



Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Polnische Soldaten errichten eine Zaun aus Stacheldraht an der Grenze zu Kaliningrad

Load-Date: February 6, 2023

Ohne Krankenschein; Geschätzt Hunderttausende Menschen in Deutschland haben keine Krankenversicherung - darunter illegal eingereiste Migranten, europäische Arbeitskräfte und deutsche Staatsbürger

Die Welt

Dienstag 21. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 226

Length: 1342 words

Byline: Kaja Klapsa

Body

Gerade als die Zahnschmerzen kaum mehr zu ertragen waren, kam für Rodrigo Peres die entscheidende Wendung. Es gebe in Berlin eine Zahnärztin, die ihn behandeln würde, erzählte ihm eine Bekannte. Einfach so, ohne Gesundheitskarte, ohne Papiere, ohne Geld.

Peres, der seinen echten Namen nicht der Öffentlichkeit preisgeben möchte, war zunächst skeptisch. Warum sollte jemand ihn, einen Migranten, der sich illegal in Berlin aufhält, kostenlos versorgen? Der Endzwanziger ist vor einem Jahr aus Brasilien eingereist, hat keine Aufenthaltsgenehmigung und keinen Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung. Doch die Bekannte beschwichtigte: Die Zahnärztin helfe aus Überzeugung, er müsse nicht mal seinen Namen nennen.

Ein paar Wochen später sitzt Peres in einem kleinen Raum in Berlin-Wilmersdorf im Westen der Stadt. Es ist ein Freitagmittag im November, Zahnärztin Cecilia Cseke hat Sprechstunde und beugt sich mit FFP-Maske und blauen Plastikhandschuhen über Peres, der mittlerweile zum zweiten Mal da ist. Cseke ist Teil des Ärzteteams bei der "Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung", einer überwiegend ehrenamtlich organisierten Arztpraxis, die seit 2001 Bedürftige kostenlos medizinisch versorgt, insbesondere in akuten Fällen und bei fortgeschrittenen Erkrankungen. Mittlerweile gibt es 18 weitere Standorte in Deutschland. Auf einem langen Flur sind unterschiedliche Fachrichtungen untergebracht: Allgemeinmedizin, Dermatologie, Orthopädie, Pädiatrie, Zahnmedizin und Gynäkologie. Dienstag bis Freitag werden hier von neun bis 14 Uhr Patienten behandelt, die keinen Zugang zum regulären Gesundheitssystem haben. Im vergangenen Jahr waren es mehr als 1500, davon 17 Prozent Kinder unter sieben Jahren. Finanziert wird die Praxis zur Hälfte vom Berliner Senat und zur Hälfte durch private Spenden, etwa die Postcode Lotterie.

Nach der Mikrozensus-Befragung des Statistischen Bundesamts waren 2019 rund 61.000 Personen in Deutschland nicht krankenversichert, die meisten von ihnen Selbstständige und Arbeitslose. Allerdings werden in der Statistik nur diejenigen berücksichtigt, die in Deutschland gemeldet sind und einen legalen Aufenthaltstitel haben. Experten

Ohne Krankenschein Geschätzt Hunderttausende Menschen in Deutschland haben keine Krankenversicherung
 - darunter illegal eingereiste Migranten, europäische Arbeiter....

gehen davon aus, dass die Dunkelziffer weit höher sein dürfte. Jürgen Wasem, renommierter Gesundheitsökonom an der Universität Duisburg-Essen, schätzt die Zahl zwischen einer halben und einer Million Menschen. Auch die Hilfsorganisation "Ärzte der Welt" spricht von mehreren Hunderttausend Menschen.

Bei den Maltesern in Berlin ist die Gruppe der Patienten sehr gemischt. "Ungefähr die Hälfte unserer Patienten hat einen ungeklärten Aufenthaltsstatus, die andere Hälfte kommt zum größten Teil aus der EU, aus Drittstaaten und aus Afrika. Viele davon arbeiten illegal und sind ohne Zugang zur regulären Krankenversicherung", sagt Felicitas von Wietersheim, die die Praxis seit 2016 leitet. Menschen ohne Aufenthaltstitel haben bei akuten Krankheiten oder Schmerzen zwar theoretisch Anspruch auf eine Behandlung, meiden aus Angst vor Abschiebung aber oft den Arztbesuch. Darunter fallen in der Malteser-Praxis etwa Vietnamesen und Menschen aus Ghana. Asylbewerber aus dem arabischen Raum kommen hingegen nur selten, weil sie im laufenden Asylverfahren normale Arztpraxen besuchen.

Eine weitere Patientengruppe sind Menschen, die zwar legal nach Deutschland einreisen, aber ohne Arbeitserlaubnis beschäftigt sind, etwa auf dem Bau oder in der Landwirtschaft. Auch diese haben keine Krankenversicherung, zum Beispiel Migranten aus Serbien oder Albanien. Immer wieder sind auch EU-Bürger betroffen, die in ihrem Heimatland nicht versichert sind und somit auch keinen Anspruch auf eine europäische Krankenversicherung haben, etwa Bulgaren. Doch auch Deutsche kommen in die Praxis, im vergangenen Jahr machten sie hier sieben Prozent aller Patienten aus. Viele von ihnen seien selbstständig und privat versichert, so von Wietersheim. "Irgendwann läuft es wirtschaftlich schlecht, sie können ihre Beiträge nicht mehr zahlen und verschulden sich bei ihrer Krankenkasse." Viele rutschen dann in den sogenannten Notlagentarif, bekommen also nur noch eingeschränkten Zugang zu Gesundheitsleistungen. Der Wechsel in die gesetzliche Krankenversicherung ist dann nur noch unter engen Voraussetzungen möglich; der Betroffene muss etwa in ein Angestelltenverhältnis wechseln und darf das Alter von 55 Jahren nicht überschreiten. So will der Gesetzgeber verhindern, dass Bürger zunächst von den günstigeren Beiträgen der privaten Krankenversicherung profitieren und dann im Alter der gesetzlichen Krankenversicherung zu Last fallen.

Besonders herausfordernd wird es für die Praxis, wenn Patienten an Fachärzte oder ins Krankenhaus überwiesen werden müssen. "Wir haben Partnerschaftspraxen, die für unsere Patienten einen ermäßigten Tarif anbieten", sagt von Wietersheim. Die Malteser-Praxis versucht, diese Art der Fortbehandlungen zu bezahlen, auch die Kosten für einige Medikamente werden übernommen. Bei teuren Behandlungen ist die finanzielle Grenze aber schnell erreicht. An diesem Freitagmittag ist etwa eine Vietnamesin mit chronischen Bauchschmerzen in die Praxis gekommen. Allgemeinmedizinerin Barbara Vonneguth-Günther würde gerne eine Überweisung für eine Darmspiegelung ausstellen, doch die Kosten von 400 bis 500 Euro können weder von der Patientin noch von der Praxis getragen werden. "Ich rufe später einen befreundeten Gastroenterologen an und versuche ihn zu überzeugen, dass er die Patienten kostenlos behandelt", sagt Vonneguth-Günther.

Manchmal haben die Patienten großes Glück. Zum Beispiel im April 2022, als eine ukrainische Flüchtlingsfamilie mit ihrem neun Monate alten Sohn in die Praxis kam. Eigentlich haben Ukrainer Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung, allerdings braucht der Anmeldeprozess Zeit, die die Betroffenen oft nicht haben. Das ukrainische Baby litt an Muskelschwund, einem lebensgefährlichen Gendefekt, und war auf ein Medikament im Wert von 11.000 Euro angewiesen. Das Malteser-Team nahm Kontakt zu der herstellenden Pharmafirma Roche auf, die dem Jungen die Monatsdosis spendete.

Emotional ist die Arbeit für die ehrenamtlichen Ärzte, von denen weitere dringend gesucht werden, nicht immer einfach. "Ich habe ein Folteropfer gesehen, dessen ganzer Körper mit Striemen übersät gewesen ist. Oder Frauen, bei denen ich Zwangsprostitution in Deutschland vermute", sagt Vonneguth-Günther. Die Behörden werden wegen der ärztlichen Schweigepflicht grundsätzlich nicht informiert. Lediglich in einem Fall benachrichtigte das Team das Jugendamt, weil ein Baby obdachloser Eltern durch Vernachlässigung schwere Entwicklungsstörungen zeigte.

Auch die Polizei wandte sich einmal vor ein paar Monaten an das Praxisteam, wollte Informationen über einen Patienten, der kurz vor der Abschiebung stand. "Wir verweigerten die Auskunft, da wir an die ärztliche Schweigepflicht gebunden sind. Unsere Praxis ist ein geschützter Raum, in dem unsere Patienten uns vertrauen",

Ohne Krankenschein Geschätzt Hunderttausende Menschen in Deutschland haben keine Krankenversicherung
- darunter illegal eingereiste Migranten, europäische Arbei....

sagt von Wietersheim. Ob sie es verstehe, dass es einige kritisch sehen, wenn Menschen ohne Bleiberecht kostenfrei behandelt würden - und das zur Hälfte auf Kosten des Berliner Steuerzahlers? "Jeder Mensch hat das Recht auf medizinische Versorgung", sagt von Wietersheim. "Das ist das oberste Gebot der Solidargemeinschaft, und das schreiben wir uns auch als Christen auf die Fahne." Aber sei es tatsächlich fair, wenn Bürger regulär Beiträge zahlten und ausgerechnet Ausreisepflichtige anonym versorgt würden? "Ich kenne den Vorwurf der Schmarotzer. Dieser trifft hier definitiv nicht zu", entgegnet von Wietersheim. "Wir machen überwiegend Akutversorgung, kein deutscher Bürger muss deswegen länger auf seinen Termin warten."

Rodrigo Peres ist für die Unterstützung sehr dankbar. Der Brasilianer hat seine Heimat verlassen, weil er sich als Schwarzer mit afrikanischen Wurzeln dort diskriminiert gefühlt habe, wie er erzählt. In Berlin arbeite er in einem Restaurant, bekomme Geld auf die Hand. Er hofft, dass er irgendwann einen legalen Aufenthaltstitel bekommen wird.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Zahnärztin Cecilia Cseke (r.) und Assistentin Pia Piro in der Praxis des Malteser Hilfsdiensts in Berlin-Wilmersdorf. Barbara Vonneguth-Günther arbeitet als Allgemeinmedizinerin dort

Load-Date: November 20, 2023

Deutschlands Problem mit den Asyl-Folgeanträgen

Die Welt

Dienstag 7. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 216

Length: 477 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Das halbe Land debattiert derzeit darüber, warum Deutschland für viele Menschen, die hierherkommen und bleiben wollen, so interessant sei. Klar ist, es müssen die oft zitierten "Pull-Effekte" sein. Die Frage ist, welche das genau sind - und wie man denen die Anziehungskraft nehmen könnte, ohne dem Land selbst zu schaden. Ist das liberale deutsche **Asylrecht** der entscheidende "Pull-Effekt", also die Tatsache, dass es ziemlich leicht ist, ins Land zu kommen und dann vorerst zu bleiben? Ist es die schlagkräftige Wirtschaft, die aller Krisen zum Trotz seit 20 Jahren als unglaublich stabile Produktions-, Leistungssteigerungs- und Jobmaschine brummt? Oder schlicht die Tatsache, dass Deutschland, pardon die Ausdrucksweise, einfach ein geiles Land ist? Oder von allem etwas?

Vermutlich liegt die Wahrheit - wie so oft - in der Mitte. Ob es eine gute Idee ist, Menschen in diesem sonst so auf Ausgleich bedachten Land nicht mehr zu geben, als sie brauchen, um nicht zu hungern, sei mal dahingestellt. Damit schürt man möglicherweise geradezu die Kriminalität unter Asylbewerbern und Migranten. Davon abgesehen löst der Vorstoß der beiden FDP-Minister eine Phantomdebatte aus, die vom Eigentlichen ablenkt. Denn die Höhe der Sozialleistungen ist nicht der alles entscheidende Magnet.

Entscheidend, und damit zum "Pull-Effekt", werden diese Leistungen erst, wenn man berücksichtigt, wie lange sie gewährt werden. Hier offenbart sich das eigentliche Problem: Die Tatsache, dass diese Unterstützung für Asylbewerber Monate fließt, oft Jahre. Bis die Mühlen der Behörden und Gerichte eben ausgemahlen haben und eine endgültige Entscheidung steht, ob der Betroffene bleiben darf oder ausreisen muss. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung über einen Asylantrag lag im vergangenen Jahr bei 7,8 Monaten. In vielen Fällen wird gegen den Bescheid geklagt, die Verfahren dauern im Schnitt 23 Monate. Bis dahin bekommen die Asylbewerber Geld. Und: Häufig stellen sie Folgeanträge. Der "Tagesspiegel" hat recherchiert, dass von den 13.000 Menschen aus Nordmazedonien, Albanien, Kosovo, Bosnien-Herzegowina und Serbien, die von Januar bis September in Deutschland Asyl beantragt hatten, 7000 einen Folgeantrag gestellt haben. Die Bearbeitung eines solchen Folgeantrags dauert im Schnitt 6,4 Monate. Bis nach Einsprüchen eine unanfechtbare Entscheidung vorliegt, vergehen durchschnittlich 16 Monate. Manche Asylbewerber stellen bis zu acht Folgeanträge.

Deutschlands Problem mit den Asyl-Folgeanträgen

Rechnen Sie zusammen, was da im Einzelfall an Verfahrenszeit in Monaten gerechnet herauskommt - und nehmen Sie diese Zahl mal 410. Dann haben Sie den entscheidenden Grund, warum Deutschland ein Magnet ist - und es bleiben wird, wenn weiter nach diesem Verfahren ein Folgeantrag nach dem anderen gestellt werden und Unterstützung über Jahre bezogen werden kann.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

"Hamburg ist in einer besonderen Notlage"; CDU-Fraktionschef kritisiert Beschlüsse zu Flüchtlingen

Die Welt

Freitag 12. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Hamburg; S. 16; Ausg. 92

Length: 437 words

Byline: Jana Werner

Body

Der Oppositionsführer in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dennis Thering, hat die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels zur **Flüchtlingspolitik** als unzureichend bezeichnet. "Zu wenig, zu spät - damit lassen sich die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz zusammenfassen", sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende auf WELT-Anfrage. Die am Mittwoch beschlossenen Maßnahmen reichten nicht aus, um die Situation in Hamburg spürbar und dauerhaft zu entspannen.

Der Bund hatte bei dem Treffen mit den Länder-Ministerpräsidenten im Kanzleramt eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und im November entschieden werden. Hamburgs Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hatte sich nach den Gesprächen zufrieden gezeigt.

"Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung", kritisierte Thering - und fügte hinzu: "Dabei hat nur der Bund die notwendigen Werkzeuge, um den irregulären Zuzug nach Deutschland zu begrenzen." Solange dies nicht geschehe und Flüchtlinge nicht gleichmäßig verteilt würden, "wird die Situation auch für Hamburg unhaltbar". Demnach fordert der Christdemokrat, dass die Bundesregierung die illegale Migration weiter begrenzt. Er betonte: "Die Grünen müssen ihre Blockadehaltung endlich aufgeben." Denn die irreguläre Migration nach Deutschland müsse spürbar reduziert werden, "wenn wir unsere humanitäre Verantwortung für tatsächlich Schutzbedürftige aufrechterhalten möchten", so Thering.

Hamburg ist aus Sicht des CDU-Fraktionschefs "in einer besonderen Notlage": "Die Unterbringungen sind voll, die Verwaltung und ehrenamtlichen Helfer sind teils an den Leistungsgrenzen angekommen, haben diese teilweise überschritten." Bund und Länder müssten nun handeln, bevor es zu spät sei.

Unterdessen zeigt der Jahresbericht 2022 des Abschiebebeobachters am Hamburger Flughafen ungelöste Probleme und fordert bessere Bedingungen für die Betroffenen. So berichtet das Flughafenforum weiter von

"Hamburg ist in einer besonderen Notlage" CDU-Fraktionschef kritisiert Beschlüsse zu Flüchtlingen

Verständigungsproblemen oder Abschiebungen von mittellosen Personen, wie die Diakonie Hamburg als Träger des Projekts mitteilte. Bei 157 beobachteten Abschiebungen hat der Beobachter in 52 Fällen (33 Prozent) Verbesserungspotenziale und Klärungsbedarf festgestellt. Das Projekt läuft bis Anfang 2025 und wird durch die Hamburger Innenbehörde finanziert. Im Fokus stünden die Wahrung humanitärer Mindeststandards und die Sicherstellung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Wohnungs- und Migrationspolitik gehören zusammen

Die Welt

Freitag 10. November 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: POLITIK; PLATZ DER REPUBLIK; S. 2; Ausg. 219

Length: 471 words

Byline: Michael Höfling

Body

Es ist eine erschreckende Zahl: 607.000 Menschen in Deutschland waren im Verlauf des Jahres 2022 zeitweise wohnungslos. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl Dortmunds und ist ein Anstieg zum Vorjahr um rund 58 Prozent.

Die Gründe für den krassen Anstieg sind vielschichtig. Laut Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) spielten bei deutschen Betroffenen vor allem Kündigung, Mietschulden sowie Trennung oder Scheidung eine Rolle. Wohnungslose ohne deutsche Staatsbürgerschaft seien überwiegend Flüchtlinge.

Die Erhebung wirft ein weiteres, oft vernachlässigtes Schlaglicht auf die Situation am Wohnungsmarkt. 400.000 neue Einheiten hatte die Ampel zu Beginn der Legislaturperiode angekündigt, in diesem Jahr werden es kaum 250.000 sein, für 2024 könnte die Zahl gar unter die Marke von 200.000 rutschen.

Bauministerin Klara Geywitz (SPD) hat den Zusammenhang erkannt: "Um Wohnungslosigkeit in Deutschland zu überwinden, müssen wir mehr tun als in der Vergangenheit", sagt sie. Nun soll nachgebessert werden: Bund und Länder einigten sich auf einen "Turbo-Pakt" für schnelleres Planen und Bauen.

Auch wenn Vertreter der Wohnungswirtschaft das Paket brav als Schritt in die richtige Richtung werten: Zu einem echten "Bauturbo" dürfte es sich kaum entwickeln. Dafür ist die Krise zu stark strukturell verfestigt. Denn die Gründe für den Crash sind vor allem gestiegene Zinsen und hohe Baupreise. Nun droht ein Teufelskreislauf, der den "Bauturbo" ins Stottern bringen könnte: Fast jeder zweite Betrieb im Wohnungsbau leidet laut Ifo-Institut mittlerweile unter Auftragsmangel, monatlich werden es mehr.

So zeigt der "Bauturbopakt" Parallelen zum von Kanzler Scholz (ebenfalls SPD) als "historisch" gefeierten Ergebnis des Bund-Länder-Gipfels zur Migration: Auch er wird nicht reichen, um die Probleme bei Unterbringung und Integration der momentan rund 1000 täglich Ankommenden nur ansatzweise zu lösen.

Geywitz und Scholz könnten sich bei einem weiteren (Ex)-Genossen anschauen, wie man sich der Wirklichkeit stellt: Der Landrat von Vorpommern-Rügen, Stefan Kerth, erklärte jetzt seinen Austritt aus der Partei. Diese werde

Wohnungs- und Migrationspolitik gehören zusammen

"von Strömungen und Personen geprägt, die gesinnungsethische Ziele über Realpolitik stellen". Um den fatalen Abwärtstrend der SPD umzukehren, müsste sie sich zuerst der unbequemen Wahrheit stellen, dass die Migrations- und die Wohnungsfrage nur zusammen zu denken sind.

Zwar findet sich in den sozialen Netzwerken nur noch selten das No-Borders-Bekenntnis "Wir haben Platz". Gehandelt wird aber weiter danach. Die Erkenntnis, dass es Grenzen der Aufnahmefähigkeit gibt, wird schlicht verweigert. Solange das so bleibt, wird sich die Lage am Wohnungsmarkt weiter verschärfen. Mit allen Konsequenzen für den sozialen Frieden im Land, die Wahlen 2024 - und die Wohnungslosen.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: November 9, 2023

End of Document

Es ist klar - die Pushbacks müssen aufhören

Die Welt

Mittwoch 13. September 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; GASTKOMMENTAR; S. 7; Ausg. 178

Length: 742 words

Byline: Stefan Heße

Body

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren", heißt es in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte", die vor 75 Jahren verabschiedet wurde. Sie bildete auch die Grundlage für die Genfer Flüchtlingskonvention, die bis heute das wichtigste internationale Dokument für den Flüchtlingsschutz ist. Wenn man sich die Situation von Millionen von Flüchtlingen vor Augen führt, muss man leider feststellen: An vielen Orten gelten die Menschenrechte von Schutzsuchenden nur wenig, ihre Rechte werden vielfach mit Füßen getreten.

Auf meiner Solidaritätsreise, die ich als Flüchtlingsbeauftragter der Deutschen Bischofskonferenz vor wenigen Tagen nach Griechenland und in die Türkei unternommen habe, konnte ich viele Gespräche führen: mit Politikern und kirchlichen Verantwortungsträgern, mit Repräsentanten der UN- und EU-Institutionen, mit Diplomaten und NGO-Vertretern, vor allem aber: mit zahlreichen geflüchteten Menschen selbst.

Die Berichte und Erfahrungen haben mich zutiefst beeindruckt. Das Unrecht schreit zum Himmel! Das Leid, das die meisten schon vor ihrer Flucht erfahren haben und vor dem sie ja gerade geflohen sind, hat sich auf ihren Fluchtrouten fortgesetzt: Die Menschen werden Opfer von Menschenhandel, Vergewaltigungen, Folter, werden von ihren Familien getrennt, sie hungern und dursten. Je größer die Not ist, desto eher nehmen Menschen auch das Risiko einer gefährlichen Überfahrt nach Europa auf sich. Dann finden sie sich in einem völlig überfüllten Schlauchboot ohne Rettungswesten oder Nahrung wieder. Aufgrund von Pushbacks nehmen manche die teure und gefährliche Überfahrt sogar mehrfach auf sich. Und das bedeutet nicht selten den Tod.

Es ist völlig klar: Pushbacks und andere Verletzungen des Völkerrechts müssen aufhören. Wir brauchen eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, die einen besseren Flüchtlingsschutz und eine faire Verantwortungsteilung zwischen den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht. Statt großer Camps in den Erstaufnahmestaaten, wo Menschen teils unter haftähnlichen Bedingungen monatelang ausharren müssen, ist eine rasche Registrierung und Weiterverteilung auf andere EU-Mitgliedstaaten notwendig. Eine besondere Aufmerksamkeit muss auf die Bedürfnisse vulnerabler Gruppen, wie Behinderte, Traumatisierte, Opfer von Gewalt und Menschenhandel, gelegt werden.

Es ist klar - die Pushbacks müssen aufhören

Die katholische Kirche versteht es als ihren ureigenen Auftrag, an der Seite der Schutzsuchenden zu stehen. Papst Franziskus hat hierzu vier Verben formuliert: aufnehmen, schützen, fördern, integrieren. Bei den Mitarbeitern der Caritas in Griechenland und der Türkei habe ich gespürt, dass sie nach diesem Grundsatz arbeiten. Ihr Engagement ist beeindruckend.

Gemeinsam mit Helfern der griechischen Caritas habe ich das Camp Mavrovouni auf der Insel Lesbos besucht. In dem Lager fehlt es an grundlegenden Dingen wie Nahrung, Zugang zu Ärzten oder Medikamenten - von der Möglichkeit einer Traumatherapie oder Bildung ganz zu schweigen. Ein junger Afghane berichtete mir von seiner Flucht aus Afghanistan gemeinsam mit seiner schwangeren Frau, die während der Flucht ihr Kind verloren hat. Im Camp Mavrovouni hat sie keinen Zugang zu ärztlicher Behandlung oder einer Therapie. Schon vorher musste sie Medikamente nehmen, die ihr jetzt allerdings verwehrt bleiben.

Angesichts des Ukraine-Krieges und anderer Krisen ist die furchtbare Situation in Afghanistan bei uns fast in Vergessenheit geraten. Gerade angesichts unserer langjährigen Präsenz in Afghanistan stehen wir hier besonders in der Verantwortung, die humanitäre Aufnahme von gefährdeten Personen zu ermöglichen - nicht nur auf dem Papier, sondern in der Realität.

Die Türkei hat vier Millionen syrische Geflüchtete aufgenommen und braucht deshalb auch weiterhin europäische und internationale Unterstützung. Die Erwartung, dass alle Syrer in ihr Land zurückkehren werden, ist nicht realistisch. Daher ist es wichtig, dass in der Türkei gute Rahmenbedingungen für die Integration von Geflüchteten geschaffen werden. Und bei allen politischen Reformen, die wir dringend brauchen, sollten wir immer beachten: Es geht um Menschen. Menschen, deren Würde unantastbar ist. Nächstenliebe ist eine nie endende Aufgabe, die uns immer neu herausfordert. Packen wir es gemeinsam an!

Der Autor ist katholischer Erzbischof von Hamburg sowie Sonderbeauftragter für Flüchtlingsfragen und Vorsitzender der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: September 12, 2023

"Von kleinen Kindern hört man ganz unvermittelt: 'Scheiß Israel!'; Nina Coenen leitet einen Bildungsverein für Migranten und erlebt, wie Asylbewerber Hitler verherrlichen. Sie erklärt, warum Judenhass häufig ohne Widerspruch bleibt

Die Welt

Dienstag 17. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 201

Length: 958 words

Byline: Jan Alexander Casper

Body

Als Vorsitzende führt Nina Coenen den Verein "Demokratielotsen. Gesellschaft für Wertedialog und interkulturelle Bildung". Der Arbeitsschwerpunkt liegt in Berlin-Pankow, Coenen und ihr Partner Sami Alkomi sind als Bildungsreferenten aber in ganz Deutschland unterwegs.

WELT:

Frau Coenen, Sie machen seit 2015 Antisemitismus-Prävention in Asylunterkünften. Auf welche Einstellungen treffen Sie dort?

Nina Coenen:

Eine der allerersten Begegnungen damals war mit einem Geflüchteten aus Syrien mit palästinensischen Wurzeln. Der fragte uns, was wir von Hitler denken. Wir fragten zurück: Was denkst du denn? Dass er ein "guter Mann" war. Das erlebt man oft, so eine wenig kenntnisreiche, aber positive Einstellung gegenüber Nationalsozialismus und Holocaust.

Ist das altersunabhängig?

Ja, wobei die Jüngeren ungefilterter sprechen, Ältere verstehen das besser zu verschleiern. Von kleinen Kindern hört man, wenn zum Beispiel in einem Quiz die israelische Flagge vorkommt, ganz unvermittelt: "Scheiß Israel!", oder: "Israel ist gar kein Land."

Wie reagieren Sie dann?

"Von kleinen Kindern hört man ganz unvermittelt: 'Scheiß Israel!'" Nina Coenen leitet einen Bildungsverein für Migranten und erlebt, wie Asylbewerber Hitler ver....

Es ist ganz wichtig, dass wir das nicht stehen lassen oder auch nicht irgendeine Form von falscher Toleranz anwenden, sondern dass wir direkt widersprechen und den Widerspruch sehr deutlich formulieren. Klar, bei ganz jungen Kindern kommen wir nicht direkt mit der "Anerkennung des Existenzrechts Israels". Aber sobald sie ein gewisses Alter haben, sagen wir: Das ist hier Staatsräson, nicht verhandelbar in diesem Land, und wenn du diese Meinung nicht teilst, dann bist du hier Fehl am Platz. Und das formuliere ich so hart, weil wir sehen, dass in den Unterkünften oder im Umfeld der Geflüchteten ganz oft eben nicht eingeschritten wird.

Warum nicht?

Weil die Flüchtlingshelfer entweder überfordert sind oder Angst haben, ihr Verhältnis mit den Geflüchteten zu gefährden - oder weil sie Israel selber grundsätzlich für den Aggressor und die Palästinenser für unterstützenswert halten. Das ist besonders in der linken bis linksextremen Szene sehr verbreitet. Und das ist eben eine Szene, aus der vornehmlich die stammen, die mit Geflüchteten arbeiten.

Sie beschreiben eine Art toxischer Mischung.

Das könnte ich besser nicht formulieren. Ich nenne mal ein Beispiel aus einer Unterkunft in Berlin, in der wir an einem interreligiösen Dialog teilgenommen haben. In einem Aufenthaltsraum gab es ein großes buntes Wandbild, das eine Weltkarte mit Tiermotiven und Ländernamen und so weiter dargestellt hat. Da, wo Israel ist, stand aber nicht "Israel", sondern nur "Palästina".

Wie kann denn Verantwortlichen in so einer Unterkunft so etwas durchrutschen?

Überforderung, mangelnder Wille zur Konfrontation oder Ideologie aufseiten der Flüchtlingshelfer, wie gesagt. Das muss man wirklich typisch nennen, leider. Das Schlimme ist: Die Idee, da eine Weltkarte hinzumalen, haben die Bewohner ja nicht selbst entwickelt oder irgendwie allein in Eigenregie umgesetzt. Das haben höchstwahrscheinlich deutsche Flüchtlingshelfer initiiert, und dann hängt da diese Karte - was sollen die Neuankömmlinge dort dann denken, außer: In unseren Kreisen ist es legitim, Israel anzugreifen, und in Deutschland scheint es ja auch in Ordnung zu sein.

In der öffentlichen Debatte kursiert die Annahme: Wer als Asylbewerber aus einem islamischen Land kommt, ist wohl im Zweifel ein Antisemit. Stimmt das?

Nein, nein, nein, das würde ich pauschal niemals so diagnostizieren. Bei uns im Verein helfen ganz viele Geflüchtete mit, unterstützen unsere Projekte, wirken als Multiplikatoren in ihren Communitys. Ich würde nur sagen: Es ist kein Zufall, dass diese Engagierten oft aus kurdischen Gebieten kommen.

Wo besteht der Zusammenhang?

Weil das Risiko, das sie eingehen, nicht so groß ist. Innerhalb der kurdischen Community ist der Druck, gegen Israel sein zu müssen, lange nicht so stark wie innerhalb der arabischen Community. Trotzdem gibt es auch arabischstämmige Geflüchtete, die uns unterstützen, die dabei auch hohe Risiken auf sich nehmen, wenn sie als unsere Unterstützer in Filmen oder auf Fotos auftauchen, die dann in den sozialen Medien landen.

Sie sprechen von "Druck" - was meinen Sie damit?

Es gibt eine kollektive Erwartungshaltung an den Einzelnen. Der Einzelne ist oft gar kein Antisemit. Aber es wird von anderen an seine arabische Identität, seine religiöse Identität appelliert, sich solidarisch zu zeigen mit den "Glaubensbrüdern in Palästina" - und eben Israel abzulehnen. Die allermeisten können gar keine private Meinung zu Juden haben, weil sie überhaupt keine Juden kennen - in unserer Arbeit haben sie dann oft erstmals Kontakt.

Gibt es auch Druck aus auf Ihren Verein, wenn Sie so häufig mit Israelfeinden zu tun haben, in den Helferstrukturen?

"Von kleinen Kindern hört man ganz unvermittelt: 'Scheiß Israel!'" Nina Coenen leitet einen Bildungsverein für Migranten und erlebt, wie Asylbewerber Hitler ver....

Ich sage es mal grundsätzlich: Wenn es um Israelfeindlichkeit, Islamismus und so weiter geht, machen wir nicht nur Aufklärungsarbeit unter Geflüchteten, sondern ganz oft auch innerhalb der Hilfsstrukturen, aus denen es, wenn man diese Themen anspricht, oft Gegenwind gibt oder eine Art Festhalten an einer ignoranten Haltung. Ich finde aber: Unser Job ist es, egal in welchen Netzwerken, vor solchen Umtrieben zu warnen. Man stößt nur ständig auf taube Ohren. Ich will nicht konkret werden, weil die Vereine ja sehr schnell mit dem Anwalt kommen. Wir haben zum Beispiel sehr deutlich innerhalb eines Integrationskreises daraufhin hingewiesen, dass es Berührungspunkte gibt von einer Mitgliedsorganisation zu einem Verein, der von Israel dem Finanzierungsapparat der Hamas zugeordnet wird. Aber diese Zusammenhänge sind oft sehr komplex, es gehört viel Wissen dazu - Ignoranz ist dann bequemer. Und diese Ignoranz auf vielen Ebenen hat nun das Nachspiel, das wir "plötzlich" ganz viele Hamas-Anhänger auf den Straßen erleben. Für uns ist das keine Überraschung.

Graphic

Nina Coenen

Load-Date: October 17, 2023

End of Document

Illegale Einreisen über Ostgrenze nehmen stark zu; Die Zahl hat sich im April im Vergleich zum Vormonat fast verdoppelt. Union fordert stationäre Grenzkontrollen

Die Welt

Freitag 19. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 96

Length: 559 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Seit vielen Jahren erfolgt ein wichtiger Anteil der Gesamtzuwanderung nach Deutschland infolge illegaler Einreisen. In der aktuellen **Migrationskrise** geschieht dies zunehmend über die Ostgrenze.

Am Abschnitt zu Polen haben sich die festgestellten unerlaubten Einreisen zuletzt fast verdoppelt: 2427 waren es im April. In den Monaten zuvor waren es noch deutlich weniger (Januar: 1389, Februar: 1040 und März: 1584). Diese WELT vorliegenden Daten der Bundespolizei teilte die Regierung auf Anfrage des innenpolitischen Sprechers der Unionsfraktion, Alexander Throm (CDU), mit. Laut der Regierungsantwort wurden im April am polnischen Abschnitt sogar weit mehr unerlaubte Einreisen festgestellt als an jenem zu Österreich (1298). Letzterer wird wegen der nur dort bestehenden stationären Grenzkontrollen viel strenger überwacht als die übrigen.

Throm kritisiert: "Die Zahlen der illegalen Grenzübertritte an der deutsch-polnischen Grenze explodieren, und Bundeskanzler und Innenministerin schauen tatenlos zu." Russland und Belarus instrumentalisieren demnach Migranten zur Destabilisierung des Westens, die Türkei spiele dieses Spiel mit. "Die Bundesregierung muss dem dringend Einhalt gebieten und stationäre Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenzen einrichten. Darüber hinaus erwarten wir von Polen, dass es die EU-Außengrenze besser sichert. Und letztlich braucht es wieder EU-weite Landverbote für Airlines, die Flüchtlinge direkt nach Russland oder Belarus befördern. Die Bundesregierung muss endlich aufwachen."

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte sich auf dem Flüchtlingsgipfel gemeinsam mit den 16 Ministerpräsidenten zur Ausweitung stationärer Grenzkontrollen bereit erklärt. Im Beschlusspapier wurde zugesagt: "Lageabhängig wird der Bund das im Verhältnis zu Österreich bestehende Grenzsicherungskonzept auch an anderen Binnengrenzen Deutschlands nach Konsultation mit den betreffenden Ländern der Bundesrepublik Deutschland etablieren."

Die an Polen angrenzenden Bundesländer wollen das: Michael Stübgen und Armin Schuster (beide CDU), die Innenminister Brandenburgs und Sachsens, fordern Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) auf, stationäre

Illegale Einreisen über Ostgrenze nehmen stark zu Die Zahl hat sich im April im Vergleich zum Vormonat fast verdoppelt. Union fordert stationäre Grenzkontrollen

Kontrollen für die Grenze zu Polen bei der EU anzumelden: "Es ist gut, dass die gemeinsame Forderung aus Sachsen und Brandenburg nach Grenzkontrollen beim Flüchtlingsgipfel Zustimmung gefunden hat", sagten sie WELT AM SONNTAG. Nun sei es an Faeser, diesen gemeinsamen Willen der Ministerpräsidenten-Konferenz umgehend umzusetzen. "Das beinhaltet ausdrücklich eine Notifizierung bei der EU, den Grenzkontrollen in Bayern entsprechend." Ohne EU-Notifizierung und der damit verbundenen Möglichkeit von Zurückweisungen wären Grenzkontrollen "nicht viel mehr als die statistische Erfassung irregulärer Einreisen". Stübgen sagte WELT am Dienstag: "Leider habe ich bisher aus dem Bundesinnenministerium noch nichts gehört. Aber wir bestehen darauf." Denn der Zugang von Flüchtlingen sei "viel zu stark, gerade über die Belarus-Route, die, wie wir alle wissen, aus Moskau gesteuert wird".

Stationäre Kontrollen müssen vorher bei den EU-Institutionen angemeldet werden - samt einer Begründung warum diese für Schengen-Verhältnisse harte Grenzkontrollmaßnahme zeitlich befristet notwendig sei. Frankreich hat erst am 1. Mai für alle Staatsgrenzen stationäre Kontrollen angemeldet.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 18, 2023

Kippunkte im akustischen Nebel; Der Sender BR24 des Bayerischen Rundfunks versteht sich als Nachrichtenradio. Doch bei vielen Beiträgen drängt sich der Eindruck auf: Es gibt eher verkappte Kommentare zu hören. Das gilt gerade bei Migration und Klima

Die Welt

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: FORUM; ESSAY; S. 7; Ausg. 248

Length: 1401 words

Byline: Christoph Lemmer

Body

Im BR24-„Faktenfuchs“ klären wir, warum das Bürgergeld hier in Deutschland kein sogenannter Pull-Faktor ist“, sagt die Moderatorin im Nachrichtensender BR24 des Bayerischen Rundfunks, „also, warum es kein Anreiz für Flüchtlinge ist, hier nach Deutschland zu kommen“. Sie sagt das zum Beginn einer halben Sendestunde als Teaser, um Hörer am Radio zu halten. Der Beitrag folgt dann 25 Minuten später - dazu gleich mehr.

BR24 ist eines von neun öffentlich-rechtlichen Wortprogrammen in Deutschland, die sich als Nachrichten- oder Informationsradio verstehen. Private Konkurrenz gibt es nach wenigen und erfolglosen Anläufen in diesem Segment nicht mehr. Wirklich populär sind die Programme nicht. Öffentlich zugängliche Reichweitzahlen gibt es nur bei denen, die Werbung senden und deren Zahlen in Zusammenarbeit mit der Werbewirtschaft gemessen werden. Das Berliner Inforadio verlor demnach dieses Jahr im Vergleich zu 2022 fast 14 Prozent seiner wöchentlichen Hörer, von 988.000 auf 852.000 - es geht um die Anzahl der Hörer montags bis sonntags unabhängig davon, wie oft sie jeweils einschalten. Das Infoprogramm des Hessischen Rundfunks legte mit 2,9 Prozent leicht zu auf 1,147 Millionen Hörer, während BR24 in Bayern 6,6 Prozent verlor, von 1,787 Millionen auf 1,669 Millionen. Große Musikradios erreichen sieben bis acht Millionen Hörer in der Woche, das derzeit stärkste ist SWR3 mit 9,1 Millionen.

In anderen Radiomärkten sind News- und Talkformate bedeutend stärker. In den USA erreichen die Top 20 der Radio-News- und Talksendungen pro Show jeweils zwischen fünf und 18 Millionen Hörer (wöchentlich, bei einer viermal größeren Bevölkerung). In Frankreich schalten 42 Prozent der Franzosen täglich einen Newssender ein, aber nur 32 Prozent ein Musikradio. In anderen Ländern sieht es ähnlich aus. Deutschland ist mit seinen schwachen Reichweiten bei den Nachrichtenprogrammen ein Sonderfall. Die Gründe dafür sind kaum untersucht. Auffällig sind aber die Dominanz öffentlich-rechtlicher Sender und die typische Ansprache. Der „Faktenfuchs“ zum

Kippunkte im akustischen Nebel Der Sender BR24 des Bayerischen Rundfunks versteht sich als Nachrichtenradio. Doch bei vielen Beiträgen drängt sich der Eindruck....

Thema Bürgergeld und Migration bei BR24 taugt dafür als Beispiel. Der Beitrag ist typisch für das Programm. Es geht um eher umständliches Einordnen und Erklären, um Meinung und Haltung - weniger aber um Debatte.

25 Minuten nach dem Teaser der Moderatorin ertönt ein Jingle, der mit Klanguntermalung den "Faktenfuchs" ankündigt. So nennt der Sender sein Faktenchecker-Format. Das Bürgergeld solle angehoben werden, "das sorgt für viele Diskussionen", meint die Moderatorin und erklärt: "Da könnten doch Milliarden eingespart werden, heißt es auf der einen Seite. Auf der anderen Seite kritisieren Sozialverbände diesen Vorschlag wiederum als populistisch." Und weiter: "Wer Bürgergeld bezieht, der lebt jedenfalls nicht auf großem Fuß, sondern muss gut auf seine Ausgaben aufpassen, damit am Monatsende noch Geld fürs Essen da ist. Trotzdem wird ja immer wieder behauptet, das Bürgergeld sei so hoch, dass es Einwanderer dazu verlocke, nach Deutschland zu kommen." Dann kündigt sie den Reporter an, der habe "dazu recherchiert". Der Reporter beginnt mit brüchiger Stimme: "563 Euro pro Monat und eine Unterkunft bekommt eine alleinstehende Person ab 1. Januar, falls sie Bürgergeld bezieht. Für manche Politikerin (sic!) ist das zu viel. Das Geld sei so verlockend, dass viele Menschen allein deshalb nach Deutschland kommen würden." Dann erklingt ein dramatischer Soundeffekt mit einer sehr männlichen Jingle-Stimme: "Die Behauptung". Es folgt ein O-Ton von - ausgerechnet - Alice Weidel von der AfD: "Bürgergeld ist ein Etikettenschwindel, es ist ein Einwanderungsmagnet." Andere Stimmen, etwa aus CDU, CSU oder FDP, kommen im gesamten Beitrag nicht vor. "Doch laut Experten gibt es für diese Behauptung keine wissenschaftlichen Belege", meint der Reporter.

Wieder ein dramatischer Sound, wieder die Jingle-Stimme, diesmal sagt sie: "Die Fakten". Der Reporter wiederholt, was sowohl er als auch die Moderatorin schon sagten, als würde der Beitrag noch einmal von vorn beginnen: "Von Sozialleistungen wie dem Bürgergeld heißt es oft, sie seien sogenannte Pull-Faktoren. Angeblich machten sie Deutschland als Einwanderungsland attraktiver." Und setzt dann an: "Doch Experten sagen, die Gründe dafür, nach Deutschland zu flüchten oder einzuwandern, sind deutlich komplexer. Der Sozialwissenschaftler Tim Müller zum Beispiel findet, der Begriff Pull-Faktor werde in der politischen Diskussion falsch verwendet." Wobei es bei dem einen "Experten" Tim Müller bleibt, auch, wenn der Reporter von Experten im Plural spricht. Experte Müller sagt: "Ich glaube, in der starren Form ist das ein bisschen obsolet, weil das so 'n bisschen danach klingt, als ob die Leute sozusagen keine Entscheidungskraft haben, als würden die da nur von diesen Marktkräften hin- und hergeschubst."

Der Reporter stellt den Experten jetzt vor: "Tim Müller leitet das Projekt 'Migration und Sozialstaat' an der Berliner Humboldt-Universität. Er und sein Team haben untersucht, wie viele Migranten in wie viele unterschiedliche Länder gezogen sind. Dann wurden diese Zahlen verglichen mit dem Anteil der staatlichen Sozialausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt." Dann spielt er wieder den Experten ein: "Also, Sozialleistungen ziehen jetzt keine Migration an. Selbst wenn man so 'n Effekt findet, ist er einfach realistischerweise so gering, dass er nicht viel ins Gewicht fällt." Inwiefern ein Vergleich von Sozialausgaben und BIP die These belegt, bleibt offen. Stattdessen erwähnt der Reporter die USA, wo es wenige Sozialleistungen gebe, aber auch viel Zuwanderung.

Dann folgt wieder ein dramatischer Sound mit Jingle-Stimme, diesmal eine weibliche: "Das Fazit". Der Reporter resümiert: "Der Pull-Faktor wird in der politischen Diskussion oft zu einseitig verwendet. Es gibt keine überzeugenden Beweise, dass Sozialleistungen wie das Bürgergeld Migranten anziehen. Experten sagen, dass Migrations- oder Fluchtentscheidungen deutlich komplexer seien." All das firmiert beim Bayerischen Rundfunk wohlgerne als "Faktencheck", der tatsächlich nur eine Meinung ist, die von einer gleichgerichteten Expertenmeinung ergänzt wird. Konsumiert man das nur akustisch im Radio, so versendet sich in der Wahrnehmung, dass dieser "Faktencheck" in Wahrheit keiner ist, sondern ein Kommentar. Dass der einzelne Experte vom Reporter als Beispiel für viele bezeichnet wird, ändert auch nichts daran, dass zum Beleg der These nur ein einzelner zitiert wird.

Das freilich ist ein gängiges Muster bei BR24. So richtig deutlich wird es erst, wenn die Radiotexte zum Nachlesen aufgeschrieben werden. Hört man sie nur, zumal im Auto oder nebenbei zu Hause, versendet sich der Mangel an Substanz. Die Einseitigkeit der Beiträge schwimmt im akustischen Nebel. Nach derselben Methode lässt BR24 Experten "Regelungslücken" und "Finanzierungslücken" finden oder skandalisiert freien Wettbewerb - auch im beschriebenen Beispiel, in dem der "Experte" wie beiläufig die "schubsenden Marktkräfte" erwähnt. Als Experten

Kipppunkte im akustischen Nebel Der Sender BR24 des Bayerischen Rundfunks versteht sich als Nachrichtenradio. Doch bei vielen Beiträgen drängt sich der Eindruck....

sind im Beobachtungszeitraum vom 8. bis zum 15. Dezember, jeweils von sieben bis zehn Uhr und von 15 bis 17 Uhr, Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, Sozialverbänden, Verbraucherzentralen oder Uni-Instituten zu hören.

Zeitloses Großthema bei BR24 ist der Klimawandel. Während der Weltklimakonferenz in Dubai gab es in jeder beobachteten halben Programmstunde Beiträge von dort oder Beiträge mit Bezug zum Klima. Das gesamte Wochenende über rotierten Beiträge, in denen Klima-"Kipppunkte" als absolute Tatsache und Anlass für allergrößte Besorgnis propagiert wurden - obwohl sie in den IPCC-Berichten so nicht existieren und von zahlreichen Forschern hinterfragt werden. Was sich dagegen nicht fand: In der Zeit der Programmbeobachtung schlossen 22 Staaten in Dubai ein Bündnis, um die Kernkraft bis zum Jahr 2050 zu verdreifachen. Bei BR24 gab es dazu keine Berichterstattung, dieser Aspekt wurde unterschlagen. Stattdessen berichteten Reporter aus Dubai über einen Plan, Sonne- und Windkraft zu verdreifachen.

Mit der Einseitigkeit namentlich der Klimaberichterstattung konfrontiert antwortet die Redaktion generisch: "Unabhängig vom Gegenstand der Berichterstattung arbeitet BR24 Radio nach professionellen journalistischen Standards." Das dürfte nicht jeder so sehen.

Transparenzhinweis: Der Autor arbeitet auch für den privaten Radiosender Antenne Bayern.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: December 20, 2023

"Im Kanzleramt verhalten diese Rufe"; Mitten in der zweiten großen Migrationskrise binnen zehn Jahren richtet der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), Forderungen an Bund und Länder

Die Welt

Freitag 10. Februar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 4; Ausg. 30

Length: 1199 words

Byline: Ulrich Exner

Body

Reinhard Sager (CDU), 63, ist seit März 2014 Präsident des Deutschen Landkreistages. Sager zeigt sich im WELT-Interview spürbar empört.

WELT:

Herr Sager, was erwarten Sie konkret von dem "**Flüchtlingsgipfel**", den Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) noch im Februar abhalten will?

Reinhard Sager:

Wir brauchen zuerst kurzfristige Vereinbarungen. Uns fehlt Personal, uns fehlen Unterbringungsmöglichkeiten, und uns fehlt Geld. Es wird deshalb nicht nur, aber natürlich auch ums Geld gehen müssen. 2021, das nur als Beispiel, ist die Verpflichtung des Bundes ausgelaufen, die Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge komplett zu übernehmen. Im April 2022 hat uns der Bundeskanzler eine Nachfolgeregelung in Aussicht gestellt. Die gibt es bis heute nicht. Folge ist, dass Kreisen und kreisfreien Städten allein an dieser Stelle zwei Milliarden Euro pro Jahr fehlen. Darüber hinaus brauchen wir längerfristige und strukturelle Maßnahmen.

Der Bund hat den Ländern und Kommunen im vergangenen Herbst für dieses Jahr pauschal 2,75 Milliarden Euro für den Bereich Flucht und Migration zugesagt. Reicht das nicht aus?

Nein, das reicht nicht aus. Mit uns hat damals darüber auch niemand gesprochen. Im Übrigen bekommen nicht die Kommunen das Geld, sondern die Länder. Das ist ein wesentlicher Unterschied.

Reichen die Länder das Geld nicht weiter?

"Im Kanzleramt verhallen diese Rufe" Mitten in der zweiten großen Migrationskrise binnen zehn Jahren richtet der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhar....

Das sollten sie tun. Aber das ist von Bundesland zu Bundesland sehr unterschiedlich geregelt. Dazu kommt, dass Kreise und kreisfreie Städte bis Ende des Jahres 2021 rund 350 Millionen Euro für jene Kosten bekommen haben, die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verursachen. Auch dieses Geld ist ersatzlos gestrichen worden. Den Aufwand haben wir aber nach wie vor.

Was bräuchten Sie, um der Lage gerecht werden zu können?

Der Bund muss ab sofort, ab dem nächsten Treffen mit uns, garantieren, dass sämtliche flüchtlingsbedingten Kosten nicht auf der kommunalen Ebene hängenbleiben. Nicht mehr und nicht weniger. Es bedarf zudem auf Bundes- und Landesebene mehr Erstaufnahme-Unterkünfte, um den enormen Unterbringungsdruck, dem die Landkreise und Städte derzeit ausgesetzt sind, zu verringern. Aber selbst damit wäre das größte Problem immer noch nicht gelöst.

Das wäre?

Es gibt zu wenig Personal. Hauptamtlich wie ehrenamtlich. Sehen Sie, es geht ja nicht nur darum, dass die Menschen, die zu uns kommen, ein Dach über dem Kopf bekommen. Sie müssen auch gepflegt werden, sie müssen betreut werden, sie sollen die Sprache lernen. Und dafür gibt es einfach nicht mehr genug Leute. Das gilt auch für den Kita- und Schulbereich. Gleichzeitig haben wir einen Flüchtlingszustrom, der größer ist als in den Jahren 2015 und 2016. Wir haben jetzt insgesamt 2,4 Millionen Flüchtlinge in Deutschland, gut eine Million davon aus der Ukraine. Da wundert es mich nicht, dass Kommunalpolitiker aus allen Teilen des Landes Hilferufe an das Kanzleramt senden - aber dort verhallen diese Rufe.

Das heißt?

Der Kanzler überlässt dieses Thema seiner Innenministerin. Die wiederum hat zuletzt im Oktober mit den kommunalen Spitzenverbänden gesprochen - und das in einer Lage, die Landkreise und Gemeinden seit Monaten überfordert! Wir hätten eigentlich schon im Herbst erwartet, dass der Kanzler das Problem erkennt und sich mit uns an einen Tisch setzt. Nichts dergleichen ist passiert.

Sie sagen, dass es in den Kommunen auch an ehrenamtlichem Personal fehlt. Hat das Engagement, das gerade die Ehrenamtler für Migranten gezeigt haben, nachgelassen?

Das glaube ich nicht. Es ist eher eine Frage der Kraft und der vorhandenen personellen Möglichkeiten. Um es mit Joachim Gauck zu sagen: Das Herz der Deutschen ist nach wie vor groß. Aber die Möglichkeiten sind begrenzt. Es gibt schlicht und ergreifend nicht ausreichend Personal. Die Menschen sind auch nach der Corona-Pandemie und der immer noch erforderlichen Begleitung vieler ab 2015/2016 zu uns gekommener Menschen aus Syrien, der Türkei und Afghanistan erschöpft. Das gilt für das Haupt- wie für das Ehrenamt. Und deshalb muss die Bundesregierung zusammen mit den Ländern dafür sorgen, dass das Problem insgesamt kleiner wird - und nicht immer größer.

Und das soll wie funktionieren?

Wir müssen unsere Außengrenzen endlich besser und konsequenter schützen. Auf nationaler wie auf EU-Ebene. Wir müssen die irreguläre Zuwanderung drastisch drosseln, besser stoppen. Dazu brauchen wir auch bilaterale Vereinbarungen, zum Beispiel mit der Türkei, zum Beispiel mit den nordafrikanischen Staaten. Außerdem müssen wir endlich konsequenter abschieben. Selbst die Ampel-Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag eine "Rückführungsoffensive" festgeschrieben. Wohlfeil wird an führender Stelle immer wieder behauptet, dass man Straftäter konsequent abschieben wolle. Da ist zu wenig geschehen. 2021 wurden bei knapp 300.000 Ausreisepflichtigen ca. 12.000 Menschen abgeschoben oder in andere EU-Staaten überstellt. Das ist ungefähr halb so viel wie 2017, 2018 oder 2019. Also muss man sich auch nicht wundern, dass die Probleme tagtäglich größer werden.

"Im Kanzleramt verhallen diese Rufe" Mitten in der zweiten großen Migrationskrise binnen zehn Jahren richtet der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhar....

Um die von Ihnen geforderten bilateralen Rückführungsabkommen hat sich auch schon die vorherige Bundesregierung bemüht.

Ja, aber es passiert zu wenig. Und darf nicht so bleiben. Deutschland leistet zum Beispiel in Nordafrika erhebliche finanzielle Hilfe. Da kann man durchaus auch Kooperation bei der Frage von Rückführungen erwarten. Die muss die deutsche Politik durchsetzen und zur Chefsache machen.

Im Grunde steht seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine fest, dass die Zahl der Menschen, die zu uns kommen wollen, drastisch ansteigen wird. Dennoch sind einige Landkreise offenbar überhaupt nicht vorbereitet, wie sich gerade in Ihrem Nachbarkreis Nordwestmecklenburg zeigt. Dort sollen jetzt Hunderte Flüchtlinge am Rande eines winzigen Dorfes untergebracht werden.

Es gibt immer wieder Beispiele, wo etwas nicht funktioniert. Aber irgendwo müssen wir die vielen Flüchtlinge unterbringen, das führt vielerorts zu Spannungen. Unterm Strich haben die Landkreise nach dem 24. Februar 2022 erneut enormes geleistet. Wir in Schleswig-Holstein zum Beispiel haben damals innerhalb von 24 Stunden pro Kreis etwa 500 Unterkünfte bereitgestellt. Natürlich mit Unterstützung der Gemeinden, der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen. Wir sind sehr leistungsfähig. Aber derzeit soll offenbar getestet werden, wo unsere Grenzen liegen beziehungsweise wann sie überschritten werden. Ich mag mir jedenfalls nicht vorstellen, was in Deutschland passiert, wenn es uns irgendwann nicht mehr gelingen sollte, die Geflüchteten unterzubringen.

Wie reagieren denn die Menschen in Ihrem Landkreis aktuell auf die wachsende Zahl der Hilfesuchenden?

Die Hilfsbereitschaft, gerade was die Ukraine-Flüchtlinge angeht, ist noch immer außerordentlich groß. Das gilt prinzipiell auch für Geflüchtete aus anderen Staaten. Aber die Menschen sehen schon, dass ihre Kommunen jetzt an Grenzen stoßen. Dass der Staat zum Teil nicht richtig funktioniert. Das führt zu Vertrauensverlusten gegenüber der Politik. Wenn ausreisepflichtig noch lange nicht heißt, dass jemand auch tatsächlich ausreisen muss - dann bekommt der demokratische Rechtsstaat mittelfristig ein Problem. Und das ist gefährlich.

Original Gesamtseiten-PDF

Graphic

Asylsuchende in Eisenhüttenstadt (Brandenburg)

Load-Date: February 9, 2023

Hoher Anteil "Eingewanderter" in Deutschland; Das Statistische Bundesamt führt diese neue Kategorie ein. Sie ermöglicht Vergleiche mit anderen EU-Ländern

Die Welt

Freitag 3. März 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 5; Ausg. 45

Length: 724 words

Byline: Marcel Leubecher

Body

Wer etwas über die Entwicklung der migrantischen Bevölkerung erfahren möchte, hat bereits mehrere statistische Möglichkeiten zur Hand. Am verbreitetsten sind die Kategorisierungen nach Staatsbürgerschaft oder nach dem sogenannten Migrationshintergrund. Also im ersten Fall danach, ob jemand den deutschen Pass hat oder nicht. Der Migrationshintergrund ist etwas komplizierter: Einen solchen haben alle Personen, die selbst ohne deutsche Staatsangehörigkeit geboren wurden oder mindestens einen ohne deutschen Pass geborenen Elternteil haben.

Nun hat das Statistische Bundesamt am Donnerstag erstmals Ergebnisse zu der neuen Kategorie "Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen" präsentiert; alternativ werden sie auch als "Personen mit Einwanderungsgeschichte" bezeichnet. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung lag 2021 auf Grundlage des Mikrozensus demnach bei 23 Prozent - das entspricht 19 Millionen Menschen. Im Mikrozensus ist nur die "Wohnbevölkerung" erfasst und nicht jene Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben; das sind vor allem noch nicht lange im Land lebende Asylzuwanderer. Wie WELT vom Statistischen Bundesamt erfuhr, lebten Ende 2021 geschätzt etwa 1,16 Millionen Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. Die "Personen mit Einwanderungsgeschichte" setzen sich zusammen aus 14,2 Millionen Menschen (17,3 Prozent), die seit 1950 selbst eingewandert sind, also der "ersten Zuwanderergeneration" angehören, sowie ihren direkten Nachkommen (zweite Generation) - das sind weitere 4,7 Millionen Menschen (5,7 Prozent). Letztere wurden selbst hierzulande geboren, aber beide Elternteile sind seit 1950 nach Deutschland eingewandert.

Daneben war bei weiteren 3,7 Millionen Personen (4,5 Prozent), die in Deutschland geboren wurden, nur eines der Elternteile seit 1950 nach Deutschland eingewandert. Diese Gruppe wird aber nicht zu der neuen Kategorie gezählt. Dass diese Menschen mit nur einem zugewanderten Elternteil - anders, als es beim Konzept Migrationshintergrund der Fall ist - herausfallen, habe die "Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit" im Jahr 2021 empfohlen, teilte das Bundesamt mit. Auf diese Kommission geht die Einführung der neuen Kategorie zur migrantischen Bevölkerung zurück. Dieser

Hoher Anteil "Eingewanderter" in Deutschland Das Statistische Bundesamt führt diese neue Kategorie ein. Sie ermöglicht Vergleiche mit anderen EU-Ländern

Erfassungsunterschied bezüglich der Kinder von nur einem zugewanderten Elternteil ist der Hauptunterschied zum auch weiterhin verwendeten Konzept "Migrationshintergrund". An einem Beispiel kann man den Unterschied der statistischen Kategorien verdeutlichen: Der Rapper Bushido hat zwar einen "Migrationshintergrund", denn er ist das Kind einer deutschen Mutter und eines tunesischen Vaters. Er ist aber keine "Person mit Einwanderungsgeschichte".

Ein Argument für die neue Kategorie ist, dass sie besser vergleichbar sein soll mit den Daten der übrigen EU-Staaten. Bislang ist dies aber nur für die Gruppe der selbst Eingewanderten und nicht für deren direkte Nachkommen möglich. Das Statistische Bundesamt veröffentlichte am Donnerstag einen solchen EU-Vergleich zum "Anteil der Eingewanderten an der Bevölkerung in Privathaushalten 2021". Deutschland liegt mit seinen 17,3 Prozent über dem EU-Durchschnitt (10,6) und vor den ebenfalls stark durch Zuwanderung geprägten bevölkerungsreichen Staaten Frankreich (10,6) und Spanien (14,4). Höhere Anteile als Deutschland hatten Malta und Zypern (über 22 Prozent), gefolgt von Schweden (fast 22), Luxemburg (21), Österreich und Irland (rund 19). Die Länder mit den geringsten Anteilen Eingewanderter waren Bulgarien, Rumänien und Polen mit jeweils unter einem Prozent. Da sich die Daten auf das Jahr 2021 beziehen, sind geflohene Ukrainer nicht enthalten.

Hintergrund der Einführung der neuen Kategorie war die Forderung einer schon 2019 von der schwarz-roten Regierung eingesetzten Kommission zur "Integrationsfähigkeit". Das vor allem aus Sozialwissenschaftlern bestehende Gremium übergab dann 2021 seinen Abschlussbericht, in dem die Forscher sich zunächst von dem namensgebenden Konzept der "Integrationsfähigkeit" distanzieren. Sie formulierten aber das Ziel, den Begriff des "Migrationshintergrundes" zu ersetzen durch "Eingewanderte und ihre direkten Nachkommen". Nun ist diese neue Kategorie hinzugekommen - die alte wird aber nicht ersetzt, auch weil Vergleiche über längere Zeiträume erschwert würden.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: March 2, 2023

Asylklagen überlasten Verwaltungsgerichte; Durchschnittliche Dauer der Verfahren liegt bei fast zwei Jahren - mit großen regionalen Unterschieden

Die Welt

Donnerstag 19. Oktober 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten



Section: Politik; S. 6; Ausg. 203

Length: 1261 words

Byline: Philipp Woldin

Body

Dauerbelastung, Überlastung oder schon über die Belastungsgrenze hinaus: Wer sich in diesen Tagen an Verwaltungsgerichten der Republik umhört, bekommt diese oder ähnliche Einschätzungen immer wieder zu hören. Die Gerichte ächzen unter den vielen Klagen gegen negative Asylbescheide des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Schon 2020 schlug der Bund Deutscher Verwaltungsrichter (BDVR) Alarm: Mehr als die Hälfte aller neuen Vorgänge an deutschen Verwaltungsgerichten betrafen konstant das Thema Asyl, damals ging man von 250.000 anhängigen Verfahren aus allen Themengebieten aus. Verwaltungsgerichte entscheiden neben Asylverfahren auch etwa über Bau-, Polizei-, Kommunal- und Versammlungsrecht. Für dieses Jahr will der Interessenverband noch keine konkreten Zahlen offenlegen, die Belastung dürfte aber ähnlich hoch liegen.

Denn im Zeitraum Januar bis September 2023 haben insgesamt 251.213 Personen einen Asylantrag in Deutschland gestellt - 73 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum vergangenes Jahr. Durch diese gestiegenen Zahlen und die der Erfahrung nach daraus resultierenden Klagen und die vielen Altfälle bleibt der Druck auf die Verwaltungsgerichte weiter sehr hoch.

Die Richterkammern mühen sich, diesen Berg an Klagen abzutragen, mit sehr unterschiedlichem Erfolg. Noch sind die Gerichte mehrheitlich weit entfernt von zügigen Verfahren - das zeigt eine Auswertung des BAMF bis Ende Juli dieses Jahres, die WELT vorliegt. Demnach liegt die durchschnittliche Verfahrensdauer von Asylverfahren vor Verwaltungsgerichten bei 21,8 Monaten, also bei fast zwei Jahren. Klagt ein Asylbewerber in Rheinland-Pfalz gegen seinen Bescheid, erhält er dort laut BAMF-Statistik schon nach 4,7 Monaten einen Richterspruch. Ganz anders dagegen in Brandenburg: Dort benötigen Verwaltungsgerichte 39,9 Monate bis zum erstinstanzlichen Urteil.

Nun kommt weitere Arbeit auf die überlasteten Gerichte zu: Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich in der vorigen Woche vorgenommen, die Verfahren samt Klagen von Asylbewerbern mit geringer Anerkennungsquote in

Asylklagen überlasten Verwaltungsgerichte Durchschnittliche Dauer der Verfahren liegt bei fast zwei Jahren - mit großen regionalen Unterschieden

jeweils nur drei Monaten abzuschließen. Das BAMF soll diese Fälle intern vorziehen - und die Verwaltungsgerichte sollen die Widersprüche schneller abarbeiten. Eine Mammutaufgabe für das überlastete System.

Mehmet Ata, Sprecher des Bundesinnenministeriums und damit auch zuständig für die Bundesoberbehörde BAMF, verweist bei dem Klagestau auf die sehr großen Unterschiede quer durch die Republik: "Diese deuten darauf hin, dass die Dauer der Asylgerichtsverfahren maßgeblich von der internen Organisation sowie der personellen und sachlichen Ausstattung der Verwaltungsgerichte abhängig ist."

Verwaltungsgericht ist nicht gleich Verwaltungsgericht, denn zuständig sind die einzelnen Länder. Neben der Personaldecke spielt in einzelnen Bundesländern auch die Konzentration bestimmter Herkunftsländer, bei denen Entscheidungen juristisch anspruchsvoller sind, eine Rolle für die Verfahrensdauer.

Brandenburg ist bundesweit Schlusslicht, die Situation etwa am Verwaltungsgericht Potsdam zeigt sinnbildlich die Lage an vielen Gerichten. Dort wuchs die Zahl der Asyl-Klagen sprunghaft an: Ende 2016 waren es noch 2349 anhängige Verfahren, Ende 2020 schon mehr als 5000 Klagen. "Diese hohen Bestände hatten sich in Zeiten einer nicht ansatzweise für die extrem hohen Eingänge an Asylklagen genügenden personellen Ausstattung aufgebaut", sagt Ruben Langer, Vorsitzender Verwaltungsrichter am Verwaltungsgericht Potsdam und Pressesprecher. So entstand ein Berg an Asyl-Klagen, der jahrelang brach lag. Zu Pandemiezeiten beschäftigten die Kammern zudem viele Klagen gegen staatliche Corona-Maßnahmen, die oft im Eilverfahren zu entscheiden waren.

Das Land Brandenburg hat auf den hohen Bedarf zwar reagiert und mehr Richterstellen geschaffen, vier Posten mehr etwa vergangenes Jahr am Verwaltungsgericht Potsdam. Das Gericht sei personell "gut gerüstet", heißt aus auch im jüngsten Geschäftsbericht. In Zahlen schlägt sich dies allerdings nicht nieder, im Gegenteil: Seit die alten Asylklagen zügiger erledigt werden, wandern sie in die Statistik und treiben diese in die Höhe. Auch in Potsdam liegt die Verfahrensdauer mit 35,64 Monaten weit über dem Bundesschnitt.

Die sehr langen Laufzeiten in Brandenburg seien aus ihrer Sicht "nur teilweise" durch den statistischen Effekt der Altverfahren zu erklären, sagt die justizpolitische Sprecherin der Linken im Brandenburger Landtag, Marlen Block. Denn diesen Effekt gibt es auch in anderen Bundesländern. Dennoch liegen Sachsen, Thüringen oder Sachsen-Anhalt bei nur halb so langen Verfahrenszeiten. Altfälle erfreuten sich grundsätzlich "einer geringeren Beliebtheit und Eilbedürftigkeit", so Block. Ihre Vermutung sei zum einen, dass die fehlende Digitalisierung in der Justiz gerade während der Pandemie dazu geführt habe, dass Verfahren mit umfangreichem Aktenbestand nicht im Homeoffice bearbeitet werden konnten und liegenblieben.

Zum anderen zeigten sich gerade im Vergleich zu den anderen Gerichtsbarkeiten große Unterschiede, sagt die Oppositionspolitikerin. So sei etwa die Arbeitsgerichtsbarkeit seit Jahren in der Lage, alle Verfahren in der gebotenen Kürze zu bearbeiten, "obwohl sie das älteste Personal und die wenigsten Neueinstellungen bei Richtern aufweist". Block will bei der nächsten Sitzung des Justizausschusses am 9. November weiter auf Ursachenforschung gehen.

Dass es auch zügiger und scheinbar effizienter gehen kann, zeigt der Blick nach Trier in Rheinland-Pfalz. Das dortige Verwaltungsgericht bearbeitet Asylklagen bundesweit am schnellsten. Nach 4,7 Monaten sind die Verfahren laut BAMF-Auswertung entschieden. Die Asylklagen-Verfahren in Trier seien seit Jahren mit Abstand die kürzesten im gesamten Bundesgebiet, sagte auch BAMF-Präsident Hans-Eckhard Sommer. Die anderen Verwaltungsgerichte in Deutschland "rätseln über dieses Geheimnis".

So geheim ist dies vielleicht gar nicht. Die "Zuständigkeitskonzentration für sämtliche Asylklagen bei einem Verwaltungsgericht ist der entscheidende Faktor", sagt der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, Lars Brocker, und zählt die Vorteile auf: "Eine hohe Spezialisierung der Richter, Flexibilität bei der Bearbeitung der Herkunftsländer und die Gewährleistung einheitlicher Rechtsprechungslinien." Auch in anderen Bundesländern gibt es Richterkammern, die sich nur mit Asylsachen oder speziell mit einzelnen Herkunftsländern befassen. Das schafft große Erfahrungswerte und beschleunigt die Verfahren.

Asylklagen überlasten Verwaltungsgerichte Durchschnittliche Dauer der Verfahren liegt bei fast zwei Jahren -
mit großen regionalen Unterschieden

In der Regel entscheidet in Trier ein Einzelrichter und keine gesamte Kammer über den jeweiligen Fall, die Verfahren werden so schnell wie möglich terminiert und fokussiert durchgeführt. "Jeder und jede weiß um die gesellschaftliche Bedeutung der Asylverfahren", sagt Lars Brocker.

Spezialisierte Kammern, gute Personalausstattung und zügige Termine - vielleicht können die Ministerpräsidenten der Länder also bei ihrer Offensive bezüglich Klagen von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern von diesem Beispiel lernen. Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts jedenfalls hält die Umsetzung für machbar: Sollten die Gerichte in Rheinland-Pfalz künftig viele Fälle aus den neuen sicheren Herkunftsländern Georgien und Moldau zu entscheiden haben, "würden diese deutlich zügiger erledigt werden, sodass der vom Gesetzgeber erhoffte Effekt auch erzielt werden könnte", so Brocker. "Wir stehen jedenfalls bereit."

Jeder und jede weiß um die gesellschaftliche Bedeutung der Asylverfahren Lars Brocker, Präsident des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: October 19, 2023

End of Document

Es geht um mehr als Geld

Die Welt

Mittwoch 10. Mai 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: FORUM; KOMMENTAR; S. 7; Ausg. 90

Length: 406 words

Byline: Nikolaus Doll

Body

Es gibt Gipfel, bei denen weiß man schon vorher, dass sie zu den Tiefpunkten politischen Handelns zählen werden. Das Spitzentreffen an diesem Mittwoch von Bund und Ländern, ein weiterer der vielen **Flüchtlingsgipfel**, wird mit großer Sicherheit dazugehören. Denn schon die Kernfrage, die bei den Beratungen der Ministerpräsidenten und den Vertretern der Bundesregierung im Mittelpunkt steht, ist falsch gewählt.

Es wird in erster Linie ums Geld gehen. Also darum, wie viel jeweils der Bund und die Länder zur Unterbringung der vielen Migranten, die jeden Tag neu ins Land kommen, schultern müssen. Die Bundesländer verlangen mehr Geld, Kanzler Olaf Scholz (SPD) will es ihnen nicht geben. Aber selbst wenn es hier zu einer Einigung käme, wären die Probleme bei der Unterbringung, Betreuung und Integration der immer zahlreicheren Migranten damit nicht gelöst.

Die Zuzugszahlen sinken ja nicht, wenn Bund und Länder die Kostenübernahme neu justieren. Es stellt nicht sicher, dass vor allem jene ins Land kommen, die ein Recht darauf haben. Und dass die, die das nicht haben, erst gar keinen Zugang bekommen oder schon nach Kurzem wieder ausreisen müssen. Den Fluss der Geldströme zu ändern, ändert nicht das System. Aber das wäre nötig.

Nun haben sich schon mehrere Bundesregierungen im Verbund mit unzähligen Landesregierungen daran abgearbeitet, die Flüchtlingspolitik neu auszurichten. Das ist ein Brett, das auch für diese Ampel-Koalition viel zu dick ist, zumal die Grünen und Teile der SPD gar nicht mitbohren, sondern alles laufen lassen wollen. Mal abgesehen davon, dass ein Paradigmenwechsel ohne die EU-Mitgliedstaaten gar nicht möglich ist. Aber eine ernst zu nehmende Reform könnten Bund und Länder durchaus alleine angehen, die eine Menge bewirken würde.

Bislang gilt in Deutschland der Grundsatz: Der Bund stellt die Regeln für die Migrationspolitik auf, die Länder sind für die Unterbringung und die Betreuung zuständig. Die Bundesregierung kann also die Tore weit aufmachen, alles Weitere müssen die Länder klären. Das ist eine Arbeitsteilung aus Zeiten, in denen die Zahlen überschaubar waren. Inzwischen ist dafür die Geschäftsgrundlage entfallen. Wer sagt, wer und wie viele Menschen ins Land dürfen, muss auch für diese Menschen zuständig sein. In jeder Hinsicht. Das würde sicher sogar auf die Grünen und ihre Willkommenskultur mäßigend wirken.

Es geht um mehr als Geld

nikolaus.doll@welt.de (mailto: nikolaus.doll@welt.de)

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: May 9, 2023

End of Document

Deutschland für ausländische Fachkräfte kaum attraktiv; Migrationsbericht 2021 offenbart: Arbeitskräfte-Zuwanderung nur auf niedrigem Niveau

Die Welt

Mittwoch 11. Januar 2023

Copyright 2023 Axel Springer AG Alle Rechte Vorbehalten

DIE WELT

Section: Titel; S. 1; Ausg. 8

Length: 850 words

Byline: Ricarda Breyton

Body

Nur ein Bruchteil der **Migranten**, die 2021 aus Drittstaaten nach Deutschland zogen, kamen zu Arbeitszwecken. Wie der **Migrationsbericht** 2021 der Bundesregierung zeigt, zogen in dem Jahr rund 1,3 Millionen Ausländer nach Deutschland, darunter knapp 500.000 von Ländern außerhalb Europas. Rund 40.000 von ihnen erhielten einen Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit. Der Bericht liegt WELT vor. Er soll am Mittwoch im Kabinett verabschiedet werden.

Die größten Gruppen der Arbeitsmigranten bildeten demnach Inder sowie Angehörige der Westbalkan-Staaten. Auch aus der Türkei, den Vereinigten Staaten und China zogen Menschen zu Erwerbszwecken nach Deutschland. Laut dem Bericht handelt es sich bei der Mehrheit dieser Beschäftigten aus Drittstaaten um qualifizierte und hoch qualifizierte Fachkräfte - etwa Akademiker, die bereits ein Jobangebot in Deutschland haben und die über den Aufenthaltstitel "Blaue Karte EU" einreisen.

Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Erwerbsmigration aus Drittstaaten 2021 um rund 35 Prozent - sie lag allerdings weiterhin unter dem Niveau des Vor-Pandemie-Jahres 2019, als rund 64.000 Arbeitsmigranten von außerhalb der EU nach Deutschland kamen. Verantwortlich ist laut Bericht die Pandemie, die zahlreiche Reisebeschränkungen auch noch im ersten Halbjahr 2021 mit sich brachte.

Deutlich nahm allerdings im selben Zeitraum der Zuzug von Personen zu, die nicht mit Aufenthaltstiteln zu Erwerbszwecken nach Deutschland kamen. So wurden im Jahr 2021 mit 148.233 "wieder deutlich mehr Asylersuchen verzeichnet" - knapp 45 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Visumserteilungen zum Zweck des Familiennachzugs erreichte im Jahr 2021 mit rund 105.000 wieder fast Vor-Pandemie-Niveau.

"Der Zuwachs im Bereich der Erwerbsmigration ist ein positives Signal", sagt die Migrationspolitikerin Misbah Khan, die für die Grünen im Bundestags-Innenausschuss sitzt. "Doch die Zahlen zeigen uns, dass es weiterhin großen Nachholbedarf gibt." Nur mit einer "signifikanten Erhöhung der Zuwanderungszahlen" werde die "Transformation der Wirtschaft und die Sicherung unserer Sozialsysteme" gelingen. Die Bundesregierung müsse nun dafür sorgen,

Deutschland für ausländische Fachkräfte kaum attraktiv Migrationsbericht 2021 offenbart: Arbeitskräfte-Zuwanderung nur auf niedrigem Niveau

Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland das Ankommen zu erleichtern. Dazu gehöre, "gegen rassistische Ressentiments vorzugehen, Einwanderung familienfreundlich zu gestalten und Verwaltungshürden abzubauen". Schon mehrere Bundesregierungen hatten versucht, die Republik für ausländische Arbeitskräfte attraktiver zu machen: etwa mit dem Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, das 2020 in Kraft trat - und mit dem gut ausgebildete Arbeitskräfte nach Deutschland einreisen dürfen, bevor sie einen Arbeitsplatz gefunden haben. Kritiker bemängeln allerdings, dass die Regelungen zu bürokratisch seien, die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sich schwierig gestalten und die Ausstellung von Visa lange dauere. Aktuell arbeitet die Ampel-Koalition an einem neuen Fachkräfte-Einwanderungsgesetz, das mehr Arbeitskräften aus Nicht-EU-Staaten den Zuzug nach Deutschland ermöglichen soll. "Wichtig ist, dass wir bei der gezielten Anwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten an dem Qualifikationsniveau festhalten", sagte der CDU-Innenpolitiker Alexander Throm WELT. "Nur das sichert, dass die Menschen, die zu uns kommen, langfristig unserer Volkswirtschaft nutzen." Die Asylzuwanderung von überwiegend Un- und Minderqualifizierten löse das Fachkräfteproblem nicht.

Laut dem Migrationsbericht nahm 2021 die Zahl der Einbürgerungen im Vergleich zum Vorjahr von rund 129.000 auf 132.000 leicht zu. Rund 20.000 Einbürgerungen betrafen Syrer, die offenbar 2015 nach Deutschland kamen und die Voraussetzungen für eine Einbürgerung nach sechs Jahren erfüllten. Sie kann dann erteilt werden, wenn besondere Integrationsleistungen vorliegen.

"Die Zahlen des Migrationsberichtes belegen eindrücklich, dass eine beschleunigte Einbürgerung bei besonderen Integrationsleistungen genutzt wird", sagt die grüne Migrationsexpertin Filiz Polat. "Auf diese Weise wurde ein besonders hoher Anteil von 28,1 Prozent der syrischen Staatsangehörigen nach einem Aufenthalt von nur sechs Jahren eingebürgert." Laut Polat ist das Einbürgerungspotenzial "aber deutlich höher". Auch deswegen plane die Ampel eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts.

Laut dem Reform-Entwurf müssen Einbürgerungswillige künftig nicht mehr die Staatsangehörigkeit des Herkunftslandes aufgeben. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben für ein "modernes Staatsangehörigkeitsrecht" lockert zudem für bestimmte Gruppen die Anforderungen an den Erwerb der deutschen Sprache. Dieser ist im Regelfall Voraussetzung für die Einbürgerung. Außerdem wird die Mindestaufenthaltszeit bis zur Antragstellung verkürzt. Einwanderer sollen demnach in der Regel schon nach fünf Jahren eingebürgert werden können, bei besonderen Integrationsleistungen schon nach drei Jahren. Im Moment gibt es allerdings noch Unstimmigkeiten innerhalb der Koalition über die konkrete Ausgestaltung. Die FDP fordert, die Möglichkeit, mehrere Pässe zu besitzen, nicht über mehrere Generationen zu vererben.

Original Gesamtseiten-PDF

Load-Date: January 10, 2023